Montag, 22. April 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 93 - 17.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,90 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausreisen: Die SED-Führung ist ihrem Ziel, Ausreisewillige zum Verbleib in der „DDR" zu überreden, offenbar nicht in dem erwarteten Ausmaß nähergekommen. In Bonn geht man davon aus, daß 1985 etwa 20 000 „DDR"-Bewohner in den Westen übersiedeln dürfen. (S. 10)

West-Film: Zehn Tage vor den Befreiungsfeiern will das „DDR"-Staatsfernsehen erstmals seinen Zuschauern die Leiden der Deutschen im Krieg schildern. Der in West-Berlin hergestellte beklemmende Dokumentarfilm „Bomben auf Berlin" soll am nächsten Sonntag zur besten Sendezeit gezeigt werden. (S. 4)

Hauff: Der als Oberbürgermeisterkandidat bei den Kommunalwahlen in Frankfurt gescheiterte stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion gibt seinen Wahlkreis in Eßlingen auf. Bei der Bundestagswahl 1987 will er in Frankfurt antreten.

Führungswechsel: Mit der Wahl von Wolf-Dieter Zumpfort zum neuen Landesvorsitzenden hat die schleswig-holsteinische FDP mit zweijähriger Verzögerung jetzt auch personell die Bonner „Wende" nachvollzogen. (S. 4)

Flucht: Ein 19jähriger Schlosser aus der „DDR" flüchtete am Wochenende nach Niedersachsen.

Rückzug: Israel will bis zum 1. Juni alle Truppen aus Südlibanon abgezogen haben. Dieser Termin wurde gestern im israelischen Kabinett mit 17 gegen drei Stimmen gebilligt, verlautete aus Regierungskreisen.

Nicaragua: Präsident Ortega hat einen Waffenstillstand mit den antisandinistischen Rebellen unter der Bedingung angeboten, daß Washington seine gesamte Hilfe für die „Contras" einstellt und wieder Verhandlungen aufnimmt. Morgen wird im US-Kongreß über weitere Finanzhilfe für die „Contras" abgestimmt. (S. 10)

Südliches Afrika: Der Plan Südafrikas, in Namibia eine Interimsregierung einzusetzen, ist sowohl von den USA als auch von UNO-Generalsekretär Peréz de Cuéllar abgelehnt worden. (S. 10)

Schmiergeld? Der gestürzte sudanesische Staatschef Numeiri und mehrere enge Mitarbeiter sollen nach Informationen der britischen Zeitung „Observer" 56 Millionen Dollar von jüdischen Organisationen erhalten haben, um den äthiopischen Juden bei der Ausreise nach Israel zu helfen.

Nach Bonn: Das marxistische Angola möchte die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik ausbauen. Am Mittwoch kommt eine Regierungsdelegation nach Bonn.

ZITAT DES TAGES



» Berlin muß seine Rolle im geteilten Deutschland, im geteilten Europa unterstreichen. Es ist die Rolle einer Stadt, die Konzentrationspunkt des Dialogs zwischen Ost und West ist «

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen im Deutschlandfunk (S. 10)
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Welthandel: Die von den USA geforderten Verhandlungen über den Abbau weiterer Handelsschranken sind noch längst nicht unter Dach und Fach. Auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank machten Entwicklungsländer ihre Teilnahme vom Abbau bestehender Handelshemmnisse abhängig. (S. 11)

Konjunktur: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft hat sich offenbar abgeschwächt. Nach den bislang vorliegenden Zahlen zeichnet sich für das Bruttosozialprodukt saisonbereinigt im ersten Quartal 1985 ein Rückgang um 0,5 bis ein Prozent gegenüber dem letzten Quartal 1984 ab, berichtet die WestLB.

Wohnungsbau: Die Wohnungspolitik müsse sich künftig auf die Pflege des Bestandes konzentrieren und nicht auf den Bau neuer Einheiten, empfehlen die Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen. (S. 11)

Schadstoffarme Autos: Nach der Verschiebung der Kfz-Steuervergünstigungen auf den 1. Juli streben die Länderfinanzministerien eine bundeseinheitliche Interimsregelung an. Aufschluß dürfte die Konferenz der Länderfinanzminister am 9. Mai geben. (S. 11)

KULTUR

Krönungsmesse: Herbert von Karajan dirigiert am 29. Juni bei einem vom Papst im Petersdom zelebrierten Hochamt eine Aufführung von Mozarts Krönungsmesse. Seit der Zeit des 1914 gestorbenen Papstes Pius X. war der Einsatz vollständiger Orchester in der Vatikansbasilika untersagt.

Neuer Lean-Film: „Lawrence von Arabien", „Doktor Schiwago" und „Die Brücke am Quai" haben David Lean, den Grand Old Man des englischen Kinos, schon zu Lebzeiten zu einer Legende gemacht. Mit „Reise nach Indien" hat er ein neues Meisterwerk geschaffen. (S. 19)

SPORT

Eishockey: Bei der WM in Prag deklassierte Schweden die „DDR" mit 11:0. Die „DDR" blieb im vierten Spiel hintereinander ohne Punktgewinn. Das Team des Deutschen Eishockey-Bundes verlor mit 1:6 gegen die CSSR.

Leichtathletik: In Rotterdam erzielte Portugals Carlos Lopes mit 2:07:11 Stunden eine neue Weltbestleistung im Marathonlauf. In London verbesserte Christoph Herle die deutsche Bestzeit auf 2:09:23 Stunden. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Waldbrände: In der bislang größten grenzüberschreitenden Waldbrandübung in der Bundesrepublik haben am Wochenende 3000 Feuerwehrleute und Helfer mit 260 Einsatzfahrzeugen, sechs Hubschraubern und drei Flugzeugen in der Eifel den Ernstfall geprobt. (S. 20)

Überführung: Die Überreste der vor 16 Jahren im Exil gestorbenen früheren spanischen Königin Eugenia Victoria von Battenberg werden in Lausanne exhumiert und am Donnerstag im Escorial in Madrid beigesetzt. (S. 20)

Wetter: Heiter. Bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl in Bergen-Belsen: Es war Abfall von Gott

Der Kanzler mahnt im ehemaligen Konzentrationslager zu Versöhnung

GEORG BAUER, Bergen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager auf dem Gelände des ehemaligen KZs Bergen-Belsen die Deutschen aufgefordert, sich zur gesamten Deutschen Geschichte zu bekommen. In Anwesenheit führender Vertreter des Staates, an ihrer Spitze Bundespräsident Richard von Weizsäcker, jüdischer Organisationen und vor der Kulisse von mehreren tausend Menschen meinte Kohl, Versöhnung mit den Hinterbliebenen und Nachkommen der Opfer sei nur möglich, „wenn wir unsere Geschichte annehmen, wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen: zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung". Der Bundeskanzler verband seinen Appell mit der Aufforderung, allen Bestrebungen entgegenzutreten, „die die Freiheit und die Würde des Menschen mit Füßen treten." Die Mahnung dieses Ortes fordere Konsequenzen für die Grundlagen deutscher Politik, sei aber auch „ein Aufruf an jeden einzelnen, angesichts des hier erduldeten Leidens sein eigenes Leben, sein eigenes Denken zu prüfen". Bergen-Belsen, das wie Auschwitz, Treblinka, Belzec, Sobibor, Kulmhof, Majdanek und viele andere Stätten eines wahnhaften Vernichtungswillens ein „Kainsmal" in der Erinnerung der Deutschen sei, sei Inbegriff für das, „was der Mensch in Haß und Verblendung seinem Mitmenschen zufügen kann".

Kohl erinnerte aber auch daran, daß sich die Menschenverachtung der Nationalsozialisten nicht nur in den Konzentrationslagern gezeigt habe. Als Folge einer totalen Diktatur habe Gewalt überall geherrscht, und überall seien Menschen überwacht, verfolgt, verschleppt, eingekerkert, gefoltert und ermordet worden. Unter dem Terror hätten Bürger aus allen Schichten unseres Volkes ebenso gelitten wie Menschen anderer Nationalitäten, „jeden Glaubens, jeden Be-

SEITE 3: Mahnung und Erinnerung

kenntnisses, jeder Weltanschauung und mit ganz unterschiedlichen politischen Überzeugungen".

In einer Würdigung des kulturellen Beitrags und des Bekenntnisses der deutschen Juden zu ihrem Vaterland meinte der Regierungschef, man müsse sich fragen, wie es geschehen konnte, daß eine Kultur zerbrach, „an deren Entwicklung und Reife gerade deutsche Juden in hervorragender Weise beteiligt waren". Viele, die weltweit Zeugen und Botschafter deutschen und abendländischen Geistes gewesen seien, hätten sich bewußt als deutsche Patrioten bekannt. Mit Blick auf die politischen Verhältnisse der untergehenden Weimarer Republik nannte Kohl als „tiefste Ursache für dieses Werk der Zerstörung" ein sich beschleunigender Vorfall der Werte und der Moral, der in letzter Konsequenz den Abfall von Gott vorausgesetzt.

Kohl verband seine Worte mit einer Verurteilung totalitärer Staaten, die sich im Besitz absoluter Wahrheit wähnten und allein zu wissen vorgäben, „was gut und böse ist". Der totalitäre Staat kenne nicht den Respekt vor dem Gewissen des einzelnen. Auch wolle er nicht die vorletzten Fragen – die der Politik – in meinem Sinne beantwortet wissen, sondern auch die letzten: die nach dem Sinn und Wert unseres Lebens.

In seiner Ansprache schloß der Bundeskanzler auch die ermordeten Zigeuner, die 20 Millionen Kriegstoten der Sowjetunion und die Erinnerung an die Verbrechen am polnischen Volk ein. Trauer gelte aber auch den Menschen, denen „das Unrecht der Nazis mit neuem Unrecht vergolten wurde, die als Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden und den Tod fanden". Die Deutschen hätten aus der Geschichte allerdings nichts gelernt, wenn sie die Grausamkeiten gegeneinander aufrechnen sollten.

Kohl warnte davor, die Zeit von 1933 bis 1945 als einen „Unfall der Geschichte" zu betrachten. Wachsamkeit und Sensibilität seien vielmehr vor allem gegenüber jenen Einstellungen geboten, die „totalitärer Herrschaft den Weg bereiten können".

Im Vorfeld des Reagan-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland und wohl unter Anspielung auf die Verhältnisse in der „DDR" meinte

● Fortsetzung Seite 10

Dank für Reagans „noble Haltung"

Dregger-Brief an US-Präsidenten / Kohl froh über ausgewogenes Besuchsprogramm

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger waren am Wochenende bemüht, die anhaltende Diskussion um das nun festliegende Besuchsprogramm von US-Präsident Reagan zu beruhigen. Doch es gab erneut scharfe Kritik.

Dregger dankte Reagan in einem kurzen Brief für die „noble Haltung, die Sie gegenüber dem deutschen Volk, einem Verbündeten der USA in Europa, gezeigt haben. Ich bedaure, daß Ihre Haltung nicht von allen verstanden worden ist. Aber ich hoffe und glaube, daß sie in einigen Jahren von allen verstanden werden wird".

Der CDU-Politiker legte dem Schreiben auch die Kopie seines Briefes bei, den er am Wochenende an 53 US-Senatoren geschickt hatte. Darin hatte er seine „Bestürzung" über die Kritik an Reagans Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg ausgedrückt. „Ich möchte Sie fragen", schrieb Dregger, „ob man den toten Soldaten, deren Leiber verwest sind, die letzte Ehre verweigern darf", ob „Sie im deutschen Volk, das seit 40 Jahren an der Seite des Westens steht, einen Verbündeten sehen?"

SEITE 3: Duell mit Emotionen

Kanzler Kohl drückte nach einem „ausgiebigen" Telefon-Gespräch mit Reagan ebenfalls seine Dankbarkeit aus, daß Reagan „diese Geste der Freundschaft, der Versöhnung 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg über die Gräber der Gefallenen hinweg" durchgesetzt habe. Es stehe jetzt fest, daß außerdem ein Besuch des ehemaligen KZ Bergen-Belsen und ein gemeinsames Treffen beider Staatsmänner mit deutschen und amerikanischen Soldaten zum Besuchsprogramm gehörten. Kohl äußerte Verständnis, „daß Opfer der Nazi-Barbarei nicht vergessen können". Er sei „sehr froh, daß wir jetzt ein Programm gefunden haben, das in sich selbst ausgewogen ist".

Der ehemalige Chefankläger im Jerusalemer Eichmann-Prozeß, Gideon Hausner, hat dagegen diese „Ausgewogenheit" angegriffen. Er bezeichnete es als „absurd anzunehmen, daß, da sowohl die Mörder als auch ihre Opfer nun tot sind, eine irregeleitete Vorstellung von Waffenkameradschaft zu einer gleichen Behandlung beider Seiten führen sollte". Der Besuch in Bitburg „wäre in unseren Augen ein Sieg Hitlers über sein Grab hinaus und eine Entweihung des Andenkens der jüdischen Opfer".

Linke Gruppen setzen Anschläge fort

Internationale Aktionen deuten auf zunehmende Verflechtung der Terroristenszene hin

WERNER KAHL, Bonn/München

Knapp 24 Stunden nach einem Bombenanschlag auf ein Bürogebäude der Nordatlantischen Versammlung in Brüssel ist in der Nacht zum Sonntag in der belgischen Hauptstadt ein Anschlag auf die Niederlassung des deutschen Elektronik-Konzerns AEG-Telefunken verübt worden. Personen sind nach Angaben der Polizei nicht verletzt.

An die Mauer des Gebäudes waren in roter Farbe wie tags darauf an der AEG-Telefunken-Niederlassung die Buchstaben FRAP mit einem fünfzackigen Sternen gesprüht.

Die Abkürzung FRAP steht für den Namen der von westeuropäischen Linksextremisten avisierten „Revolutionäre Front der Proletarischen Aktion". Der Generalsekretär der Nordatlantischen Versammlung, Philippe Deshormes, erklärte, nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden sei mit weiteren Anschlägen zu rechnen.

Anschlagstechnik, ideologische Kohärenz und internationale Fäden terroristischer Aktionen seit Herbst vergangenen Jahres weisen nach jüngsten Analysen aus dem Sicherheitsbereich auf eine neue offensive Phase der Gewalt paramilitärischen Zuschnitts. „Ob wir in diesem Frühjahr die Geburtsstunde des europäischen Terrorismus erleben, möchte ich nicht behaupten", sagte der Regierungsdirektor des bayerischen Verfassungsschutzes, Norbert Wingerter, auf der Tagung des Bayerischen Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft. Wingerter warnte, es gebe heute Gruppen und Einzelpersonen, die „mit hohem Einsatz" auf das Ziel hinarbeiten, in Westeuropa neben den Unruheherden Mittelamerikas und anderer Länder der Dritten Welt eine „zweite Front" zu eröffnen.

Deutsche Experten bezeichnen in Paris kursierende Ansichten, die Reste der französischen linksextremistischen Terrorgruppe „Action directe" werde von deutschen RAF-Mitgliedern dirigiert, als „blühende Spekulation"; ebenso sei die verbreitete Annahme, die belgischen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen" (CCC) ständen unter dem Befehl des Führungsduos der „Action directe", Jean-Marc Rouillan und Nathalie Menignon, unbewiesen.

Die „Rote Armee Fraktion" sucht nach Erkenntnissen deutscher und anderer westeuropäischer Fahnder zweifellos eine Operationsbasis in einer geplanten „Anti-imperialistischen europäischen Front". Dies scheint sich zunächst auf Belgien zu konzentrieren. Der Polizei liegen Indizien vor, daß RAF und CCC zumindest in der Logistik zusammenarbeiten, aber selbst solche Hinweise ließen sich bisher nicht verifizieren. Die RAF will die westeuropäische Guerilla ausbauen, und wir müssen davon ausgehen, daß sie auch mit der „Action directe" in die Offensive auf

■ Fortsetzung Seite 10

Beim Kunstherz fehlt das Menschliche

DW. Louisville

Im Überleben mit einem Kunstherzen hält er den Weltrekord. 149 Tage sind seit der Verpflanzung am 25. November 1984 vergangen, doch das Leben für den Amerikaner William Schroeder hat nicht das gehalten, was ihm versprochen wurde. Wenn er gewußt hätte, wie qualvoll die Verpflanzung für ihn selbst und seine Familie würde, wäre er lieber gestorben. So Gemütslage wird von seiner Frau Margaret in der nächsten Ausgabe von „Life" enthüllt.

Während Ärzte und beteiligte Industrie, die auf dem neuen Markt mit einem jährlichen Umsatz von neun Milliarden Mark rechnen, immer wieder Erfolgsmeldungen über die Entwicklungen beim Kunstherzen verbreiten, scheint die mensch[illegible] Seite bisher zu kurz gekom[illegible] dem DeVries, der im Hu[illegible] al von Louisville bereits drei künstliche Herzen verpflanzt hat und in den Vereinigten Staaten ein Monopol für solche Operationen besitzt, spürt bei möglichen Patienten bereits Widerstand. Viele Todkranke lehnen ein Kunstherz ab, weil sie das starke öffentliche Interesse und ihre Vermarktung in den Medien scheuen.

In dem „Life"-Artikel wird das Humana-Krankenhaus in Louisville denn auch beschuldigt, die Krankengeschichte Schroeders als heroisches Ereignis dargestellt, die Öffentlichkeit aber die Rückschläge und den bedauernswerten Zustand des Patienten verschwiegen zu haben. Mit dem Verpflanzungs-Programm unter DeVries wolle sich das Hospital nur einen Namen machen.

Von Routine war bereits Mitte April nach der letzten Verpflanzung eines künstlichen Herzens in die Brust des 61jährigen Jack Burcham die Rede. Doch nur einen Tag später mußte DeVries erneut einen Eingriff vornehmen, weil der Patient einige Liter Blut verloren hatte. Zu dem angeklagenden „Life"-Bericht erklärte ein Sprecher des Humana-Krankenhauses lediglich, er sei oberflächlich.

Trotz der wachsenden Kritik an dem Einsatz von künstlichen Herzen gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland Pläne für derartige Eingriffe. Der Berliner Herzprofessor Emil Bücherl kündigte bereits die Verpflanzung eines Kunstherzens an. Sein Kollege Fritz Sebening, Direktor des deutschen Herzzentrums in München, hält die technischen Probleme dagegen noch nicht für gelöst. Der Einsatz des Kunstherzens sei nur für eine Übergangszeit gerechtfertigt, wenn kein geeignetes Spenderherz zur Verfügung stehe.

DER KOMMENTAR

Zusammenhänge

WERNER KAHL

Die Bomben-Anschläge in Brüssel sind Teil einer Woge des Terrorismus, dessen Strategie an der aktuellen Weltlage orientiert ist. Gemeinsames Motiv ist der Haß gegen das nordatlantische Verteidigungsbündnis und das freiheitlich-demokratische System des Westens, das als imperialistisch verteufelt wird. Linksextremistische Gruppen in Westeuropa, die ideologisch auf gleicher Wellenlänge arbeiten, haben sich konkrete Ziele gesetzt. Absolute Priorität räumen sie der Errichtung einer „Anti-imperialistischen europäischen Front" ein.

Schon vor einem Jahr kursierte ein RAF-Strategiepapier unter westeuropäischen Terroristen-Gruppen. Damit ist bewiesen, wie sorgfältig die führenden Köpfe die internationale Entwicklung beobachten und einschätzen. Die Bomben-Anschläge der letzten Zeit, die zum Unruheherd Mittelamerika eine „Zweite Front" in Westeuropa markieren sollen, fallen mit einer weltweiten Offensive gegen die amerikanische Mittelamerika-Politik, gegen die NATO und gegen den Bonner Weltwirtschaftsgipfel zusammen. Das sind die Reizthemen des RAF-Umfeldes.

Triumphierend meldeten linke Beobachter aus den USA, daß dort Demonstrationen gegen die Nicaragua-Politik Präsident Reagans veranstaltet würden. Zur gleichen Zeit konzentrierten sich die Angriffe terroristischer Organisationen in Westeuropa auf die NATO-Zentrale in der belgischen Hauptstadt. In einer Bekennerschrift zu einem Anschlag vom vergangenen Herbst auf die US-Firma Honeywell Europa in Brüssel hatte die belgische Organisation „Kämpfende Kommunistische Zellen" (CCC) auf die unmittelbare Nähe des Unternehmens zum NATO-Hauptquartier hingewiesen und erklärt: „Wir nähern uns also auf allen Ebenen dem Herzen der Bestie." Die ideologischen Gemeinsamkeiten der für eine Kooperation in Frage kommenden Terroristen-Gruppen „CCC", „RAF" und „Action directe" sind – trotz sonstiger Differenzen – ebenso deutlich zu erkennen wie die Übereinstimmung mit sowjetischen Thesen gegen die westliche Allianz.

Wer diese Gruppen, die stärker als früher als paramilitärische Guerilla in Erscheinung treten, munitioniert, ist noch unbekannt. Unstrittig scheint unter den Sicherheitsbehörden der betroffenen Länder jetzt weniger die Feststellung zu sein, daß die Bereitschaft zur Militanz größer geworden ist und daß die Anstrengungen im terroristischen Lager zu grenzübergreifenden Aktionen in alarmierender Weise zunehmen.

Postminister weist Kritik scharf zurück

dos, Hannover

Erst die Deutsche Bundespost hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in der Kommunikations- und Nachrichtentechnik die derzeit beobachtete „hohe Dynamik" wirksam wurde. Dies betonte Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling auf der Hannover-Messe. Der Minister reagierte damit auf die Kritik aus Kreisen der Industrie, wonach die Post zu unbeweglich bei der Einführung neuer Techniken sei.

Vor allem die Äußerung des Paderborner Computer-Unternehmers Heinz Nixdorf, die Post sei ein „unflexibler Koloß mit 500 000 Lahmärschen", könne er nicht unbeantwortet lassen, sagte Schwarz-Schilling. Nicht nur, daß damit die Grenzen der Geschmacklosigkeit weit überschritten wurde. Nixdorf, dessen unternehmerische Leistung unbestritten sei, habe sich in seiner Kompetenz übernommen. Die auf die Einführung des neuen Kommunikationsnetzes ISDN bezogene Einlassung von Nixdorf betreffe ein Sachgebiet, von dem der Industrielle „keine Ahnung" habe.



ISDN, das Dienste integrierende digitale Fernmeldenetz, sei bei der Post so weit fortgeschritten wie in keinem anderen Land der Welt. Die Industrie, so der Minister, sei zudem in allen bisherigen Schritten einbezogen gewesen. Hätte die Post andere Wege gewählt, wäre die Kompatibilität nicht gewährleistet.

Seite 12: Firmenberichte

Neue Kampagne Warschaus gegen Regimekritiker

DW. Warschau

Die polnischen Massenmedien haben ihre Kritik an kulturellen Veranstaltungen in den katholischen Kirchen verschärft. In einem von dem Parteiorgan „Trybuna Ludu" abgedruckten Beitrag der amtlichen Nachrichtenagentur PAP wird kritisiert, daß Polen in vielen symbolischen Darstellungen des Grabes Christi zu Ostern mit Stacheldraht „wie ein Gefängnis" dargestellt wurde. Ohne den Namen des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko zu nennen, wird außerdem bemängelt, daß man in Dutzenden von Kirchen bei der Grabesdarstellung auf das „Drama vom 18. Oktober bei Wloclawek" eingegangen sei und dieses auf „geschmacklose Weise" ausgenutzt habe, „um Haß gegen die Bürger in Uniform" zu säen.

In derselben Ausgabe wendet sich der Theaterkritiker des Parteiblattes gegen eine Aufführung eines Passionsstückes von Ernest Bryll in der Inszenierung von Andrzej Wajda in einer Kirche in Warschau. Er warf Wajda vor, literarische Vorlagen zu manipulieren, um ihnen einen regimefeindlichen Anstrich zu geben.

Daß die Warschauer Regierung auch in Zukunft hart gegen Regimekritiker vorgehen wird, zeigt die Verhaftung von fünf Mitgliedern des seit 1984 verbotenen „Theaters des 8. Tages" aus Breslau. Die fünf Mitglieder des Ensembles wurden nach Zeugenaussagen am Wochenende von Milizen festgenommen, als sie in der Franziskanerkirche eine Vorstellung geben wollten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Murphy in Nahost

Von Jürgen Liminski

Washington sondiert wieder in Nahost. Sonderbotschafter Murphy will nach seinen Gesprächen in Amman, Jerusalem, Kairo und Bagdad noch Saudi-Arabien und wahrscheinlich auch Syrien besuchen. Gleichzeitig weilte zum ersten Mal überhaupt ein algerisches Staatsoberhaupt in Washington.

Die amerikanische Präsenz in der Region tut not. Fragen waren in den sogenannten gemäßigten arabischen Ländern aufgetaucht, ob die Vereinigten Staaten nach ihrem Rückschlag in Libanon die Konfliktregion jetzt nur noch vom Hochsitz einer abwartenden Weltmacht aus beobachteten.

Auch die Sowjets haben sich diese Frage gestellt. Allerdings eher mit heimlicher Erwartungsfreude auf ein Vakuum. In Moskau sucht man die Region mit dem Feldstecher ab, nicht nach Gefahren, sondern nach Möglichkeiten, den imperialen Einfluß auszudehnen. In Libanon, Jordanien, Ägypten, in Jemen und am Golf haben die Sowjets in den letzten zwei Jahren erstaunliche Fortschritte erzielt – dank ihrer Beharrlichkeit, aber vor allem, weil Amerika in der Reserve verharrte.

Die Zeiten waren nicht immer so günstig für Moskau. Seit dem Friedenswerk von Camp David ist der sowjetische Einfluß bis zum Abzug der Marines von der libanesischen Küste stetig gesunken. Das ist die Dynamik des Friedens. Sie schadet den Sowjets, weil sie Kräfte für die wirtschaftliche Entwicklung und somit auch für die Stabilisierung politischer Verhältnisse freisetzt. Das aber macht den einzigen Exportartikel Moskaus für Nahost, Waffen und Spannungen, überflüssig. Friedenswerke wie Camp David, ausgehandelt in direkten Gesprächen, sind für die sowjetische Orientpolitik Rückschläge. Terroraktionen und Kriege aber beleben das Geschäft und erhöhen den Einfluß.

In diesem Sinn dürfte der Kreml die Rundreise Murphys mit Mißtrauen beobachten. Amerika hat, nicht nur wegen der wirtschaftlichen Möglichkeiten, viel mehr Vermittlungsoptionen. Und die Glaubwürdigkeit dieses Maklers kennt kaum Grenzen, solange Terror und Irredenta – wie die PLO, Syrien, Iran und Libyen sie verkörpern – ausgesperrt bleiben.

Schwarzmarkt rot

Von Carl Gustaf Ströhm

Westliche Politiker und Gelehrte suchen seit vielen Jahren eine Antwort auf die Frage, wie die sowjetische Wirtschaft funktioniere – falls sie überhaupt funktioniert. Jetzt gibt eine Meldung aus Moskau darauf einen Hinweis: Staatsanwälte haben 1984 nach Untersuchung von mehr als zehntausend Betrieben gegen achtzehntausend Buchhalter und Betriebsleiter Verfahren eingeleitet, weil sie Produktionszahlen fälschten, um ihre Betriebe in ein besseres Licht zu rücken.

Allein im Kompetenzbereich des sowjetischen Ministeriums für Bauindustrie verfuhr von 48 Firmen die Hälfte auf diese Weise. Es wurden hier eine Million Rubel (nach offiziellem Kurs 3,6 Millionen DM) ungerechtfertigt an Prämien ausbezahlt. Die leitenden Mitarbeiter konnten sich pro Betrieb im Durchschnitt rund sechstausend Rubel Prämien aufteilen.

Sind diese Buchhalter und Betriebsleiter gewöhnliche Kriminelle? Bedenkt man, daß die Nichterfüllung des Plans durch Wirtschaftsfunktionäre oft mit der eigenen ökonomischen Existenz bezahlt werden muß, wird man nicht so hart urteilen.

In einem „normalen" Wirtschaftssystem würden diese Manager und Buchhalter normal arbeiten, normale Resultate erzielen und entsprechend den Prinzipien der Marktwirtschaft belohnt oder „bestraft" werden. In der Sowjetunion ist die Erfüllung des Plans oft von Faktoren abhängig, die der einzelne Betriebsleiter gar nicht unter Kontrolle hat. Da bleiben Zulieferungen aus, oder die unkündbaren Mitarbeiter strengen sich nicht an. In vielen Fällen mußte sich der Betriebsleiter also unwirtschaftlich verhalten, um den eigenen Betrieb und den eigenen Kopf zu retten.

Die sowjetischen Kommunisten haben sich ein Wirtschaftssystem ausgedacht, das der menschlichen Natur widerspricht. Diese menschliche Natur sucht sich ihren Ausweg abseits der offiziellen Pfade. Ähnliches kennen die Deutschen aus der Zwangswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre: Solange der Markt nicht funktionieren durfte, gab es den schwarzen Markt. Und viele Leute kamen mit dem Gesetz in Konflikt, die in der normal funktionierenden Marktwirtschaft niemals in eine ähnliche Lage geraten wären. Bleibt die Frage: Auf was für Zahlen basiert die sowjetische Planberechnung, wenn zehntausend Betriebe achtzehntausend „Fälscher" ergeben?

Kinderkreuzzug

Von Günter Friedländer

Während Kolumbiens Präsident Belisario Betancur bei einem Staatsbesuch in den USA die Vorzüge der Befriedungspolitik seiner Regierung und der Contadora-Gruppe pries, kämpften trotz des Waffenstillstands im kolumbianischen Cauca-Tal Guerrilleros des „M-19" (Bewegung des 19. April) gegen das Heer. Es handelt sich bei den Rebellen des „M-19" um diejenigen, die vor kurzem nach blutigen Kämpfen in Corinto von dort nach Pradera gingen.

Obwohl Kämpfe auch mit den Guerrilla-Gruppen, die den Waffenstillstand mit der Regierung unterschrieben haben, längst nichts Seltenes mehr sind, gab es in Corinto eine Überraschung: Einige Guerrilleros waren Kinder von zwölf Jahren, die mit dem Gewehr in der Hand für die Revolution kämpften.

Verteidigungsminister General Miguel Vega Uribe hat die Öffentlichkeit erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Guerrilla unter dem Schutz des Waffenstillstands verschiedene Organisationen des Landes unterwandert hat. Die Regierung beobachtete und beklagte bisher diese Taktik bei den Gewerkschaften. Das jüngste Beispiel, sagt der Minister, findet man in den Schulen, wo häufig Lehrer ihre erzieherischen Aufgaben als „Vergiftung der Gemüter der Kinder" verstehen.

In einigen Grundschulen der Hauptstadt Bogotá hat man „pädagogisches" Material gefunden, „in dem die Jugend aufgefordert wird, sich gegen das System zu erheben und diejenigen zu unterstützen, die die Macht nicht mit der Stimmabgabe bei Wahlen, sondern mit den Waffen erlangen wollen".

Die Unterwanderung der Lehrerschaft ist in allen Ländern Lateinamerikas ein wesentlicher Zug der kommunistischen Strategie. „Das ist nur logisch", sagt der Minister. „Wenn die Kinder heranwachsen, sind sie dann bereit, in die Reihen der Guerrilla zu gehen, wie man in Corinto sah."

Die Verhetzung der Kinder hört übrigens auch dann nicht auf, wenn eine kommunistische Regierung die Lehrpläne entwirft. Das zeigt das Beispiel der Sandinistas in Nicaragua, wo ABC-Schützen schon in den Fibeln zum Kinderkreuzzug gegen die Nordamerikaner aufgerufen werden.



„Extravagant, gewiß – aber bei dem Dollarkurs mußten wir einfach zugreifen!"
ZEICHNUNG: JIM BORGMAN/CINCINNATI ENQUIRER

Aufrechnung paradox

Von Enno v. Loewenstern

Man wolle „keine Einäugigkeit, aber auch keine Aufrechnung von an Deutschen und an Juden begangenen Verbrechen", beteuerte ein Unionssprecher zum Kompromißtext des Gesetzes gegen die Auschwitz-Lüge. Für die SPD hielt der Abgeordnete Emmerlich gegen: „Mit dieser Einbeziehung der Vertreibung würde durch den Deutschen Bundestag den schrecklichen Aufrechnern recht gegeben, die den Holocaust gegen die Vertreibung aufrechnen wollen." Peter Glotz wiederum begründete eine antiamerikanische SPD-Veranstaltung am 7. Mai damit, daß die Bombardierung Dresdens „eine verabscheuungswürdige Vergeltungsmaßnahme" gewesen sei; spielte dann schnell mal auf die Vertreibung an und versicherte schließlich: „Es darf keinerlei Aufrechnung der Opfer geben, aber auch kein opportunistisches Schweigen."

Kurzum, als beliebtestes Schlagwort aus des deutschen Politikers Wunderhorn hat „Aufrechnung" – oder vielmehr „keine Aufrechnung" – sogar „Entspannung" überholt. Was aber hat Aufrechnung mit jenen unheilvollen Vorgängen zu tun?

Der Begriff stammt aus dem Geschäftsleben. Im Paragraphen 387 des Bürgerlichen Gesetzbuches heißt es: „Schulden zwei Personen einander Leistungen, die ihrem Gegenstande nach gleichartig sind, so kann jeder Teil seine Forderung gegen die Forderung des anderen Teils aufrechnen, sobald er die ihm gebührende Leistung fordern und die ihm obliegende Leistung bewirken kann."

Ins Völkerrechtliche übertragen, folgt daraus, daß ein Staat, der in einem Friedensvertrag Reparationen fordert, sich vorhalten lassen müßte, was er bereits empfangen oder sich genommen, oder auch an Schaden zu Lasten des anderen angerichtet hat. In der politischen Diskussion aber wurde dem Begriff eine andere Deutung gegeben: der angebliche Versuch einer Rechtfertigung von Verbrechen, weil andere auch Verbrechen begangen hätten. Das hört man nicht nur in der politischen Diskussion, sondern es steht auch in Büchern für die Schule. Um ein Beispiel von unzähligen zu zitieren: „Geläufig ist das Faktum, daß andere Völker und Regierungen ebenfalls Schuld auf sich geladen haben, sofern ihnen die Vernichtung vieler Menschen zur Last zu legen ist. Gleichwohl verbietet sich die Methode des Aufrechnens, die den Hinweis auf die Gewalt und das Unrechtshandeln anderer zur Relativierung eigener Schuld mißbraucht." (Wolfram Wette in Überschär/Wette „Unternehmen Barbarossa – Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941"; aus dem bekannten Schulbuchverlag Schöningh, Paderborn, 416 S.)

Das aber gibt es einfach nicht, nicht in der öffentlichen Diskussion und auch nicht, soweit es sich überblicken läßt, an den meisten nichtöffentlichen Stammtischen: daß jemand Hitlers Verbrechen gutheißt mit der Begründung, andere hätten auch Verbrechen begangen. Hier wird, aus welchen Gründen immer, ein Popanz beschworen.

Was es hingegen gibt, ist der Wunsch, junge Menschen zu anständigen Bürgern zu erziehen. Dazu gehört das Bemühen, sie gegen jedes Verbrechertum und jede antidemokratische Haltung einzunehmen. Dafür müssen oder jedenfalls müßten sie lernen, daß zwischen braunen und roten Konzentrationslagern, nationalsozialistischem oder kommunistischem Massenmord, Angriffskriegen im Namen der Rasse oder der Klasse allenfalls ein farblicher, nicht ein moralischer Unterschied besteht.



Folge des opportunistischen Schweigens: Wieder „Bewegungen" im Rechtsstaat FOTO: DPA

Genau da versagen unsere Schulen und die öffentliche Diskussion. Wir beobachten das kuriose Phänomen einer „umgekehrten" Aufrechnung: Die lärmende Warnung, ja nicht kommunistische gegen nationalsozialistische Verbrechen aufzurechnen, dient dem Zweck, NS-Verbrechen zur Salvierung des Kommunismus aufzurechnen.

Das hat der wackere Emmerlich gewiß nicht bedacht, als er sich dazu hergab, gegen ein Gesetz zu polemisieren, das die Leugnung von Verbrechen „der nationalsozialistischen oder einer anderen Willkürherrschaft" mit Strafe bedroht. Aber wenn wir dies „oder einer anderen" nun strichen, würden wir doch wohl der Jugend damit sagen, daß jede andere Willkürherrschaft nicht zu beanstanden ist. So, wie etwa jenes „Barbarossa"-Buch Hitlers Überfall auf die UdSSR und seine vorbereitende Propaganda verdammt, aber die sowjetischen Alibis für den von Hitler und Stalin 1939 gemeinsam inszenierten Überfall auf Polen feiert als Beispiel dafür, „wie sich die Dinge auch sehen ließen".

Eine solche Erziehung bewirkt das Gegenteil sittlicher Haltung: sie bewirkt Zynismus. Sie bewirkt, daß für die umgekehrte Aufrechnung das Schlagfremdwort „Äquidistanz" erfunden werden konnte, um den Sowjetstaat zu „relativieren" und dafür Amerika zu verdächtigen. Sie bewirkt auch, daß in einem Land, das durch gewalttätige „Bewegungen" zugrundegerichtet wurde, wieder „Bewegungen" und Gewalt praktiziert werden.

Kurzum, sie bewirkt, daß wir dasselbe in grün erleben. Oder in rot. Sie bewirkt genau das nicht, was gewünscht ist: daß die Menschen aus der Vergangenheit lernen. Der 8. Mai wird zum Festtag der Relativierungen erhoben, und man hat manchmal den Eindruck, daß nur der amerikanische Präsident die Absicht merkt. Immerhin wagt die Katholische Kirche in ihrem Wort zum 8. Mai an die Bitte zu erinnern: „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern." Wie lange noch, bis Jesus Christus der Aufrechnung angeklagt wird?

IM GESPRÄCH Reza II.

Hoffnung auf Wiederkehr

Von Volker S. Stahr

Prunk und Pomp der Schah-Ära sind heute nur noch Stoff für Geschichtsbücher. Wer erlebt hat, mit welcher inneren Kraft dieses Land nun durch die Allgegenwart der Mullahs beherrscht wird, mag Zweifel an einem baldigen Machtwechsel in Teheran haben – trotz des hohen Blutzolls im Golfkrieg. Zu sehr sind der Islam und die Geistlichkeit im Volk verwachsen. Darüber ist auch die Pariser Exil-Allianz des früheren Präsidenten Bani-Sadr mit den Volksmudschahedin Rajawis zerbrochen.

Dennoch arbeitet nach sechs Jahren des Exils ein 24jähriger Perser in den USA an der Ablösung der Ayatollahs: Reza Kurosch Pahlewi, ältester Sohn Mohammed Rezas und seit 1980 selbsternannter Schah Reza II. von Persien. Er baut auf eine andere, ehemals starke Kraft im Iran: die Königstreuen, die vor allem in den Streitkräften noch recht zahlreich sein sollen. Und er scheint auch im liberalen Lager Anhänger zu sammeln.

Gegenwärtig organisiert Reza Kurosch in aller Welt „Verfassungsräte", die seine Anhänger in- und außerhalb Irans sammeln sollen. Ziel ist der Sturz der Theokratie und die Errichtung einer parlamentarischen Monarchie, wie sie die ursprüngliche Verfassung von 1906 vorsah. Diese Verfassung war auch unter Mohammed Reza in Kraft, doch dessen selbstherrlicher Regierungsstil reduzierte die Abgeordneten zur Staffage.

Sein Sohn versichert, daß er die von ihm offen eingestandenen Fehler des Vaters nicht wiederholen werde: „Die Monarchie für Iran – nicht den Iran für die Monarchie." Zur Untermauerung dieser Absicht hält er seit einiger Zeit auch Distanz zu den anderen Mitgliedern des Königshauses.

Wenn Reza II. nun noch seinen Titel ablegte und sagte, er strebe statt des Pfauenthrons den Präsidentensessel an – man könnte ihn für einen bürgerlichen Exilpolitiker halten. Im Gespräch wirkt der sportliche und gepflegte junge Mann sympathisch und sensibel. Nicht ohne Leidenschaft, aber im Grundton sachlich,



Verspricht, konstitutioneller zu sein als der Vater: Reza II. FOTO: CAMERA PRESS

spricht er von den „Terrorzuständen in meiner Heimat" und analysiert die Herabwirtschaftung des Landes durch den Golfkrieg. Aus dem privilegierten Prinzen, der sich am liebsten Flugzeugen, schweren Motorrädern und seiner Hochseejacht widmete, ist ein Mann geworden, wie es der Vater einst wünschte. Er hatte dem Filius eine oft harte Schule westlicher Erziehung und viel Bildung verordnet – „ohne Extrawürste und Sonderbehandlung". Dabei scheinen auch westliche Ideen auf Reza Kurosch abgefärbt zu haben.

Der junge Monarch ohne Land, so gering seine Chancen auch einzuschätzen sind, scheint dennoch von der Autorität des Namens her zur Zeit der Einzige zu sein, der einen Wechsel so herbeiführen könnte, daß nicht eine religiöse Diktatur von einer atheistischen abgelöst wird. Kurosch übrigens ist die persische Namensform des großen Achaimenidenkönig Kyros, der im 6. Jahrhundert vor Chr. das persische Großreich begründete – der Schah gab dem Sohn den Namen in der Hoffnung, uralten Ruhm wiederzubeleben. Er hatte wohl nicht bedacht, wie schnell das Achaimenidenhaus selbst verging. Freilich, Persien blieb seither bestehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER ZEITUNG

Zum Besuch der sowjetischen Delegation heißt es hier:

Die Sowjetunion und ihre Vertreter verstehen es immer wieder zur rechten Zeit, Mißtrauen und Zweifel an ihren Absichten zu wecken. Wo nicht gerade ihre Armee oder ihr Sicherheitsdienst zuschlägt, da sorgen ihre Repräsentanten für Klarheit. Der öffentliche Haßausbruch ihres Parteipropagandisten Samjatin vor einigen Jahren in München, wo er einem kritischen Frager gegenüber bedauerte, daß dessen Eltern nicht in einem KZ umgekommen seien, hat sich ins Gedächtnis eingeprägt. Jetzt haben die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages von ihrem sowjetischen Gast, dem ZK-Sekretär Semjanin, Anschauungsunterricht über sowjetischen Umgang mit Andersdenkenden bekommen. Sie erlebten einen hitzigen, streitsüchtigen, mit den Fäusten auf den Tisch hämmernden Mann, der sich weder um die Sitte kümmerte, daß der Hausherr den Veranstaltungsablauf regelt noch vor Verleumdungen und bösartigen Unterstellungen zurückschreckte. Die gut zweistündige Vorstellung gelang so überzeugend, daß er die sonst durchaus nicht miteinander übereinstimmenden Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses geschlossen gegen sich aufbrachte.

BERLINER MORGENPOST

Sie bemerkt zum Reagan-Besuch:

Auch in Deutschland werden Unstimmigkeiten bei der Vorbereitung des Reagan-Besuchs parteipolitisch ausgeschlachtet. So beklagte der SPD-Politiker Glotz im Hinblick auf die Union, man sei in Bonn so weit, „daß die Opfer des Nationalsozialismus darum bitten müssen, beim Gedenken an den 8. Mai 1945 beachtet zu werden". Glotz weiß schließlich, daß Bundeskanzler Kohl schon in seinem ersten Vorschlag für das Besuchsprogramm Reagans auch den Besuch einer KZ-Gedenkstätte vorgeschlagen hatte. Seine Anmerkung zum „konservativen Irrweg zwischen Soldatenfriedhof und Konzentrationslager" disqualifiziert Glotz eigentlich als Bundesgeschäftsführer seiner Partei. Es war schließlich der konservative Konrad Adenauer, der in seinem denkwürdigen Gespräch mit David Ben Gurion das Tor zur deutsch-jüdischen Annäherung aufstieß. Und es war der konservative Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der dem jüdischen Staat mit Waffenlieferungen zu Hilfe eilte.

General-Anzeiger

Das Bonner Blatt meint zu Reagan:

Hitlers letzte Gespräche im Berliner Bunker bewiesen, daß er mit den deutschen Opfern seines verbrecherischen Größenwahns genausowenig Mitleid empfand wie mit den ermordeten Juden. Die Deutschen hatten versagt, und so mochten sie zugrundegehen. Gerade auf dem Bitburger Soldatenfriedhof, die Grabsteine beweisen es, liegt das jugendliche Kanonenfutter des Menschenverächters. Hitler beweinte die Gefallenen ebensowenig wie die KZ-Opfer. Das ungefähr wollte Präsident Reagan zu bedenken geben.

Ist der entfesselte Sozialstaat noch zu bremsen?

So war das mit der Rentendynamik nicht gemeint / Gastkommentar von Walter Schmitt

Unser Sozialstaat erfüllt seine Aufgaben nach guter Tradition mit Hilfe von Rechtssätzen. Rechtssätze machen Sozialleistungen zu Rechtsansprüchen. Das ist gut, denn Sozialleistungen dürfen in einem sozialen Rechtsstaat keine Geschenke sein, für die man sich bedanken muß.

Rechtssätze sträuben sich aber gegen Veränderungen. Das Sozialrecht kann demgegenüber seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es sich nicht gegen Veränderungen sträubt, sondern als Mittel zur Veränderung – zur Bekämpfung sozialer Probleme – begriffen wird. Soziale Gesetze dürfen nicht zur Fessel, Rechtsansprüche nicht zu Privilegien werden, die den Gesetzgeber daran hindern, neu entstandene soziale Probleme anzupacken.

Der Grundgedanke der Adenauerschen Sozialreform war es, die Dynamik zu einer Selbstverpflichtung des Gesetzgebers zu erklären und zu versuchen, auch zukünftige Gesetzgeber zur Dynamik zu veranlassen. Das war die Voraussetzung für die dynamische Rente. Berühmt geworden ist allerdings nur die dynamische Rente, nicht ihre Voraussetzung, der dynamische Gesetzgeber.

Mit der dynamischen Rente ist dafür gesorgt worden, daß das, was die Gewerkschaften für die Aktiven an Lohnverbesserungen erkämpfen, in angemessenem Umfang auch den Inaktiven zugute kommt. Der damals – 1957 – angemessene Umfang wurde durch die bruttolohnbezogene Rentenformel festgelegt; der Gesetzgeber wurde aber verpflichtet, den jeweils angemessenen Umfang neu zu bestimmen.

Entgegen den Befürchtungen der „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer", der neben Politikern, Unternehmern und Verbänden auch international renommierte Wissenschaftler angehörten, hat sich die dynamische Rente nicht als die „vorprogrammierte Inflation", sondern im Gegenteil als Stabilitätsfaktor erwiesen. Die zugesagte und praktizierte Dynamik hat alle davon überzeugt, daß eine Inflation nicht mehr zu Lasten der Existenzgrundlage des kleinen Mannes passieren könne. Vielleicht hat schon diese vertrauensbildende Wirkung dazu beigetragen die Inflation selbst zu bannen.

Die dynamische Rente wurde zum Vorbild für alle Sozialleistungen. Sie wurde sogar, wie früher der Goldpreis, zum Wertsicherungsmaßstab für privatrechtliche Ansprüche.

Das Vertrauen war aber so groß, daß es allgemeine Meinung wurde, es liege nun für alle Zeiten fest, in welchem Umfang die Rentner an der Lohnentwicklung teilnehmen. Es bedürfe nur der Statistiker, nicht mehr der Politiker, um herauszufinden, was den Rentnern zustehe und deshalb den Arbeitenden abgenommen werden müsse.

Die Politiker haben sich dieser Meinung angeschlossen. Sie ließen zunächst außer acht, daß die Väter der dynamischen Rente die Veränderung [illegible] Rentenhöhe gerade nicht den Statistikern überlassen haben. Die Statistiker sollten nur die Entscheidungsgrundlagen liefern. Entschieden werden sollte durch die Politiker.

Daß diese stattdessen nach der Statistik gingen, ging solange gut, wie die Lohnerhöhungen ohne erhebliche Beitragserhöhungen auf die Renten durchschlagen konnten. Als aber Ende der sechziger Jahre erhebliche Beitragserhöhungen erforderlich wurden, um die bruttolohnbezogene Rente nach dem 1957er Schema finanzieren zu können, hätte das Schema geändert werden müssen.

Der Gesetzgeber hat sich diesem in Paragraph 1272 Reichsversicherungsordnung enthaltenen Gebot entzogen, indem er diese Vorschrift aufgehoben hat. Er hat damit den Weg freigemacht für eine schlimme Entwicklung: Die Dynamik ist entfesselt, sie ist aus der Verantwortung des Gesetzgebers entlassen, sie ist zur Automatik geworden.

Die Rentenautomatik ist noch ein weiteres Jahrzehnt bis gegen Ende der siebziger Jahre mit jährlichen Rentenerhöhungen bis zu elf Prozent ungehemmt gelaufen. Sie hat andere Sozialleistungen mitgerissen. Seitdem versucht der Gesetzgeber, die sozialschädlichen Folgen der Automatik zu mildern, vor allem die Beitragserhöhungen gering zu halten, damit die Arbeitsplatzkosten nicht ständig steigen. Deshalb werden die Rentenerhöhungen mal kurzfristig verschoben, mal zeitweise gekappt, mal teilweise zur Krankenversicherung umgeleitet.

Die grundsätzliche Geltung der Automatik selbst wird aber als Besitzstand behandelt. Unser Sozialstaat wäre am Ende, wenn es dabei bliebe. Die Änderung der Rentenformel würde zwar das Vertrauen in eine automatische Anbindung der Sozialleistungen enttäuschen, aber das Vertrauen in die Verantwortung des Gesetzgebers für die soziale Sicherheit auch in späteren Wahlperioden stärken.

Dr. Walter Schmitt ist Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht in Kassel





Erinnerung und Mahnung, Sühne und Versöhnung

Über 10 000 Menschen verloren in Bergen-Belsen ihr Leben. In Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gedachten Tausende aus aller Welt der Opfer und der Befreiung durch die Briten vor 40 Jahren.

Von HORST STEIN

Der Kanzler sagte: „Auschwitz und Treblinka, Belzec und Sobibor, Kulmhof und Majdanek." Und mit jedem Wort schien der Mann vor dem mächtigen Obelisken ein Stück kleiner zu werden, und mit jedem Satz klang die Stimme gepreßter: „Wir fragen uns heute, warum es nicht möglich war, Einhalt zu gebieten, als die Zeichen der nationalsozialistischen Tyrannei nicht mehr übersehen werden konnten. Als man Bücher verbrannte, die wir zu den großen Kulturgütern unseres Jahrhunderts zählen. Als man Synagogen in Brand steckte. Als man jüdische Geschäfte demolierte. Als man jüdischen Mitbürgern verwehrte, auf Parkbänken Platz zu nehmen."

Helmut Kohl war zur Gedenkstätte von Bergen-Belsen gekommen, um der Befreiung dieses Konzentrationslagers vor 40 Jahren zu gedenken. Bittere Pflicht für einen Deutschen, der weiß, daß der Name seines Volkes seit jener Zeit, da „das Licht der Menschlichkeit in Deutschland und Europa von allgegenwärtiger Gewalt verdeckt" war (Kohl), mit einem Makel befleckt ist, dem die Gnade des Vergessens verwehrt bleiben soll. Denn die Babylonische Gefangenschaft der Schuldigen währet immer.

So schien zwar die Sonne auf die vieltausendköpfige Menge hernieder, die zur Gedenkfeier hinaus nach Bergen-Belsen gekommen war, und ein morgenfrischer Wind blies über das weite von Birken und Kiefern gesäumte, heidekrautbestandene Rund, aber die Schatten verwichener Düsternis wollten dennoch nicht weichen. Da waren die Massengräber ringsum und die Inschriften an der granitenen Mauer, die an unsägliche Leiden und elendes Sterben Zehntausender erinnerten: in Russisch, Tschechisch, Polnisch und Italienisch, in Englisch und Französisch, in Deutsch und – in Hebräisch.

Andächtig, ehrfurchtsvoll fast, schritten die Besucher die Mauer ab, lasen die Texte und ließen die Bänder der Kranzschleifen durch die Finger gleiten: „Die Regierung und das britische Volk" stand darauf oder „Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland" oder „Der Präsident des Deutschen Bundestages" – bis Werner Nachmann ans Mikrofon trat, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland. „Wir haben uns im Angesicht des Todes versammelt", rief er aus, „und wir klagen eine mörderische Tyrannei an."

Die Köpfe neigten sich, als Nachmann sagte: „Das Entsetzen darüber, wie sehr der Mensch entarten kann, letzten Endes ein Entsetzen über uns selbst, darf uns nie mehr verlassen." Man sah den weißen Schopf des Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers bekräftigend nicken. Neben ihm standen der Bundesratspräsident Lothar Späth, Bundestagspräsident Philip Jenninger, Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht und der israelische Botschafter Ben Ari.

„Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in und aus der Geschichte leben", fuhr Nachmann fort – ein Argument, das auch der Bundeskanzler in seiner Ansprache aufgriff, indem er darauf hinwies, daß „Versöhnung mit den Hinterbliebenen und Nachkommen nur möglich ist, wenn wir unsere Geschichte annehmen, wie sie wirklich war, wenn wir uns als Deutsche bekennen zu unserer Scham, zu unserer Verantwortung vor der Geschichte. Und wenn wir die Notwendigkeit erkennen, allen Bestrebungen entgegenzutreten, die die Freiheit und Würde des Menschen zu untergraben suchen."



Helmut Kohl: Bergen-Belsen ist ein Kainsmal, eingebrannt in die Erinnerung des deutschen Volkes. FOTO: AP

Bergen-Belsen war der richtige Ort, dies festzustellen, es war das erste Konzentrationslager im Reichsgebiet, das von den alliierten Truppen befreit worden war. Ein Augenzeuge, ein Überlebender von damals, der heute in Tel Aviv lebende Chaim Posluszny, der die Gemeinschaft der überlebenden Häftlinge dieses Lagers leitet, berichtete: „An dieser Stätte waren vor 40 Jahren eigenartige und dabei erschütternde Laute zu hören. Es war ein Gemisch von Seufzern und Klagen, gebrochenen Schreien Sterbender und dem Stöhnen strauchelnder Halbverhungerter mit starren und erloschenen Augen – lebende Gerippe an der Pforte der Befreiung, die Höllenpein und geistige und körperliche Versklavung erlitten hatten und denen eine Freudenäußerung im Halse steckenbleiben mußte, so wenig konnten sie fassen, was geschehen war und was geschehen würde."

Am 15. April 1945 nachmittags zogen hier die britischen Soldaten der vereinigten Streitkräfte ein, die gegen das besiegte Deutschland gekämpft hatten, und brachten die Botschaft der Befreiung. Für Tausende der befreiten Häftlinge freilich kamen die Briten zu spät. Sie starben an Entkräftung, an Fleckfieber und an der Ruhr. Vier Jahre hatte das KZ Bergen-Belsen bestanden, in den beiden letzten Jahren waren hier hauptsächlich jüdische Häftlinge aus ganz Europa zusammengepfercht, von denen insgesamt rund 50 000 ums Leben kamen. Zuvor war Bergen-Belsen zwei Jahre lang Kriegsgefangenenlager gewesen. Allein im Herbst/Winter 1941 starben in diesem Lager zwischen 30 000 und 50 000 deutsche Kriegsgefangene an Hunger und Fleckfieber.

„Wir klagen nicht die Gesamtheit des deutschen Volkes an", versicherte Posluszny, „obwohl es eine schwere und gemeinsame Verantwortung trägt: die, daß es wußte, hörte, sah und gleichgültig blieb. Aber niemals darf denen verziehen werden, die kooperierten und die Pläne in die Tat umsetzten; für deren Freveltaten gibt es niemals Vergebung."

Am Rande der Veranstaltung kam es zu rührenden Szenen des Wiedersehens zwischen ehemaligen Häftlingen, die heute in alle Welt zerstreut sind. Umarmungen und Wangenküsse und dann Fragen nach dem Leben heute.

Bergen-Belsen spielte lange Zeit die Rolle eines „Sonderlagers für Austauschjuden". Im März 1943 nämlich kam das Auswärtige Amt mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) überein, Juden mit doppelter Staatsangehörigkeit oder mit besonderen verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, politischen oder kaufmännischen Beziehungen zu Angehörigen von Feindstaaten auszuwählen und gesondert zu internieren. Es sollten geeignete sein, „im Austausch ... deutschen internierten Reichsbürgern die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen ... Das Auswärtige Amt bittet daher, etwa 30 000 für den eventuellen Austausch geeignet erscheinende Juden ... für diesen Zweck zur Verfügung zu halten. Es bittet, dafür Sorge zu tragen, daß diese Anzahl Personen zunächst nicht abgeschoben würden. Sollten die erwähnten Austauschverhandlungen zu keinem Ergebnis führen, so kann die Abschiebung der Juden immer noch erfolgen." So heißt es in einem Schriftwechsel des Auswärtigen Amtes an das RSHA.

Dieser Plan traf sich mit entsprechenden Vorstellungen Heinrich Himmlers, der bereits im Dezember 1942 angeordnet hatte, Juden mit einflußreichen Verwandten in Feindstaaten gesondert zusammenzufassen; sie sollten in Sonderlagern zwar arbeiten, aber gesund und am Leben bleiben, da sie wertvolle Geiseln seien. In den USA, in Lateinamerika und Palästina nämlich waren zwar viele Deutsche interniert, in Deutschland hingegen nur wenige Staatsbürger dieser Länder. Um die Deutschen austauschen zu können, mußte man auf Juden mit Pässen dieser Länder zurückgreifen. Bergen-Belsen erschien daher den „Austauschjuden" lange Zeit als Tor zur Freiheit – bis zum bitteren Ende.



Ein Wiedersehen 40 Jahre nach der Befreiung: Theresa Stiland (rechts) und Guta Dioznoski FOTO: AP

Besuch in Bitburg: Duell mit Assoziationen und Emotionen

Präsident Reagan hat für die Juden mehr getan als mancher Präsident vor ihm. Um so tiefer trifft ihn die Kritik an seinem Besuch auf dem – wie viele Amerikaner sagen – „Nazi-Friedhof" in Bitburg. Mitschuld an diesem Begriffs-Kurzschluß tragen auch die TV-Serien, die alle deutschen Soldaten stets zu „Nazis" schematisieren.

Von FRITZ WIRTH

Auf der Stirn Elie Wiesels perlte Schweiß. So stand er am Rednerpult des „Roosevelt Room" im Weißen Haus und formte Worte, die zu Bildern wurden, und Bilder, die sich zur Apokalypse verdichteten: „Söhne, die *hilflos* mit anschauten, wie ihre Väter zu Tode geprügelt wurden. Mütter, die zusahen, wie ihre Kinder zu Tode hungerten ... Terror, Furcht, Isolation, Folter, Gaskammern, Flammen, Flammen, die zum Himmel stiegen."

Wiesel beschrieb in drei Sätzen das Unbeschreibliche, den Holocaust. Zwei Meter von ihm entfernt saß Ronald Reagan, stumm, reglos und schaute unverwandt auf diesen Mann, der sich selbst einen „storyteller" nennt, einen Geschichtenerzähler, und nun die schwerste Geschichte seines Lebens erzählte.

Zwölf Stunden zuvor hatte er noch nicht gewußt, ob er diese Rede halten würde, ob er überhaupt ins Weiße Haus gehen sollte zu einer Ehrung und Feierstunde für diesen Chronisten des Holocaust, die beschlossen und angesetzt worden war, lange bevor es im deutsch-amerikanischen Dialog ein Stichwort namens „Bitburg" gab.

Ihn hatten Worte des Präsidenten getroffen und empört, aus denen er herauslas, daß im Urteil Ronald Reagans die Soldaten des Dritten Reiches ebensosehr Opfer der Nazis waren wie die Insassen von Konzentrationslagern. Erst in der Nacht entschied er sich, die Ehrung zu akzeptieren. „Mir war klar geworden, daß dies nicht die Medaille des Präsidenten, sondern des amerikanischen Volkes ist."

Vor dieser Ehrung und vor dieser Rede saßen beide Männer für 25 Minuten im „Oval Office" des Weißen Hauses zusammen. Niemand außer ihnen weiß, was gesprochen wurde. Sicher aber ist, daß sie über die Vergangenheit sprachen, die aus Elie Wiesel ein Waisenkind machte, das Auschwitz überlebte, und über eine Zukunft, die Ronald Reagan in zehn Tagen nach Deutschland führt.

Beide Männer trafen sich in der übereinstimmenden Trauer und Verzweiflung über diese Vergangenheit und fanden dennoch nicht eine gemeinsame Brücke in die Gegenwart und in die Zukunft. „Ich flehe Sie an", sagte Wiesel eine halbe Stunde später im „Roosevelt Room" und wandte sich dem *Präsidenten* in einem letzten dramatischen und emotionalen Versuch zu, ihn vom Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg abzubringen, „finden Sie einen anderen Weg, einen anderen Ort. Dieser Platz ist nicht Ihr Platz, Herr Präsident. Ihr Platz ist bei den Opfern der SS."

Ronald Reagan antwortete nicht. Weder mit einer Geste noch mit einem Wort. Doch er hatte zuvor in einer Laudatio auf diesen Mann versucht, im Werk und dem Leben Elie Wiesels Hoffnungsstrahlen für die Zukunft zu sehen und diesem Leben die selbstquälerische Dimension zu nehmen: „Seine Arbeit ist eine zeitlose Lektion für die Menschheit. Sie lehrt über Verzweiflung, aber auch über Hoffnung. Sie lehrt über unsere Fähigkeit, Böses zu tun, aber auch über die Möglichkeiten des Mutes und des Widerstands und über unsere Fähigkeit, Opfer für ein höheres Ziel zu bringen. Sie lehrt über den Tod, doch am Ende auch über das Leben."

Diese Sätze sind bedeutsam. Sie charakterisieren bisher am klarsten und eindringlichsten Reagans Standort im Verhältnis zur deutschen Vergangenheit. Der Konflikt um Bitburg und um das gesamte Thema seines Deutschlandbesuchs litt bisher darunter, daß er vom Präsidenten in oft ungelenken, weil „aus dem Stand" gesprochenen Worten erklärt wurde.

Reagan läßt in dieser Laudatio auf Wiesel mit keinem Wort Zweifel an seinem Schrecken und seiner Verzweiflung über diese Vergangenheit aufkommen. Dennoch, das Schlüsselwort in dieser Lautdatio ist das Wort „aber", mit dem er hinter jeder Manifestation des Horrors ein Signal der Hoffung setzt. Diese Sätze enthüllen das Vertrauen dieses Mannes auf die Zukunft und seinen daraus resultierenden Optimismus. Sie sind das Leitmotiv seiner Reise nach Deutschland.

Es ist müßig, die Ereignisse der letzten Tage und Wochen noch einmal aufzurollen, die zu dieser Zuspitzung und diesem dramatischen Appell des Elie Wiesel im „Roosevelt Room" des Weißen Hauses führten. Es bedarf keiner Erwähnung mehr, daß von beiden Seiten beklagenswerte Fehler und Schnitzer gemacht wurden, weil beide Seiten die Symbolwerte und -signale dieser Vergangenheit nicht immer in den Griff zu bekommen vermochten, teilweise durch Unbedachtsamkeit, teilweise jedoch auch durch ein medienorientiertes Kalkül, das im Umgang mit dieser Vergangenheit einfach fehl am Platze ist.

Über eines jedoch darf und sollte es keine Diskussion geben: über die Ernsthaftigkeit, den guten Willen und die tief empfundene Geste der Freundschaft, mit der Reagan seine Reise nach Deutschland geplant hat in der Absicht, jenen, die Zeugen der jüdischen Massenvernichtung wurden, die Aussöhnung mit dieser Vergangenheit und ihren Opfern zu erleichtern, und jene neue Generation des Nach-Holocaust von jener Bürde zu befreien, die sie nicht zu tragen und zu verantworten hat.

Daß sich dieser Präsident schließlich bei diesem Bemühen gezwungen sah, Zweifel an seinem Verhältnis zu den Juden ausräumen und sein ungebrochenes Mitgefühl am Schicksal der Juden beteuern zu müssen, ist ein bedauerliches Resultat des gequälten Aufschreis und der Anti-Bitburg-Kampagne Elie Wiesels und seiner Freunde. Reagan hat in den letzten vier Jahren mehr für die Juden getan als mancher Präsident vor ihm. Bleibt die Frage: Wie tief sitzen die Ressentiments, die diese Diskussion aufgewühlt haben? Was bleibt hängen? Hat das quälende Präludium dieses Besuchs mehr Schaden angerichtet, als ihn der Besuch selbst wiedergutmachen kann?

Es ist nützlich, sich zu erinnern: Als diese Debatte mit der Dachau-Absage begann, war das kritische Echo darauf relativ begrenzt. Eine tiefgehende öffentliche Debatte fand noch nicht statt. Sie setzte erst ein, als der Bitburg-Besuch ins Gespräch kam. Auch hier war die Debatte zunächst ein Medienereignis und lange nicht alle verurteilten ihn. Jody Powell beispielsweise, der ehemalige Pressechef des Weißen Hauses unter Carter, verteidigte ihn in der „Los Angeles Times" mit diesen Sätzen: „Wenn ein amerikanischer Präsident Blumen auf den Gräbern deutscher Kriegstoter niederlegt, so entfernt das nichts von der Ehre jener Amerikaner, die starben, um den Faschismus zu besiegen, und es vermindert nicht den Schrecken des Holocaust – es sei denn, wir entscheiden uns, es so aussehen zu lassen."

Die SS-Gräber auf diesem Friedhof wurden in der nun entbrannten öffentlichen Diskussion zum emotionalisierenden und entorientierenden Faktor. Sie machten Bitburg automatisch zu einem „Nazi-Friedhof". Dieser Begriffskurzschluß liegt manchen Amerikanern immer noch ganz vorn auf der Zunge. Es ist eine Hypothek jener Fernsehserien, die deutsche Soldaten automatisch zu „Nazis" schematisieren.

Die öffentliche Diskussion verlor zuweilen nun auch die historische Orientierung. In einer Radio-Talkshow, die von Küste zu Küste übertragen wird, empfahl eine Hörerin dem Präsidenten, doch gleich nach Berchtesgaden zu gehen und dort einen Kranz niederzulegen. In der deutschen Botschaft gingen erste negative Telefonanrufe ein. Eine deutsche Diplomatenfrau lief in einem Supermarkt in aufwallende Feindseligkeit von zwei Amerikanerinnen hinein.

Dennoch sind diese Reaktionen kein all-amerikanisches Phänomen. Viele Deutsche hier in den USA haben von ihren amerikanischen Freunden und Gastgebern in den letzten Tagen eher Gefühle des Mitleids über diese Diskussion zu spüren bekommen.

Sicher ist: Die Mission Reagans ist schwieriger geworden. Er wird ohne allen Zweifel eine wirksame und eindrucksvolle Botschaft der Hoffnung und des Vertrauens nach Deutschland bringen. Die Gefahr nur ist, daß seine Worte daheim überlagert werden von der Sprache der Fernsehbilder, die sich in Bitburg auf die Gräber von SS-Soldaten konzentrieren werden.

Es ist das Duell mit diesen Assoziationen und Emotionen, die seinen Besuch in Deutschland zu einer Herausforderung machen. Ein Blick in das Gesicht des Präsidenten während der Feierstunde im „Roosevelt Room" zeigt, wie sehr ihn die Art und die Richtung, die diese Diskussion genommen hat, schmerzt. Er verläßt wortlos die Veranstaltung.

Eine Stunde später gibt das Weiße Haus offiziell bekannt, daß die Pläne des Bitburg-Besuches unverändert bleiben. Der Präsident hat entschieden, daß auch dies, entgegen der Ansicht Elie Wiesels, „sein" Platz ist.

Ost-TV zeigt Westfilm „Bomben auf Berlin“

hrk. Berlin

Zehn Tage vor den mit erheblichem Propaganda-Aufwand inszenierten Befreiungsfeiern von Moskau und Ost-Berlin schildert die „DDR“ am kommenden Sonntag zum erstenmal dem Zuschauer drüben die Leiden und die Leidensfähigkeit der Deutschen von damals: Das Staats-Fernsehen kaufte den beklemmenden Dokumentarstreifen „Bomben auf Berlin“, der am 28. April, zur besten Sendezeit am Abend über die „DDR“-Fernsehschirme geht. Ost-Berlin wendet sich damit zum erstenmal dem „normalen“ Kriegsalltag vieler Deutscher außerhalb des Widerstandes zu.

Die überraschende Entscheidung des SED-Zentralkomitees – nur auf dieser Ebene sind Beschlüsse dieser Tragweite möglich – erreichte den Westberliner Filmproduzenten Bengt von zur Mühlen (Chronos-Film) per Telefon: Das Ostberliner Fernsehen bat um die Überlassung der Senderechte an diesem Streifen, den von zur Mühlens Frau Irmgard zu einer Darstellung des Infernos jener Jahre in Berlin zusammengestellt hat. Der Streifen lief im Januar 1984 bereits im ARD-Programm.

Während die „DDR“ aus ihrer Sicht heraus, mit dem Deutschen Reich nichts zu schaffen habe (Honecker: „Es ging in den Flammen des Krieges unter“), die Kriegszeit in Deutschland bisher vornehmlich anhand von Heldenfilmen meist über den kommunistischen Widerstand darstellt, will Ost-Berlin seine Öffnung zur gesamten deutschen Historie hin jetzt offenbar auch auf diesem Feld beweisen.

Für die politische Bedeutung dieses Vorgangs spricht auch, daß das SED-Organ „Neues Deutschland“ am 19. April eine ausführliche ADN-Meldung über den Ankauf und genaue Sendezeiten druckte.

Im Paket mit dem Film, der das Alltagsleben des „kleinen Mannes“ zwischen Furcht und Hoffnung zeigt, kaufte Ost-Berlin auch den bisher selbst im Westen nicht im Fernsehen gezeigten Streifen über „Berlin zur Kaiserzeit“. Er wurde gestern abend, ebenfalls zur besten Sendezeit, ausgestrahlt und dabei in der Publikumsgunst gegen den ersten Westkanal mit der Folge über die „Deutschen im 2. Weltkrieg“ gestellt.

Chronos-Film-Eigentümer von zur Mühlen deutete im Gespräch mit der WELT auch diesen Ankauf als Ostberliner Bemühung, das „DDR“-Geschichtsbild zu erweitern: „Nach Gneisenau, Friedrich dem Großen und Bismarck entdeckt man nun offenbar auch die wilhelminische Zeit und nimmt durch unseren Film ‚Bomben auf Berlin‘ auch bisher nicht dargestellte Teilaspekte der Geschichte des Dritten Reiches auf.“ Der Kauf der Filme durch das Ostberliner Fernsehen sei auf D-Mark-Basis erfolgt. Es gebe keine Schnitte, „außer unwesentlichen, die nur sendetechnisch bedingt sind“.

Wie so häufig bei der Aufarbeitung deutscher Geschichte erwies sich die „DDR“ schneller und konsequenter als der Westen – im Sender Freies Berlin reagierte man auf den „DDR“-Ankauf des Hohenzollern Films ausgesprochen betreten. „Denn ‚Berlin zur Kaiserzeit‘ liegt seit einem Jahr angekauft beim Sender, wurde aber bisher nicht ausgestrahlt“, berichtet von zur Mühlen. Im SFB hieß es, man habe den Streifen bis zur 750-Jahr-Feier aufheben wollen …

Der östlichen Seite fiel der Ankauf vielleicht auch deshalb nicht allzu schwer, weil beide Streifen wesentlich von der Materialfülle östlicher Archive profitierten. Das Lichtspiel über das wilhelminische Berlin betont zudem die soziale Not in den Elendsquartieren der Arbeiterviertel.

Blüms Modell ist verfassungskonform

WELT-Gespräch mit Staatsrechtler Professor Krause / Keine Bedenken gegen Reform der Hinterbliebenenrente

PETER JENTSCH, Bonn

In einem Hearing vor dem Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung sollen am kommenden Mittwoch Juristen zu den sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Einwänden gegen das von Bundesarbeitsminister Blüm vorgelegte Anrechnungsmodell zur Reform der Hinterbliebenenrenten Stellung nehmen. Die WELT sprach aus diesem Anlaß mit dem Verfassungsrechtler Professor Peter Krause, Trier.

Die Notwendigkeit der vom Bundesverfassungsgericht 1975 aufgegebenen Rechtsänderung führt Krause auf den gesellschaftlichen Wandel zurück. Die heutige Witwenrente sei im Hinblick auf die Hausfrauen-Ehe entwickelt worden, in der die Familie im wesentlichen vom Erwerbseinkommen des Mannes lebte. Beim Tode des Mannes sollte die Witwenrente den bis dahin aus seinem Einkommen gewährleisteten Unterhalt der Frau abdecken. Heute gebe es aber zunehmend Doppelverdiener-Ehen oder Ehen, in denen der Mann die Rolle der Hausfrau übernommen habe. Und für diese Formen biete die Witwenrente keine Lösung, denn der Mann gehe beim Tode seiner (mit)verdienenden Frau leer aus.

„Nicht finanzierbar“

„Die einfachste Lösung wäre jetzt die Ausdehnung der Witwenrente auf den Witwer,“ sagte Krause. Diese Lösung „ist aber nicht zu finanzieren; zudem führt sie zu einer Überversicherung“, weil nämlich „ein gut verdienender Witwer auch von seiner irgendwann mal kurzfristig berufstätigen Frau eine Witwerrente erhielte“.

Unter dieser Prämisse habe Blüm sein Modell vorgelegt, nach dem der überlebende Ehegatte neben seiner ungeschmälerten eigenen Rente eine Hinterbliebenenrente in Höhe von 60 Prozent der Rente des Verstorbenen erhalte. Auf diese Rente soll eigenes Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen über einen Freibetrag von 40 Prozent angerechnet werden.

In der Tat lasse sich, so Krause, nur ein Modell vertreten, „nach dem die Hinterbliebenenrente letztlich nur die Lücke schließt zwischen dem, was man selber hat, und dem, was man vom Ehepartner an Unterhalt zu erwarten gehabt hätte“. Um ein solches Modell handele es sich sowohl beim Regierungsentwurf wie beim Reformvorschlag der SPD. „Jedes dieser Modelle führt aber immer dazu, daß die Hinterbliebenenrente nicht allein vom Rentenanspruch des Verstorbenen abhängig ist, sondern zusätzlich auch davon, in welchem Maße der Überlebende vom Toten unterhalten worden wäre. Genau das versteht man unter Anrechnung.“ Insofern seien alle jetzt diskutierten Modelle – auch das Teilhabemodell der SPD – Anrechnungsmodelle.

Bisher sei weder von Sozial- noch von Rechtswissenschaftlern ernstlich behauptet worden, daß die Einführung eines solchen Anrechnungsmodells mit der Verfassung kollidiere, etwa mit dem Eigentumsrecht oder mit den Prinzipien der Sozialversicherung. Krause weiter: „Und im Gegensatz zu einem häufig erhobenen Vorwurf bin ich der Meinung, daß keines der vorgelegten Modelle auf die Einführung eines Bedürftigkeitsprinzips in der Rentenversicherung hinausläuft.“ Darüberhinaus werde die Hinterbliebenenrente „auch nicht in eine Sozialhilfeleistung umfunktioniert, sondern es bleibt dabei: jede Witwe und jeder Witwer erhält einen Anspruch auf Rente. Und dieser Anspruch entspricht in etwa dem Unterhaltsanspruch, der durch den Tod des Ehegatten verlorengegangen ist“.

Dabei gewährleisteten übrigens alle Modelle, so hob Krause hervor, eine Versorgungsquote, die besser sei als die heutige. Denn nach dem Regierungsmodell erhalte jeder mindestens 60 Prozent des familiären Rentenanspruchs, nach SPD-Entwurf 70 Prozent, wobei zu fragen sei, ob die 70 Prozent finanzierbar seien.

Festzuhalten bleibe, daß die Hinterbliebenenrente eine Unterhaltsersatzfunktion habe. Daher sei es sinnvoll, die Hinterbliebenenrente vom eigenen Einkommen der Witwe oder des Witwers abhängig zu machen. „Und diese Einkommensberücksichtigung stellt auf das jeweils verfügbare eigene Einkommen ab.“

Anders sei das bei der Versichertenrente, die als Lohnersatz konzipiert sei. Krause nannte Befürchtungen „völlig aberwitzig, daß Blüms Anrechnungsmodell für die Unterhaltsersatzrente nun einfach auf die Lohnersatzrente, also auf die Versichertenrente übertragen“ werden könne. Dies werde das Bundesverfassungsgericht, „das mit Sicherheit noch einmal über diese Sache zu Gericht sitzen wird, ebenso sicher sehr deutlich zum Ausdruck bringen“.

Das „wirklich schwierige Problem“ nennt Krause die Frage der Abgrenzung anrechenbarer Einkommen, also die Frage, welche Einkommen angerechnet werden und welche nicht. Im Prinzip der Anrechnung schlechthin könne man keinen Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze sehen, etwa gegen das Eigentumsrecht, das Rechtsstaatsprinzip oder den Vertrauensschutz. „Anrechenbar sind sicher nicht Kapitalvermögen, Zinseinkünfte oder Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, sondern nur Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen, da nur diese durch das Rentenversicherungsrecht berücksichtigt werden.“ Eine „stromlinienförmige Lösung“ lasse sich hier nicht finden. Freilich ziehe das Gebot des Gleichheitsgrundsatzes hier Grenzen: „Gesetzliche Differenzierungen dürfen nicht willkürlich sein, sie müssen auf sachlichen Gründen beruhen.“

Zusätzlicher Spielraum

So sei die Rechtfertigung für die Ausklammerung etwa von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung oder von Renten aus der öffentlichen Zusatzversorgung in ihrem Zusatzcharakter zu finden; damit sollte im Alter zusätzlicher Bewegungsspielraum geschaffen werden. Diese Absicht würde der Gesetzgeber vereiteln, wenn er diese zusätzlichen Alterseinkommen bei der Anrechnung berücksichtigte.

Die Leistungen berufsständischer Versorgungseinrichtungen müßten hingegen berücksichtigt werden, weil sie keinen Zusatz zur Alterssicherung, sondern eine normale Grundversorgung darstellten. „Ebenso wie die Versichertenrenten und Beamtenpensionen haben sie den Zweck, nach Ausscheiden aus dem Berufsleben entfallende Erwerbseinkommen zu ersetzen.“ Erwerbsersatzeinkommen würden aber durch die rentenmindernde Anrechnung nicht in verfassungsrechtlich relevanter Weise beeinträchtigt.

Junge Liberale: „Waffendienst auch für Frauen“

DW. Bonn

Den Waffendienst auch für Frauen in der Bundeswehr haben die Jungen Liberalen auf ihrem Bundeskongreß in Bonn gefordert. Der freiwillige Dienst von Frauen in der Bundeswehr sei ein „Schritt hin zur Erfüllung der Grundgesetzforderung einer Gleichberechtigung von Mann und Frau“, heißt es in dem Beschluß der FDP-Nachwuchsorganisation. Bundesvorsitzender Guido Westerwelle forderte auf dem Kongreß die FDP-Führung auf, sich künftig in ihrem politischen Handeln klarer von CDU und CSU abzugrenzen. „Die FDP ist in erster Linie eine eigenständige Partei und erst in zweiter Linie Koalitionspartner der Union.“

FDP in Schleswig-Holstein geht auf Bonner Kurs

Wolf-Dieter Zumpfort zum neuen Landeschef gewählt

GEORG BAUER, Pinneberg

Mit der Wahl von Wolf-Dieter Zumpfort zum neuen Landesvorsitzenden hat die FDP Schleswig-Holsteins auf ihrem Landesparteitag in Pinneberg offiziell ihren Schulterschluß mit der Bundespartei vollzogen. Der 39jährige frühere Bundestagsabgeordnete, auf den 161 von 198 Stimmen der Delegierten entfielen, meinte in seiner Abschlußansprache mit Blick auf die Auseinandersetzungen in der Vergangenheit, die Partei müsse jetzt Geschlossenheit und Harmonie zeigen, um die schwierigste Phase, die Landtagswahl im Herbst 1987, erfolgreich bestehen zu können.

Zumpfort, der als „Lambsdorff-Mann“ den Absprung der FDP aus der Koalition mit der SPD befürwortet und sich damit in Gegensatz zum „sozialliberalen“ Kurs der Landespartei gebracht hatte, meinte in einer Aufarbeitung der zurückliegenden Zwistigkeiten, es sei genügend Zeit vergangen, um weniger emotionsgeladen über den Koalitionswechsel in Bonn sprechen zu können. „Die FDP hat unter größtenteils sehr unglücklichen Begleitumständen eine Entscheidung getroffen, die wegen der Handlungsunfähigkeit der alten Koalition und der Notwendigkeit eines Neubeginns letztlich unumgänglich war“, so Zumpfort. Einen Triumph dank seines Votums empfinde er aber nicht.

Das Ziel für die Zukunft sei die Sicherung des Überlebens der Partei. Die FDP, die nach ihrem jüngsten Landtagswahlergebnis von 2,2 Prozent als Splitterpartei gehandelt wird, müsse neue Qualitäten entwickeln und an alter Identität anknüpfen. Liberale Tradition sei mehr als nur sozialliberale Vergangenheit. An die gesamte Geschichte der Liberalen, „also auch an die freisinnigen Liberalen, die Milieu-Liberalen und an unsere Traditionen im ökonomischen Denken und Handeln“, müsse angeknüpft werden. Für die Zukunft müsse die FDP in erster Linie als eigenständige Kraft gelten und erst in zweiter Linie als Koalitionspartner.

Im Sinne der Eigenständigkeit legte der neue FDP-Bundesvorsitzende Wert auf die Feststellung, daß er sich nicht, wie manche Leute glaubten, Ministerpräsident Barschel an den Hals werfe. „Wer dies unterstellt, verkennt mich und Dr. Uwe Barschel“, so Zumpfort. Nichts sei gefährlicher, als sich diesem machtbewußten kaltwirkenden und in seiner Partei nicht nur geliebten Politiker auszuliefern. Im Gegenteil, man müsse die Lindenblattstelle dieses „schleswig-holsteinischen Jungsiegfried“ finden.

„Noch die Gelegenheit zu freiwilligen Lösungen“

CSU-Kongreß zum Thema Abfall / Zimmermann mahnt Handel

PETER SCHMALZ, München

Nach seinen bislang nicht zu seiner Zufriedenheit verlaufenen Gesprächen mit der Getränkeindustrie über den verstärkten Einsatz von Mehrwegflaschen ermahnte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Wochenende die betreffenden Betriebe, durch Eigeninitiative gesetzlichen Verordnungen zuvor zu kommen. „Die Wirtschaft und der Handel haben jetzt noch die Gelegenheit zu freiwilligen Lösungen“, sagte der Minister in Regensburg auf einem CSU-Fachkongreß zu dem Thema „Abfall: Vermeiden, verwerten, entsorgen“.

Sollte der Markt jedoch nicht bereit sein auf umweltschädliche Produkte zu verzichten oder Wege zu entwikkeln, die Produkte nach Gebrauch zurückzunehmen, sie also von der Abfallbeseitigung fernzuhalten, dann werde die Bundesregierung handeln, kündigte Zimmermann an: „Wir werden nach dem Vorsorgeprinzip handeln und nicht gewillt sein, Entwicklungen in einzelnen Marktbranchen hinzunehmen, falls diese in einer die Umwelt unnötig belastenden Weise ablaufen, und etwa erst dann zu reagieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.“

Schon heute besteht die Hälfte des Hausmülls in der Bundesrepublik aus Verpackungsabfällen. Ohne die Mehr-Weg-Verpackungen im Getränkebereich würden nochmals 25 Prozent mehr Müll anfallen. Nach der letzten Untersuchung des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 1982 ist die Abfallmenge der Getränkeverpackungen auf 1,8 Millionen Tonnen im Jahr gestiegen. Davon entfallen nur 340 000 Tonnen auf die Mehr-Weg-Packungen, aber 1,5 Millionen Tonnen auf Ein-Weg-Behältnisse, von denen wiederum zwischen 300 000 bis 400 000 als Altglas wieder verwertet werden.

Zimmermann betonte, er wolle nicht den Bürger bevormunden und bestimmte Verpackungen verbieten, er sehe aber auch nicht, daß der Handel nach eigener Gewinnstrategie entscheidet, was der „Kunde König“ zu kaufen hat. Die Bundesregierung werde behutsam vorgehen, aber nur Maßnahmen der Marktbeteiligten, nicht Absichtserklärungen, könnten die Notwendigkeit von Eingriffen über den Verordnungsweg auf ein Mindestmaß reduzieren oder ganz vermeiden. Seit Jahresbeginn liegt dem Bundestag ein Gesetzentwurf vor, dessen Paragraph 14 entsprechende Verordnungsermächtigungen enthält. Zimmermann rechnet aber nicht damit, das Gesetz vor Anfang 1986 zur letzten Abstimmung dem Parlament vorlegen zu können.

„Künstliche Teilung nicht anerkennen“

hrk. Berlin

Für eine Politik der „Demokratie und Unabhängigkeit für Europa“ hat sich die amerikanische Botschafterin bei der „DDR“, Rozanne Ridgway, auf einer Tagung der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* im Berliner Reichstags-Gebäude ausgesprochen. Die Gesandte wandte sich gegen die „künstliche Teilung“ des Kontinents, die „nicht anerkannt“ werden dürfe. Auf der Tagung warnte der Vize-Fraktionschef der Union, Volker Rühe, vor einer Abkoppelung Europas von Amerika. Deshalb müsse die Bonner Ostpolitik stets mit der Allianz abgestimmt sein.

Stoiber: FDP gefährdet den sozialen Frieden

DW. München

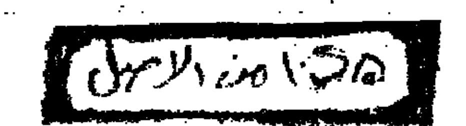
Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), hat der FDP vorgeworfen, sich mehr und mehr als „gnadenlose“ und unsoziale Wirtschaftspartei zu profilieren. Auf einer CSU-Veranstaltung in München kritisierte Stoiber erneut scharf die jüngsten Vorschläge der FDP zur Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. FDP-Generalsekretär Helmut Hausmann unterlaufe mit der Absicht, Arbeitslose für einen halben Stundenlohn zu beschäftigen, das gesamte Tarifsystem. Die FDP sei anscheinend auch bereit, das bewährte Rentensystem ohne Rücksicht auf die Beitragszahler zu kappen. Mit seinem inzwischen wieder zurückgezogenen Vorschlag einer Grundeinheitsrente und einer privaten Altersvorsorge gefährde FDP-Chef Martin Bangemann den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland.

Hupka für „tiefgreifende Verständigung“

p. p. Bonn

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, hat Positionen seines Verbandes verdeutlicht: Es müsse zu einer „tiefgreifenden Verständigung“ mit Polen nach dem Vorbild des Verhältnisses gegenüber Frankreich und Israel kommen. Aber das „unvoreingenommene Gespräch zwischen freien Deutschen und freien Polen“ werde nicht nur durch die „kommunistische Diktatur“ verhindert, sondern auch durch einen „Nationalismus“, der „in Polen virulent ist“. Vor dem bayerischen Landesverband der Schlesier forderte Hupka: „So wie das, was dem polnischen Volk unter Hitler widerfahren ist, Unrecht war, so muß auch Unrecht genannt werden, was dem deutschen Volk unter dem Kommunismus und polnischen Nationalismus an Leid zugefügt worden ist.“

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Südafrika sucht wieder UNO-Lösung in Namibia

Angola will per Gesetz kubanische Truppen einbürgern

M. GERMANI, Johannesburg

Einer der wichtigsten Aspekte der jetzt neu belebten Namibia-Politik Südafrikas ist die erneute Hinwendung zur UNO-Resolution 435. War noch zu Beginn des Jahres von Teilnehmern der Multi-Parteien-Konferenz (MPC) in Windhuk angedeutet worden, daß dieser Beschluß letztlich aus dem Jahre 1978 stamme und längst überholt sei, so ist spätestens seit der Rede des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha am vergangenen Donnerstag das Eingeständnis publik gemacht, daß Südafrika sich verpfichtet fühlt, innerhalb der kommenden Interimsregierung, die UNO-Resolution zu berücksichtigen. Grundbedingung bleibe aber weiterhin der sowohl von den USA als auch Südafrika geforderte vorherige Abzug der kubanischen Truppen aus Angola.

In einer Stellungnahme zum Abzug der letzten südafrikanischen Streitkräfte aus Südangola erklärte die Regierung in Luanda, dieser Entschluß sei durch interne Unruhen und internationale Kritik am Apartheidsregime herbeigeführt worden.

Der Rückzug bedeute weder den Beginn einer neuen Initiative noch sei er ein Zeichen des guten Willens, sondern lediglich die Erfüllung eines Abkommens, das vor einem Jahr in Lusaka zwischen beiden Ländern geschlossen worden ist. Dabei habe Angola seinen Teil erfüllt, indem es die Swapo daran hindere, erneut nach Namibia einzudringen.

Lex Kuba als Ersatz

In einer eigenen internen Lösung versucht nun die angolanische Regierung, den geforderten Abzug der Kubaner zu umgehen. Luanda bereitet eine gesetzliche Lösung dafür vor, eine Lex Kuba. Bisher erhielten Personen, die sich zehn Jahre im Lande aufhielten, angolanische Staatsbürgerrechte. Dies würde inzwischen für einen Großteil der Kubaner zutreffen.

In den vergangenen Monaten, so berichtet der Johannesburger „Sunday Star", habe die Regierung ein Gesetz verabschiedet, wonach Kubaner bereits nach kurzem Aufenthalt eingebürgert werden können. Damit würde einem weiteren Verbleib dieser großteils schwarzen Truppen, die vom „Sunday Star" auf bereits 40 000 beziffert werden, nichts mehr im Wege stehen. Das südafrikanische Außenministerium erklärte demgegenüber, eine Einbürgerung werde nicht als Ersatz für einen Abzug anerkannt werden.

Die linksliberale Oppositionszeitung „Rand Daily Mail", die übrigens Ende des Monats ihr Erscheinen einstellt, gibt sich mit solchen Manövern erst gar nicht ab. Sie fordert zum baldmöglichsten Rückzug auf. Den Plan einer Interimsregierung in Namibia hält sie für ein „gefährliches Spiel, weil er auf Führer aufbaut, die es in Wirklichkeit nicht gibt und die es gibt haben offensichtlich keine Unterstützung bei der Mehrheit", heißt es mit Hinweis auf die Mitglieder der Mehrparteienkonferenz in Windhuk.

Hauch von Ratlosigkeit

Und weiter: „Wenn die Regierung mit der namibischen Frage nicht fertig wird, ist klar, was wir tun sollten: Wir sollten abziehen ... Je rascher wir uns der UNO-Entschließung 435 anschließen und freien Wahlen zustimmen, desto besser für uns".

Die in der Mehrparteien-Konferenz vertretenen Führer Südwestafrikas erklärten bereits ihre Bereitschaft, die Unabhängigkeit Namibias letztlich auf der Basis der UNO-Resolution zu erlangen.

Auf einer Pressekonferenz betonten sie immer wieder, daß nach den letzten Entscheidungen Südafrika nur noch eine begrenzte Rolle in der Verwaltung des Landes spielen werde, obwohl es weiterhin finanzielle Hilfe gewähren und die Landesgrenze verteidigen werde. So äußerte sich zum Beispiel der Führer der gemischten demokratischen Turnhalle-Allianz, Dirk Mudge.

Der Vertreter der weißen Nationalen Partei, Eben van Zijl, wies darauf hin, daß eine Verfassung ausgearbeitet und der Wählerschaft unterbreitet werden solle. Das aber steht im Gegensatz zu den UNO-Plänen, die einen Verfassungsentwurf erst für die Zeit nach der Unabhängigkeit vorsehen. So hat jeder seine Pläne. Die Verwirrung ist groß in Namibia. Und in Pretoria ist ein Hauch von Ratlosigkeit zu spüren.

Moskaus Propaganda in Afghanistan

Bundeskanzler Helmut Kohl hat das „moralische Engagement mit doppeltem Maßstab" in der Bundesrepublik Deutschland kritisiert. Wahre Fluten von Protestbriefen erreichten ihn zu den Vorgängen in Nicaragua , zum Vorgehen der sowjetischen Invasionsarmee in Afghanistan aber erhalte er nur wenige Schreiben. Daß dort die Sowjetunion mit brutaler Gewalt den Freiheitswillen eines ganzen Volkes zu brechen versucht, ist für viele Menschen im Westen kein Thema. Man kann sich die Propaganda- und Nachrichtenlage nur schwer vorstellen. Wie sie ist, schildert folgender Bericht.

Von WALTER H. RUEB

Ein wichtiges Instrument der Sowjetisierung Afghanistans ist die Propaganda. In den Reihen der sowjetischen Berater ist die Zahl der Spezialisten für Angelegenheiten von Presse, Rundfunk und Fernsehen groß. Nach Erkenntnissen westlicher Fachleute verfügen die Angehörigen dieser Spezialisten-Gruppe in der Regel über direkte Verbindungen zum sowjetischen Geheimdienst oder sind gar Angehörige des KGB.

In einem Land wie Afghanistan mit einer Analphabeten-Quote von über 90 Prozent nehmen Rundfunk und Fernsehen eine ungleich wichtigere Position ein als etwa im Westen. Zielgerichtet bemächtigten sich deshalb Karmal-Regime und sowjetische Invasoren der einzigen afghanischen Rundfunkanstalt. Sie arbeitet heute nach sowjetischem Muster, antisowjetische Kräfte wurden eliminiert. Im Innern der Kabuler Rundfunk- und Fernsehanstalt (RFA) patrouillieren bewaffnete Rotarmisten, und zu den Studios haben neben Russen auch Berater aus der „DDR" und anderen Ostblock-Ländern Zutritt.

Alle RFA-Sendungen werden zensiert – mit einer Strenge, daß selbst unter den sorgfältig ausgewählten Mitarbeitern Verunsicherung aufkommt. Sie stehen dauernd vor der Frage: Was darf gesendet, was könnte als anti-sowjetische Propaganda ausgelegt werden? Wer in den leisesten Verdacht ideologischer und politischer Gegnerschaft gerät, wird von seinem Posten entfernt. Dabei bleibt es jedoch meist nicht. Oft endet die Verfolgung im Zuchthaus, nicht selten am Galgen.

Die Sowjetisierung wird mittels Programmen über „Rußland, der mächtige Nachbar im Norden" sowie offener Indoktrination in den anderen Sendungen betrieben. In den Rußland-Programmen werden Schönheiten und Naturwunder aus der UdSSR sowie Glück und Freude der Menschen in den verschiedenen Regionen der Sowjetunion gezeigt – vor allem in den moslemischen Republiken im Süden der UdSSR.

Die Sendungen werden zu Tageszeiten mit hoher Einschaltquote ausgestrahlt. Spielfilme bekommen die Afghanen in russischer Version serviert. Ihre Ohren sollen sich an die russische Sprache gewöhnen. Damit sie das Geschehen verstehen, wird in Dari und Farsi, den Sprachen Afghanistans, in gewissen Abständen eine kurze Zusammenfassung geliefert.

Die ideologische Manipulation wird subtiler betrieben. Die Sowjetunion wird stets als brüderlicher Beschützer Afghanistans vorgestellt, die Oktober-Revolution immer als bedeutendstes Ereignis der Weltgeschichte hingestellt. Die Erwähnung westlicher Länder aber geschieht nie ohne Hinweis auf „ausbeuterische und imperialistische Politik".

In Kultur- und Wissenschaftssendungen kommen fast nur sowjetische Literaten und Wissenschaftler zu Wort. Ergebnis: Der afghanische Zuschauer bekommt einen Minderwertigkeitskomplex, der Sympathisant mit dem Widerstand bei den politischen Sendungen angesichts des Edelmuts der Russen ein schlechtes Gewisssen ...

Vor allem Marschmusik und russische Lieder

Unterhaltung kommt in der RFA nicht zu kurz, doch selbst hier steht die Propaganda im Mittelpunkt. In den Musiksendungen sind fast nur Orchester und Chöre, Solisten und Stars zu hören, die in der Sowjetunion studiert oder zumindest reüssiert haben. Vor allem russische Lieder und Melodien erklingen, doch auch nach Chansons und Schlagern ertönen Marschmusik und propagandistische Lieder – die Wirklichkeit soll nicht aus den Augen verloren werden.

Früher wurde am Sitz des afghanischen Rundfunks und Fernsehens viel Englisch gesprochen. Heute ist Russisch die Amtssprache. Sämtliche Texte müssen in die fremde Sprache übersetzt werden, damit sie von den Zensoren leichter bearbeitet werden können. Für Filmproduzenten und -Regisseure sind Russisch-Kurse obligatorisch. Wer sich drückt, wird bestraft.

Sogar die technische Ausstattung der Studios wurde sowjetisiert: Geräte aus Japan und der Bundesrepublik Deutschland ersetzte man durch Fabrikate aus der UdSSR. Dem Anstieg technischer Pannen wurde mit einem Kompromiß begegnet: Man mottete die japanischen und deutschen Geräte wieder aus und nahm sie neben sowjetischen in Betrieb.

Im menschlichen Bereich sind die Maßnahmen der sowjetischen Unterdrücker bei der RFA am schlimmsten. Täglich mehrmals finden in den Abteilungen Appelle der Mitarbeiter wie auf dem Kasernenhof statt. Wer fehlt, muß sich später rechtfertigen. Die Telefone werden abgehört, die Post zensiert und kontrolliert.

Die nächtliche Ausgangssperre hat sogar innerhalb der RFA Geltung. Bewegungen zwischen verschiedenen Studios und Abteilungen sind genehmigungspflichtig, die Ersatzteillager werden vor diebischen Zugriffen geschützt – nur nicht vor sowjetischen. Wer ohne Genehmigung außerhalb seiner eigenen Abteilung angetroffen wird, riskiert sein Leben. Die Wachen haben Befehl, in diesen Fällen zu schießen.

Selbst hochqualifizierte RFA-Mitarbeiter dürfen weder selbständig arbeiten noch Anordnungen geben. Totale Unterordnung ist Voraussetzung des professionellen und existentiellen Überlebens. Wer sich beliebt macht, steigt auf; wer außerdem noch jung ist, wird Stipendiat in der Sowjetunion.

Die Wirksamkeit der täglichen Propaganda wird unterschiedlich beurteilt. Manche Beobachter weisen darauf hin, daß das nächtliche Ausgehverbot in Kabul und anderen afghanischen Großstädten sowie die Sehnsucht der Menschen, etwas Abwechslung in ihren Alltag zu bringen, die Zahl der Rundfunk-Hörer und Fernseh-Zuschauer vergrößere und sicher nicht ohne Konsequenzen bleiben. Guerrillaführer Gulbuddin Hekmatyar aber äußerte sich diesbezüglich gelassen: „Die Afghanen wollen mehrheitlich nichts von sowjetischer Propaganda wissen." Und der geflohene höhere Postbeamte Mohammed Hamed aus Kabul sagte im pakistanischen Peschawar: „Radio und Fernsehen von Kabul schalten nur die Kommunisten ein. Das ist eine winzige Minderheit. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hört BBC, Voice of America und Deutsche Welle, obwohl das Hören ausländischer Sender streng verboten ist."

Die Sowjets machen sich über die Tatsachen keine Illusionen und stören deshalb die westlichen Sender. Voice of America und Deutsche Welle sind oft kaum zu vernehmen, BBC aber dringt trotz aller Bemühungen der Sowjets in die entfernteste Ecke Afghanistans.

„Nummer eins ist die BBC – auch ohne Musik"

Pakistan-Korrespondent des amerikanischen Senders ist Fasal Akbar, früher Generaldirektor von Radio Afghanistan. Er hat seinen Sitz in Peschawar, reist als Kenner sowjetischer Desinformation in Sachen Afghanistan durch die westliche Welt und weiß auch darüber Bescheid, was die Afghanen im Widerstand und in den Flüchtlingslagern in Pakistan und Iran in den westlichen Sendungen am meisten und am wenigsten lieben. „Nachrichten und Kommentare über den Kampf gegen die sowjetischen Aggressoren sowie die militärische, politische und wirtschaftliche Lage des Vaterlandes interessieren am meisten. Westliche Musik und Kommentare über den internationalen Kommunismus aber sind nicht gefragt. Die BBC beispielsweise hat in ihren afghanischen Sendungen keine Musik, trotzdem ist sie die Nummer eins."

Im Innern Afghanistans gibt es auch Geheimsender. „Radio freies Afghanistan" ist das Sprachrohr der moderaten Parteien, „Radio islamische Revolution" jenes der Fundamentalisten. Es ist jedoch mit Problemen verbunden, die beiden Geheimsender zu hören. Batterien für Transistor-Radios sind schwer zu beschaffen, und in den Schlupfwinkeln der Berge gibt es nur selten elektrischen Strom. Ein Kenner der Verhältnisse in Afghanistan empfiehlt deshalb den humanitären Organisationen, die dem Widerstand im Innern Afghanistans Hilfe zukommen lassen: „Neben Medikamenten, Verbandstoff und Nahrungsmitteln sollte jedes Paket ein paar Batterien enthalten."

Besseres Klima zu sowjetischen Parlamentariern

DW. Hamburg

Bundestagspräsident Philipp Jenninger hat auf ein verändertes Klima zwischen deutschen und sowjetischen Parlamentariern hingewiesen. In einem Gespräch mit dem „Hamburger Abendblatt" bezeichnete Jenninger die Unterredungen mit der sowjetischen Delegation unter ZK-Sekretär Michail Simjanin als „sehr harte und deutliche, aber auch gute Gespräche". Die Kreml-Delegation habe in den Gesprächen wörtlich gesagt, sie sei „Sendbote des guten Willens". Jenninger kündigte an, er werde bald mit einer Delegation des Bundestages nach Moskau reisen.

Rom: Strategie gegen Euro-Terrorismus

AFP, Rom

Einen Entwurf für einen koordinierten Kampf gegen den sogenannten „Euro-Terrorismus" hat Italien seinen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft zugeleitet. Neben einer Koordination bei der Terrorismus-Bekämpfung schlägt dabei Innenminister Scalfaro auch eine gemeinsame Strategie gegen den Drogenhandel vor. Nach einem Bericht der Turiner Zeitung „La Stampa" sieht der Entwurf eine Zusammenarbeit auf politischer und technischer Ebene vor.

An SS-20-Rampen wird weiter gebaut

SAD, London

Auch zwei Wochen nach dem vom neuen Kreml-Führer Michail Gorbatschow verkündeten Aufstellungsstopp für sowjetische Mittelstreckenraketen geht nach Angaben der Londoner „Sunday Times" der Bau von Abschußrampen für 99 neue SS-20-Raketen unvermindert weiter. Nach Angaben der Zeitung, die sich auf Geheimdienstkreise in Washington beruft, entstehen „die meisten, wenn nicht gar alle" der elf neuen Raketenbasen westlich des Urals. Das bedeutet, daß sie gegen Westeuropa gerichtet sein werden. Die Sowjetunion hat bereits 414 SS 20 aufgestellt. Davon sind zwei Drittel gegen Westeuropa gerichtet, der Rest gegen Fernost. Die meisten der im Bau befindlichen Abschußrampen werden im November betriebsfertig.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Polemik und Taten

Sehr geehrter Herr Schell,

das Resümee Ihres Artikels vom 17. April 1985 zu dem Thema „Was für eine neue Armut?" trifft den Kern des Problems: Den Arbeitslosen und den Armen kann nicht mit politischen Schlagworten, sondern nur mit wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Taten aus einem Guß geholfen werden.

Es ist ein legitimes sozialpolitisches Anliegen, auf die soziale Lage mancher Arbeitsloser, vor allem der wachsenden Zahl von Dauerarbeitslosen, aufmerksam zu machen. Ihre Situation ist nicht nur durch materielle Einbußen gekennzeichnet. Viel schwerer wiegen die erheblichen familiären und psychischen Probleme, die sich mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit verschärfen. Die unzähligen Einzelschicksale, die sich hinter der dürren Arbeitslosenstatistik verbergen, dürfen nicht aus dem öffentlichen Bewußtsein einer Wohlstandsgesellschaft verdrängt werden. Wer auf diese Problematik mit dieser Absicht aufmerksam macht, wie beispielsweise die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände, kann der vollen Aufmerksamkeit und Unterstützung der CDU/CSU sicher sein.

Von ganz anderen Motiven läßt sich dagegen die Kampagne des DGB und der SPD-Opposition leiten. Mit dem Schlagwort von der „neuen Armut", das von fragwürdigen Dokumentationen mit teilweise bewußt falschen Tatsachenangaben begleitet wird, soll der Bundesregierung in verleumderischer Weise eine Politik untergeschoben werden, die zu „einer bewußten Schaffung neuer Armut führt", wie sich der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr auszudrücken beliebt.

Gegen diese infame Unterstellung setzt die CDU/CSU das klare und aufrichtige Bekenntnis von Bundeskanzler Helmut Kohl, der in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 den Abbau der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt seiner Regierungspolitik gestellt hat. Nach seinen Worten geht es hier nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, sondern um ein Gebot der Menschlichkeit. Niemand darf deshalb aus parteipolitischen oder wahltaktischen Motiven unsere nachhaltigen Anstrengungen um den Abbau der Arbeitslosigkeit in Zweifel ziehen.

Die maßlose Polemik der SPD und ihrer Hilfstruppen gegen die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung soll nur verschleiern, daß sie die tiefgreifende Struktur- und Wachstumskrise unserer Wirtschaft, die Hauptursache der aktuellen Arbeitslosigkeit, durch politische Fehlentscheidungen wesentlich verschärft hat. Die SPD-Opposition und der DGB erwecken immer wieder den Anschein, daß staatliche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme ein probates Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit seien. Das ist reine Propaganda und arbeitsmarktpolitische Scharlatanerie. Denn es gilt weiter die Erkenntnis seriöser Arbeitsmarktexperten: Es gibt kein Patentrezept, das kurzfristig die Probleme des deutschen Arbeitsmarktes lösen könnte.

Erfolg verspricht nur eine realistische Politik der tausend kleinen Schritte, wie sie gegenwärtig von der Bundesregierung mit den Instrumenten des Vorruhestandsgesetzes, des Rückkehrförderungsgesetzes und des gerade verabschiedeten Beschäftigungsförderungsgesetzes unternommen werden. Mittelfristig werden diese Maßnahmen Früchte tragen und das Gerede von der arbeitsmarktpolitischen Untätigkeit als pure Demagogie entlarven.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Müller, MdB,
Remscheid

Personalien

EHRUNGEN

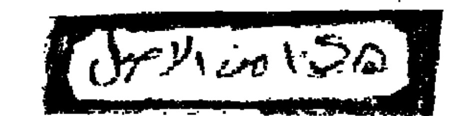
Der bekannte Ostwissenschaftler **Boris Meissner** ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Staatssekretär **Otfried Hennig** vom Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten würdigte in einer kurzen Laudatio auf der wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises in der Akademie der Wissenschaften in Mainz die wissenschaftliche und politische Leistung Meissners seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Meissner sei der Neubeginn der deutschen Ostforschung zu verdanken. Insbesondere habe er dafür gesorgt, daß die deutsche Ostwissenschaft internationalen Rang erworben habe. Bundeskanzler **Kohl** gratulierte Meissner zu der hohen Auszeichnung und würdigte ihn als einen Mann, der sich um die Verbreitung eines realistischen Bildes der Sowjetunion verdient gemacht habe.

*

Roland Klett, der nach zwölfjähriger Amtszeit als Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar nicht wieder kandidierte, wurde zum Ehrenpräsidenten der Kammer gewählt und mit der Goldenen Ehrenmedaille der Kammer ausgezeichnet. Ministerpräsident **Lothar Späth**, der Klett das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern überreichte, würdigte Kletts herausragende Leistungen und sein persönliches Engagement für die baden-württembergische Wirtschaft.

STIFTUNG

Als Frau des bayerischen Ministerpräsidenten half **Marianne Strauß** Bedürftigen und Gebrechlichen, jetzt wirkt ihr Einsatz weit über ihren Tod hinaus. Am Geburtstag seiner Mutter, die im Juni vergangenen Jahres bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen ist, nahm **Franz Georg Strauß** am Sonntag in München 85 000 Mark entgegen, die durch den Verkauf von 500 goldenen und 5000 silbernen Marianne-Strauß-Benefiz-Medaillen erlöst wurden. Das Geld kommt der „Marianne-Strauß-Stiftung" zugute, die sich zum Ziel gesetzt hat, „die Bereitschaft der Bürger zu mehr Eigenverantwortung, Familiensinn und tätiger christlicher Nächstenliebe zu stärken". „Wir wollen dort helfen, wo die staatliche Unterstützung fehlt oder nicht ausreicht", sagt Franz Georg Strauß als Stiftungsvorsitzender. Bisher wurden zwei Millionen Mark gesammelt, seit März wurde bereits in 15 Fällen geholfen. Strauß junior: „Wir vergeben monatlich rund 10 000 Mark." Derzeit liegen 100 Bittbriefe vor, ein Drittel von außerhalb Bayerns.



Die sowjetische Wirtschaft (Teil III und Schluß)

Michail Gorbatschow gilt den Sowjetbürgern als Hoffnungsträger auf einen höheren Lebensstandard. Sein wirtschaftspolitisches Konzept zeigt bislang nur vage Umrisse. Wie seine Vorgänger ist er jedoch Gefangener der Apparate und Apparatschiki. Zwei Ostexperten untersuchen im dritten und letzten Teil dieser WELT-Artikelfolge die Möglichkeiten und Chancen von Reformversuchen in der sowjetischen Planwirtschaft. Sie machen deutlich, wie die Hochrüstung einen Verteilungskonflikt heraufbeschwor, der durch Begrenzung der Militärausgaben entschärft werden könnte. Die „rote Wende" Gorbatschows dürfte aber einen weiteren Druck auf die Arbeitsmoral auslösen.

Selbst als Wirtschaftsreformer bleibt Gorbatschow Gefangener der Apparatschiki

Von HANS-H. HÖHMANN und HEINRICH MACHOWSKI

Tief in der Kreide stehen die Comecon-Satelliten in Moskau. In den Jahren 1975 bis 1983 sammelte sich ein Schuldenberg von 13 Milliarden Valuta-Rubel (das ist die „weiche" sowjetische Außenwährung) an. Dieses Problem stellt zweifellos die größte Belastung für die Zukunft des Handels innerhalb vom Comecon-Block dar. Es dürfte auch die wichtigste Ursache dafür gewesen sein, daß im vergangenen Jahrzehnt alle Bemühungen um eine intensivere RGW-Integration scheiterten.

Im Handel mit den westlichen Industriestaaten haben sich die relativen Außenhandelspreise noch einseitiger zugunsten der Sowjetunion entwickelt; sie hat hier sehr stark von der Opec-Preispolitik profitiert („windfall-profits"), der Kreml reagierte nicht anders als die Ölscheichs. So konnte er als Folge seine reale Einfuhr aus dem Westen in einem Verhältnis von 5:1 schneller ausweiten als seine reale Ausfuhr dorthin, ohne daß er dadurch an eine kritische Verschuldungsgrenze gestoßen wäre. Im Gegenteil: Die Verschuldung Moskaus in „harter" Währung belief sich Ende 1983 auf 23 Milliarden US-Dollar und dürfte für die UdSSR keine allzu schwere Bürde darstellen. Rechnet man die sowjetischen Guthaben bei westlichen Banken dagegen, sind es sogar nur 12,5 Milliarden Dollar.

Für die künftige Entwicklung des Westhandels ist nicht der Schuldendienst, sondern die Tatsache entscheidend, daß die Deviseneinnahmen aus dem Energieexport, die zuletzt mit über 80 Prozent an den gesamten Exporterlösen beteiligt waren, aller Voraussicht nach stagnieren werden. Damit geriete der bisherige Wachstumsmotor dieses Handels ins Stottern. Und da die Sowjetwirtschaft über nennenswerte alternative Exportgüter kaum verfügt, dürfte diese Entwicklung die zukünftige Importfähigkeit des Landes entscheidend begrenzen.

Bei den sowjetischen Ausfuhren in die Dritte Welt – auf sie entfielen rund 15 Prozent des Gesamtexports des Landes – handelt es sich zunehmend um Waffenlieferungen (gefolgt mit Abstand von Brennstoffen). Diese Lieferungen sind Ausdruck des politischen Interesses der UdSSR, und sie sind ein Hinweis auf den „Primat der Politik" einer Hegemonialmacht (Breschnew: „In den Außenwirtschaftsbeziehungen sehen wir ein wirksames Mittel, das hilft, politische wie auch *wirtschaftliche Aufgaben* zu lösen."). Deswegen wohl blieben Außenhandelsplanung und -organisation von Reformbemühungen ausgespart. Die Parteiführung kontrolliert nach wie vor hundertprozentig den gesamten Außenwirtschaftsverkehr, einmal durch die strikte Anwendung des Außenhandels- und Valutamonopols, zum anderen durch die Aufrechterhaltung des Binnencharakters des Rubel.

„Entscheidende Wende" soll durchgesetzt werden

Die erneute Abbremsung des sowjetischen Wirtschaftswachstums in den Jahren 1984 und 1985, die sich weiter verschärfenden Engpässe beim Angebot von Kapital, Arbeitskräften und Naturressourcen sowie die weiter unbefriedigenden Produktivitätsperspektiven setzen die sowjetische Führung unter ihrem neuen Generalsekretär unter erheblichen Handlungs- und Erwartungsdruck. Gorbatschow betonte wiederholt, daß der Ökonomie innerhalb der Politik Priorität zukomme. Die Intensivierung der Wirtschaft sei dringend erforderlich, ihr müsse „die gleiche politische Resonanz verliehen werden, wie sie die Industrialisierung des Landes seinerzeit gehabt hat". Intensivierung bedeute einmal eine wesentliche Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zum anderen aber auch eine bessere Befriedigung der Konsumgüterbedürfnisse und der sonstigen sozialen Ansprüche der sowjetischen Bevölkerung. Um all das zu erreichen, müsse in der Wirtschaftspolitik eine „entscheidende Wende" durchgesetzt werden.

Unter den Bedingungen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems der UdSSR kann „Wende" keine liberalisierende, marktwirtschaftlich orientierte und damit tiefgreifende Reform bedeuten. Jede sowjetische Politik steht unter drei Einschränkungen: Es fehlt ihr an Mitteln für eine tiefgehende sektorale und regionale Strukturveränderung, weil Staatsdirigismus immer auch Verschwendung knapper Ressourcen bedeutet; es mangelt an Möglichkeiten, Institutionen und Funktionsweise der bürokratischen Planwirtschaft wirkungsvoll zu verändern; bei jeder Revision der Wirtschaftspolitik muß sich die neue Führung mit der begrenzten Fachkompetenz und den etablierten Interessen des alten Verwaltungsapparates und seiner auf Macht und Besitzstand beharrenden Funktionäre herumschlagen.

Sollte die von Gorbatschow angestrebte „Wende" gelingen, so kann es sich folglich nur um eine Straffung und Revision bisheriger Ansätze sowjetischer Wirtschaftspolitik handeln. Keiner davon wäre neu, von Lenin bis Andropow bosselten alle am untauglichen Objekt der Planwirtschaft herum.

Nicht nur das Prinzip, auch der Inhalt Gorbatschowscher Vorstellungen zur Revision und Straffung der Wirtschaftspolitik erinnert an Andropow. Aufgrund der jüngsten Reden des neuen Generalsekretärs vor und nach seiner Ernennung ist zunächst mit folgenden wirtschaftspolitischen Schwerpunkten zu rechnen:

– **Arbeitskräftepolitik**: Anhaltender Druck auf verbesserte Arbeitsdisziplin, scharfe Verfolgung von Schwarzhandel und Korruption, mehr Leistungsanreize im Lohn. Ausbau begrenzter Formen von Arbeiterpartizipation im Rahmen des von oben vorgegebenen Plansolls.

– **Wirtschaftspolitik**: Bessere Abstimmung von Planvorgaben und Leistungsmöglichkeiten. Ausbau moderner Teile des Maschinenbaus, Förderung des Energiewesens, der Landwirtschaft und anderer konsumnaher Wirtschaftszweige. Allerdings schränken die Anforderungen der Kapitalbildung und der riesigen Rüstung die Möglichkeiten einer Konsumförderung ein. Bei einer erfolgreichen Rüstungskontrolle wäre dieser Verteilungskonflikt leichter lösbar.

– **Reformpolitik**: Fortsetzung der durch die Zwangswirtschaft begrenzten Reformen in der sowjetischen Industrie auf der Grundlage des gegenwärtig laufenden „großmaßstäblichen" Experimentes, Ausarbeitung besonderer Planungs- und Anreizmethoden zur Förderung rascheren technischen Fortschritts (ein Technologie-Plenum des ZK der KPdSU ist angekündigt).

– Landwirtschaft, Handel, Dienstleistungen haben jedoch aus der Sicht der mächtigsten Interessengruppen (beispielsweise der Militärs) eher Randcharakter.

– Privatinitiative, also eine vorsichtige Ausweitung privater Wirtschaftstätigkeit, könnte unter Gorbatschow langfristig an Bedeutung gewinnen, *wenngleich dies aus seinem bisher* vagen Gesamtkonzept noch nicht erkennbar wird.

Eine gestraffte Wirtschaftspolitik könnte auch ohne Systemreform gewisse leistungssteigernde und wachstumsstabilisierende Effekte zur Folge haben. Die UdSSR befindet sich in einer ernsten Lage, was ihre Politiker vielleicht zum Handeln ermuntern könnte. Zwar täte eine solche Politik vielen unfähigen Funktionären weh, verletzte aber nicht die Interessen einer wichtigen Gruppe der sowjetischen Gesellschaft insgesamt. Schließlich sucht auch Gorbatschow nach Profil und möchte sich als erfolgversprechender Exponent wirtschaftspolitischer Neuorientierung erweisen.

Im anderen Fall würden anhaltende Richtungskämpfe, Renitenz der Apparate und Fehlschläge in der Startphase den Hoffnungsträger zum Durchwurstler zurückstutzen. Die Folge wäre ein weiterer Abfall sowjetischer Wirtschaftsleistung mit allen innen- und außenpolitischen Konsequenzen.

Außenwirtschaftspolitisch ist Gorbatschow an die Beschlüsse des RGW-Wirtschaftsgipfels vom Juni vergangenen Jahres gebunden. Zunächst müssen die eigenen wirtschaftlichen Vorhaben für den neuen Fünfjahresplan 1986 bis 1990 mit den entsprechenden Plänen der übrigen RGW-Volkswirtschaften bilateral koordiniert, muß insbesondere der gegenseitige Warenaustausch jeweils zweiseitig festgemacht werden. Die UdSSR verlangt zwar von den osteuropäischen RGW-Partnern mehr und vor allem qualitativ bessere Waren, um ihren hohen Exportüberschuß *gegenüber diesen Ländern allmählich* abzubauen. Sie haftet aber gleichzeitig, wie dies nicht nur die sowjetische Hilfe an Polen beweist, für alle ökonomischen Fehlentwicklungen in ihrem Hegemonialbereich, was sie bei der Gestaltung ihrer RGW-Politik stets beachten muß (auf eine Reduzierung ihres Handelsüberschusses gegenüber Polen hat sie bereits bis 1990 verzichtet). Sie wird darüber hinaus auch in den kommenden Jahren den Löwenanteil der RGW-Wirtschaftshilfe an die drei anerkannten Entwicklungsländer dieser Gemeinschaft – Kuba, Mongolei und Vietnam – leisten müssen.

Joint-ventures mit westlichen Partnern?

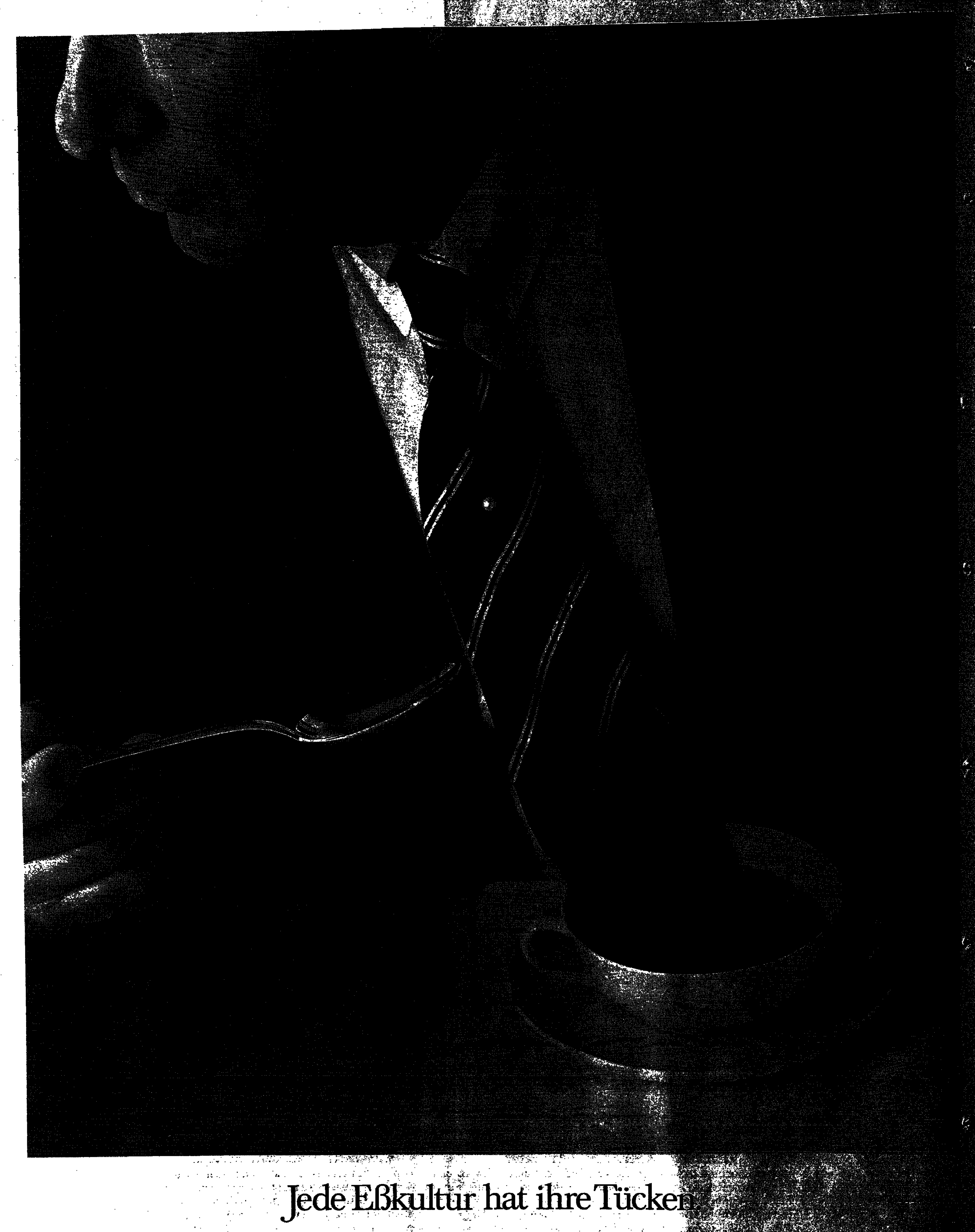
Folgt man den genannten Gipfelbeschlüssen, dann ist die Sowjetunion – ebenso wie alle anderen RGW-Mitglieder – an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit dem politischen Westen und daran interessiert, den politischen Osten als einen integralen Bestandteil der Weltwirtschaft erscheinen zu lassen. Dies entspricht der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Interessenlage des Landes.

Die gewünschte Modernisierung des bestehenden Produktionsapparats, der dringend erforderliche Aufbau einer wettbewerbsfähigen Exportindustrie und die geplante Weitererschließung Sibiriens lassen sich ohne westliche Technik rasch nicht bewältigen. Man überlegt in Moskau in diesem Zusammenhang sogar, mit Partnern aus westlichen Industrieländern sogenannte *Joint-ventures in Form von gemischten Be*triebsstätten auf sowjetischem Territorium zu unternehmen, obwohl (anders als z. B. in Ungarn, Rumänien, Polen und Bulgarien) die gesetzlichen Voraussetzungen dafür noch gar nicht vorhanden sind. Osthändler bei uns betrachten dies freilich als Teil der üblichen „Kreml-Astrologie".

Die sowjetische Führung ist aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen, die von den NATO-Staaten gegen die UdSSR und Polen verhängt worden sind, in Fragen der Abhängigkeit und wirtschaftlichen Sicherheit sensibler geworden. Sehr genau beobachtet sie den Streit in der westlichen Allianz über die Weiterführung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen (Stichwörter Cocom, extraterritoriale Anwendung amerikanischer Exportkontrollgesetze, Rechtsschutz für abgeschlossene Verträge usw.). Die Zukunft des sowjetischen Westhandels wird auch davon abhängen, wie diese transatlantischen Irritationen gelöst werden. Im übrigen war die UdSSR immer in der Lage – das mittelfristige Getreideabkommen mit den USA aus dem Jahre 1983 beweist dies (es wurde von der Reagan-Administration als „embargosicher" bezeichnet) –, fein säuberlich zwischen Politik und Wirtschaft in ihren Beziehungen zum Westen zu trennen, sofern es ihre ökonomischen Interessen verlangten.

Gorbatschow hat erklärt, die UdSSR werde auch weiterhin die Länder der Dritten Welt unterstützen, wenngleich die sowjetische Entwicklungshilfe überwiegend aus Waffen *statt aus Brot besteht. Die* unzureichende Wirtschaftskraft der UdSSR hat bisher sowohl ihr Engagement in dieser Region als auch ihre Attraktivität für diese Länder begrenzt. Das Gros der Entwicklungsländer ist in seiner Politik primär auf den industrialisierten Westen hin orientiert. Viele dieser Länder benutzen ihre Beziehungen zur Sowjetunion in erster Linie, um ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Westen zu stärken.

Ein weiterer Schachzug Moskaus: Die Forderungen der Entwicklungsländer im Nord-Süd-Dialog und die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung" werden von der UdSSR mit großer Bereitschaft und lautstark solange unterstützt, wie damit keine eigenen Verpflichtungen verbunden sind. Fordert dagegen die Dritte Welt etwas von der UdSSR, lehnt diese stets strikt ab. Für Gorbatschow erwächst daraus ein Konflikt, der sich eher noch verschärfen dürf*te*.



Jede Eßkultur hat ihre Tücken.

Das Tückische am Begriff »Eßkultur« ist der Part Kultur. Dieses Etikett verleiht man meistens einer Küche, die sich nouvelle und edel gibt und das französisch angebräunte Hamburger Stubenküken zwischen feinen Zutaten serviert. Uns steht es nicht an, darüber die Nase zu rümpfen, ist es doch legitim und genußhebend, sich der »feinen Küche« zu verbinden.

Die Tücke der Geschichte liegt allein im Vergleich. Dann nämlich, wenn man die sogenannte »Kulturküche« der McDonald's-Küche gegenüberstellt. Beide haben wirklich wenig miteinander zu tun, weil bei uns nicht vorgelegt, sondern deftig von der Hand in den Mund gegessen wird. Das allerdings nicht weniger genüßlich als bei den Nobel-Restaurants.

Gourmets sollten nicht die Nase rümpfen, denn alles hat seine Berechtigung und Vergleiche hinken gewaltig. Wir wollen nichts anderes sein, als ein Restaurant, in dem man gut, preiswert und schnell essen kann.

Und diese Art des Speisens legen wir auch dem Gourmet ans Herz, denn auch er kann nicht täglich seinen »Salat von weißen Trüffeln« in sich hineingabeln.

Dazu fehlt oft die Zeit und vielleicht auch das Geld. Deshalb ist unser Stellenwert unvergleichbar, wir sind für den ganz normalen Hunger da. In diesem Sinne »Guten Appetit!« Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an: McDonald's System of Germany, Abteilung Verbraucher-Service, Drygalskiallee 51, 8000 München 71.

genseitige Unterstützung bei der Verbrechensbekämpfung: Die Organisation „Interpol" einst und jetzt

)ie Maschen im Fahndungsnetz werden stets enger

or venezianischen Banken stehen Polizisten, und an der Côte zur werden Kunden durch elekische Schleusen in den Innenn der Geldinstitute gelotst. Es : auf der Hand, daß sich auf Geld› spezialisierte Cliquen nach en Pfründen im Ausland umse-
Und während die Polizei nach m Raub noch auf dem Weg zum rt ist, chequen sich die Täter be- : für den Rückflug ein, wie in ichen geschehen. Da bietet nur 1 enge Zusammenarbeit der interonalen Kriminalpolizei die Chanlie Gangster schon bei der Lang zu fassen.

ber die Jagd von Interpol, der :nationalen Kriminalpolizeiorgation, berichtet das ZDF in der lereihe „Reportage am Montag": rd über die Grenzen". Geldraub Autoschiebungen spielen dabei eine verhältnismäßig kleine Rol-)ie Polizei steht vielmehr vor dem)lem, weitverzweigte Bandennetn Drogen- und Waffenhandel zu arnen, sofern sich nicht daran inssierte Staaten ihren eigenen Geeshütern in den Weg stellen. ättle und Udo Philipp stellen die trale der Interpol in Saint Cloud Paris vor. Diese Zentrale koordit die Tätigkeit der nationalen ıststellen, die gegenwärtig in 136 dern die internationale polizeili-Zusammenarbeit unterstützen.

ine erdumspannende Fahndung t jedoch in nicht wenigen Länı auf Vorbehalte bis Ablehnung – technischen Schwierigkeiten in ranischen und asiatischen Staaeinmal abgesehen, wo noch der sefunk existiert – und endet an Grenzen zu den von Moskau konierten Staaten. Für kommunisti- : und andere autoritär regierte ıten wäre Interpol als ein Instruıt ihres Staatssicherheitsdienstes gnet, Regimegegner im Ausland ıspüren und zu verfolgen.

indrucksvollstes Beispiel für den tischen Mißbrauch ist das natioozialistische Regime in Deutsch- l. Nach der Angliederung Österhs in das Deutsche Reich 1938 de der Sitz der Internationalen ninalpolizeikommission (IKPK), Vorgängerin von Interpol, von n nach Berlin verlegt. Die Leitung übernahm zunächst der Chef der *deutschen Sicherheitspolizei* unter Hitler, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Nach dem Attentat, an dessen Folgen er starb, wurde der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Ernst Kaltenbrunner, ein Österreicher, Präsident der Internationalen Kriminalpolizeikommission.

In der NS-Propaganda wurde die Aufgabe des SS-Führers Kaltenbrun-

Jagd über die Grenzen – ZDF, 19.30 Uhr

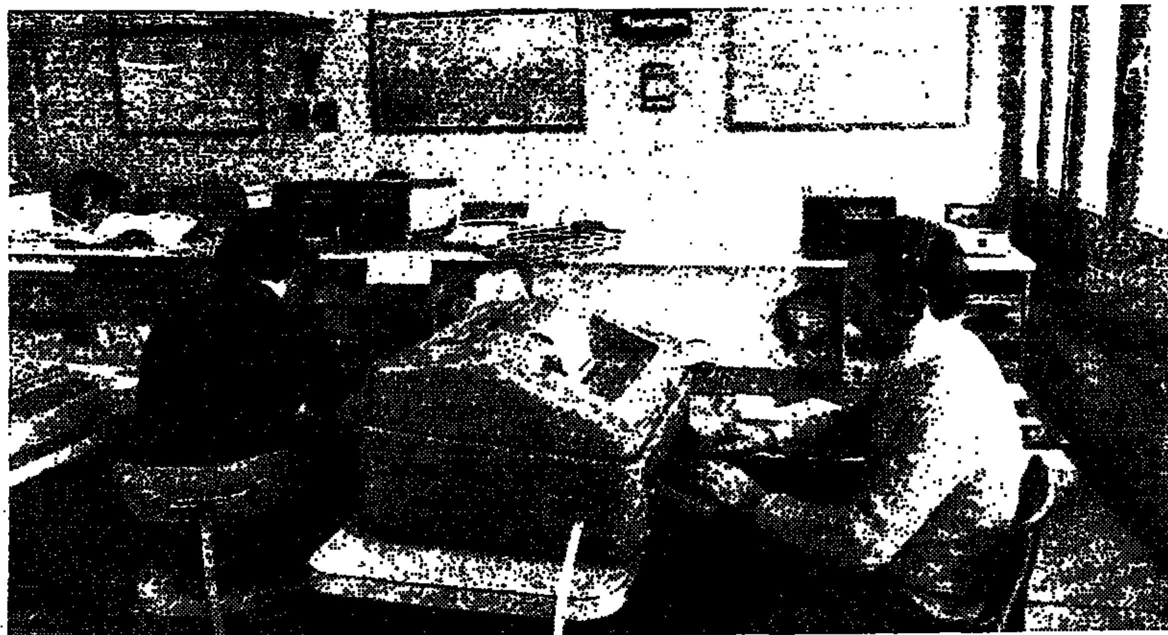
ner in der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit 1943 so definiert: „Auf dem Boden des ehemaligen Österreich erwachsen und erzogen, kennt er den Geist und die Tradition der Wiener Schule ... Es ist dies eine sichere Gewähr dafür, daß Dr. Kaltenbrunner in diesem Geiste als *unser Präsident* das *große und* weltumspannende Kulturwerk der IKPK weiterführen und wirksam dazu beitragen wird, daß es uns und späteren Generationen unversehrt erhalten bleibt."

Zu diesem Zeitpunkt hatte auch die FBI-Bürokratie in Washington erkannt, *daß die* – selbst nach dem Eintritt der USA in den Krieg – beibehaltene überseeische Kooperation mit der Internationalen Polizeikommission in Berlin das NS-Regime unterstützte. In ganz Europa versorgten zu diesem Zeitpunkt die Polizeiorganisationen der besetzten Länder die Polizeizentrale in Berlin mit Informationen und boten damit Unterlagen für die Registrierung von Juden, auf die nach der Berliner Wannsee-Konferenz die von Heydrich vorangetriebene „Endlösung" wartete.

Wo sind diese Akten geblieben? Die Annahme, die Registrierungslisten mit Angaben über der SS verdächtige Personen seien bei Kriegsende in Berlin vernichtet worden, ist nach jüngsten Forschungen nicht haltbar. Tom Tullet, *ehemaliger* Scotland-Yard-Beamter, gab Hinweise auf einen Teil des Archivs, das in den Ruinen Berlins gefunden worden sei. Bis in die 60er Jahre sei von Interpol eine Personalakte „S" benutzt worden. Nach inoffiziellen Angaben war sie in 17 Gruppen mit 117 Rubriken aufgeteilt. Die Gruppe 3 hatte die Bezeichnung: Vermutiche Rassenzugehörigkeit. Existieren in den Archiven *der Interpol-Zentrale in Paris solche* Listen?

Diese Frage stellte neben der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus auch Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolg*ter des Naziregimes* in Wien. „Ich habe den französischen Justizminister im Dezember 1983 nach dem Verbleib von Akten aus der *Polizeizentrale* in Berlin während des Krieges gefragt", sagte Wiesenthal der WELT. Wiesenthal wies die Franzosen besonders auf die ominöse „Akte ‚S'" hin. Der Mini*ster erwiderte* umgehend am 4. Januar 1984 auf die Anfrage, er habe seinen Kollegen Gaston Deferre, Innenminister in Paris, eingeschaltet. Dort wird seitdem immer noch „gesucht". Damit bleibt der Verdacht jüdischer Historiker, daß solche Listen, sofern sie existieren, bei der Neu*gründung von Interpol nach dem* Krieg in deren Zentrale gebracht wurden, abgeschirmt gegen Recherchen, um dieses düstere Kapitel aus der Geschichte der internationalen Polizeiarbeit zu begraben.

WERNER KAHL



Nur auf den ersten Blick ein Büro wie jedes andere: Die Zentrale der „Interpol" in St. Cloud bei Paris
FOTO: MINGAM/STUDIO X

KRITIK

... doch der Zug rattert weiter

espenster gibt es nicht nur in England. Auch im Commonlth inklusive Australien spukt es, n das Ganze auch schon mit etmehr Technik einhergeht, als brien Schloßgeistern gemeinhin Verfügung steht.

m anderen Ende der Welt kommt Spuk mit Dampfkessel- und naufeigeräusch: Dort nämlich ht, schnauft und tutet nachts **Der sterzug von Clematis** (ZDF), erreckt die braven Bürgersleut und zelt Nachfahren des Bahnhofvorers, der vor 80 Jahren des Zugrers Eheweib begehrte, darob den ten hinüberbrachte und sich st an die Seite der *lustigen* Witwe. 70 Jahren wurde die Bahn abgeafft, jedes Gleis herausgerissen, und wo dereinst die wahre Lok tutete, stehen heuer leere Häuser samt Grundstücken herum – bis auf eines.

Das fuchst Murdoch, der sich gegenüber einer Ölfirma verpflichtet hat und nun diesen Pfahl im Fleische zukünftigen Raffineriegrundes weghaben will. Der Pfahl heißt Johnny Loomis, ist ein ältliches Sensibelchen mit Hang zu Tischrücken und Gärtnerei, zu viel Ästhetik und gleichaltrigen Herren: Sein Partner Herbert Cook aber wird Opfer des Geisterzuges – oder auch nicht?

Der Versicherungsmensch Ted Morrow reist nach Clematis, trifft dort erst auf eine scheinbar absolut verrückte Welt von Ignorantlern und Spinnern, die sich nach gewisser Zeit dem Ursachenforscher entlarvt: Murdoch steckt hinter dem Mordfall, der Geisterzug ist ein Bulldozer gewesen, der Cook killte und Loomis zum Hausverkauf erweichen sollte. Am Ende ist zwar wieder alles offen, der Fall gleichwohl geklärt. Loomis behält Haus und Grund, Makler Murdoch kommt hinter Gitter – der Zug aber rattert unverdrossen weiter.

Igor Auzins australischer Film war ein Vergnügen um die Geisterstunde, ein Stück herrlich spinnerten Britentums, virtuos gespielt auf der Kante von Sinn zu Un-Sinn, in dem Max Meldrum als Loomis brillierte und Hugh Keays-Bryne als Rechercheur so gar nichts hatte vom geschniegelten Stardetektiv: der war so unsinnlich wie die ganze Geschichte übersinnlich. ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Mit dem 21. **Fernsehpreis der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft** sind in Saarbrücken die Autoren Matthias Esche, Siegfried Lenz und Paul Mommertz ausgezeichnet worden. Der Fernsehpreis in Gold ging an Esche für das Fernsehspiel „Die Friedensmacher". Den Preis in Silber erhielt Lenz für das Drehbuch zu „Ein Kriegsende".

Eine ehrende Anerkennung wurde Mommertz für „Die Wannseekonferenz" ausgesprochen. Der alljährlich verliehene Preis ist mit insgesamt 15 000 Mark dotiert und wird für TV- oder Dokumentarspiele verliehen, die zeitkritische, gesellschaftspolitische oder historische Stoffe behandeln. dpa

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Spiel im Schloß
Von Franz Molnar
11.50 Die frommen Streithähne
12.15 Umschau
12.25 Bilder aus der Wissenschaft
Mit Alexander von Cube
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Hannah
Eine Liebesgeschichte
17.20 1:0 für die Kinder
Ein verhängnisvolles Testament
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schöne Ferien
Urlaubsgeschichten aus Singapur und Malaysia
Anschl.: Ein Platz an der Sonne
21.15 Kontraste
Das Ost-West-Magazin wird heute zum 200. Mal ausgestrahlt
Vor Honeckers Reise nach Rom – Italien und die beiden deutschen Staaten / Auf Distanz zum atheistischen Staat – Honeckers Vatikan-Visite und die katholische Kirche in der „DDR" / In Konfrontation mit dem atheistishen Staat – Ist der Dialog zwischen Kirche und Partei in Polen gescheitert? / Wirtschaftlich belanglos, politisch brisant – Der innerdeutsche Handel und der Swing / Im Osten ein Star, im Westen einer unter vielen – Karriereprobleme ehemaliger „DDR"-Schlagersänger in der Bundesrepublik
Moderator: Joachim Braun
22.00 *Freitags Abend (4)*
Medienkunde für Anfänger
Mit Thomas Freitag, Helmut Brasch, Karin Eickelbaum u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 The Fox
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Sandy Dennis, Anne Heywood u. a.
Regie: Mark Rydell
Jill Bedford und Ellen March haben sich auf eine Farm in Kanada zurückgezogen. Probleme bereitet ihnen ein Fuchs, der sich immer wieder eines ihrer Hühner holt. Nachhaltiger noch wird der häusliche Frieden gestört, als eines Tages der Enkel des früheren Besitzers auftaucht und sich in Ellen verliebt. Jill führt einen verzwei*felten Kampf, um die Freundin* nicht zu verlieren.
0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Auf Stippvisite bei Mitmenschen
Wasser für Kenia
Die Vereinten Nationen haben das Jahrzehnt von 1981 bis 1990 zur „Wasserdekade" erklärt. In diesem Zeitraum sollen in den Entwicklungsländern eigene Anstrengungen und Hilfe von außen dazu führen, daß auch in den von der geographischen Lage und vom Klima benachteiligten Weltge*genden die Menschen Zugang zu* Trinkwasser erhalten, das keine Gesundheitsrisiken mehr birgt. Die Regierungen der Dritte-Welt-Länder haben hierzu genaue Pläne ausgearbeitet.
16.35 Boomer, der Streuner
Das Testament
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Die Koralleninsel
Glücklich gerettet
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Jagd über die Grenzen
Wie Interpol arbeitet, schildern Horst Schättle und Udo Philipp in der „Reportage am Montag"
„Interpol" ist der internationale Zusammenschluß nationaler Poli*zeiorganisationen mit Sitz in Saint* Cloud bei Paris. Hier findet man ein die ganze Welt umspannendes Kommunikationsnetz, das mittlerweile bei internationalen Fahndungen unerläßlich ist.
20.15 Ein Colt für alle Fälle
Die Reise nach Arizona
21.45 heute-journal
22.05 Die Seidenstraße
4. Teil: *Khotan* – *Hier gibt es alles* im Überfluß
22.50 Nach der Probe
Fernsehfilm von Ingmar Bergmann
In diesem stark biographisch geprägten Fernsehfilm unterhält sich der Regisseur Henrik Vogler mit der jungen Schauspielerin Anna über das Leben und das Theater. Zwischenzeitlich taucht Rakel auf, *eine alte Schauspielerin, mit der* Henrik einst eine Affäre hatte.
0.00 heute



SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Das blaue Licht
18.00 Westlich von Santa Fe
Das Geheimnis von Canyon Town
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Puppen von Paris
Timmys Jugendfreund Bruce Cameron, der in Paris unter der Tarnung eines Malers für den Geheimdienst gearbeitet hat, kommt bei einem Autounfall ums Leben. Er stand kurz vor dem Abschluß wichtiger Ermittlungen, und so liegt der Schluß nahe, er sei ermordet worden. Timmy und Marcel wollen der Sache auf den Grund gehen und mieten sich in Camerons Atelier ein.
19.40 Die Rache des Samurai (2)
Japanischer Spielfilm (1979)
Im Jahre 1637 war auf der Insel Kyushu, weit im Süden des japanischen Inselreiches, ein Aufstand ausgebrochen. Gleich nach seiner Hochzeit muß Tsukinosuke mit anderen Samurai aus der Hauptstadt Edo fortziehen, um den Aufstand niederzuwerfen.
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Thema der Woche: Hannover-Messer / Porträt: Styling Garage – Traumautos *maßgeschneidert* / Internationale Börsenberichte
Moderation: Jeanette Enders, Bettina von Websky
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Lady Hamilton – Zwischen Schmach und Liebe
Deutsch-ital.franz. Spielfilm (1968)
Regie: Christian Jacque
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
Ein Goldfisch ist nicht gern allein
Peter bemüht sich sehr, seinem Goldfisch ein gemütliches Heim zu *schaffen. Die Suche nach* natürlichem Futter und nach Spielgefährten wird zu einem kleinen Abenteuer.
anschl. Kompass
Wasser (2)
Thema: Haie
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Alexis Sorbas
Griechischer Spielfilm (1964)
Mit Anthony Quinn, Alan Bates u. a.
Regie: Michael Cacoyannis
Der Film schildert die Begegnung eines jungen englischen Schriftstellers mit einem Bergwerksarbeiter in Griechenland.
0.05 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
Deutsch
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Athen
21.45 Porträt Dr. Jochen von Aerssen
Ein Nordrhein-Westfale kämpft für Europa
22.15 United Kingdom
Englisches Fernsehspiel (1983)
Von Jim Allen
Mit Val McLane, Ricky Tomlinson u. a.
Regie: Jim Allen
Eine nordost-englische Grafschafts-Behörde mit Labour-Mehrheit protestiert gegen drastische finanzielle Kürzungen, die von der Londoner Regierung verordnet wurden. Die Lage spitzt sich zu.
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Ballenleiden
19.15 Zurück zur Natur – auch in der Architektur?
Ein Bericht über biologisches Bauen
Die Sendung von Reinhold Gruber versucht, an einer Reihe von Beispielen darzulegen, welche Bandbreite der diffuse Begriff des biologischen Bauens umfaßt.
20.00 Tagesschau
20.15 Die eigene Geschichte
Als wenn nichts geschehen wäre ...
Nachkriegserinnerungen von Emigranten
21.00 Das Montagsthema
Über die Befreiung des KZ-Lagers Bergen-Belsen
22.00 Die Außerirdischen
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Regie: Roger Corman
23.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle
Sommerfreuden
18.55 Wombles
19.05 Hessisches Rockfestival
Musik und Gespräche mit Nach*wuchsbands*
20.00 Die Niederlage
Vom mißbrauchten Frieden zur Kapitulation 1945
Zeitgeschichtlicher Film über den Zweiten Weltkrieg
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
Das ist der Täter
22.30 Jazzfest Berlin 1983
Gunter Hampel All Stars

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Zum 40. Todestag: Käthe Kollwitz
Eine szenische Dokumentation von Norbert Bunge und Ron Orders
21.00 Klimbim
21.45 Entscheidung für Madagaskar
Aus dem Leben eines Deutschen *auf einer fernen Insel*
22.30 Rückblende
Vor 60 Jahren: Bauhaus geht nach Dessau
22.45 Jazz am Montagabend
Volker Kriegel und sein Mild Maniac Orchestra beim Manufaktur Jazz Festival Stuttgart 1983
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Bilder von den ersten Lebenseindrücken
Der Prozeß des Geborenwerdens
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der Aufpasser
Ein Hauch von Arabien
23.55 Rundschau

Diepgen sieht Chancen für Treffen mit Honecker

Interesse der Alliierten an Ost-Berlin bereitet ihm Sorgen

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat die Möglichkeit eines Treffens mit SED-Generalsekretär Erich Honecker angedeutet: Auch sein „Amtsvorgänger" von Weizsäcker habe solche „Gespräche geführt". Dies sei „momentan" noch „nicht aktuell", aber er „schließe nicht aus, daß es in der nächsten Zeit über den bisherigen Rahmen hinausgehende Kontakte zur anderen Seite gibt", sagte Diepgen im „Deutschlandfunk". Es gebe eine ganze Reihe von Problemen, über die „unmittelbar geredet" werden müsse.

Mehr zwischen den Zeilen hat Diepgen gleichzeitig seine Sorgen kundgetan, daß die Schutzmächte ihr „in den letzten Monaten sehr lebhaftes Interesse an Ost-Berlin" zu stark auf Kosten der westdeutschen Seite verfolgen könnten. Selbstverständlich hätten die westlichen Verbündeten, insbesondere die USA „gegenüber den anderen Ostblockstaaten und der DDR eine Funktion", ermunterten Bonn und der Berliner Senat auch „insofern zu Kontakten mit der DDR". Aber: „Wir müssen darauf achten, daß diese Kontakte in der Politik der DDR nicht an Berlin oder der Bundesrepublik vorbeigeführt werden und im Rahmen einer allgemeinen Aufwertung der DDR an der Bundesrepublik und West-Berlin mit Nachteilen für die Funktionsbestimmung des Westteils der Stadt geführt werden."

Diepgen, der als einen grundsätzlichen Schwerpunkt seiner weiteren Regierungspolitik bezeichnete, daß „Berlin seine Rolle im geteilten Deutschland, im geteilten Europa unterstreichen" und die „Rolle einer Stadt" spielen müsse, „die Konzentrationspunkt des Dialogs zwischen Ost und West ist", stellte im übrigen klar: Es gebe zwar „kleine Minderheiten" in Berlin, „die eine Entfremdung gegenüber den Alliierten wünschen". Aber „insgesamt gibt es da keine Probleme". Jedoch müsse „das gute Verhältnis immer wieder neu erarbeitet werden", müsse die „Begründung auch der Funktion der Alliierten immer wieder neu" und „zeitgemäß" gegeben werden.

Der Gesamt-CDU empfahl Diepgen, den „eigenen Konzepten" einer „sozial engagierten" Volkspartei wirklich zu vertrauen und sie „mit Optimismus" zu vertreten; vor allem aber „nicht immer das, was man vorne mit den Händen aufgebaut hat, irgendwo durch Ungeschicklichkeit im hinteren Teil wieder einzureißen".

„DDR": Zahl der Ausreiseanträge bleibt hoch

WERNER KAHL, Bonn

Die SED-Führung ist anscheinend ihrem Ziel, durch „Überredungskunst" „DDR"-Bewohner zur Zurücknahme von Ausreise-Anträgen zu bewegen, um den Ausreise-Stau in der „DDR" innerhalb eines Jahres erheblich abzubauen, nicht in dem erwarteten Ausmaß nähergerückt. Das wurde während der Gespräche bei dem Besuch von SED-Politbüromitglied Günter Mittag in Bonn bekannt. Die Anweisung des Ostberliner Politbüros im Vorjahr an die Funktionäre, bei Gesprächen mit „DDR"-Bewohnern über Ausreisemotive „politisch klug vorzugehen", habe zwar gewisse Erfolge gebracht, aber nicht in dem Maß, wie es sich die SED-Führung bis zum XI. Parteitag im April 1986 zum Ziel gesetzt hat.

Seit Jahresbeginn durfte in der Regel nur eine Auswahl der hartnäckigsten Antragsteller in den Westen übersiedeln. Es handelt sich insgesamt um über 4000 Personen, darunter befinden sich 516 ehemalige politische Häftlinge, die freigekauft wurden. Zuständige Stellen in Bonn gehen davon aus, daß bei dieser Quote 1985 etwa 20 000 „DDR"-Bewohner übersiedeln dürfen, darunter wiederum etwa 2000 politische Gefangene. Nach der Ausreisewelle 1984, bei der 36 000 „DDR"-Bewohner in den Westen kamen, hatten die Ostberliner Behörden die Genehmigungspraxis wieder gedrosselt. Die seit Jahresanfang zu beobachtende Praxis, monatlich etwa 1400 „DDR"-Bewohner, einschließlich politischer Häftlinge, ausreisen zu lassen, wurde nach einem Bericht von „Bild am Sonntag" von SED-Politbüromitglied Mittag für das ganze Jahr 1985 in Aussicht gestellt. Dieses Kontingent sei höher als das in den „normalen" Jahren (1981–83) vor der Ausreisewelle '84.

Der parallel zur Ausreise organisierte Freikauf politischer Gefangener dürfte dagegen in diesem Jahr die Rekordzahl von 1984 (2121 Häftlinge) wiederum erreichen. Im 1. Quartal dieses Jahres kamen bereits 516 Freigelassene. Das sind 90 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Nach längeren Auseinandersetzungen in der SED-Spitze um Ausreisegenehmigungen für Kinder hoher Funktionäre durfte sich vor kurzem die Tochter der Kandidatin und Sekretärin des SED-Zentralkomitees, Ingeburg Lange, nach West-Berlin absetzen.

Dramatischer Appell an Kongreß

Präsident Reagan will in letzter Minute Hilfe für „Contras" retten / Die Chancen sind gering

FRITZ WIRTH, Washington

Mit einem letzten dramatischen Appell an den Kongreß hat Präsident Reagan am Wochenende versucht, seine Nicaragua-Initiative zu retten, die eine Finanzhilfe in Höhe von 14 Millionen Dollar für die „Contras" vorsieht. Repräsentantenhaus und Senat werden morgen darüber abstimmen. Die Erfolgschancen sind nicht gut.

Reagan warnte deshalb die Kongreßmitglieder in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache: „Wenige Abstimmungen waren bisher jemals so wichtig für das Überleben der Demokratie in Lateinamerika und der Karibik wie diese, und wenige Abstimmungen waren jemals so wichtig für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten."

Er unterstrich diese Warnung mit der Darstellung, daß sowjetisches Militärpersonal in Nordnicaragua operiere. Diese Region ist besonders bedeutsam, weil sie die Hauptkampfzone zwischen „Sandinisten" und „Contras" ist. Es ist das erste Mal seit dem Beginn der Nicaragua-Krise, daß Washington die Anwesenheit sowjetischer Militärberater in diesem Kampfgebiet erwähnt.

Der Präsident nahm das zum Anlaß, zugleich die Gegenvorschläge der Demokraten im Repräsentantenhaus zu seiner Nicaragua-Initiative scharf zu verurteilen. Ihr Vorschlag sieht vor, zehn Millionen Dollar der geplanten Finanzhilfe nicaraguanischen Flüchtlingen zukommen zu lassen. Die restlichen vier Millionen sollen für friedensichernde Maßnahmen ausgegeben werden, vorausgesetzt, daß sich die Parteien im nicaraguanischen Konflikt auf einen Friedensplan einigen können.

Reagan erklärte dazu: „Jeder Vorschlag, der 15 000 Mitglieder einer demokratischen Widerstandsbewegung den Kommunisten ausliefert, ist kein Kompromiß, sondern eine schändliche Kapitulation. Wenn der Kongreß jemals solche Vorschläge annehmen sollte, würde es die Konsolidierung Nicaraguas als eines kommunistischen Terroristenarsenals beschleunigen und grünes Licht geben zu einer von den Sowjets unterstützten Aggression über ganz Amerika hinweg."

Es war die bisher härteste und düsterste Sprache, die Reagan in seiner monatelangen Kampagne für die Unterstützung der „Contras" in Nicaragua gebraucht hat, die er wiederholt „Freiheitskämpfer" nannte. Er wurde in den letzten Tagen dieser Kampagne unterstützt vom ehemaligen Sicherheitsberater von Ex-Präsident Carter, Zbignew Brzezinski, der warnte, daß Nicaragua „zu einem neuen Vietnam werden" könne. Die ehemalige UN-Botschafterin Jeane Kirkpatrick meinte, daß nicht Vietnam, sondern „München" die passende Analogie zu dieser Krisensituation sei, und warnte vor einem neuen „Appeasement" gegenüber Terror und Gewalt.

Trotz dieser verbalen Schützenhilfe haben sich die Siegchancen Reagans im Kongreß nicht erhöht. Das Repräsentantenhaus hat seit 1983 bereits drei Ersuche des Präsidenten um Finanzhilfe für die „Contras" niedergestimmt. Um eine vierte Niederlage zu verhindern, hat Reagan kürzlich seinen Finanzplan in eine neue Friedens-Initiative gekleidet, die beide Seiten in Nicaragua bis zum 1. Juni zu Friedensgesprächen unter Leitung der katholischen Kirche aufforderte. Erst wenn diese Gespräche scheiterten, sollten die 14 Millionen, wie ursprünglich geplant, für militärische Hilfe an die „Contras" ausgegeben werden.

„Tip" O'Neill, der Sprecher des Repräsentantenhauses, nannte diese Initiative Reagans einen „schmutzigen Trick". Reagan wies ihn dafür am Wochenende in seiner Rundfunkansprache zurecht und fragte: „Wie kann man einen Friedensplan einen schmutzigen Trick nennen, bei dem sich die katholische Kirche bereiterklärt hat, eine Vermittlerrolle zu spielen?"

Dennoch hat sich Reagan am Wochenende zu einer weiteren Entschärfung seines Ultimatums bereiterklärt und wissen lassen, daß keine der aus diesem Steuerhaushalt beantragten Geldsummen für militärische Zwekkke bereitgestellt würden, sondern nur humanitärer Hilfe dienen sollten. Reagan selbst rechnet damit, daß die Sandinisten in letzter Minute noch mit eigenen Friedensvorschlägen kommen werden.

Indische Armee stürmt Goldenen Tempel der Sikhs

AFP, Neu-Delhi

Rund 500 Soldaten der indischen Armee haben am Wochenende bei ihrer Suche nach den Urhebern des Anschlags auf den führenden Politiker der Kongreß-I-Partei, den 61jährigen Hindu Raghundan Bhatia, erneut den Goldenen Tempel der Sikhs in Amritsar gestürmt. Bhatia hat aktiv die Politik von Ministerpräsident Rajiv Gandhi, der separatistischen Politik der Sikhs im Punjab entgegenzuwirken, unterstützt. Die zweistündige Razzia, bei der Waffen und Munition sichergestellt wurden, wurde von der Leitung des Tempels mit der Besetzung des Sikh-Heiligtums durch die indische Armee im vergangenen Juni verglichen. Damals hatte die Armee extremistische Sikhs, die sich in dem Tempel verschanzt hatten, gewaltsam vertrieben. Bei den Kämpfen hatte es mehr als 650 Tote gegeben.

Der Führer der politischen Sikh-Partei „Alkali Dal", Singh Longowal, hat die Aktion der Armee als „neuerliche Schändigung des Sikh-Heiligtums" verurteilt. Die Besetzung des Tempels verschärfe die Atmosphäre im Punjab, erklärte Longowal.

Nach Angaben eines Polizeisprechers waren die Behörden im Besitz von „unmißverständlichen Informationen" darüber, daß im Goldenen Tempel Sikh-Aktivisten einen Plan zur Unruhestiftung im Punjab ausgearbeitet hätten.

Kohl in Bergen-Belsen: Es war Abfall von Gott

● Fortsetzung von Seite 1

Kohl zum Datum 8. Mai, der Tag sei für die Deutschen ein „Tag der Befreiung" gewesen. Nicht allen aber habe er, wie sich bald erwiesen habe, neue Freiheit verheißen.

In der Beurteilung der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1948 sagte der Kanzler, sie habe dank der ausgestreckten Hand des Westens zur Versöhnung die Chance nutzen können und sei – basierend auf rechtsstaatlichen und freiheitlichen Prinzipien – in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien aufgenommen worden. Das sei nicht zuletzt deshalb geschehen, weil „wir das, was im deutschen Namen den Völkern angetan wurde, nicht verleugnen werden". Mit Dankbarkeit würdigten die Deutschen auch die Tatsache, daß – eingeleitet von Konrad Adenauer und Ben Gurion – die Versöhnung mit dem jüdischen Volk möglich wurde und die Freundschaft unter jungen Menschen beider Völker wachse. Gerade der jungen Generation müsse vor Augen geführt werden, daß „Toleranz und Aufgeschlossenheit unersetzliche Tugenden sind, ohne die ein Staatswesen nicht gedeihen kann".

Auch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, appellierte an die Deutschen, sich zu ihrer ganzen Geschichte zu bekennen und aus ihr zu lernen.

Linke Gruppen setzen Anschläge fort

■ Fortsetzung von Seite 1

anderer Ebene gehen will", betonte der Direktor des bayerischen Landeskriminalamtes, Hermann Ziegenaus, auf der Sicherheitstagung in der vergangenen Woche in München. Neben dem bekannten Aktionsfeld in der Dritten Welt wolle die RAF mit der Eröffnung eines Frontabschnittes in Westeuropa eine „Zersplitterung der Abwehrkräfte" erreichen und die „westeuropäische Einheit der Revolutionäre" herstellen. Schwerpunkte von Anschlägen waren im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik vor allem die Länder Niedersachsen, Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Diesem Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland hat die Kommandoebene der RAF nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes in ihrem Positionspapier vom 22. April 1984 erstmals konkrete Aufgaben zugewiesen. „Damit wurde der sogenannte legale RAF-Bereich zum offiziellen Bestandteil der Gesamtstrategie der Terroristen erhoben", erklärte Regierungsdirektor Wingerter.

„Mit über 90 Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen militärische Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen der Rüstungsindustrie, diplomatische Vertretungen und Rechenzentren hat das terroristische Umfeld diese Aufgabe erfüllt", betonte der Verfassungsschutzbeamte. Der gleiche Personenkreis habe „öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen in fast 20 Städten" von Dezember 1984 bis Ende Februar 1985 zum Thema „Hungerstreik" arrangiert, an denen insgesamt 14 000 Personen teilnahmen. Die bayerischen Sicherheitsbehörden gehen jetzt von einem Sympathisanten- und Unterstützer-Potential von 9000 bis 10 000 Personen aus.

Vor den Sicherheitsbeauftragten zahlreicher Unternehmen wurde die Lage abschließend so beurteilt: „Das Potential im Umfeld ist gestiegen, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung größer geworden, der Wille zum bewaffneten Kampf hat sich erhöht. Gemeinsame Klammer über die Ländergrenzen hinweg ist der Haß gegen die NATO und das freiheitlich-demokratische System des Westens, das als imperialistisch bezeichnet wird."

Namibia-Regelung „null und nichtig"

AFP, New York

Die Vereinten Nationen betrachten die Schaffung einer Übergangsregierung in Namibia als „null und nichtig". Dies erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen dem südafrikanischen UNO-Botschafter Kurt von Schirnding. Pérez de Cuéllar deutete an, daß sich der Weltsicherheitsrat demnächst mit Namibia befassen werde.

Der für Afrika zuständige Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Chester Crocker, bezeichnete den Plan der Regierung in Pretoria als „irrelevant". Dieser Schritt werde keine Auswirkungen auf die amerikanischen Bemühungen um die Unabhängigkeit Namibias und den Abzug der Kubaner aus Angola haben, sagte Crocker.

Wir trauern um meinen lieben Mann, unseren Vater, Schwiegervater und Sohn

Heinz A. Bunze

6. 7. 1927 – 18. 4. 1985

Er hat uns viel zu früh verlassen.

Margaret Bunze geb. Zeiner
Sybille Bunze
Denise Dewoskin geb. Bunze
und Familie

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 25. April 1985, um 11.30 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium, Halle B.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wir trauern um Herrn

Heinz A. Bunze

Mitglied der Geschäftsleitung unseres Unternehmens, der nach kurzer, schwerer Krankheit am 18. April 1985 im Alter von 57 Jahren verstorben ist.

Nach Beendigung seines Studiums als Diplom-Wirtschaftsingenieur trat Herr Bunze 1952 in die Dienste unserer Muttergesellschaft CPC International, USA, ein. Die Stationen seines beruflichen Weges führten ihn über die USA, Schweiz und Belgien nach Deutschland. Dort übernahm er 1967 die Leitung unseres Werkes in Heilbronn und später die Verantwortung für unsere Markenartikel-Produktion. Seine weitreichenden Erfahrungen auf dem Gebiet der Produktion und technischen Planung setzte er zwischen 1975 und 1983 wiederum auf internationaler Ebene ein. Ende 1983 kehrte er nach Deutschland zurück, um die Leitung des Industriegeschäftes der Maizena Gesellschaft zu übernehmen, die er bis zu seinem Tode innehatte.

Charakterstärke, unternehmerische Tatkraft und großes Verantwortungsbewußtsein vereinte Herr Bunze mit gewinnender Menschlichkeit.

Wir verlieren einen Freund auf der Höhe seines erfolgreichen Schaffens.

Sein früher Tod ist ein großer Verlust für unser Unternehmen.

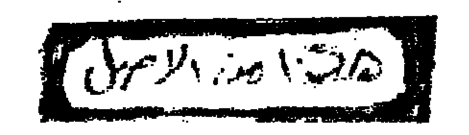
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Maizena Gesellschaft mbH

Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

2 Hamburg 1, Maizenahaus

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 25. April 1985, um 11.30 Uhr in Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium, Halle B.



Zweierlei Maß

adh. – Die hessische Landesregierung will das Subventionstöpfchen aufmachen und mit ihrem Programm zur Förderung selbstverwalteter Betriebe den Alternativen mit zunächst sieben Millionen Mark unter die Arme greifen. Das paßt so schön ins rot-grüne Hessenbild. Nun ist es sicher richtig, offenzubleiben und den Mut zu Experimenten nicht zu verlieren. In diesem Sinne gibt es überhaupt gar keinen Grund, nicht auch eine Förderung alternativer Betriebsformen ins Auge zu fassen, wenn man von grundsätzlichen Bedenken angesichts der immer noch grassierenden Subventionitis absieht.

Kritik muß der Vorstoß der hessischen Landesregierung freilich hervorrufen, wenn man genauer hinsieht. Die Hessen wollen nämlich mit zweierlei Maß messen. Und da gehen die Industrie- und Handelskammern mit Recht auf die Barrikaden. Schließlich hat der Wirtschaftsminister immer wieder betont, alternative Betriebe müßten unter gleichen Bedingungen wie alle am Wettbewerb teilnehmen.

Davon aber kann, wenn das Förderungsprogramm Wirklichkeit wird, nicht die Rede sein. Denn zusätzlich zu den „normalen" Hilfen für Existenzgründer sollen den alternativen Betrieben noch einige Bonbons ins Körbchen geworfen werden, wie zum Beispiel eine geringere Eigenbeteiligung bei der Beratung und der Verzicht auf den Nachweis eigener Mittel bei der Gründung selbstverwalteter Betriebe, sonst Voraussetzung für die Eigenkapitalhilfe. Auch bei den Zinsen will man verzichten. Von solchen Konditionen können andere Existenzgründer nur träumen.

Säuernis

Mk. – Für die Einfuhr von Kirschen in die EG wurde jetzt eine Lizenz- und Kautionspflicht eingeführt. Außerdem haben die zehn Agrarminister die EG-Kommission aufgefordert, mit Jugoslawien Absprachen über „den Markt nicht störende Preise und Mengen" für die Einfuhr von Sauerkirschen zu treffen. Eine solche Absprache, so das Bundeslandwirtschaftsministerium, würde den deutschen Erzeugern und Verarbeitern ausreichend Sicherheit geben, daß der Sauerkirschenmarkt nicht wieder durch Einfuhren aus Jugoslawien gestört wird. Diese Entscheidung hat einen faden Beigeschmack, und zwar gleich einen doppelten. Zum einen zeigt sich wieder einmal, daß die Interessen der Verbraucher nicht zählen, sondern von Marktstörung gesprochen wird, wenn die Preise aufgrund von billigen Einfuhren sinken. Zum anderen demonstrieren die Minister, daß sie mit protektionistischen Eingriffen rasch bei der Hand sind. Denn die Entscheidung sollte eigentlich mit den Preisbeschlüssen fallen. Darüber rangeln die Minister weiter.

IWF-FRÜHJAHRSTAGUNG / Schnelle Marktöffnung der Industriestaaten gefordert

Entwicklungsländer blockieren den Kompromiß für neue Handelsrunde

H.-A. SIEBERT, Washington

Die neue Runde über den Abbau weiterer Handelsschranken, die von den USA gefordert und von Bonn unterstützt wird, *ist noch längst nicht* unter Dach und Fach. Auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington scheiterte ein Kompromiß am Widerstand der Entwicklungsländer. Sie verlangen, daß die Industriestaaten vorher bestehende Importbarrieren beseitigen.

In der vorletzten Woche hatten sich die 24 Industrienationen, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, in Paris auf eine dritte Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) geeinigt, allerdings ohne festen Termin. Fraglich ist nun auch eine konkrete Entscheidung auf dem Wirtschaftsgipfel in Bonn Anfang Mai.

Die Entwicklungsländer machen ihre Teilnahme an den Gatt-Gesprächen davon abhängig, daß erst einmal die in der vorausgegangenen Tokio-Runde ausgehandelten Erleichterungen im Warenverkehr verwirklicht werden. Für notwendig halten sie außerdem eine schnelle Öffnung der Märkte in den Industriestaaten, damit Schuldendienst und dringend benötigte Importe leichter zu finanzieren sind.

Im Kommuniqué des Entwicklungsausschusses attackiert die Dritte Welt die Praxis vieler Industrienationen, bei *hoher Arbeitslosigkeit* zu Hause ohne Rücksicht auf das Wirtschaftswachstum anderswo gegen die Gatt-Regeln zu verstoßen. Nach ihrer Ansicht hat sich der protektionistische Druck trotz der weltwirtschaftlichen Erholung nicht verringert, ausgeweitet haben sich die nichttarifären Hemmnisse.

Der Widerstand der Entwicklungsländer hat nicht überrascht. Er richtet sich hauptsächlich gegen die USA, die in letzter Zeit die Einfuhr von Stahl, Textilien, Schuhen, Zucker und anderen Erzeugnissen erschwert haben. Dem Kongreß liegen Gesetzentwürfe vor, die Amerikas Textilindustrie stärker schützen sollen. Viele Staaten fragen sich, wie sie ohne freien Zugang zum US-Markt für diese für sie wichtige Produktpalette ihre US-Bankschulden bedienen sollen.

Nicht geheuer ist den ärmeren Ländern auch die von den USA gewünschte Einbeziehung der Dienstleistungen wie Versicherungen, Banking und Kommunikation sowie Agrarerzeugnisse und Spitzentechnologien in das Regelwerk des Gatt. Sie fürchten, von diesen Neuerungen überrollt zu werden und ziehen ein Festhalten an reinen Handelsgütern vor. Eine Lösung ist nicht in Sicht; die Industriestaaten *zahlen jetzt* auch die Zeche für die Beschneidung der Ida-Mittel, mit denen Hilfsprogramme in den allerärmsten Ländern finanziert werden.

Dies ist die zweite Niederlage, die der neue US-Finanzminister James Baker einstecken mußte. Auch die Währungskonferenz wird es, wie bereits kurz berichtet, in der von ihm vorgeschlagenen Form nicht geben. Das entscheidende Forum bleibt das Interimskomitee des Währungsfonds, in dem alle 148 IWF-Mitglieder direkt oder indirekt vertreten sind. Es gilt dieser Fahrplan: Am 21. Juni legt die Zehnergruppe ihre Währungsstudie in Tokio vor; am 6. Oktober beraten die Finanzminister und Notenbankchefs in Seoul über die Umsetzung; im Frühjahr 1986 dann eine größere Sitzung des Interimsausschusses.

In Washington herrschte Einigkeit darüber, wie die Weltkonjunktur unter Dampf gehalten werden kann. Danach kürzen *die* USA ihre Haushaltsdefizite beträchtlich. Als Folge sinken die Zinsen, ein geringerer Teil der Weltersparnisse fließt nach Amerika. Westeuropa beseitigt die Starrheiten, die Investitionen, Innovation und Beschäftigung bremsen; Japan spart weniger und importiert mehr. Der IWF bereitet ein strengeres Überwachungskonzept vor.

Distanziert haben sich auch die Entwicklungsländer von der globalen Schuldenlösung. Es bleibt bei fallweisen Umschuldungen mit Bonus für *erfolgreiche Anpassung*. Vertagt wurden Entscheidungen über die Weltbank-Kapitalerhöhung, die Neuzuteilung von Kunstgeld und garantierte Direktinvestitionen in der Dritten Welt.

GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Für mehr Konzentration auf die Bestandspflege

HANS BAUMANN, Düsseldorf

Die Wohnungspolitik muß sich künftig auf die Pflege des Wohnungsbestandes konzentrieren und nicht auf den Bau neuer Einheiten. Das sagt ein „Positionspapier zur Wohnungsmarktlage 1985" der Verbände der rheinischen sowie westfälischen und lippischen Wohnungsunternehmen. Allein in Nordrhein-Westfalen stehen nach Schätzungen der beiden Verbandsdirektoren Rolf Kornemann und Hans Pohl, rund 30 000 Wohnungen leer. Dieser Leerbestand werde auch bald auf die süddeutschen Länder übergreifen.

Allein bei den 432 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in NRW *stünden zur Zeit* 14 423 Wohnungen leer. Da die Bevölkerungszahl abnehme und die Abwanderung von Ausländern zunehme, werde sich diese *Zahl weiter erheblich erhöhen*. Der größte Teil der leerstehenden Wohnungen sind Sozialwohnungen, die nach 1970 errichtet wurden. Der *Grund: Infolge der degressiven Förderung* liegen die Sozialmieten teilweise bereits über den ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen versuchen dem durch gezielte Preispolitik entgegenzuwirken. Nach Kornemann wurden Mieten um 50 Pfennig bis zu 1,50 Mark je Quadratmeter gesenkt. 1984 hat es beim rheinischen Verband 22 422 solcher Mietsenkungen gegeben. Für den Verband Westfalen berichtet Hans Pohl, daß der Aufwandsverzicht 1984 gut 39,5 Mill. Mark betragen habe. Für den rheinischen Verband meldet Kornemann einen Verzicht von über 60 Mill. Mark. Für alle Verbände gilt, daß 1984 rund 2,8 Prozent des Mietsolls nicht hereinzuholen waren.

Aber *nicht nur die Wohnungshalden* wachsen weiter. In beiden Verbänden stehen zur Zeit 432 Eigenheime leer und 560 Eigentumswohnungen. *Dies wird zum Teil darauf* zurückgeführt, daß die Kreditinstitute ihre Beleihungsrichtlinien geändert und so die Aufnahme von Krediten *erschwert haben. Selbst in Gebieten* mit amtlich anerkanntem „erhöhtem Wohnungsbedarf" stehen nach Pohl und Kornemann Wohnungen leer, so zum Beispiel auch in Düsseldorf.

Heute schon sind nach Auskunft der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft so viele Wohnungen vorhanden, wie voraussichtlich im Jahr 2000 benötigt werden. Deshalb fordert sie den schnelleren Abriß von Altbauten. Die Politiker sollten diese Art von „Denkmalschutz" überwinden. Künftig sollten auch solche Neubauten aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, die an Stelle alter entstehen. Beseitigt werden sollte auch die Fehlbelegungsabgabe, da sie durch die Realität überholt sei. Ferner müßten Bestimmungen aufgehoben werden, die den Verkauf von Mietwohnungen aus Sozialbeständen behindern. So müssen zum Beispiel in NRW noch 50 Prozent der im Haus wohnenden Mieter zustimmen, wenn ein Mieter seine Wohnung kaufen möchte.

Beide Wege offenhalten

Von HEINZ STÜWE

Was alle Kanzler der sozial-liberalen Ära versprochen hatten, wurde von der jetzigen Koalition in die Tat umgesetzt: verbesserte Bedingungen für Unternehmen, die ihre Mitarbeiter am Kapital beteiligen wollen und ein kräftiger staatlicher Anreiz für Arbeitnehmer, die ihre vermögenswirksamen Leistungen im Produktivvermögen anlegen.

Doch der Elan, mit dem das neue Vermögensbeteiligungsgesetz durchgesetzt wurde, ist offensichtlich hin. Mit der zweiten Stufe tut sich die Regierung schwer.

Das Anfang letzten Jahres in Kraft getretene Gesetz *zielt darauf ab*, die von den *Arbeitgebern gezahlten* vermögenswirksamen Leistungen stärker auf das Produktivkapital hinzulenken. Als erste positive Auswirkung haben 120 Firmen mit 50 000 Arbeitnehmern eine betriebliche Mitarbeiterbeteiligung eingeführt. Die erhoffte Breitenwirkung blieb jedoch aus – verständlicherweise. Denn bis sich die Tarifpartner für eine Aufstockung der Standardleistung von *624 Mark jährlich begeistern*, muß das Angebot überbetrieblicher Anlageformen ausgeweitet werden. Nur so kann zudem gewährleistet werden, daß das Mittelaufkommen *aus* der Vermögensbildung auch solchen Unternehmen zugutekommt, für die eine direkte Kapitalbeteiligung der Beschäftigten heute noch ausscheidet.

Doch bei der Auswahl des geeigneten Instruments scheiden sich die Geister. Die einen – an der Spitze das Finanzministerium und die Vermögenspolitiker der Bonner Unionsfraktion – setzen darauf, daß nach der von der Regierung auf den Weg gebrachten steuerlichen Begünstigung vor allem Kammern und Innungen *als* Gründer von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBG) aktiv werden und sich später zugunsten privater Aktionäre zurückziehen.

Das andere Lager – Niedersach*sens Wirtschaftsministerin* Birgit Breuel, der Bundesarbeitsminister und die FDP – sieht in der Beschränkung auf die Aktie als Refinanzie*rungsinstrument ein* Handikap dieses Konzepts. Wohl zu Recht. Das geplante UBG-Gesetz ist zweifellos nützlich, indem es bessere Möglichkeiten *schafft, nicht emissionsfähigen* Unternehmen Eigenkapital zuzuführen. Einen Durchbruch in der Vermögensbildung bedeutet es indes nicht. Denn für das breite Publikum sind Aktien solcher UBGs keine geeignete Anlageform. Unvermeidliche Fehlschläge bei Beteiligungen werden börsenunerfahrene Arbeitnehmer abschrecken.

Eine größere Resonanz versprechen die von Frau Breuel vorgeschlagenen *Beteiligungssondervermögen* nach dem Kapitalanlagegesetz, die besser auf die Bedürfnisse der Kleinanleger zugeschnitten werden können. Offen bliebe aber auch hier, ob das Angebot, stille Beteiligungen hereinzunehmen, vom Mittelstand genutzt würde. Weil dies so ist und Befürworter und Kritiker der einzelnen Instrumente notwendigerweise mit vielen Unbekannten operieren, gibt es nur eine vernünftige Lösung: Die zweite Gesetzesstufe muß beide Wege offenhalten.

Ein solcher Kompromiß würde es den Politikern erlauben, sich auf andere Probleme zu konzentrieren. In einigen grundsätzlichen Fragen stehen noch Entscheidungen aus. So ist es überfällig, das Konten- und Versicherungssparen nicht länger mit der Arbeitnehmersparzulage zu belohnen. Das komplizierte System verschiedener Förderungssätze und Höchstförderbeträge sollte vereinfacht werden – mit einer klaren Präferenz für die Anlage im Produktivkapital.

Beides steht nicht zu erwarten. Die Union will an einer beschränkten Sparförderung festhalten. Besonders fatal aber wäre, wenn der Förderrahmen für das Bausparen sogar noch von 624 auf 936 Mark heraufgesetzt würde. Davon Tausende zusätzliche Arbeitsplätze im Baugewerbe zu erhoffen, ist wohl eine Illusion. Mit Sicherheit wäre eine solche Regelung ein herber Rückschlag bei den Bemühungen, Arbeitnehmer an echte Unternehmensbeteiligungen heranzuführen. Schon heute gelingt es Lebensversicherungen, Bausparkassen und Kreditinstituten, die Zielsetzung des Gesetzgebers zu unterlaufen, indem sie Arbeitnehmer dazu bringen, ihre 624 Mark aus eigener Tasche um 312 Mark aufzustocken und bei diesen Instituten anzulegen, obwohl ihnen so die Sparzulage entgeht. Dem sollte die Koalition keinen Vorschub leisten und so ihre Verdienste in der Vermögenspolitik verspielen.

AUF EIN WORT

„Dollar-Schwankungen von zehn Pfennig am Tag nach oben und unten sind das warnende Zeichen, auf welch unsicherem Boden die *deutsche Konjunkturerholung* steht."

Wilhelm Scheider, Vorsitzender des Vorstands der Fried. Krupp GmbH, Essen FOTO: JUPP DARCHINGER

Preisrunde ohne Erfolgsaussicht

AFP, Brüssel

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft werden heute in Brüssel eine weitere zweitägige Verhandlungsrunde über die Agrarpreise 1985/86 einleiten, die eigentlich seit dem 1. April feststehen sollten. In Kreisen der EG-Kommission werden die Erfolgsaussichten der Tagung sehr pessimistisch beurteilt. Es wird daher schon mit einer weiteren, dreitägigen Preisrunde ab 14. Mai in Luxemburg gerechnet.

Italien, das zur Zeit den Vorsitz des Europäischen Rates führt, will den Partnerländern neue Vorschläge unterbreiten. Dazu zählt u.a. ein Einfrieren *der Getreidepreise*. Damit soll versucht werden, die Vorbehalte der Bundesrepublik auszuräumen.

GROSSBRITANNIEN

Pfundkurs noch zu hoch Zinsniveau wird abgebaut

dpa/VWD, London

Die britischen Großbanken National Westminster und Lloyds haben am Freitag ihren Basiszins-Satz von 13 auf 12,5 Prozent gesenkt. Sie haben damit als erste der vier britischen Großbanken auf den Höhenflug des Pfundes gegenüber dem Dollar reagiert. Die Barclays Bank und die Midland Bank haben noch einen Basiszins von 12,75 Prozent. Es wird aller*dings* erwartet, daß auch sie bald nachziehen werden. Der Basis-Zinssatz ist der Eckzins, an dem sich in Großbritannien alle anderen Kredit- *und Einlagezinsen orientieren*.

Der Abwärtstrend der britischen Zinsen hatte vor Ostern begonnen, nachdem das Zinsniveau in London im Januar aufgrund der riesigen Kursverluste des Pfundes innerhalb weniger Tage um vier Prozent angehoben worden war. Damit sollte der *Kapitalabfluß* nach den USA gebremst werden. Seither hat sich jedoch das Bild gewandelt, da der Dollar unter massiven Druck geraten ist.

Dies gibt der Bank von England, dem britischen Schatzamt und den Großbanken jetzt die Möglichkeit, das hohe britische Realzinsniveau abzubauen. Es ist mit über sieben Prozent etwa doppelt so hoch wie das in den anderen westeuropäischen Industrieländern.

Das extrem hohe Realzinsniveau in Großbritannien ist wiederum der Grund für die sechsprozentige Aufwertung des Pfundes gegenüber der D-Mark und anderen europäischen Währungen. Der Pfundkurs ist gegenüber dem Dollar seit Mitte März sogar um rund 20 Prozent gestiegen. Die britischen Exporteure fürchten jedoch um ihre Wettbewerbsfähigkeit am europäischen und am Weltmarkt.

US-AKTIENMÄRKTE

Bei lustlosem Geschäft weitgehend uneinheitlich

dpa/VWD/AP, New York

Überwiegend uneinheitlich bewegten sich die Kurse an der New Yorker Aktienbörse in der vergangenen Woche. Bei insgesamt recht lustlosem Geschäft kam es zunächst nur zu geringen Schwankungen. Eine Belebung setzte erst am Donnerstag ein, als Befürchtungen, das Wirtschaftswachstum in den USA könnte ins Stocken geraten, auf breiter Front einen Kursrückgang auslösten.

Angeführt wurde die Abwärtsbewegung von den als als Marktindikator geltenden Werten IBM und General Motors. Die geplante Übernahme von CBS durch die Turner Broadcasting Service wirkte sich nicht aus. Viel mehr interessierte die Anleger, daß das im ersten Vierteljahr erreichte Wirtschaftswachstum um eine Jahresrate von lediglich 1,3 Prozent auch schlechtere Unternehmens-Ergebnisse bedeutet. Zahlreiche Quartalsergebnisse, in der Berichtswoche auchTandy und Texas Instruments, unterstützten diese Befürchtungen.

Am Freitag nahm die Wall Street die uneinheitliche Tendenz wieder auf. Zahlreiche Händler blieben zum Wochenschluß dem Marktgeschehen fern. Analytiker sahen sich im übrigen in ihrer Ansicht bestätigt, daß am letzten Tag eines Optionszyklus (am Freitag endete auch der Aprilzyklus für Aktienoptionen) die Kurse überwiegend sinken. Während der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte mit 1266,56 um 1,43 Punkte höher schloß, sank der Index für ausgewählte Verkehrswerte um 4,54 auf 584,92 Punkte. Im Versorgungssektor schlossen die Kurse bruchteilig schwächer. Für die gesamte Woche wies der Dow-Jones-Index lediglich ein Plus von 0,88 Punkte auf, der umfassendere Nyse-Index legte mit 105,00 gerade 0,36 Punkte zu.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Industrieproduktion der UdSSR stieg nur gering

Moskau (dpa) – Die Industrieproduktion der Sowjetunion ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um zwei Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Im vergangenen Jahr war im ersten Quartal 1984 eine Produktionssteigerung um 4,9 Prozent erzielt worden. Der laufende Fünf-Jahres-Plan sieht für 1985 ein Plansoll von 3,8 Prozent vor. Die Arbeitsproduktivität habe in den ersten drei Monaten um 1,5 Prozent zugenommen, hieß es in einem Bericht des Zentralen Statistischen Amtes der UdSSR, der am Sonnabend von der Parteizeitung „Prawda" veröffentlicht wurde.

Keine Arbed-Hilfe

Rendsburg (dpa/VWD) – Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Haltung bekräftigt, dem wirtschaftlich bedrohten Stahlunternehmen Arbed-Saarstahl in Völklingen keine weitere staatliche Betriebsbeihilfen mehr zu gewähren. Wie der wirtschaftpolitische Sprecher der Fraktion, Matthias Wissmann, am Sonntag auf dem Landestag der Jungen Union (JU) Schleswig-Holstein in Rendsburg erklärte, würde eine Abkehr von dem im November 1983 getroffenen Kabinettsbeschluß der Bundesregierung die Glaubwürdigkeit der Fraktion, Subventionen abzubauen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, in Frage stellen. Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) möge sich darüber im klaren sein, daß die Bundesregierung heute „nicht die Mittel gibt, die wir Herrn Zeyer verweigert haben", sagte Wissmann.

Weg der Kurse

	19.4.	12.4.
Boeing	62,875	60,625
Chrysler	37	35,75
Citicorp	45,625	44,875
Coca-Cola	70,125	68,875
Exxon	53,75	50,75
Ford Motors	43,125	43,75
IBM	128	127,25
PanAm	5	5,375
US Steel	26,75	26,875
Woolworth	42,25	41,75

Zinssenkung prophezeit

New York (dpa/VWD) – Der amerikanische Zinsprophet Henry Kaufman rechnet damit, daß die Geschäftsbanken ihren Eckzins für erstklassige Kreditnehmer senken werden. Die Prime Rate verharrt seit Wochen bei 10,5 Prozent. Kaufman legte sich in seiner wöchentlich erscheinenden Schrift „Comments on Credit" zeitlich nicht fest. Eine Prime-Rate-Senkung sei jedoch angebracht, nachdem die US-Notenbank in den vergangenen drei Wochen den Geldmarkt großzügig mit Liquidität versorgt und damit beträchtliche Zinssenkungen ermöglicht habe.

Stahlnachfrage statisch

Brüssel (dpa/VWD) – Die Stahlnachfrage in der EG wird nach Erwar*tung der EG-Kommission im zweiten* Quartal „weitgehend statisch" bleiben. Der übliche Frühjahrsaufschwung werde in diesem Jahr wahrscheinlich ausbleiben. Ausgehend von „einigermaßen optimistischen" Bedarfsprognosen der stahlverbrauchenden Industriezweige rechnet die Kommission mit einem tatsächlichen Vrbrauch von 26,8 Millionen nach 25,9 Millionen im ersten Quartal 85 und 26,2 Millionen Tonnen im zweiten Quartal 1984.

Mexiko weiter verschuldet

***Mexiko-City** (VWD) – Die öffentli*che Hand Mexikos war Ende 1984 im Ausland mit 69,4 Milliarden Dollar verschuldet, die gesamten Auslandsverbindlichkeiten betrugen *95,9 Milli*arden Dollar. Schätzungen zufolge werden die öffentlichen Auslandsverbindlichkeiten bis 1990 weiter auf 88,3 Milliarden Dollar steigen. Die Bundesrepublik hatte Ende 1984 einen Anteil von 4,9 Prozent an der Staatsschuld Mexikos.

China verjüngt Luftflotte

Peking (dpa/UPI) – Die Volksrepublik China will für rund drei Milliarden Mark 21 neue Verkehrsflugzeuge kaufen, um die teilweise veraltete Luftflotte der chinesischen Fluggesellschaft CAAC aufzustocken und zu verjüngen. Wie der Generaldirektor der CAAC, Hu Yi-zhou, der chinesischen Zeitung „China Daily" mitteilte, sollen vermutlich noch vor Oktober neun Boeing 737-200, neun sowjetische TU-154 und drei europäische Airbusse an China geliefert werden. Dies sei der größte Flugzeugkauf in der Geschichte des Landes.

Londoner Kassapreise

	19.4.	12.4.
Kupfer(£/t)	1169	1199,5
Blei(£/t)	295,5	310
Zink(£/t)	699	723
Zinn(£/t)	9317,5	9607,5
Gold($/Unze)	327,25	329
Silber(p/Unze)	495,45	531,90
Kakao[1](£/t)	1897,5	1935,5
Kaffee[1](£/t)	2027,5	2131
Zucker(£/t)	102	108
Kautschuk(p/kg)	65	67
Wolle(p/kg)	463	475
Baumwolle[2](cts/lb)	66,10	65,95

[1])Abladung Juli;
[2])A-Index-Preis Liverpool

URHEBERRECHT

Novelle soll Markstein gegen Raubkopierer sein

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Urheberrechts-Novelle kann nach *Ansicht von* Bundesjustizminister Hans A. Engelhardt noch in diesem Sommer im Bundestag verabschiedet werden, nachdem der Rechtsausschuß den *Entwurf* jetzt einstimmig gebilligt hat. Der Minister spricht von einem „Markstein zur Anpassung des Lohns für geistige Leistung an die rasante technische Entwicklung, vor allem im Elektronikbereich". An die Stelle der Raubritter und *Piraten* früherer *Zeiten* seien heute die Raubkopierer, Ton- und Videopiraten getreten. Steuerausfälle und wirtschaftliche Verluste für die Rechtsinhaber veranschlagt er auf 800 Millionen Mark im Jahr.

Geplant ist eine Leerkassettenvergütung. *Dafür* soll die Geräteabgabe, die bisher bis zu fünf Prozent des Verkaufserlöses beträgt, auf 2,50 Mark für jedes Tonaufzeichnungsgerät und 18 Mark für jedes Bildaufzeichnungsgerät gesenkt werden. Dafür wird pro *Leerkassette* bei Tonträgern 0,12 Mark und bei Bildträgern 0,17 Mark für jede Stunde Spieldauer erhoben.

Bei Kopiergeräten wird eine einmalige Gerätevergütung von 75 bis 300 Mark erhoben. Für jede Kopie, die durch *Großkopierer* hergestellt wird, soll die Vergütung auf zwei Pfennig, bei Schulbüchern auf fünf Pfennig festgesetzt werden. Für Fotografien soll der volle urheberrechtliche Schutz bis zu 70 Jahre nach dem Tode des Urhebers gelten.

Die *Höchststrafe für gewerbsmäßi*ge Tonfilm- und Videopiraterie soll von einem auf fünf Jahre Freiheitsstrafe angehoben werden. Außerdem soll dieses Delikt künftig Offizialdelikt werden.

KFZ-STEUER / WELT-Umfrage in den Finanzministerien der Bundesländer

Mehr schadstoffarme Autos als erwartet

HEINZ HECK, Bonn

Die Autofahrer wissen jetzt, welche Kfz-Steuervergünstigungen ab 1. Juli 1985 für schadstoffarme Autos in den verschiedenen Hubraumklassen gelten werden. Der *Bundesrat* wird das Gesetz am kommenden Freitag verabschieden. Was aber geschieht in den zahlreichen Fällen, in denen bereits im Vertrauen auf eine vorher einsetzende Steuerbefreiung Katalysatorautos gekauft wurden? Die Bundesländer haben bekanntlich seit Herbst letzten Jahres im Vorgriff auf die noch zu erlassende gesetzliche Regelung bereits auf die Erhebung der Kfz-Steuer verzichtet. *Erst durch* die Brüsseler EG-Beschlüsse vom März wurde der Befreiungstermin auf den 1. Juli 1985 hinausgeschoben.

Eine Umfrage der WELT bei den Länderfinanzministern zeigt, daß sie alle auch für die Zeit bis zum 30. Juni eine bundes*einheitliche Regelung* anstreben. Hierfür zeichnen sich zwei Lösungsmodelle ab: Entweder wird dem Autokäufer die bis zum 30. Juni 1985 anfallende Steuerschuld bis zum Ende des Befreiungszeitraums zinslos gestundet. Oder aber – so zum Beispiel Vorschläge aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen – die Befreiung wird ihm aus Gründen des Vertrauensschutzes zusätzlich gewährt. Bei diesem Modell stellt sich die Frage, ob die höhere Vergünstigung noch mit den Brüsseler Beschlüssen vereinbar ist. Das wird von *vielen Fachleuten bezweifelt*.

Am 9. Mai findet die nächste Konferenz der Länderfinanzminister statt. Von dieser Sitzung dürfte weiterer Aufschluß über die Regelung zu erwarten sein. Nach Angaben des hessischen Finanzministers ist die Zahl der bereits zugelassenen schadstoffarmen Autos „wesentlich größer als erwartet". Allein in Hessen seien es *1650 Pkw. Die bisherige Annahme*, daß bundesweit zur Zeit rund 5000 schadstoffarme Autos unterwegs seien, müsse daher auf 16 000 bis 18 000 korrigiert werden.

Auch wenn das Stichwort Vertrauensschutz für die bisherigen Käufer von *Katalysatorfahrzeugen* in den Antworten der Länder eine große Rolle spielt, so wird doch eingeräumt, daß bisher noch „kein gerichtssicherer Vertrauensschutz-Tatbestand vorliegen" dürfte (Saarland). Aus mehreren Antworten der Länder ist die Bereitschaft zu einem Verzicht auf die Erhebung der Kfz-Steuer zu entnehmen für den Fall, daß Brüssel dies gelten läßt. Nach Meinung Bayerns zeigt der am *Freitag vom Bundestag* verabschiedete Gesetzentwurf, daß die, die bereits Katalysatorautos angeschafft hätten, steuerlich nicht schlechter gestellt würden als künftige Käufer. Bayern will „mit Nachdruck dafür eintreten, daß steuertechnisch keine Nacherhebung der Kfz-Steuer erfolgt".

SM: Verlust statt Gewinn

sz. München

Die Notierung der an der Münchner Börse im ungeregelten Freiverkehr gehandelten Aktie der SM Software AG, München, wird vielleicht heute wieder aufgenommen. Dieser Hoffnung gab der zuständige Kursmakler Paul Berwein Ausdruck. Die Kursfindung war ausgesetzt worden, um „Mißverständnisse" über die Ertragslage 1984, so das Unternehmen, „korrigieren" zu können. Die einzelnen Quartalsberichte für 1984 seien nämlich falsch interpretiert worden.

Statt zu einem Jahresgewinn summierten sich die Quartalsergebnisse zu einem Verlust in Höhe von 0,647 Mill. DM. Zudem müsse, wie es heißt, „im Vorgriff auf den Jahresbericht darauf hingewiesen werden, daß aufgrund von notwendig gewordenen Wertberichtigungen das vorläufige, noch nicht testierte Ergebnis einen Verlust von etwa 0,8 Mill. DM ausweist, der zum größten Teil durch Rücklagen gedeckt ist". Zuletzt wurde die SM-Software-Aktie am vergangenen Montag mit 173,00 DM notiert.

AGIV / Für das Geschäftsjahr 1984 erneut „befriedigende Dividende" angekündigt

Im Energiebereich kräftig zugelegt

VWD, Frankfurt

Eine „erneut befriedigende Dividende" stellt der Vorstand der Agiv Aktiengesellschaft für Industrie und Verkehrswesen, Frankfurt, den Aktionären für das Geschäftsjahr 1984 in Aussicht. Im jüngsten Zwischenbericht über das abgelaufen Jahr gibt er dem 1984er Abschluß das Prädikat „erfreulich", die Lage der Agiv-Gruppe sei unverändert stabil. Für 1983 war eine von neun auf zehn DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie auf 70 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden. Die Hauptversammlung findet am 30. August in Frankfurt statt.

Der gesamte Gruppenumsatz konnte im Berichtsjahr gegenüber 1983 um 4,5 Prozent auf 4,6 Mrd. DM erhöht werden. Der Auftragsbestand am Jahresende lag mit 2,3 Mrd. DM allerdings um 9,3 Prozent unter dem Vorjahr. Bezogen auf die Beteiligungsquoten lag der Umsatz Ende 1984 mit 2,5 Mrd. DM um 5,4 Prozent über der 1983er Vergleichszahl. Die Agiv beschäftigte Ende letzten Jahres 25 677 Mitarbeiter, 1,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Die kräftigste Umsatzsteigerung gab es im vergangenen Jahr im Energiebereich um 9,5 Prozent auf 2 Mrd. DM. Beschäftigt wurden hier am Jahresende 8128 Mitarbeiter, 2,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im zweitstärksten Agiv-Sektor, dem Baubereich, konnten alle vier Gesellschaften trotz der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung der Branche positive Ergebnisse erwirtschaften. Der Umsatz lag mit 1,7 Mrd. DM nur um ein Prozent niedriger als 1983, die Zahl der Beschäftigten nahm um 3,3 Prozent auf 10 104 ab. Allerdings signalisiert der mit 1,1 Mrd. DM um 20,2 Prozent niedrigere Auftragsbestand, daß die Marktbedingungen eher noch schlechter als besser werden, hebt der Vorstand hervor.

Im Sektor Maschinenbau und Elektronik stieg der Gesamtumsatz um vier Prozent auf 725 Mill. DM an, der Auftragsbestand lag am Jahresende mit 395 Mill. DM kräftig um 48,1 Prozent über dem Vorjahr. Leicht um ein Prozent rückläufig war die Zahl der Beschäftigten mit 6232. Wichtigste Beteiligung in diesem Bereich ist die Carl Schenck AG.

Bei den Verkehrsgesellschaften wurden wichtige Entscheidungen für den Ausbau der Fluggesellschaft DLT getroffen. Nach mehr als einjähriger Vorbereitung bestellte DLT für Lieferung ab 1987 sechs Flugzeuge des Musters F50 bei Fokker in Amsterdam. Zusammen mit fünf in Brasilien bestellten Turboprop-Flugzeugen bedeutet dies ein Investitionsvolumen von ca. 230 Mill. DM. Um diese Investition durchführen zu können, wurde die Zusammenarbeit mit der Lufthansa zunächst bis Ende 1995 festgeschrieben. Das DLT-Kapital wird auf 40 Mill. DM erhöht, das bedeutet für die Agiv mit 60 Prozent Beteiligung eine Einzahlung von 15 Mill. DM.

Wochenschlußkurse

New York

	19.4.	12.4.
Adv. Micro Dev.	30	30,25
Aetna Life	40,625	40,5
Alcan Aluminium	24,875	24,5
Alcoa	32,25	32,625
Allied Chemical	42,875	42
AMR Corp.	40,875	41,5
Amax	17,875	18
Am. Cyanamid	53,25	53,5
Am. Express	41,375	42,25
Am. Motors	3,25	3,5
Am. Tel. & Telegr.	21,375	21,125
Asarco	24,75	25,5
Atlantic Richfield	49,125	48,75
Avon Products	21	21,125
Bally	15,25	15,25
Bk. of America	19,75	19,125
Bethlehem Steel	17,25	17,5
Black & Decker	21,25	21,125
Boeing	62,75	60,875
Brunswick	35,75	34,375
Burroughs	60	59,375
Caterpillar	32,75	31,875
Celanese	91	93,75
Chase Manhattan	54,375	54,75
Chrysler	37	36,125
Citicorp	45,5	45
City Investing	38,25	38,75
Clorox	35	33,875
Coca Cola	71,5	68,875
Colgate	25,125	24,875
Commodore	10,125	9,5
Comwth. Edison	30	30,125
Comm. Satellite	33	31,25
Control Data	28,375	29,875
CPC Int.	42	42,375
Curtiss Wright	32,875	32,875
Deere	28,5	28,625
Delta Airlines	41,5	44,125
Digital Equipm.	104,125	107
Dow Chemical	28,5	29,25
Du Pont	56,75	55
Eastern Gas-Fuel	22,25	23
Eastman Kodak	65,5	68,125
Exxon	53,875	51
Firestone	19,125	18,125
Fluor	18,875	19
Ford	45,25	44
Forster Wheeler	15	15,5
Fruehauf	23	24
GAF Corp.	31,625	31,625
General Dynamics	67,375	68,75
General Electric	58,625	59,5
General Foods	63	61,25
General Motors	70,625	73,5

	19.4.	12.4.
Gen. T. & E.	40,25	40,25
Goodrich	31,375	30,25
Goodyear	26,625	27
Grace	40,375	41,25
Halliburton	30,5	30,375
Heinz	47,875	48,5
Hewlett Packard	34,375	34,375
Homestake	25,75	26,25
Honeywell	57,25	58,25
IBM	127,75	128
Int. Tel. & Tel.	35,625	34,375
Int. Harvester	8,875	9
Int. Paper	50	49,75
Int. North. Inc.	52	47
Jim Walter	32,5	33,5
Litton Industries	69,75	66,75
Lockheed Corp.	48,75	47,5
Loew's Corp.	50,25	47,125
Lone Star	24,125	22
Louisiana Land	34,625	35,75
LTV Corp.	10,125	10,375
Mc Dermott	27,75	27,75
Mc Donnel Doug.	77,375	75,625
Merck & Co.	103,5	101,875
Merrill Lynch	30	30,125
Mesa Petroleum	17,75	19,125
MGM (Film)	13,125	15,125
Minnesota M.	79	79,125
Mobil Oil	29,375	29,75
Monsanto	44	42,5
Morgan J.P.	47	48,75
Nat. Semiconductor	10,875	11,375
National Steel	24,875	27,5
NCR	26,25	27,75
Newmont	46,25	44,25
PanAm World	5,125	5,25
Pfizer	44,5	42,125
Phibro	38,75	39,625
Philip Morris	90,875	73,125
Philips Petroleum	40,25	39,25
Pittston	11,5	11,5
Polaroid	30	29,625
Prime Computer	17	16,75
Procter & Gamble	52,75	52,375
RCA	43,5	41,5
Revlon	36,875	37,125
Reynolds Ind.	82,375	84
Rockwell Int.	34,875	35,125
Rorer Group	32,25	32,875
Schlumberger	39,5	38
Sears, Roebuck	32,25	33
Shell Oil	59,5	59,625
Singer	36,125	35
Sperry Corp.	49,125	49,75
Stand. Oil Calif.	35	34,5
Stand. Oil Indiana	62	61
Storage Techn.	2,875	2,625
Tandy	31	33,875

	19.4.	12.4.
Teledyne	246,25	243,5
Telex Corp.	41,75	40,75
Tesoro	11,125	11,875
Texaco	38,375	36,375
Texas Instrum.	92,75	112
Tosco	1,75	1,875
Trans World Corp.	33,25	32,5
Transamerica	29	29,625
Travellers	41,5	42,125
UAL	41,875	44,875
Ucocl Corp.	14,125	13,25
Union Carbide	38,75	38
Union Oil of Calif.	47,375	48,625
US Gypsum	32,125	35,25
US Steel	26,75	27
United Technologies	38,625	39,25
Walt Disney	79,625	79
Warner Comm.	28,5	26,75
Westinghouse El.	30,125	30,125
Weyerhaeuser	28,875	28,625
Whittaker	25	23,125
Woolworth	42,25	41,875
Xerox	45,75	45
Zenith Radio	21,25	21,5
Dow Jones Index	1267,23	1261,93
Stand. & Poors	176,71	175,35

Toronto

	19.4.	12.4.
Abitibi-Price	53,375	51,375
Alcan Alu.	33,625	33,125
Bk. of Montreal	27,25	26,625
Bk. of Nova Scotia	12,75	12,375
Bell Cda Enterprises	39,25	38,75
Bluesky Oil	4,4	4,45
Bow Valley Ind.	16,75	17,25
Brenda Mines	–	11
Brunswick M & Sm.	17	17
Cda. Imperial Bk.	30,375	29,125
Cda. Pacif. Enterpr.	28	27,75
Cda. Pacific Ltd.	59,625	60,125
Cominco	14,875	15,375
Coseka Res.	3,4	3,3
Denison Mines	12,625	11,5
Dome Petroleum	3,4	3,2
Domtar	35,875	36,75
Falconbridge Ltd.	104	104
Great Lakes Forest	87	90
Gulf Canada	19,625	19,375
Gulfstream Res.	0,66	0,61
Hiram Walker Res.	30,125	29,375
Hudson Bay Mng. Sp.	8,125	8,25
Husky Oil	11	11
Imperial Oil -A-	54,125	54,125
Inco	18,75	19,125
Inter City Gas Ltd.	12,25	12,5
Interprov. Pipeline	36	35,875
Kerr Addison	15,75	16,25
Lac Minerals	–	–
Massey Ferguson	2,84	2,85
Moore Corp.	23,25	22,625
Noranda Mines	17,5	18,25
Norcen Energy Res.	15,75	15
Northgate Expl.	5,75	6,375
Northern Telecom	47,5	48,25
Nova An Alberta A	6,125	6,125
Nu West Group	0,54	0,52
Oakwood Petrol	7,875	7,375
Provigo Inc.	19,25	–
Ranger Oil	5	5,125
Revenue Properties	1,65	1,45
Rio Algom	25	25,5
Royal Bk. of Can.	28,875	29
Seagram	56,25	54,625
Shell Canada	28,625	28,5
Sherritt Gordon	7,25	7
Stelco -A-	20,5	20,5
TransCdn. PipeLines	24,75	24,5
Westcoast Transm.	15,875	15,875
Index: TSE 300	2636,50	2638,10

Tokio

	20.4.	13.4.
Alps	1860	1890
Bank of Tokyo	779	825
Banyo Pharma	830	890
Bridgestone Tire	517	525
Canon	1240	1230
Daikin Kogyo	598	612
Daiwa House	554	545
Daiwa Sec.	880	883
Eisai	1430	1680
Fuji Bank	1400	1540
Fuji Photo	1710	1690
Fuji Radio	2560	2490
Hitachi	798	810
Honda	1280	1320
Ikegai Iron	397	400
Isetan	535	543
Ito Yokado	2640	2790
Japan Air	5880	6250
Japan Met.	450	481
Japan Syn. Rubber	385	405
Kajima	295	288
Kansai Elec.P.	1450	1420
Kao Soap	768	805
Kawasaki H	157	160
Kawasaki S	144	145
Kirin Brewery	605	615
Komatsu	438	429
Kubota Iron	332	338
Kyocera	5400	5410
Makita El.	940	985
Marui	1110	1180
Matsushita El. Ind.	1380	1420
Matsushita El. Wks.	709	741
Mitsubishi CP	525	523
Mitsubishi El.	395	398
Mitsubishi Estate	596	620
Mitsubishi Heavy I.	240	242
Mitsui Co. Ltd	340	370
Mitsukoshi	515	484
Mitsumi El	–	1080
Nichicon	–	–
Nihon Cement	260	257
Nikko Sec.	742	749
Nippon El.	1090	1060
Nippon Kokan	134	136
Nippon Oil	886	885
Nippon St.	149	150
Nippon Yusen	235	242
Nissan Motor	635	659
Nomura Sec.	1050	1130
Olympus	1130	1110
Penta-Ocean	278	266
Pioneer	2620	2360
Renown	420	427
Ricoh	885	891
Sankyo	1140	1400
Seiyu Stores	668	641
Sekisui Pref.	580	596
Sharp	1000	985
Shiseido	1160	1170
Sony	4290	4350
Sumitomo Bank	1630	1700
Taisei Corp.	217	211
Taisho Marine	418	456
Takeda Chem.	865	948
Teijin	435	464
Tokyo Elec.	1180	1240
Tokyo Gas	191	186
Tokio Marine	804	841
Tokyo El. Power	1730	1718
Toray Ind.	459	482
Toshiba Elec.	388	396
Toto	640	635
Toyo Kogyo	423	440
Toyota Motor	1250	1250
Yamaichi	770	810
Yamanouchi	3180	4200
Yamaha	740	775
Yamazaki	650	657
Index	955,98	–



WELT-Korrespondenten berichten aus Hannover

Nach diesem Wochenende sind Zweifel nicht mehr erlaubt: In die Annalen wird die 85er-Veranstaltung als die „Messe der Rekorde" eingehen. Nach den ersten vier Tagen sind rund 430 000 Besucher gezählt worden, gut 10 Prozent mehr als 1984. Traditionell nutzen die Hannoveraner die arbeitsfreien Tage, um „ihre" Ausstellung in Augenschein zu nehmen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich der Tagesrekord vom Sonnabend (130 000 Besucher), der gestern nicht ganz erreicht wurde. Für die Aussteller ist die drängende Fülle in den Hallen und auf dem Gelände nicht das reine Vergnügen. Die vielfach gemeldeten geschäftlichen Erfolge indes wiegen die Strapazen auf. Für die zweite Messehälfte rechnen die Veranstalter mit einem ähnlichen Andrang, vor allem der Fachbesucher. (dos)

Leasing immer stärker gefragt

Bei der Mischfinanzierung von Industrieprojekten und Automobilflotten spielt das Leasing eine immer größere Rolle. Wie die Leasing-Unternehmen übereinstimmend feststellen, hat sich die Wirtschaft generell dem Leasing-Gedanken geöffnet. Es gilt als sicher, daß sich der Anteil des Leasings an der Bruttoinvestitionssumme von 8 Prozent in 1984 bis zum Ende des Jahrzehnts verdoppeln wird.

Direkte Abschlüsse wurden in Hannover nicht gemacht. Doch die geknüpften Kontakte lassen erwarten, daß zahlreiche Geschäfte, die in Hannover abgeschlossen würden, über Leasing finanziert werden. Leichte Bremsen werden dem Leasing von der Investitionsgüterindustrie durch deren durchweg hohe Liquidität angelegt. Wenn dieser Investitionsstau abgeflossen sei, so die Leasing-Geber, dann komme das Leasing deutlich zum Zuge.

Großes Interesse zeigt die Industrie am Leasing für die Finanzierung von Teilanlagen, die relativ hohem Verschleiß ausgesetzt sind, oder aber Gefahr laufen, vom technologischen Fortschritt eingeholt oder gar überholt zu werden. Die kurzen Laufzeiten der Leasing-Verträge von 40 Prozent der normalen Nutzungsdauer (Abschreibungszeiträume) lassen einen schnellen Wechsel dieser Aggregate zu, ohne daß die Aufwendungen dafür in der Bilanz aktiviert zu werden brauchten.

Als „Novum" bezeichnen es die Leasing-Gesellschaften, daß in Hannover auch der Großanlagenbau (Auftragsvolumen 1984: 18,5 Mrd. DM) Interesse an Leasing zeigt. Hier sei „endlich" entdeckt worden, daß Leasing ein ideales Absatzinstrument sei. Während sich gerade die Großanlagenbauer bisher immer darüber beklagten, über zu lange Zahlungsziele zum Finanzier der Abnehmer geworden zu sein, empfehlen nun mehr und mehr Anlagenbauer ihren Kunden, die Produkte zu leasen. So bleibe die Liquidität geschont, die Kreditlinie bei den Banken erhalten und das Geschäft auf die Nutzung der Produkte beschränkt – ohne großen Investitionsaufwand.

Die Frage an die Leasing-Geber, warum es in der Bundesrepublik Deutschland kein Kooperationsleasing wie in den USA gebe, wird übereinstimmend damit beantwortet, daß sich bei solchen Großobjekten, an denen mehrere Leasing-Gesellschaften beteiligt würden, ein Unternehmen dem anderen „in die Karten schauen" könnte. Bei Großobjekten, etwa Kraftwerken, helfe sich das angesprochene Leasing-Unternehmen mit breiter Streuung der Refinanzierung, um so das Risiko zu mindern.

Kräftige Impulse verspricht sich das Autoleasing von Hannover. Die Hersteller-Leaser berichten von großer Nachfrage nach der Miete ganzer Flotten. Der Einstieg in diese Art der Fuhrparkfinanzierung erfolge meistens nach dem Sale-and-lease-back-Verfahren. Man verkauft die vorhandene Flotte an die Leasinggesellschaft und mietet sie dann zurück. Die Verträge über Umrüstung des Fuhrparkes laufen in der Regel über 12 bis 42 Monate. Die Hersteller-Leaser berichten jedoch, daß immer häufiger kürzere Leasingzeiten gewählt werden – im Durchschnitt 24 Monate mit zum Teil umfangreichen Service-Paketen.

HANS BAUMANN

Marketing mit Erfolg

Auf der Hannover-Messe vor zwei Jahren präsentierten wissenschaftliche Einrichtungen aus Berlin eine Broschüre „Forschungsmarkt Berlin", in der 360 Neuentwicklungen vorgestellt und der Wirtschaft eine Kooperation bei der praktischen Umsetzung angeboten wurde. Der Erfolg dieses „offensiven Marketingkonzepts" für Berliner Forschungsergebnisse habe selbst optimistische Prognosen übertroffen, erklärte Professor Wilhelm A. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung, auf dem Berliner Messestand. „Das aktive Zugehen der Berliner Wissenschaft auf die Wirtschaft hat anderen Regionen als Vorbild gedient", meinte Kewenig.

Mit 25 Forschungseinrichtungen seien praktisch alle diejenigen beteiligt, deren Arbeit in der Praxis verwertbare Ergebnisse erwarten lasse. Nicht nur die Berliner Betriebe hätten die Chance der Zusammenarbeit genutzt. Über 60 Prozent der insgesamt 2500 Anfragen der beiden letzten Jahre kamen aus dem übrigen Bundesgebiet. Zu Zweidrittel waren es Unternehmen, an der Spitze Maschinenbau, Werkstattechnik und Chemie, die sich für die Angebote der Forschung interessierten. Bei den zustandegekommenen Kooperationen überwogen dann die Beratungen (45 Prozent) vor Know-how-Verkäufen (26 Prozent) sowie Gerätenutzungen, Lizenzvergaben und Gutachten.

Die dritte Auflage der Broschüre enthält inzwischen 684 umsetzungsfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. Ein Beispiel Berliner Forschungsarbeit präsentierte Verkehrssenator E. Wronski, der in Hannover den Prototyp eines Stadtbusses mit einem neuartigen Antrieb vorstellte. Bei diesem Bi-Motor-Triebwerk werden anstelle eines Großmotors zwei kleinere Dieselmotoren mit fast gleicher Gesamtleistung verwendet. Durch Abschaltung von Zylindern kann die Leistung dem Bedarf besser angepaßt und der Kraftstoffverbrauch gesenkt werden.

Finanziert wurde diese Entwicklung zu je einem Drittel vom Bund, dem Land Berlin sowie vom Volkswagenwerk und der Firma Neoplan. Die beiden Unternehmen sind Gesellschafter des privatwirtschaftlich organisierten Instituts für Aggregatetechnik und Verkehrsfahrzeuge an der Technischen Universität Berlin.

HEINZ STÜWE

Goldene Nase

Sieht man sie nebeneinander, die beiden bis zur Verpackung kaum voneinander zu unterscheidenden Zahnpflegesets, fällt es schwer zu glauben, daß beide nicht aus einer Werkstatt stammen. Tatsächlich handelt es sich um Original und Kopie. Mit einer „Auszeichnung" ganz besonderer Art gelangen diese Plagiate alljährlich ins Licht der Öffentlichkeit. Der „Plagiarius", ein schwarzer Gartenzwerg mit goldener Nase, wird auf Initiative von Busse Design, Ulm, an Unternehmen verliehen, die besonders unverfroren Produktideen kopieren, um sich damit eine goldene Nase zu verdienen. Doch das amüsante Thema hat einen ernsten Hintergrund: Alljährlich entstehen in den Industrieländern Verluste in Milliardenhöhe durch die Markenpiraterie. Das Plagiat, das den Initiatoren ohne entsprechende geistige und finanzielle Eigenleistungen Gewinne bringt, beeinträchtigt Kreativität und unternehmerischen Wagemut. (sas.)

Ehrgeiziges Umsatzziel

Ein ehrgeiziges Umsatzziel für das laufende Geschäftsjahr hat sich nach erfolgreicher Umstrukturierung die Holec GmbH, Darmstadt, hundertprozentige Tochter des holländischen Elektrokonzerns Holec N. V., Utrecht, vorgenommen. Wie Vertriebsleiter Peter Raiß ausführte, erwartet das in den drei Bereichen Antriebstechnik, Produkte und Anlagen- sowie Systemtechnik tätige Unternehmen 1985 eine Umsatzverdoppelung auf rund 23 (11) Mill. DM.

Bereits der zum Jahresbeginn vorhandendene Auftragsbestand habe etwa ein Drittel dieses angestrebten Umsatzvolumens gedeckt. Zu dem anvisierten Plus trägt nach Angaben der Geschäftsleitung vor allem der eigenständige Vertrieb der von der Muttergesellschaft produzierten Systeme auf dem Sektor Energietechnik in der Bundesrepublik bei. Das Spektrum bei diesen von dem Unternehmen als „Schlüsselprodukten" eingestuften Erzeugnissen erstreckt sich von Niederspannungs-Schaltgeräten über regelbare Antriebssysteme bis zu unterbrechungslosen Stromversorgungsanlagen. (sas.)

Fehlertolerante Superminis

Supermini-Computer, die der norwegische Hersteller Norsk Data AS, Oslo, erstmalig vorstellt, können auch bei Ausfall einzelner Komponenten weiterarbeiten. Zusätzliche Hardware-Einrichtungen zur Fehlerortung und -korrektur sowie ein spezielles Software-Packet machen es möglich. Das noch junge Unternehmen, fünftgrößter Minicomputer-Hersteller in Europa und nach eigenem Einverständnis hier einer der wenigen konzernfreien Computer-Produzenten überhaupt, erzielte 1984 nach einem Plus von 55 Prozent weltweit einen Umsatz von 475 Mill. DM und peilt weiterhin ein Wachstum in dieser Größenordnung an.

Die deutsche Tochtergesellschaft Norsk Data Dietz GmbH, Bad Homburg, entstanden aus der Verbindung mit dem Software-Haus Dietz, steuerte 46 Mill. DM zum Gesamtumsatz bei, ihr Planziel für 1985 liegt bei 60 Mill. DM. Hauptumsatzträger sind auch hier Minicomputer. Die norwegische Muttergesellschaft beabsichtigt, in Kürze ihre Aktien an den Wertpapierbörsen in Frankfurt und Hamburg einzuführen. (hdt.)

Schon in der Fortune-Liste

Die Tandem Computers Inc., Cupertino/Kalifornien, Pionier im Bau der ausfallsicheren Computer, rechnet sich auch für die Zukunft gute Marktchancen aus, obwohl zunehmend mehr Konkurrenten den Einstieg in das Geschäft mit „fehlertoleranten" Systemen versuchen. Die Konstruktion der Rechner bringe auch abseits der ursprünglichen Zielsetzung Leistungsmerkmale, die für einen langfristigen Vorsprung sorgten, meinte Firmengründer und Präsident James G. Treybig selbstbewußt in Hannover.

Das Unternehmen, das 1981 gegründet wurde, steigerte im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) den Umsatz um 28 Prozent auf 533 (418) Mill. Dollar. Schon mit dem Vorjahresvolumen war Tandem in die „Fortune"-Liste der 500 größten US-Unternehmen gelangt. Die deutsche Tochter in Frankfurt trug 219 Mill. DM zum Weltumsatz bei. Davon entfallen 70 Mill. DM (plus 35 Prozent) auf den Inlandsumsatz, der Rest auf Lieferungen an andere europäische Länder sowie den Nahen und Mittleren Osten. (Wb.)

Chancen für Bildkommunikation

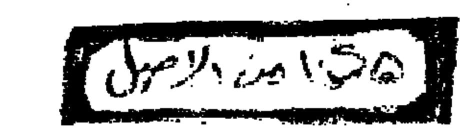
Die Bildkommunikation wird Anfang der neunziger Jahre für den Arbeitsmarkt die gleiche Bedeutung haben wie die EDV." Diese Prognose wagte Ron Sommer, Geschäftsführer der Sony Deutschland GmbH, auf der Hannover-Messe. Die größte europäische Tochter der Sony Corporation entwickele sich vom Unterhaltungselektronik- zu einem ebenso bedeutenden Investitionsgüterhersteller. In den neunziger Jahren sollen auf diesen Bereich 50 Prozent des Umsatzes entfallen.

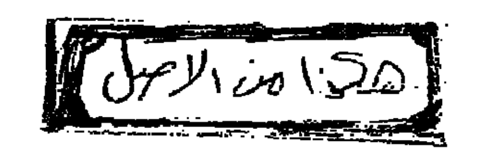
Folgerichtig wendet sich Sony auf der Hannover-Messe vor allem an die Video-Anwender aus Industrie und Wissenschaft. In der Wirtschaft habe man erkannt, „daß in der Bildkommunikation ähnlich wie in der EDV gewaltige Rationalisierungsreserven liegen". Durch die Kopplung von Nachrichtentechnik und EDV würden interaktive Video-Anlagen vor allem für die Aus- und Weiterbildung und die Verkaufsförderung möglich. Als weitere Einsatzgebiete nannte Sommer die Kunden- und Mitarbeiterinformation und die Dokumentation. Zentrale Produkte für diese Einsatzgebiete sind multifunktionale Monitore und Großbildprojektoren, über die Video-Bilder, Computer-Grafiken, Texte und EDV-Daten sichtbar gemacht werden können.

Sony zeigt auf der Messe zwei neue hochauflösende Arbeitsplatzmonitore und einen Bildschirmtext-Arbeitsplatz mit integriertem Cept-Decoder. In Zukunft will Sony mit einem Laser-Bildplattenspieler für industrielle Nutzer und auch mit Personal-Computern an den Markt gehen. Mit 30 Vertriebs- und Servicevertretungen in der Bundesrepublik glaubt die deutsche Sony-Tochter, für den weiteren Ausbau des Investitionsgütergeschäfts gerüstet zu sein.

In dem am 31. Oktober abgeschlossenen Geschäftsjahr 1983/84 setzte die Sony-Gruppe in Deutschland 839 Mill. DM um. Die GmbH steuerte dazu 653 Mill. DM bei. Nach einem Verlust im Vorjahr wurden in der Gruppe 26,5 Mill. und in der GmbH 18,1 Mill. DM Bilanzgewinn erzielt. Die Muttergesellschaft, die das zeitgleiche Geschäftsjahr 1983/84 mit 15,6 Mrd. DM Umsatz und 883 Mill. DM Reingewinn abschloß, konnte im ersten Quartal 1984/85 den Umsatz um 9,4 Prozent und den Gewinn um 14,8 Prozent steigern.

HEINZ STÜWE





LEFFERS / Ein Textilhandelsjahr mit Tücken

Knick in der Gewinnkurve

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Recht ansehnlich zumal im Vergleich zum schwachen Branchendurchschnitt ist zwar auch 1984 in den 7 (6) Filialen des Bielefelder Textil- und *Modehausunternehmens Leffers* AG der Umsatz um 17,4 (7,1) Prozent auf 239 Mill. DM gestiegen, was auf unveränderter Verkaufsfläche immerhin eine stattliche Plusrate von 6,8 (5,1) Prozent ergab. Aber die lange Reihe ständig steigender Jahresgewinne wurde nun von einem Rückschlag im Jahresüberschuß auf 5,4 (6,6) Mill. DM oder nur noch 2,3 (3,3) Prozent des Umsatzes unterbrochen.

Immerhin reicht das noch sehr kommod zu einer weiteren Steigerung der Ausschüttung auf 3,7 (2,6) Mill. DM (Hauptversammlung am 30. Mai). Nach der Aktienkapitalverdoppelung auf 24 Mill. DM im Frühjahr 1984 will die noch mit 50,15 Prozent in Familienbesitz liegende Firma für die 18 (12) Mill. DM Stammaktien 7,50 (11) DM Dividende zahlen und für die 6 (–) *Mill. DM* stimmrechtslosen Vorzugsaktien 8,50 DM.

Mieses Wetter, schlechte Verbraucherstimmung und einen um so härteren Händlerwettbewerb nennt der Vorstand als Hauptgründe für den Ertragsrückgang. Dazu noch die unvermeidlichen Anlaufverluste des neuen *Hauses in Münster*, der von dieser Großinvestition ausgelöste Anstieg des Zinsaufwandsaldos auf 1,2 (0,3) und der Abschreibungen auf 4 (3,5) Mill. DM; zudem seien die Inventurverluste von 2 Mill. DM „erstmals seit Jahren" beträchtlich gestiegen.

Vor allem mit dem neuen Haus in Münster schwollen die Sachinvestitionen auf den nie erlebten Rekordstand von 38,1 (7,3) Mill. DM an. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verkaufsfläche auf 22 200 (18 500) qm und die Beschäftigtenzahl auf 1015 (850) – wobei sich die bislang stetig gestiegene (weit über dem Branchendurchschnitt liegende) Umsatzleistung je Kopf auf 235 000 (239 100) DM verminderte. Auf 1985 blickt der Vorstand für die Branche mit Skepsis, für das eigene Haus zumal wegen der nun fortfallenden Anlaufverluste in Münster mit der Hoffnung auf Ertragsbesserung.

OELMÜHLE / Für das laufende Jahr eine wieder „lesbare Bilanz" angekündigt

Neue Extraktionsanlage ist in Betrieb

JAN BRECH, Hamburg

„Wir fühlen uns wohler als noch vor einem Jahr." Mit diesen Worten kommentiert der Vorstandsvorsitzende der Hamburger Oelmühle AG, Herbert Tiefenbacher, die Wiederaufnahme der Extraktionsanlagen zu Beginn dieses Jahres. Die Anlage war Mitte 1983 durch Explosion und Feuer völlig zerstört worden. Für rund 92 Mill. DM ist inzwischen eine neue *Anlage errichtet worden, die* nach Angaben von Tiefenbacher reibungslos funktioniert und bei unveränderter Kapazität und gleichem Produktionsprogramm gut beschäftigt ist. Auch das Ergebnis ist in den ersten Monaten positiv gewesen. Für *1985 kündigt Tiefenbacher* eine wieder „lesbare Bilanz" an.

Der Sachschaden, die Stillstandskosten und der entgangene Gewinn werden durch die Versicherungen gedeckt. Zum Ausgleich sind der Oelmühle im Berichtsjahr 49,7 Mill. DM außerordentlicher Erträge zugeflossen. Bei einem nahezu halbierten Umsatz von 384 (i. V. 806) Mill. DM weist die AG einen Jahresüberschuß von 5,2 (9,7) Mill. DM aus. Vom Umsatz verdiente die Oelmühle damit fast unverändert 1,4 (1,2) Prozent. Der Gewinn wird für eine Dividende von 10 DM verwendet (HV am 5. Juni). Mit jeweils mehr als einer Schachtel sind am Grundkapital von 26 Mill. DM die AGAB AG für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, die Walter Rau Neusser Oel und Fette AG sowie die Alfred C. Toepfer International GmbH, Hamburg, beteiligt.

Der Jahresüberschuß spiegelt die 1984 von den Versicherern gespeiste Ertragslage nicht exakt wider. Den Gewinn pro Aktie gibt Tiefenbacher mit 19,50 DM an; das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Verbesserung von 6,6 Prozent. Die starke Abweichung des Nettogewinns vom Jahresüberschuß resultiert aus hohen Abschreibungen auf Rohwaren nach dem sogenannten Bremer Erlaß (12 Mill. DM).

Im eigentlichen Geschäft ist nach Angaben von Tiefenbacher im Berichtsjahr plus minus null gearbeitet worden. Von den Beteiligungsgesellschaften flossen dagegen 2,1 (2,4) Mill. DM der AG zu, wobei allerdings die Neuhof Hafengesellschaft durch stark rückläufiges Umschlagsvolumen in die Verlustzone geriet. Auf diese 50-Prozent-Beteiligung hatte die Oelmühle bereits im Vorjahr hohe Teilwertabschreibungen vorgenommen.

Nachteilige Auswirkungen auf den Kundenkreis seien durch den Produktionsausfall nicht zu erwarten, *erklärt Tiefenbacher, der mit der* Hauptversammlung aus dem Vorstand ausscheiden und in den Aufsichtsrat überwechseln wird. Während des Stillstands habe die Oelmühle 250 000 Tonnen Ölsaaten in Lohn verarbeiten lassen und mit den daraus anfallenden Ölen und im Markt zugekauften Ölen die unbeschädigt gebliebene Raffinerie beschäftigt. Um die Kontakte zu den Kunden und Lieferanten der Oelmühle aufrechtzuerhalten, sind gleichzeitig von der Tochtergesellschaft Hanseatic Trading Comp GmbH Handelsgeschäfte mit Ölsaaten und Ölsaatenprodukten durchgeführt worden.

HANOMAG / Standortfrage noch nicht entschieden

Weiter Banken-Vorbehalte

D. SCHMIDT, Hannover

Bei der Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH, Hannover, ist die Standortfrage noch immer nicht entschieden. Wolfgang Freimuth, Sprecher der Hanomag-Geschäftsführung, wollte zwar zum Stand der Verhandlungen mit den Gläubiger-Banken, dem Land Niedersachsen und der Stadt Hannover keine Einzelheiten mitteilen. Fest steht indes, daß der Ende April auslaufende Pachtvertrag über die Nutzung des Firmengeländes eine baldige Lösung erforderlich macht.

Wie verlautet, favorisiert Hanomag den jetzigen Standort. Voraussetzung wäre allerdings, daß die Stadt das gesamte Gelände, für das die Gläubiger 35 Mill. DM verlangen, erwirbt. Die Konzentration der Fertigung auf dem Nordteil des Grundstücks erfordert über 20 Mill. DM. Bei der Finanzierung dieser Investitionen erwartet Hanomag Hilfen von der öffentlichen Hand.

Auf einer Veranstaltung zum 150jährigen Bestehen der Hanomag ließ Freimuth durchblicken, daß die kreditgebenden Banken noch immer „Vorbehalte" gegenüber der Firma haben. Um diese abzubauen, will Freimuth „in Kürze testierte Bilanzen" für das Rumpfgeschäftsjahr 1984 (acht Monate) vorlegen.

Vor in- und ausländischen Händlern und Endabnehmern wiesen Freimuth und Hanomag-Gesellschafter Günter Papenburg darauf hin, daß trotz der Erfolge noch erhebliche Probleme zu bewältigen seien. Mittlerweile sei die Belegschaft weiter auf rund 900 Beschäftigte aufgestockt worden. Vieles spreche dafür, daß die geplanten 1500 Einheiten im laufenden Jahr gebaut und abgesetzt werden können. Dies würde einem Umsatz von 300 Mill. DM entsprechen.

Die deutschen Baumaschinen-Hersteller, so Freimuth, hätten keinen Grund, den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern zu fürchten. Dies gelte auch für Japan. Es könne aber nicht akzeptiert werden, daß speziell japanische Hersteller mit Dumping-Preisen auf dem EG-Markt operierten und gleichzeitig der Heimat-Markt administrativ abgeschottet wird.

SCHWEPPES / Die Marktführerschaft behauptet

Umsatz litt unter Witterung

JAN BRECH, Hamburg

Die *Schweppes GmbH, Hamburg*, deren Stammkapital von 27 Mill. DM von dem englischen Konzern Cadbury Schweppes P. L. C., London, gehalten wird, erwartet für dieses Jahr zum ersten Mal einen Umsatz von mehr als 100 Mill. DM. Nach Angaben des Geschäftsführers Siefke Kerwien soll dieses Wachstum von gut sechs Prozent ohne Preiserhöhungen erreicht werden. Der Absatz mit dem Schwerpunkt Bittergetränke will Schweppes mit einem Werbeeinsatz von 13 Mill. DM stützen.

Im Berichtsjahr 1984 erlitt das Unternehmen einen Umsatzrückgang von zwei Prozent auf 94 Mill. DM, den Kerwien jedoch nicht als Mißerfolg wertet. Immerhin habe die gesamte Erfrischungsgetränke-Branche ein Minus von acht Prozent hinnehmen müssen. Bei den klassischen Bittergetränken, die gut 75 Prozent zum Umsatz beisteuern, habe Schweppes, so Kerwien, mit einem Umsatzrückgang von nur einem Prozent den Marktanteil von gut zwei Drittel im Lebensmittelhandel trotz starken Drucks der Billigprodukte festigen können. In der Gastronomie erreichte das Unternehmen ein Mengenwachs*tum von zwei Prozent.*

Rückschläge mußte Schweppes dagegen bei kalorienarmen Erfrischungsgetränken hinnehmen. Das Minus betrug elf Prozent. Da auf Dauer keine Rentabilität zu erreichen sei, so betont Kerwien, habe man das im April 1983 eingeführte Produkt Silhouette aus dem Markt genommen. Die Produktgruppe der kalorienreduzierten Schweppes SL-Bittergetränke wurde in Schweppes Light umbenannt und umfaßt nunmehr die Sorten Bitter Lemon und Tonic Water.

Unter den schlechten Witterungsbedingungen im Sommer 1984 litt auch das Limonaden-Bier-Mix-Getränk „McTwo", das acht Prozent an Absatz verlor, aber neben Bittergetränken immer noch zweitwichtigster Umsatzträger bei Schweppes ist.

Der Rest des Umsatzes stammt aus dem Verkauf von hochpreisiger englischer Importkonfitüre unter dem Markennamen Civers. In diesem Marktsegment habe Schweppes trotz eines Umsatzrückgangs von drei Prozent seinen Marktanteil von 60 Prozent gehalten, betont Kerwien.

Überaus positiv bewertet er das Absatzergebnis des Pure Malt Whiskys Glenfiddich. Der Absatz sei nochmals um 25 Prozent auf 180 000 Flaschen gestiegen. Unter den importierten Pure Malt Whiskies habe Glenfiddich einen Anteil von ebenfalls 60 Prozent.

DKV / Niederländischen Versicherer übernommen

Gewappnet für EG-Markt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Deutsche Krankenversicherung AG (DKV), Köln/Berlin, größter privater Krankenversicherer in Europa, wird immer „europäischer". Nach Übernahme der niederländischen N. V. Versekeringsmaatschappij Rijnmond, *Rotterdam, ist* die DKV nach Belgien (1964), Luxembourg (1981) und Frankreich (1983) mit den Niederlanden jetzt in vier EG-Staaten vertreten. DKV-Vorstandsvorsitzender Hans Georg Timmer begründete das wachsende Europa-Engagement nicht allein mit Image-Gründen des Größten am Markt, sondern auch mit der Überzeugung, „daß im Rahmen der EG-Harmonisierungsbemühungen zunehmend auch private Krankenversicherer die nationalen Grenzen überschreiten werden. Und da wollen wir auf jeden Fall zu den ersten gehören."

Nach eingehenden Marktanalysen, das niederländische Sozialversicherungssystem ähnelt dem deutschen im EG-Vergleich am ehesten, hat man sich für die Übernahme von Rijnmond entschieden. Die Gesellschaft, erst 1959 von der Central und der SZR (Stichting Ziekenfonds Rotterdam) gegründet, bietet nicht allein die gesamte Palette privater Krankenversichererungstarife, sondern als „Rundum-Versicherer" auch Sachversicherungen für den privaten Haushalt in einer Gesellschaft.

Mit einem Prämienvolumen von 24 Mill. hfl gehört Rijnmond (zur Zeit 60 Mitarbeiter) in den Niederlanden zu den mittelgroßen Versicherungen; 1985 werden 30 Mill. hfl Prämie erwartet. Das Eigenkapital liegt bei 19 Mill. hfl. Vom DKV-Prämienvolumen 1984 (2,2 Mrd. DM) kommen 85 bis 90 Mill. DM aus dem EG-Ausland.

Goldschmidt schnitt wieder besser ab

dpa/VWD, Essen

Das Essener Chemieunternehmen *Th. Goldschmidt AG hat* 1984 seinen Jahresüberschuß auf 14,2 (9,9) Mill. DM verbessern können. Wie die Gesellschaft mitteilte, wird der Hauptversammlung am 21. Juni die Ausschüttung einer auf 8 (6) DM erhöhten Dividende je nominal 50-DM-Aktie auf 57,2 Mill. DM Stammaktien vorgeschlagen. 5 Mill. DM sollen den freien Rücklagen zugewiesen werden. Umsatz (520 Mill. DM) und Mitarbeiterzahl (1884) blieben fast unverändert.

Ohne die inzwischen verkaufte Kunststoffsparte ergebe sich jedoch eine Umsatzsteigerung von 18,5 Prozent. Der Umsatz der Gruppe stagnierte bei 764 Mill. DM, „bereinigt" wurde ein Zuwachs von 15 Prozent erzielt. Im ersten Quartal 1985 hätten sich Umsatz und Export um jeweils 8 Prozent erhöht. Auch mit der Ergebnisentwicklung sei man zufrieden.

BANKHAUS METZLER / Mehr Dienstleistungen

Ergebnis mit Note „zwei plus"

INGE ADHAM, Frankfurt

Maßgeschneiderte Konzeptionen, die es erleichtern, die unternehmerischen Vorstellungen umzusetzen, wünscht die internationale Kundschaft des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co, Frankfurt. Die unterbewertete D-Mark, so Mitinhaber Hans Hermann Reschke, hat das ausländische Interesse für deutsche Unternehmen wachsen lassen. Aber nicht nur bei den Corporate-Finance-Aktivitäten ist die Privatbank gut vorangekommen, auch die anderen Dienstleistungsbereiche haben sich erfreulich entwickelt.

Ergebnis: Annähernd drei Viertel des Ertrages, dem Reschke das Prädikat „zwei plus" gibt (und ihn damit besser als das Vorjahresergebnis bewertet), stammen aus dem nicht bilanzwirksamen Dienstleistungsbereich; nur ein Viertel steuert der Zinsertrag zum Ergebnis bei. Das Betriebsergebnis ist nach Angaben von Reschke um rund ein Fünftel gewachsen, nachdem es im vergangenen Jahr um 25 Prozent zunahm. Angesichts der starken Betonung des Dienstleistungsbereichs kommt dem mit einem Anstieg auf 697 (594) Mill. DM nur schwachem Bilanzsummenwachstum nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Reschke: Das Kreditgeschäft ist in unserem Hause unverändert in erster Linie Grundlage für den weiteren Ausbau der Aktivitäten im Dienstleistungsbereich. Kräftig dotiert hat das Bankhaus auch wieder die inneren Reserven.

Die betreuten amerikanischen (geschlossenen) Immobilienfonds laufen gut, zwei weitere (USA und Kanada) sollen dieses Jahr hinzukommen. Insgesamt verwaltet Metzler gut [illegible] Mill. DM in Spezialfonds.

Nestle: Dividende wird heraufgesetzt

I. ZÜCKER, Genf

Das größte Schweizer Unternehmen, der international tätige Nahrungsmittelkonzern Nestlé, erzielte 1984 einen um 17,9 Prozent auf 1,487 Mrd. sfr gestiegenen Konzerngewinn. Die Dividende wird um 5,5 Prozent auf 15 sfr erhöht. Der konsolidierte Umsatz stieg um 11,4 Prozent auf 31,14 Mrd. sfr. Die Umsatzrendite stellt sich *auf* 4,8 Prozent (1983 4,5 Prozent).

Nach der Generalversammlung im Mai dieses Jahres wird Nestlé eine Optionsanleihe für Namensaktien im Gesamtbetrag von 300 Mill. sfr auflegen. *Die Maßnahme* dient zur Finanzierung bereits getätigter Akquisitionen. Zudem soll die Konzernstruktur durch den Rückkauf der Stammaktien der Schwesterholding Unilac Inc. in Panama bereinigt werden. Da Nestlé alleinige Besitzerin der Gründeraktien ist, wird Unilac dadurch zur Tochtergesellschaft. Sie erzielte 1984 einen Reingewinn von 25,8 Mill. Dollar.

Die Holding-Gesellschaft Nestlé AG schließt ihre Rechnung für 1984 mit einem Reingewinn von 472,6 Mill. sfr (1983: 478,7 Mill. wegen umfangreicher Repatriierung früherer Gewinne). Der Verwaltungsrat schlägt der Generalversammlung am 23. Mai neben der erhöhten Dividendenausschüttung eine Reservenzuweisung von 115 Mill. sfr sowie einen Vortrag auf neue Rechnung von 1,7 Mill. sfr vor.

RENTENMARKT / Mit dem Dollar sinken die Zinsen

Recht freundliche Stimmung

Nachdem der Dollar im Verlauf der letzten Woche wieder fast zehn Pfennig verloren hatte, stieg die Stimmung am deutschen Rentenmarkt auf recht freundlich an, obwohl nicht zu verkennen war, daß sich die Großinvestoren zunehmend vorsichtiger bewegten. Auch machte sich wieder Hoffnung auf eine Lombard-Senkung breit. Auf den sinkenden Zins reagiert auch der Bund mit einer Senkung der Zinsen für Daueremmissionen (Bundesobligation 7,10 nach 7,20 Prozent). Auch die neue Bundesanleihe – 7,25 Prozent, 10 Jahre Laufzeit, Ausgabekurs 100,25 Prozent, Rendite 7,21 Prozent wurde vom Markt gut aufgenommen. (DW.)

Emissionen	19.4. 85	12.4. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,91	6,99	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,06	7,17	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,07	7,22	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,14	7,18	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,05	7,22	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,89	7,03	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,38	7,53	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	7,04	7,21	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,42	7,46	7,20	8,08	8,45

ELF-AQUITAINE / Mit Kohlenwasserstoffasern auf dem deutschen Markt

Zukunftsmaterial im Automobilbau

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In der Hochtechnologie *hat Frank*reich einiges zu bieten. Dazu gehört auch die Kohlenstoffaser, die zunehmend in der Aeronautik verwendet wird und als Zukunftsmaterial für den Automobilbau gilt. Sie verdrängt traditionelle Werkstoffe mit einem um 50 bis 70 Prozent niedrigeren Gewicht und einer zwei- bis fünffach höheren Resistenz. Entsprechend hoch ist der Preis: durchschnittlich 450 Franc je Kilogramm (150 DM) und in den höchsten Verarbeitungsformen mehr als 2000 *Franc.*

Erster kontinentaleuropäischer Hersteller ist die französische „Soficar", deren Kapital (zur Zeit 98 Millionen Franc) zu 35 Prozent von dem japanischen Lizenzgeber Toray und zu 65 Prozent von der Fimac gehalten wird, eine paritätische Tochter des verstaatlichten Aluminiumkonzerns Pechiney und des im überwiegenden Staatsbesitz befindlichen Mineralölkonzerns Elf-Aquitaine. Anfang dieses Jahres hat sie in der Bundesrepublik eine *Vertriebsgesellschaft* eröffnet, die „Soficar"-Kohlenstoffaser GmbH Düsseldorf.

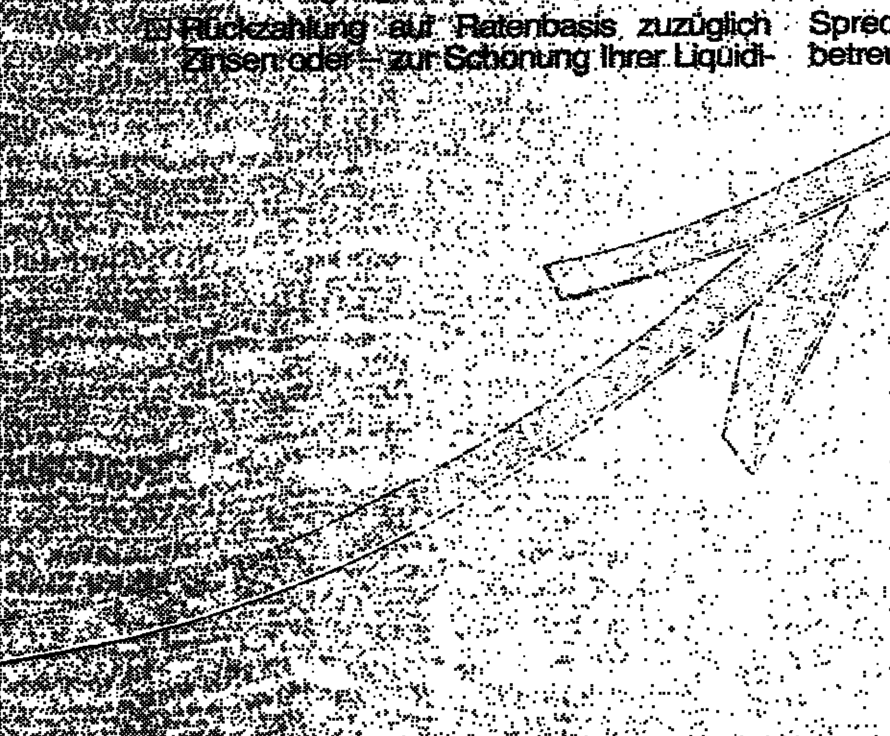
Die Ende 1982 gegründete „Soficar" war zunächst nur für den Verkauf der von Toray produzierten Kohlenstoffasern tätig. Mitte dieses Jahres wird sie in ihrem für 200 Millionen Franc erstellten Werk von Abidos bei Pau (Pyrenäen) die Eigenproduktion aufnehmen. Dessen Jahreskapazität von 300 Tonnen soll 1987 voll ausgenutzt sein und später auf 600 Tonnen verdoppelt werden. Der diesjährige Umsatz wird auf 70 Millionen Franc veranschlagt.

Der Weltverbrauch von Kohlenstoffasern hatte im letzten Jahr 2800 Tonnen erreicht, gegenüber erst 900 Tonnen 1980. Dem standen Produktionskapazitäten von 4550 Tonnen gegenüber. Davon stellte Japan 2600 Tonnen, die USA 1600 Tonnen und die britischen Courtaulds-Werke 350 Tonnen her. Der Kunststoff war Ende der fünfziger Jahre von dem japanischen Industrieforschungsinstitut Osaka und dem britischen Royal Aircraft Establishment parallel erfunden worden.

„Soficar"-Präsident Robert Rager erwartet bereits für 1986 einen europäischen Bedarf von 700 Jahrestonnen. Auf dem deutschen Markt muß seine Tochter aber mit der Konkurrenz der Firma Enka rechnen, die eine eigene Anlage unter Verwendung einer anderen japanischen Lizenz errichten will. Bei einem auf 20 Prozent im Jahr geschätzten deutschen Verbrauchszuwachs bestünde aber Platz für zwei Firmen, sagte Rager.

Daß Toray als weltgrößter Kohlenstoffaserproduzent gerade Frankreich für eine Lizenzprodukton ausgewählt hat, erklärt Rager mit der starken Stellung der französischen aeronautischen Industrie, auf die 30 Prozent des europäischen Verbrauchs entfällt. Außerdem hatten Pechinet und Elf-Aquitaine bereits größere Forschungserfahrung. Andererseits ist die amerikanische und britische Produktion ausschließlich für den nationalen Bedarf bestimmt.

Inzwischen hat die Kohlenstoffaser auch Eingang in die Sportartikelherstellung (Tennisschläger und Skier insbesondere) gefunden. Wegen ihres hohen Preises wird sie dort aber nur als „Sandwich" verwendet. Ein Problem für den neuen Kunststoff besteht außerdem in seiner verhältnismäßig geringen Hitzebeständigkeit von bis zu 180 Grad. Trotzdem ist es gelungen, Prototypen von Militärflugzeugen sehr weitgehend aus dem diesem Kunststoff zu fertigen. Die weitere Verwendung für den zivilen Bedarf dürfte vor allem von Rationalisierungsfortschritten und entsprechenden Preissenkungen abhängen.



Wasserversorgung

Klare Sache

Mk. – „Das Wasser ist das Beste", urteilte rund 500 Jahre vor Christus der griechische Philosoph Pindar. Und im Koran heißt es: „Du magst dem anderen das Weib stehlen, das Pferd, die Ehre, aber nicht das Wasser." Ohne Wasser geht es also nicht. Das zeigen nicht nur die Meldungen über die Dürrekatastrophen in großen Teilen Afrikas. Und das, obwohl es Wasser auf der Erde reichlich gibt. Der Vorrat kann auch nicht zur Neige gehen dank des Wasser-Kreislaufs. Mehr als 60 Prozent verdunstet, der Rest versickert ins Grundwasser oder fließt direkt in die Meere, Flüsse oder Seen.

Trotzdem gibt es Probleme. Wasser ist nicht immer dort vorhanden, wo es benötigt wird, und auch nicht zu allen Zeiten gleichmäßig. In unseren Breiten sind die Schwierigkeiten selbst dort keine mehr, wo Grundwasserquellen nicht in ausreichendem Maße sprudeln. Solche Gebiete werden eben über Fernleitungen versorgt. In anderen Gebieten bleibt noch viel zu tun.

Auch bei uns wird über das Wasser diskutiert. Nitrat im Trinkwasser – dieses ist nur ein Schlagwort. Hier gibt es Probleme, wie jetzt erst wieder das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen gezeigt hat. Der Konflikt mit der Landwirtschaft, die teilweise mehr als genug Düngemittel in den Boden bringt, ist noch nicht ausgestanden.

Probleme gibt es auch beim Gewässerschutz. Zwar gehören Schaumberge auf Seen und Flüssen weitgehend der Vergangenheit an, aber es wird immer noch häufig zu sorglos mit Schadstoffen umgegangen. Alles Stoff genug, um, wie jetzt in Berlin, einige Tage darüber debattieren zu können. Und es gibt bei der Gewinnung, Versorgung und Verteilung von Wasser Fortschritte, die sich sehen lassen können und auch gezeigt werden.

Ohne Wasser geht es nicht. „Alles ist aus dem Wasser entsprungen. Alles wird durch das Wasser erhalten", heißt es in Goethes „Faust".

Wasser '85 – Berlin ist in seinem Element

In Berlin dreht sich in dieser Woche alles um das Wasser. Der Anlaß ist ein doppelter: IFW '85 – Internationale Fachmesse Wasserversorgung und Wasser Berlin '85. Auf der alle vier Jahre stattfindenden Fachmesse stellt die Industrie bis zum 26. April ihre neuesten Produkte der Wasserversorgungstechnik vor. Die letzte Messe besuchten mehr als 3000 Kongreßgäste, rund 170 Aussteller und rund 15 000 Interessenten der 2000 Quadratmeter großen Wanderausstellung „Wir und das Wasser", die vor allem für Jugendliche gedacht ist.

Die Fachmesse wendet sich an die „Branche im Verborgenen". Der Jahresumsatz der Wasserwirtschaft für die öffentliche Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland wird nach vorsichtigen Schätzungen auf rund fünf Milliarden Mark beziffert.

Die Messe findet in sechs Hallen und drei Bereichen statt:

- Wassergewinnung: Hier werden Ausrüstungen für Quellfassungen, Schachtbrunnen, Bohrtürme, Antriebsmaschinen für Bohrungen, Filterrohre, Wasserstands- und Wassermengenmessungs-Geräte und Ausrüstungen von Fluß- und Seewasserfahrzeugen gezeigt.
- Wasserausbereitung: Dazu zählen Produkte für Entsäuerung, Enteisung, Entmanganung, Filteranlagen, Ionenaustauschverfahren, Umkehrosmose, Entkeimung, Phosphat-Silikat-Behandlung, Meß- und Regeltechnik, Automatisierungs-Ausrüstungen für Wasserwerke, Armaturen und Pumpen.
- Wasserverteilung: Ausgestellt sind hier Druckrohre aus verschiedenen Werkstoffen, Armaturen für die Wasserverteilung, Druckpreßverfahren, Dükerbau, Ausrüstungen von Trinkwasserbehältern, Geräte für den Rohrleitungsbau und Rohrleitungszubehör für den Transport flüssiger und gasförmiger Stoffe, Produkte für Rohrnetzüberwachung und Reinigung sowie Korrosionsschutz, Wasserzähler, Durchflußmesser und Druckmeßgeräte.

Zusätzliche Bedeutung erhält die Messe durch den Kongreß Wasser Berlin. Unter den Themen des diesjährigen Kongresses sind:

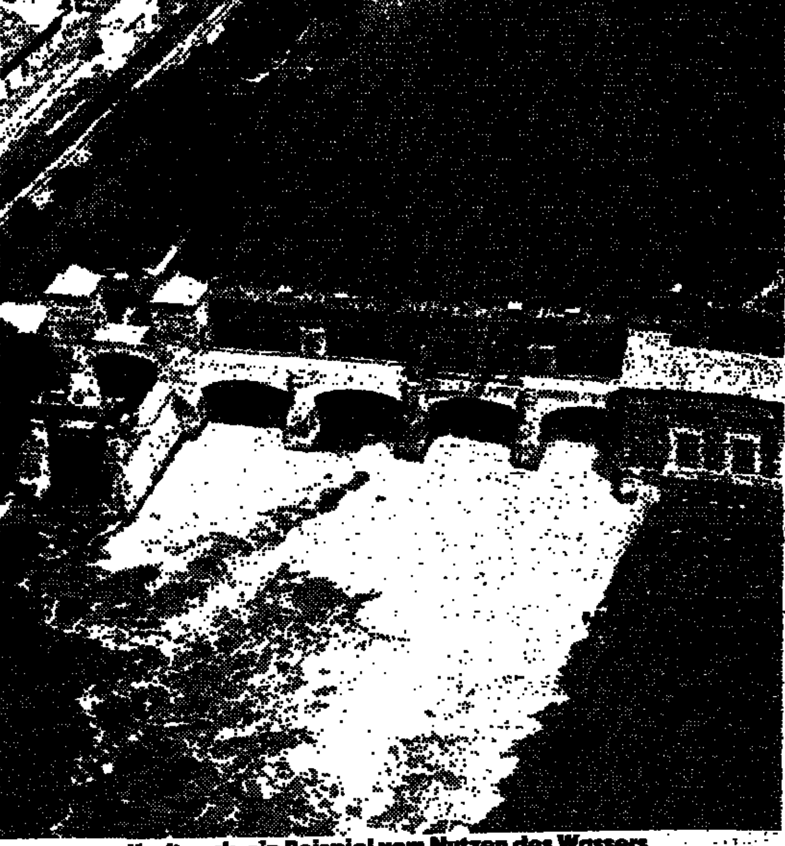
- Trinkwasser für die Dritte Welt,
- Wasserwirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren,
- Wasserwirtschaft im Spannungsfeld der Interessen an der Nutzung des Raumes,
- Wasserwirtschaftliche Fachplanungen im Rahmen der mordernen gesellschaftlichen Ansprüche,
- Schadstoffe im Wasser,
- Einschränkungen und Vermeidung von Gewässerbelastungen,
- Sicherung der Wasserversorgung und
- Überwachung der Wassergüte.

Die International Water Supply Association veranstaltet zusätzlich zwei Fachkongresse. Der DVGW Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. und der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW) laden zu ihrer wasserfachlichen Aussprachetagung ein. Die International Ozone Association (IOA) hält ebenfalls ein Internationales Symposium in Berlin ab. Der Deliwa-Verein e.V. und der Rohrleitungsbauverband e.V. richten die Tagung „Rohrleitungsbau und Rohrnetzbetrieb" aus. Der DVWK Deutsche Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. veranstaltet sein 8. Bewässerungssymposium in Berlin. Eine solche Angebotspalette für Fachleute gilt als einmalig auf der Welt.

Zu den an „Wir und das Wasser" beteiligten Ausstellern werden erstmals auch die großen Umweltschutzverbände der Bundesrepublik Deutschland gehören. Auch Verbände und Vereine aus dem Sport- und Freizeitbereich wollen ihren Beitrag zum Gewässerschutz erläutern.

Bund und Länder haben gemeinsam die Finanzierung des Kongresses Wasser Berlin und der ideellen Ausstellung übernommen. Außerdem findet am 24. und 25. April eine Sitzung der Umweltministerkonferenz statt.

HANS-J. MAHNKE



Kraftwerk, ein Beispiel vom Nutzen des Wassers
FOTO: MANFRED GROHE (Freigegeben v. Reg.-Präs. Tübingen Nr. 43/5910)

In zehn Jahren fließen Milliarden-Investitionen

Die wachsenden Ansprüche an die Wasserversorgung seitens der Bevölkerung und Industrie zufriedenzustellen bleibt angesichts gewandelter Rahmenbedingungen eine aktuelle Aufgabe. An ihr arbeiten in enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit bereits seit über fünf Jahrzehnten die Fachverbände der deutschen Wasserversorgungswirtschaft – Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW), DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. und Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e. V. – FIGAWA. Diese Unternehmen stehen bereit, die geplanten Investitionen für die Wasserversorgung in den nächsten zehn Jahren in Höhe von etwa 20 Milliarden Mark zu erfüllen.

Alle vier Jahre stellt diese Industrie ihre Leistungsfähigkeit auf der Internationalen Fachmesse Wasserversorgung (IFW) in Berlin im Rahmen der Gesamtveranstaltung Wasser Berlin vor. FIGAWA hat neben der International Water Supply Association (IWSA) deren ideelle Trägerschaft übernommen.

Die Aufgaben in der Wasserversorgung liegen in den Bereichen Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung sowie in der Haustechnik. Es kann davon ausgegangen werden, daß etwa 2000 bis 2500 Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland für den Bereich der Wasserversorgung tätig sind. Rund 50 Prozent von ihnen stellen als Dienstleistungsunternehmen – wie beispielsweise Brunnenbau, Rohrleitungsbau, Rohrnetzüberwachung – etwa 300 000 Arbeitsplätze.

Im Bereich der Wassergewinnung ist der hohe Stand der Brunnenbautechnik hervorzuheben, der unter anderem dazu geführt hat, daß Brunnenbauunternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr im Ausland, insbesondere auch in Entwicklungsländern, tätig sind. Die fortgesetzte Erkundung der zur Trinkwasserversorgung bevorzugten Grundwasserressourcen erfolgt immer häufiger durch Methoden der modernen Lagerstättenprospektion, wie geoelektrische und seismologische Verfahren.

An die Wasseraufbereitung werden durch die Verwendung von Oberflächenwasser zur Trinkwassergewinnung immer höhere Anforderungen gestellt. Die steigende Gewässerbelastung erfordert neben der Flockung und Filtration neue, zusätzliche Aufbereitungsverfahren.

Als Beispiel sei auf die Membrantechnik, auf biologische Verfahren oder auf die Anwendung von Ozon oder UV-Strahlen in der Wasseraufbereitung hingewiesen. Fachfirmen auf diesem Sektor leisten gemeinsam mit den Versorgungsunternehmen umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Wichtigste Aufgabe der Wasserverteilung ist der Transport des Wassers zum Verbraucher. Die Aufwendungen für das etwa 265 000 Kilometer lange Rohrnetz der öffentlichen Wasserversorgung machen über 50 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Um zu erreichen, daß auf dem Gebiet des erdverlegten Rohrleitungsbaues fachgerechte Arbeit geleistet wird und betriebssichere Rohrleitungen erstellt werden, hat der DVGW mit dem der FIGAWA angeschlossenen Rohrleitungsbauverband e. V. ein Verfahren zur Überprüfung der fachlichen Eignung von Rohrleitungsbauunternehmen entwickelt.

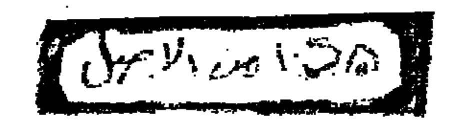
Wenn zwischen 1970 und 1982 aus Gründen des Nachholbedarfs das Rohrnetz um rund 100 000 Kilometer erweitert wurde, so sind diese hohen Zuwachsraten nicht mehr zu erwarten. Hier werden sich die Investitionen in Zukunft verstärkt vom Neubau auf die Erhaltung und Auswechselung der bestehenden Netze sowie auf einen großräumigen Verbund der Wasserversorgungsanlagen verlagern.

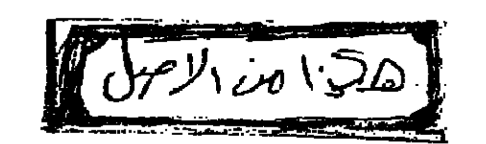
In der Haustechnik, also bei Rohren, Armaturen und Geräten in der Hausinstallation, erlangt das DIN/DVGW- und DVGW-Zeichen immer größere Bedeutung, nachdem in der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) gefordert wird, daß nur Materialien und Geräte verwendet werden, die entsprechend den anerkannten Regeln der Technik beschaffen sind. Diese Regeln der Technik werden in gemeinsamer Arbeit von Ausschüssen aufgestellt, die mit Vertretern der Versorgungsunternehmen, von Behörden und Instituten und der Hersteller besetzt sind, und bilden die Grundlage für eine sichere und hygienisch einwandfreie Versorgung mit Trinkwasser. Der Fortschritt der Technik, aber auch die Einsicht in die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums unserer Gesellschaft, werden zu stärkerem Wettbewerb in der Wirtschaft führen. Die kleineren und mittleren Unternehmen müssen deshalb ihre Chancen erhalten, müssen Hilfe bei Forschung und Entwicklung in Anspruch nehmen können, um in Zukunft bestehen zu können.

Nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber- und Auftragnehmerseite werden die Aufgaben der Zukunft zu lösen sein. Hier wird sich auch die Aufgabenstellung eines technisch-wissenschaftlichen Vereins besonders deutlich zeigen. Die Arbeit muß sich in das Gesamtgeschehen eingliedern.

FRIEDRICH-CARL von HOF

Der Autor dieses Beitrags ist Präsident der Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e. V. – FIGAWA – und Vorsitzender des Rohrleitungsbauverbandes e. V. (RBV).





Progressive Tarife und Sparzwang verhindern Erfolge

Die Trinkwasserversorgung in der Bundesrepublik Deutschland ist gesichert. Dies haben die Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen. Eine Voraussetzung für ihre weitere Aufrechterhaltung und Ausbau ist die hohe Investitionsbereitschaft der Wasserwerke.

Rund 35 Milliarden Mark wurden in den vergangenen 20 Jahren investiert, allein 2,3 Milliarden Mark im Jahr 1984. Investitionsschwerpunkt ist nach wie vor die Erneuerung und Erweiterung des Rohrnetzes mit einem Anteil von 60 Prozent am Investitionsvolumen. Fast 20 Prozent der Investitionsmittel gehen in die Wassergewinnung und Wasseraufbereitung. Die mittelfristigen Planungszahlen der Wasserwerke, die vom Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW) und dem Ifo-Institut gemeinsam erhoben werden, lassen auch für die kommenden Jahre hohe Investitionen erwarten.

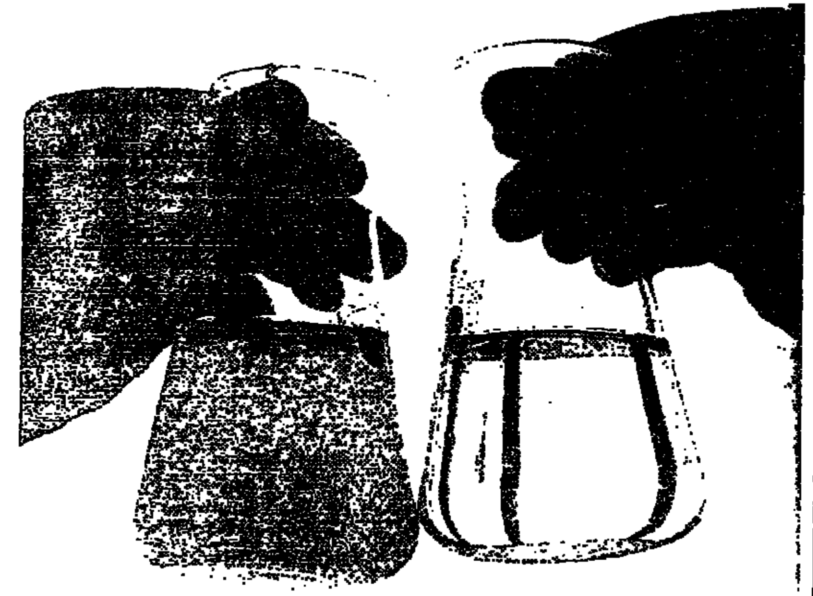
Die Haushalte haben 1984 im Vergleich zum Vorjahr etwa 3,5 Prozent weniger Trinkwasser verbraucht. Die Ursachen für diese Entwicklung dürfte zum einen beim relativ kühlen und feuchten Sommer des letzten Jahres liegen. Zum anderen ist jedoch zu vermuten, daß viele Haushalte bewußter mit dem Trinkwasser umgehen. Die Aufkommensstruktur der öffentlichen Wasserversorgung blieb auch 1984 nahezu unverändert: Der Trinkwasserbedarf wurde zu etwa 64 Prozent aus Grundwasser und zu neun Prozent aus Quellwasser gedeckt. Oberflächenwasser – also angereichertes und uferfiltriertes Grundwasser, Fluß-, See- und Talsperrenwasser – machte 27 Prozent aus.

Der Anteil der einzelnen Rohwasserarten an der Gesamtförderung ist in den Bundesländern allerdings sehr unterschiedlich: In städtischen Verdichtungsregionen (zum Beispiel Rhein-Ruhr-Region, Raum Stuttgart) ist der Anteil von Oberflächenwasser wesentlich größer als im Bundesdurchschnitt (im Ruhrgebiet stellenweise bis zu 90 Prozent Oberflächenwasseranteil). Unser Land verfügt über ausreichende Wasservorkommen, die sich im Wasserkreislauf erneuern. Dieses Wasserdargebot bietet für die Wasserversorgung auf lange Sicht günstige Voraussetzungen.

Hohe Wachstumsraten nicht mehr zu erwarten

Die zukünftige Bedarfsentwicklung wird nicht von hohen Wachstumsraten gekennzeichnet sein. Der Wasserversorgungsbericht des Bundesinnenministeriums aus dem Jahre 1982 geht für den Bereich „Haushalte und Kleingewerbe" bis 1995 mit jährlichen Wachstumsraten von 1,7 Prozent und bis zum Jahre 2000 mit 0,9 Prozent aus. Damit würde dieser Sektor zur Jahrtausendwende etwa fünf Milliarden Kubikmeter Wasser verbrauchen. Dem steht dann ein Wasserbedarf der Industrie und der Wärmekraftwerke von über 50 Milliarden Kubikmetern gegenüber.

Die Schätzung der Mitgliedsunternehmen des BGW liegt leicht unter diesen Prognosewerten: Bis zum Jahr 2000 rechnen sie mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme des Wasserbedarfs der Haushalte von unter einem Prozent. „Wasser kommt vom Himmel und darf nichts kosten" – dieses früher verbreitete Denken ist heute längst überholt. Trinkwasser aus dem Leitungsnetz bedeutet: Hohe Kosten für Gewinnung, Aufbereitung und Verteilung, nach denen sich die Preisbildung richtet. Voraussetzung für eine auch künftig sichere Trinkwasserversorgung ist eine gesunde Finanzsituation der Wasserversorgungsunternehmen.



Flußwasserprobe – frisch entnommen (links) und aufbereitet (rechts)
FOTO JUPP DARCHINGER

Soweit Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung den Bedarf der Industrie decken, hat auch hier das Prinzip der Kostendeckung zu gelten. Vorstellungen über Einheitswasserpreise sind abzulehnen, da sie vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bedingungen auf der Gewinnungs- und Verteilungsseite dem Prinzip der verursacherorientierten Kostenzurechnung und damit dem Gebot der Gleichbehandlung widersprechen. Der von Nichtfachleuten gerade in jüngster Zeit geforderte progressive Wassertarif, der den Preis des einzelnen Kubikmeters bei Mehrverbrauch immer weiter verteuert, ist nicht kostengerecht.

Im Haushaltsbereich wäre ein progressiver Preis aus den verschiedensten Gründen nicht praktikabel, zum Beispiel Festsetzung des Grundbedarfs. Daneben wäre ein progressiver Preis unsozial, da kinderreiche Familien mehr Trinkwasser brauchen als ein Zwei-Personen-Haushalt.

Die Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung treten seit jeher für einen sinnvollen Einsatz des Wassers bei Haushalten und Industrie ein. Sie befürworten den maßvollen Umgang mit einer Gabe der Natur, die nicht vermehrt werden kann. Eine Wassernutzung, die die Selbstreinigungskräfte des natürlichen Wasserschatzes überfordert, wird von der Wasserversorgung abgelehnt.

Einwandfreies Trinkwasser in ausreichender Menge ist hygienischer Standard in unserem Land und ein Stück Lebensqualität – auf beides sollte man ohne Not nicht verzichten. Deshalb lehnen die Wasserwerke „Wassersparen aus Prinzip" ab. Sie wehren sich gegen Versuche, den privaten Wasserverbrauch durch dirigistische Maßnahmen einzuschränken. Hierzu zählt insbesondere der progressive Wasserpreis.

Auch aus grundsätzlichen wasserpolitischen Erwägungen halten die Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung Appelle zum generellen Wassersparen für verfehlt; denn damit wird die Wassergüteproblematik einseitig auf die Wasserwerke abgeschoben, die nicht die Verursacher der mancherorts anzutreffenden schlechten Gewässergüte sind. Wassersparen ist kein Ersatz für Gewässerschutz.

Boden und Grundwasser sind in einigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland in beträchtlichem Ausmaß mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln belastet. Die Wasserwerke können ihrem Versorgungsauftrag hier nur noch mit dem Einsatz aufwendiger Aufbereitungstechnik nachkommen oder auf andere Wasservorkommen ausweichen. Den berechtigten Forderungen der Wasserwerke nach Reduzierung des Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes werden von der Landwirtschaft Forderungen nach Ausgleich angeblicher Ertragseinbußen gegenübergestellt.

Dies wird von den Wasserwerken strikt abgelehnt, da hier das Verursacherprinzip genau ins Gegenteil gekehrt würde. Denn die Forderung der Landwirtschaft ist beispielsweise zu vergleichen mit einer Aufforderung an die Rhein- und Elbfischer, den dort ansässigen Verschmutzern eine Prämie bei Einstellung der Schmutzeinleitung zu bezahlen.

Natürlicher Kreislauf muß intakt bleiben

Dies ist absurd. Von allen, auch von der Landwirtschaft kann Rücksichtnahme auf die Gewässer und damit ein wirkungsvoller Gewässerschutz verlangt werden. Zur Sicherung der Trinkwassergüte ist der verstärkte Schutz des Rohwassers unentbehrlich. Der vorbeugende Gewässerschutz ist eine staatliche Aufgabe. Gesetzgeber und Behörden auf den verschiedenen Ebenen haben dafür zu sorgen, daß der natürliche Kreislauf, an den die öffentliche Wasserversorgung anschließt, intakt bleibt. Die Gewässerschutzpolitik muß auf die Erzielung einer Rohwasserbeschaffenheit ausgerichtet sein, die sich an den Anforderungen der Trinkwasserversorgung orientiert.

Dies bedeutet: Bei allen Nutzungsarten muß die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser absolute Priorität genießen. Dabei müssen die tragenden Prinzipien des Umweltschutzes

- Vorsorgeprinzip
- Verursacherprinzip

strikte Anwendung finden. Vorrangig ist es, Gewässerverunreinigungen gar nicht erst entstehen zu lassen und Schadstoffe bereits an ihrem Entstehungsort zurückzuhalten.

Keinesfalls dürfen Gewässerbelastungen ein Ausmaß erreichen, das mit bewährten Verfahren bei ausreichender Sicherheitsspanne nicht jederzeit qualitativ einwandfreies Trinkwasser gewonnen werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die vorhandenen Rechtsvorschriften zum Gewässerschutz zu verbessern. Das Zurückbleiben der Rechtswirklichkeit hinter den Vorstellungen des Gesetzgebers (Vollzugsdefizit) ist zu beseitigen.

JÜRGEN STECH

Der Autor dieses Beitrags ist Vorsitzender des Vorstandes der Technische Werke der Stadt Stuttgart AG, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW), Bonn.

Trinkwasser für die Dritte Welt

Die Gründung einer Organisation, die sich mit der öffentlichen Wasserversorgung für private Haushalte, Landwirtschaft und Industrie in allen relevanten Aspekten befaßt – das ist die Aufgabe der 1947 gegründeten „International Water Supply Organisation" (IWSA).

Seit 1949 besteht die wichtigste Tätigkeit in der Durchführung der Weltkongresse. Durch ein seit 1976 eingeführtes Programm von Regional- und Fachkonferenzen für den asiatischen und afrikanischen Bereich hat die Organisation ihr Tätigkeitsfeld dem lokalen Bedarf angepaßt. Zur Zeit sind in der IWSA 54 Vollmitglieder und mehr als 600 außerordentliche Mitglieder und Einzelmitglieder aus über 85 Ländern registriert. 1984 fand der Welt-Wasser-Kongreß erstmalig in einem Schwellenland Afrikas, in Monastir (Tunesien), statt. Durch ihren Fachauschuß COCODEV (Ausschuß für entwicklungspolitische Zusammenarbeit) hält die IWSA im Rahmen der bis 1990 reichenden „International Drinking Water Supply and Sanitation Decade" mit der UNO Kontakt.

Auf ihrem 15. Weltkongreß 1984 richtete die IWSA an die Regierungen unter anderem den Appell,

- der Abwasserbeseitigung eine hohe Priorität zu gewähren;
- in den jeweiligen Ländern folgenden Aspekten besondere Aufmerksamkeit zu schenken:

Bereitstellung von zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsprogramme; Errichtung einer Organisationsstruktur auf Regierungs-, regionaler und kommunaler Ebene zur Gewährleistung erforderlicher Entscheidungen; des weiteren der Erstellung von Planungsvorhaben gemäß den jeweiligen Bedürfnissen des Landes; der Sicherung von kommunaler und privatwirtschaftlicher Beteiligung; sowie der Förderung des finanziellen und praktischen Managements (einschließlich der erforderlichen technischen Daten).

JAN DIRICKX

Der Autor dieses Beitrags ist Vizepräsident der International Water Supply Association (IWSA).

ÖKOLOGIE / Lückenloser Umweltschutz ist Vorbedingung der Versorgung

Ein Bündnis für reines Wasser

In der öffentlichen Diskussion werden die Aufgaben der Wassergewinnung oft mit dem erforderlichen Schutz unserer natürlichen Umwelt für unvereinbar gehalten. Eine derartige Betrachtungsweise ist oberflächlich und entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Die Wasserversorgungswirtschaft ist auf ein intaktes Ökosystem angewiesen. Sie handelte gegen ihre eigenen Interessen, ließe sie sich in Widerspruch zu ökologischen Zielsetzungen bringen. Insbesondere der Gewässerschutz als Teilaufgabe des Umweltschutzes ist bereits eine traditionelle Forderung der Wasserversorgung. Ihre Fachleute dürften wohl die ersten gewesen sein, die die Ziele des Umweltschutzes in unserem Land formuliert haben. Wer die Natur beherrschen will, muß ihr gehorchen – dieser Erkenntnis folgt auch die Wasserversorgungswirtschaft. Ökologen und Wasserversorger haben insoweit auch gemeinsam den drohenden Gefahren zu wehren. Ein Bündnis der Vernunft ist erforderlich, um die Probleme zu lösen, nicht gegenseitige Schuldzuweisung. Auch die öffentliche Wasserversorgung ist unmittelbares Opfer eines mangelhaften Umweltschutzes.

Rund 70 Prozent des Wasserbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland werden aus dem Grundwasser gedeckt. Die Bedeutung des Grundwassers zur Sicherstellung der einwandfreien Wasserversorgung wird in Zukunft noch wachsen, zumal manche langjährig genutzten Grundwasservorkommen durch vom Menschen verursachte Belastungen unbrauchbar werden. Neue Vorkommen müssen erschlossen werden. Dabei ist auch selbstverständlich, daß in den intensiv genutzten Ballungsräumen das für den Menschen benötigte Trinkwasser meist nicht im eigenen Versorgungsgebiet gewonnen werden kann. Ausnahmen wie West-Berlin bestätigen nur die Regel.

Wie alle anderen Güter des täglichen Bedarfs muß auch das Trinkwasser aus entfernteren Regionen in die Ballungsgebiete transportiert werden. Ein Ausgleich zwischen Wasserüberschußgebieten und Verbrauchszentren ist unverzichtbar. Das ist kein Verstoß gegen die Forderungen einer gesunden Umwelt, sondern ist Bestandteil unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Insgesamt ist die Bundesrepublik Deutschland ein wasserreiches Land. Es stehen ausreichende Grundwassermengen zur Bedarfsdeckung zur Verfügung, solange es gelingt, das Qualitätsproblem im Griff zu behalten.

Die Grundwasserressourcen sind unerschöpflich, sie erneuern sich ständig im Wasserkreislauf von Niederschlag, Abfluß und Verdunstung. Dennoch sind sie nicht unbegrenzt verfügbar. Die Grundwassergewinnung als Eingriff des Menschen in den natürlichen Wasserkreislauf muß ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Entnahme und Erneuerung gewährleisten und die künstliche Grundwasseranreicherung einbeziehen.

Diesem Ziel dienen unter anderem die Bewirtschaftungspläne, deren Aufstellung nach dem Wasserhaushaltsgesetz zu den Aufgaben der Länder gehört. Sie können ein Instrument zum Ausgleich konkurrierender Nutzungsinteressen sein. Die Träger der öffentlichen Wasserversorgung legen allerdings Wert darauf, an der wasserwirtschaftlichen Planung mitgestaltend beteiligt zu werden.

Großräumige Wassergewinnungsprojekte sind fachübergreifend zu planen. Mit den modernen Instrumentarien von Meß-, Überwachungs- und Steuerungssystemen ist es möglich, auch das ökologische Umfeld in die Planung voll zu integrieren. Modellverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Sensitivitätsstudien können hier erfolgversprechend zum Einsatz kommen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, daß Wassergewinnungssysteme nicht zur Verarmung der Umwelt führen, sondern zu ihrer Bereicherung. Seenlandschaften sind entstanden, Feuchtgebiete wurden rekultiviert, seltenen Tieren und Pflanzen wurden ökologische Nischen eingerichtet, die Artenvielfalt der Landschaft wurde vergrößert. Das gilt insbesondere für Wasserschutzgebiete.

Aus negativen Beispielen der Vergangenheit, die es natürlich auch gibt, hat man gelernt; man sollte sie jedoch nicht immer wieder dazu heranziehen, jede vernünftige, dem Menschen und seiner Umwelt insgesamt dienende Lösung von vornherein zu verhindern.

Die Bedrohung der Grundwasservorkommen nimmt zu, viele Gefährdungsquellen sind sicher noch gar nicht erkannt. Eine flächendeckende Bestandsaufnahme der tatsächlichen Grundwassergefährdung ist dringend erforderlich. Die Wasserversorgungsunternehmen leisten dazu mit ihrem umfangreichen Datenmaterial zur Rohwasserbeschaffenheit ihren Beitrag. Die Vermeidung von Grundwasserverschmutzungen muß Verpflichtung in allen Bereichen der menschlichen und wirtschaftlichen Betätigung sein, die auf die Umwelt einwirken. Umweltschutz kann nicht allein Aufgabe der Wasserversorgungswirtschaft sein.

Selbstverständlich kann die Vermeidung von Umweltbeeinträchtigungen auch keine finanziellen Forderungen begründen. Vorstellungen der Landwirtschaft, zum Beispiel Ausgleichszahlungen von der Wasserversorgung dafür zu verlangen, daß in Wasserschutzgebieten die ohnehin nicht erlaubte Verschmutzung des Grundwassers durch übermäßigen Nitrateintrag künftig vermieden werden soll, wäre eine Pervertierung der Umweltschutzprinzipien, insbesondere des Verursacherprinzips.

Die Zusammenhänge zwischen Wassergewinnung und Umweltschutz sind klar: Die in vielen Punkten gemeinsame Interessenlage verpflichtet zu gemeinsamem Handeln. In der praktischen Koordinierung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen mit den Zielen einer ökologisch orientierten Pflege und Gestaltung der Landschaft sind Verbesserungen möglich. Zielkonflikte müssen jedoch sachbezogen ausgetragen werden, und die Fachleute der verschiedenen Disziplinen müssen bereit sein zu konstruktiver Zusammenarbeit, um die Natur für die Wassergewinnung zu nutzen, aber nicht auszunutzen.

HEINZ TESSENDORFF

Der Autor dieses Beitrags ist Präsident des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Geschäftsleiter der Berliner Wasserwerke und der Berliner Entwässerungswerke.

ERGEBNISSE

Düsseldorf – Mannheim	1:1	(0:0)
Bochum – Bremen	1:3	(1:2)
Leverkusen – Bielefeld	1:1	(0:1)
Karlsruhe – Braunschweig	4:1	(2:1)
Frankfurt – Stuttgart	2:0	(0:0)
Schalke – Köln	2:3	(1:1)
Hamburg – München	2:1	(2:0)
M'gladbach – Uerdingen	0:0	
K'lautern – Dortmund	5:0	(2:0)

DIE SPIELE

Düsseldorf – Mannheim 1:1 (0:0)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Grabotin, Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend (67. Holmquist), Weikl – Thiele, Edvaldsson. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Schlindwein – Kohler, Quaisser, Heck, Schön, Scholz – Bührer (84. Klotz), Gaudino (74. Walter). – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Bommer (46., Foulelfmeter), 1:1 Tsionanis (55.). – **Zuschauer:** 7500. – **Gelbe Karten:** Edvaldsson (2), Scholz (2).

Bochum – Bremen 1:3 (1:2)

Bochum: Zumdick – Tenhagen – Woelk, Knüwe – Lameck, Benatelli, Oswald (68. Schreier), Schulz, Pickenäcker (55. Zugcic) – Kuntz, Fischer. – **Bremen:** Burdenski – Kutzop – Pezzey, Schaaf – Sidka, Okudera, Möhlmann, Meier (83. Hermann), Otten – Völler, Neubarth (78. Reinders). – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Benatelli (3.), 1:1 Oswald (25., Eigentor), 1:2 Völler (37.), 1:3 Möhlmann (78.). – **Zuschauer:** 28 000.

Leverkusen – Bielefeld 1:1 (0:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Winklhofer, Gelsdorf – Hinterberger (71. Giske), Röber, Schlegel (61. Patzke), Götz, Hörster – Waas, Tscha. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Borchers, Rautiainen, Foda, Dronia – Reich (79. Pater), Ozaki (88. Pohl). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Tore:** 0:1 Rautiainen (31.), 1:1 Tscha (73.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Winklhofer (4/1), Röber (4/2), Ozaki (2), Rautiainen (4/1).

Karlsruhe – Braunschweig 4:1 (2:1)

Karlsruhe: Kargus – Groß – Boysen, Roth – Zahn, Dittus, Theiss, Keim (73. Hertwig), Harforth (75. Künast) – Bühler, Günther. – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Bruns, Kindermann – Posipal (62. Scheike), Tripbacher, Gorski, Hintermaier, Lux – Sackewitz (62. Plagge), Worm. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 0:1 Kindermann (3.), 1:1 Boysen (32.), 2:1 Günther (33.), 3:1 Zahn (53.), 4:1 Künast (80.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Roth (10), Hintermaier (4/1). – **Rote Karte:** Lux.

Frankfurt – Stuttgart 2:0 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Fruck – Kraaz, Körbel – Sievers, Mohr (46. Conrad), Berthold, Svensson, Boy – Müller, Tobollik. – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer (80. Reichert) – Müller, K.-H. Förster, Schäfer – B. Förster, Allgöwer, Buchwald, Kempe – Lorch (66. Ohlicher), Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Kraaz (63.), 2:0 Tobollik (75.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karten:** Schäfer (7/1), Klinsmann (3).

Schalke – Köln 2:3 (1:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger (89. Fichtel), Jakobs – Hartmann, Kruse, Dierßen, Eilenfeldt (79. Stichler), Thon – Schatzschneider, Täuber. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Hönerbach, Geils (28. Haas) – Gielchen, Lehnhoff, Bein, Engels, Prestin – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Täuber (15.), 1/1 Allofs (30.), 2:1 Hartmann (60.), 2:2 Littbarski (85.), 2:3 Allofs (86.). – **Zuschauer:** 35 700.

Hamburg – München 2:1 (2:0)

Hamburg: Stein – Plessers – Wehmeyer, Jakobs – Kaltz, Groh, Rolff, Magath, von Heesen – Milewski, McGhee (30. Schröder). – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Eder (30. Hoeneß) – Nachtweih (76. Mathy), Matthäus, Lerby, Pflügler, Willmer – Wohlfarth, Kögl. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** Plessers (5.), 2:0 McGhee (21.), 2:1 Wohlfarth (50.). – **Zuschauer:** 61 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Plessers (3).

M'gladbach – Uerdingen 0:0

M'gladbach: Sude – Dreßen (62. Krisp) – Hannes, Frontzeck – Borowka, Herlovsen, Rahn, Hochstätter (72. Herbst), Lienen – Hecking, Criens. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – W. Funkel, Brinkmann, Thomas (66. Buttgereit), Feilzer, Klinger – Schäfer (90. Raschid), Gudmondsson. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Zuschauer:** 17 400. – **Gelbe Karten:** Hannes (3), Rahn, Brinkmann (7/2), van de Loo (7).

K'lautern – Dortmund 5:0 (2:0)

K'lautern: Ehrmann – Melzer – Majewski, Moser – Wolf, Lang, Geye, Brehme – Trunk (56. Kitzmann), Allofs, Hübner (81. Hoos). – **Dortmund:** Immel – Zorc – Storck, Rüßmann, Kutowski – Bittcher, Loose (61. Schüler), Raducanu, Anderbrügge – Simmes (71. Dreßel), Egli. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 1:0 Lang (10.), 2:0 Brehme (22.), 3:0 Allofs (69.), 4:0 Hoos (88.), 5:0 Brehme (90.). – **Zuschauer:** 11 874. – **Gelbe Karte:** Loose (2).

VORSCHAU

Nachholspiele, 25. April

Düsseldorf – K'lautern	(1:3)
M'gladbach – Dortmund	(3:2)
Mannheim – Braunschweig	(1:0)
Köln – Bremen	(2:6)
Karlsruhe – Schalke	(1:3)
Freitag, 4. Mai, 20 Uhr:	
Braunschweig – K'lautern	(0:1)
Uerdingen – Bochum	(0:1)
Samstag, 5. Mai, 15.30 Uhr:	
Köln – Hamburg	(1:3)
Mannheim – Frankfurt	(2:7)
Dortmund – Düsseldorf	(0:0)
Bielefeld – Karlsruhe	(0:4)
Bremen – Leverkusen	(0:0)
München – M'gladbach	(2:3)
Stuttgart – Schalke	(3:4)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Der Hamburger SV machte die Meisterschaft mit seinem 2:1-Sieg über den Spitzenreiter wieder spannend



● Fotografen stürzen sich auf den erschöpften Münchner Libero Klaus Augenthaler (links). Ein Bild, das eine Frage optisch darstellen soll: Wird der FC Bayern München doch nicht Meister? Die Fotografen in Bochum kümmern sich schon gar nicht mehr um den jubelnden Torschützen Rudi Völler (rechts). Ein Bild, das schon selbstverständlich geworden ist?

● Bremens Trainer Otto Rehhagel sagt: „Wir haben dafür gesorgt, daß sich das Fußball-Volk über ein dramatisches Saison-Finale freuen kann." Vielleicht also doch Bremen als Meister?. Noch hat die Mannschaft einen Pluspunkt weniger auf dem Konto als die Münchner.

● Am Donnerstagabend kann der neue Spitzenreiter schon aus Bremen kommen. Da tritt die Mannschaft in Köln zum Nachholspiel an. Die Prognose von HSV-Trainer Ernst Happel: „Gewinnen die Bremer am Donnerstag, werden sie Meister. Verlieren sie, wird's München." Und bei einem Unentschieden? Dann heißt es erst recht: Spannung bis zum letzten Spieltag. FOTOS: BONGARTS/GEBEL



Wird der FC Bayern immer nervöser? Niederlage und Spott trieben Dremmler Tränen in die Augen

MARTIN HÄGELE, Hamburg

Verlieren war noch nie seine Stärke. Da schlägt er dann schon noch mal um sich. Zumindest in der Pressekonferenz, wenn die Mikrofone eingeschaltet sind. Da muß Udo Lattek (50), Trainer des FC Bayern München, als Sieger vom Platz, selbst dann, wenn seine Mannschaft vorher verloren hat. „Sie werden sicherlich mit mir einer Meinung sein, daß wir die bessere Mannschaft waren", hat Lattek in Hamburg gesagt.

Und wie reagierte sein Publikum? Mit schallendem Gelächter.

Das darf man einem wie Udo nicht antun. Nicht in dieser außergewöhnlichen Streßsituation nach dem 1:2 beim Hamburger SV, vor der Reise zum Rückspiel im Europapokal der Pokalsieger gegen den FC Everton (Mittwoch). Wo er doch seinen Männern angekündigt hat, sie dürften fünf Tage lang an nichts anderes als an Fußball mehr denken, dürften außerdem „nur noch atmen und essen". Kein Bier, kein Schunkeln mehr. Denn er geht schließlich mit leuchtendem Beispiel voran, mit Mineralwasser in der Hand und mit stechendem Blick.

Und da kommen einige Besserwisser und lachen ihn auch noch aus. Da blickte Lattek noch einen Grad grimmiger und wetterte: „Wenn wir uns zu Hause so hintenreinstellen würden wie der HSV, dann käme kein Zuschauer mehr." Außerdem sei der Rasen im Volksparkstadion der schlechteste Platz in der Bundesliga.

So was schmeckt nun keinem Gastgeber. Doch HSV-Chef Klein reagierte recht gelassen. Man kenne ja den Lattek, der sei eben mal ein schlechter Verlierer. Und HSV-Trainer Ernst Happel plagten andere Sorgen als wegen eines Kollegen aus der dicken Haut zu fahren. Sein vereiterter Kiefer vor allem, der heute operiert werden soll. „Ich will doch keinen neuen Trainer-Krieg *entfachen*", *meinte* Happel. Selbst der Hamburger Trainer gab aber zu, daß das Tor durch den Schotten Mark McGhee ein Zufallstreffer gewesen sei, seine Mannschaft nach dem Gegentreffer von ihrer Linie abgekommen wäre und die Bayern eigentlich Besseres verdient hätten als eine 1:2-Niederlage.

Vieles erscheint vordergründig in diesem preußisch-bayerischen Fußball-Duell, daß für die Hamburger hauptsächlich Prestige, für Latteks Spieler eine vorentscheidende Runde im Meisterschaftskampf war. Hatten nicht jene Hamburger, die bei Latteks Äußerungen soeben süffisant grinsten oder hinauslachten, 40 Minuten zuvor gebibbert und geradezu verzweifelt ihr „Ha-Es-Vau" hinausgeschrien, wenn ganz selten einmal über Manni Kaltz auf der rechten Seite angegriffen wurde?

Ein Resultat aber läßt sich nicht unterdrücken. Schon gar nicht vom Verlierer. „Wenn Udo Lattek meint, die bessere Mannschaft habe verloren, dann muß er beim falschen Spiel gewesen sein", meint HSV-Regisseur Felix Magath und rechnete vor: Wäre von Heesens Kopfball kurz vor der Pause nicht an der Latte, sondern im Tor gelandet, dann hätte es 3:0 gestanden und die Bayern wären nie und nimmer ran gekommen.

So schneiden sich alle ihren Anteil aus dem 90-Minuten-Stück. Jeder selbstverständlich den, bei dem er gut aussieht. Magath zählte außer den Toren und dem Kopfball noch eine weitere Möglichkeit von Heesens auf. Der Münchner Libero Augenthaler erklärt statt dessen, daß er den HSV noch nie so schwach erlebt habe: „Wir hatten die doch vor eigenem Publikum im Sack."

Zur Münchner Theorie paßt das Geständnis des neuen HSV-Liberos Gerard Plessers. Der Belgier, den die Hamburger dem Bestechungsskandal von Standard Lüttich verdanken, schildert seinen Treffer gegen seinen Landsmann Jean-Marie Pfaff in der *fünften Minute so: „Ich wußte nicht* wohin mit dem Ball, da habe ich eben geschossen. An einem guten Tag hätte Jean-Marie diesen Ball bestimmt gehalten."

Zwei Sonntagsschüsse brachten den Bayern also letztendlich die Gewißheit, noch lange nicht Meister zu sein. Dennoch hat sich außer Lattek („Natürlich mußte der Pfaff das erste Tor verhindern") kein Münchner getraut, dem belgischen Nationaltorwart die Schuld an der Niederlage unterzujubeln.

„Wenn einer den Pfaff kritisiert, der soll dann gleich seinen Vertrag auf der Geschäftsstelle zurückgeben." Wolfgang Dremmler hat das ganz rigoros gesagt. Stänkern ist beim FC Bayern momentan verboten. Dremmler gilt als das Herz der Mannschaft. Diese Rolle im inneren Gefüge des Münchner Fußball-Ensembles sieht man diesem Mann ebenso wenig an wie die Tatsache, daß Dremmler für einen Profi äußerst sensibel reagiert. Nach dem Schlußpfiff hat er geheult. Verwunderlich bei einem, der sich sein Leben lang hochgekämpft hat: Über eine harte Kindheit, Lehre als Werkzeugmacher, zum gefürchteten Verteidiger und 27 Länderspiele für Deutschland.

„Wenn ich gegen einen starken Gegner verliere, dann sage ich gut, aus, fertig. Aber gegen die Hamburger zu verlieren, das ist schlimm", so Dremmler über seinen Zustand. Für Dremmler zählt der HSV nämlich nicht mehr zur Creme des Bundesliga-Fußballs. Dremmler: „Zu Hause sind die Hamburger noch gut genug um Spiele zu gewinnen, aber auswärts bringen sie's nicht. Deshalb sind sie auch keine Spitzenmannschaft mehr."

Dremmler glaubt, eine ähnliche Situation schon selbst erlebt zu haben. „Damals unter Trainer Pal Csernai, da konnten wir auf einmal unsere Spielweise nicht mehr ablegen, das System war ausgeleiert. So wie jetzt beim HSV. Die spielen immer den *gleichen Stiefel herunter. Als wir in* der zweiten Halbzeit das Tempo richtig angezogen haben, da sind die Hamburger doch überhaupt nicht mehr mitgekommen."

Außer einem Schönheitspreis haben die Bayern an der Elbe noch allerhand Schadenfreude abgekriegt. Die Fans im Norden freuen sich eben lieber mit Bremen als mit Bayern. „Aber diese Häme macht mich fertig, weniger die Niederlage, das andere tut so weh", schildert Dremmler diesen Zorn der sich bei ihm mit Tränen Luft verschafft.

Da klingt es kaum wie Trost, sondern eher wie Kritik am Kollegen Dremmler, wenn Sören Lerby sagt: „Wir sind Profi-Fußballer und dürfen gerade in dieser entscheidenden Phase der Saison nicht sentimental werden und anfangen, zu weinen. Wenn es in Liverpool für uns nicht reichen sollte, ist das auch keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen. Schließlich können wir noch Meister und Pokalsieger werden."

Aber wie bringt man eine Truppe wieder auf die Beine, die nach dieser unglücklichen Niederlage am Mittwoch beim englischen Tabellenführer vor dem schwersten Auswärtsspiel der Saison steht? Wie kann der Trainer da motivieren? Diese Frage sei wohl Quatsch, so Dremmler. „Da gibts nur eines, da gehts ums Endspiel und wenn ich das nicht begreife, habe ich als Fußball-Profi beim FC Bayern nichts zu suchen."

In dieser Stimmung sind sie in das Flugzeug nach München gestiegen. Jeder versuchte, die Niederlage irgendwie zu ertragen. Lattek stierte vor sich hin. Manager Uli Hoeneß ließ den Vertreter jenes Münchner Blattes, das es gewagt hatte, seine, des Managers Prämien, zu veröffentlichen, seinen ganzen Zorn spüren. Die Spieler blickten vor sich hin, als hätten sie nicht ein Fußball-Spiel sondern viel mehr verloren. Und der Präsident fiel in der Luft sofort in Schlaf *– wie tief und gut Willi O. Hoffmann* schlummert, war in der halben Maschine zu hören.

Bremen: Jetzt schielen wir nicht mehr nach München. Das ist vorbei

Von ULRICH DOST

Es ist erst zwei Wochen her, da glaubten die Spieler von Werder Bremen, daß sie gegen den renommierten und steinreichen FC Bayern München einmal mehr den kürzeren ziehen würden. Die Bremer hatten gerade beim Hamburger SV mit 0:2 verloren, die Münchner aber erschlichen sich noch ein 2:2 in letzter Minute bei Eintracht Frankfurt. Bremens Manager **Willi Lemke** (36) erinnert sich: „Die Spieler waren verzweifelt. Daß die Bayern immer soviel Schwein haben, das ging nicht in ihre Köpfe." Erst **Ernst Happel** (59), der Trainer des Hamburger SV, richtete sie in seinem bedächtigen wienerischen Dialekt wieder auf. Bremen habe doch schließlich 3:1 in Frankfurt gewonnen, Bayern aber habe einen Punkt abgegeben. Und dann fügte Happel noch hinzu: „Die Bayern müssen noch nach Hamburg, dann schlagen wir sie." Gestern mittag konnte sich ein aufgekratzter Willi Lemke freuen: „Wie schön, daß der HSV sein Versprechen eingelöst hat."

Die Bayern ließen tatsächlich beide Punkte in Hamburg, der Meisterschafts-Konkurrent Werder Bremen aber gewann 3:1 in Bochum. Als wäre es bereits der Meistertitel, so ließen sich die Bremer von ihren 3000 mitgereisten Fans im Bochumer Ruhrstadion feiern. Sie zogen ihre schweißgetränkten Trikots aus und warfen sie in die Menge. Über Kopfhörer war Willi Lemke auf der Bremer Bank ständig darüber informiert, was die Bayern in Hamburg anstellten. Lemke: „Fünf Minuten vor Schluß fragte **Rudi Völler** aufgeregt, ob es immer noch 2:1 für den HSV stehen würde."

*

Die Zeiten, in denen sich die Bremer ständig nach ihrem Konkurrenten richteten, sollen jetzt endgültig vorbei sein. Lemke: „Immer haben wir auf die Bayern geschielt: Wie haben die gespielt?" Damit ist es jetzt vorbei, die Bremer wollen sich nur noch auf die eigene Stärke konzentrieren. Rudi Völler sagt: „Nach der Münchner Niederlage haben wir es selbst in der Hand. Unsere Titelchancen sind selten gut." Jetzt, so glaubt der Manager, sei es nur noch eine Frage der „Nerven und des Glücks".

In Bremen sind sie der Auffassung, daß die Mannschaft 20 Jahre nach dem ersten Titelgewinn „einfach wieder dran ist". Willi Lemke will festgestellt haben: „Jetzt ist wieder Zug in der Bundesliga. Ganz Fußball-Deutschland fiebert mit uns, alle gönnen uns den Titel. Auf der Manager-Tagung in der vergangenen Woche in Frankfurt haben mir alle gesagt, daß sie Bremen die Daumen drücken – bis auf die Bayern selbstverständlich." Wären die Bayern also mit ihrem sich immer mehr zum Nörgler entwickelnden Trainer **Udo Lattek** (50) ein ungeliebter Meister? „Jetzt packst du es", diesen Satz hat Bochums Trainer **Rolf Schafstall** (47) seinem Duzfreund und Kollegen Otto Rehhagel (46) mit auf den Weg nach Bremen gegeben.

Derzeit scheint tatsächlich alles für die Bremer zu sprechen. Willi Lemke gab die Stimmung in Bremen so wieder: „Alle sind gesund, es gibt nirgends Probleme, alles ist so, wie es sein soll." In Bremen wagt es kein Spieler, sich gegen die Entscheidungen von Trainer Rehhagel zu stellen, mögen sie noch so unpopulär sein und auf den ersten Blick unverständlich erscheinen. In der letzten Woche gab es ein 2:0 zuhause über Gladbach, jedermann hätte darauf gewettet, daß Rehhagel in Bochum die gleiche Mannschaft mit den überragenden **Uwe Reinders** (30) und **Günter Herrmann** (24) spielen lassen würde. Zur Überraschung selbst der eigenen Leute ließ Rehhagel die beiden Spieler erst einmal auf der Bank. **Norbert Meier** (26), zehnmaliger Nationalspieler, sagt: „Unser Trainer denkt sich immer etwas Neues aus, und der Erfolg gibt ihm recht." Was bei anderen Klubs zu Spielerrevolten führt, wird in Bremen als das selbstverständlichste der Welt hingenommen. Lemke: „Kein Spieler wagt sich gegen den Trainer zu stellen. Wer für Unruhe sorgt, hat keine Chance bei ihm." Mag es Aberglaube, Eingebung oder sonst etwas sein, Rehhagel ließ genau die Mannschaft spielen, die in Frankfurt 3:1 gewann. Wirklich nur ein Zufall?

*

Offenbar gibt es keinen Freudenbecher, in den kein Wermutströpfen fällt. Die Bremer müssen seit gestern mit einem Verfahren vor dem Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) rechnen. Wie die Fernseh-Aufzeichnung ergab, versetzte der Bremer Stürmer **Frank Neubarth** (22) dem Bochumer **Heinz Knüwe** (29) einen Schlag in die Magengegend. Von Schiedsrichter **Siegfried Brehm** (38) aus Kemmern wurde dieser Vorgang nicht bemerkt. Der Stuttgarter **Hans Kindermann** (63), Vorsitzender des Kontrollausschußes, sagte: „Ich habe den Fernsehbericht nicht gesehen. Nachdem ich aber mehrfach darauf angesprochen worden bin, werde ich mir die Aufzeichnung besorgen. Sollte es einen Faustschlag gegeben haben, werden wir Schiedsrichter sowie Spieler anschreiben und um eine Stellungnahme bitten." In ähnlich gelagerten Fällen wurden der Schalker **Manfred Drexler** (30) und der damalige Hamburger **Horst Hrubesch** (33) vom Sportgericht gesperrt. Deshalb sieht es nicht gut aus für Frank Neubarth.

*

In Leverkusen, beim 1:1 gegen Bielefeld, sah der Schiedsrichter **Peter Correll** (40) sehr wohl ein böses Foul. Er wollte zunächst einen Platzverweis aussprechen, dann kam aber doch der große Umfaller. Geschehen war dies: Der Bielefelder **Pasi Rautiainen** (23) war von seinem Gegenspieler **Thomas Hörster** (28) gefoult worden. Der kleine Finne stand blitzschnell auf und revanchierte sich, in dem er Hörster wegschubste. Correll ging auf Rautiainen zu, die Hand an der Hosentasche, dort wo die rote Karte steckt, und wollte ihn vom Platz stellen. Es gab genügend Beobachter auf der Tribüne, die die rote Karte schon in der Hand von Correll gesehen haben. So viele Farbenblinde auf einmal kann es gar nicht geben. Rautiainens Mitspieler hatten schon geahnt, was kommen würde. Sie redeten auf Correll ein, gelb würde doch genügen, schließlich stünde die Mannschaft im Abstiegskampf. Correll zeigte Herz, indem er plötzlich in die Brusttasche griff und die gelbe Karte herausholte.



Das war der Zeitpunkt, als auf der Tribüne Leverkusens Geschäftsführer **Hans Wittchen** (62) von seinem Stuhl sprang und auf **Mathias Valentin** (50), den Mann, der in Leverkusen für die Betreuung der Schiedsrichter zuständig ist, zulief und ihn anraunzte: „Ich gebe keine Schecks mehr raus." Ob in Leverkusen die Schiedsrichter künftig ihr Essen selbst bezahlen müssen?

Der Heilbronner Schiedsrichter gab zu, daß „die Sache sehr schlecht ausgesehen hat". Spontan wollte er die rote Karte zeigen: „Ich hatte sie aber nicht in der Hand, sonst hätte ich ihn auch vom Platz gestellt. Mein Linienrichter aber zeigte mir an, daß die gelbe Karte ausreichen würde. Er legte die Hand auf die Brusttasche, wo die gelbe Karte steckt." Die Bielefelder aber lachten sich ins Fäustchen. „Man muß nur mit den Leuten vernünftig reden", grinste Ulrich Büscher (26). Der kleine Finne Rautiainen, der gestern drei Kerzen in der Kirche anzünden wollte, bedankte sich nach dem Abpfiff artig bei Schiedsrichter Correll.

Eintracht Braunschweig neuer Tabellenletzter

								Heim		Auswärts	
1. München	28	16	7	5	64:36	39:17	41:17	23:5		23:19	16:12
2. Bremen	27	15	8	4	72:41	38:16	48:17	25:3		24:24	13:13
3. M'gladbach	27	13	7	7	64:38	33:21	36:15	18:8		28:23	15:13
4. Hamburg	26	12	8	6	48:37	32:20	36:12	24:4		12:25	8:16
5. Köln	27	14	3	10	52:46	31:23	26:19	17:9		26:27	14:14
6. Uerdingen	27	11	7	9	47:41	29:25	29:17	21:5		18:24	8:20
7. Bochum	27	10	9	8	44:40	29:25	20:17	14:14		24:23	15:11
8. Mannheim	27	9	11	7	36:39	29:25	20:15	15:11		16:24	14:14
9. Stuttgart	28	12	4	12	69:49	28:28	44:17	21:7		25:32	7:21
10. Frankfurt	28	9	9	10	53:56	27:29	32:19	20:8		21:37	7:21
11. Schalke	27	10	6	11	51:54	26:28	36:22	21:9		15:32	5:19
12. Leverkusen	28	8	10	10	42:41	26:30	26:17	18:10		16:24	8:20
13. K'lautern	25	8	9	8	35:43	25:25	26:13	18:6		9:30	7:19
14. Dortmund	27	10	3	14	39:53	23:31	26:15	16:10		13:38	7:21
15. Düsseldorf	27	6	8	13	43:58	20:34	26:22	16:12		17:36	4:22
16. Bielefeld	28	4	12	12	33:54	20:36	26:28	13:15		7:26	7:21
17. Karlsruhe	27	4	9	14	38:70	17:37	20:22	12:14		18:48	5:23
18. Braunschweig	27	7	2	18	31:65	16:38	21:18	14:12		10:47	2:26

● Rudi Völler bleibt an der Spitze der Torschützenliste (20 Treffer), auf Platz zwei liegt jetzt Klaus Allofs (18) vor Karl Allgöwer (17) und Klaus Täuber (16). – Zum ersten Mal seit der Saison 1972/73 droht ein Zuschauer-Durchschnitt pro Spiel unter der Grenze von 20 000. Obwohl das Spiel in Hamburg ausverkauft war, liegt der Schnitt zur Zeit bei 19 749. Die Spiele in Düsseldorf sahen nur 7500 und 6000 Zuschauer. – Nur noch drei Spiele fehlen dem 40 Jahre alten Schalker Klaus Fichtel, um den Frankfurter Willi Neuberger als Rekordmann mit 520 Bundesligaspielen abzulösen.

● Der 22 Jahre alte Braunschweiger Peter Lux, der in der nächsten Saison beim Hamburger SV spielen soll, wurde als zwölfter Spieler der Saison vom Platz gestellt. Der Schiedsrichter entschied auf „Tätlichkeit". Für Lux ist es die zweite rote Karte seiner Karriere, erstmals hatte es ihn am 26. November 1983 in Düsseldorf erwischt. Der Karlsruher Dietmar Roth wurde zum zehnten Mal verwarnt und ist als erster Spieler der Saison zum dritten Mal automatisch für ein Spiel gesperrt. Am nächsten Spieltag ebenfalls nicht dabei: Ludger van den Loo aus Uerdingen nach der siebten Verwarnung.

Manfred Krafft: „Mein Nachfolger Aleksandar Ristic ist zu beneiden"

B. WEBER, Kaiserslautern

Morgen abend findet in der Fruchthalle die außerordentliche Mitgliederversammlung des 1. FC Kaiserslautern statt. Daß dann, wie Spötter zwischenzeitlich vermuten, mit faulem Obst zumindest nach einem Teil der Hauptdarsteller auf der Bühne geworfen werden könnte, ist wohl kaum noch zu befürchten. Selbstverständlich muß davon ausgegangen werden, daß noch ein wenig schmutzige Wäsche gewaschen wird. Aber im Grunde ist die Persönlichkeit des neuen Präsidenten Jürgen „Atze" Friedrich Garant dafür, daß die Versammlung in weitgehend geordneten Bahnen verlaufen wird.

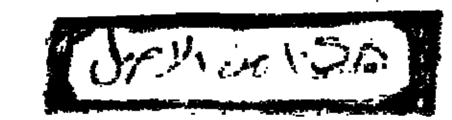
Die entscheidende Weichenstellung nahm die Mannschaft selbst vor – durch den in der Höhe geradezu sensationellen 5:0-Heimsieg über Borussia Dortmund. Friedrich, der mit Sicherheit zum Nachfolger des zuletzt oft unglücklich handelnden Pfarrers Udo Sopp gewählt wird, meinte: „Mit dem deutlichen Erfolg ist ganz ohne Frage eine gewisse Beruhigung in der Szene eingetreten." Dies, so vermerkte Friedrich, allerdings ausdrücklich, beziehe sich vorerst nur auf die sportliche Seite. Finanziell stecke der Verein ziemlich im Schlamassel. Wie tief, das wird erst morgen abend bekannt, wenn die Zahlen auf den Tisch müssen. Präsidentschaftskandidat Friedrich merkte zu diesem Komplex bisher lediglich an, ihm sei nicht wohl vor seinem Gang am Mittwoch in die Frankfurter DFB-Zentrale.

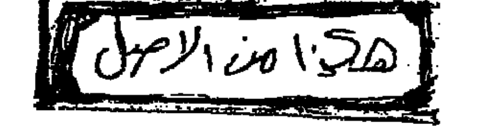
Dort wird es dann darum gehen, daß Kaiserslautern für die nächste Saison eine Bundesligalizenz bekommt. „Wenn diese Frage vom Tisch, das heißt mit aller Ausschließlichkeit positiv beantwortet ist", sagte Manfred Krafft, Trainer des 1. FC Kaiserslautern, gestern zur WELT, „dann werden die Fans in den verbleibenden Saisonspielen noch eine Menge Spaß an ihrer Mannschaft haben." Es stehe ihm als Vereinsangestellten zwar in keiner Weise an, Kritik an den bisher Verantwortlichen zu üben, dennoch: „So viel Theater wie hier in den vergangenen Monaten habe ich bisher noch nirgendwo erlebt. Die Risse, die quer durch den Vorstand gingen, haben sich voll auf die Spieler übertragen. Da war ich als Trainer einfach machtlos."

Der Bestandsaufnahme ließ Krafft ein ehrliches Eingeständnis folgen: „Wenn ich geahnt hätte, daß Friedrich zur Rückkehr ins Amt bereitstünde, hätte ich nicht gekündigt. Mein Nachfolger Aleksandar Ristic ist zu beneiden."

Freilich, einige der Probleme, die das Klima in der Mannschaft streckenweise total vergiftet hatten, wird auch Friedrich nicht sofort lösen können. Beispielsweise wird er die längerfristigen Verträge einhalten müssen, die Sopp quasi im Alleingang abgeschlossen hatte und deren Modalitäten durch gezielte Indiskretionen in die Öffentlichkeit gelangt sind: Torjäger Thomas Allofs wird von seinem bis 1986 abgeschlossenen 400 000 Mark-Jahresgehalts-Vertrag ebenso wenig heruntergehievt werden können wie Mittelfeldspieler Dieter Kitzmann, der immerhin noch stramme 180 000 Mark Grundgehalt für sich ausgehandelt hatte, während andere für zum Teil erheblich weniger rennen und kämpfen müssen. Gegen Dortmund zogen indes alle an einem Strick.

Das Thema Geld spukte wohl auch deswegen nicht mehr durch die Köpfe der Spieler, weil Friedrich sie in den vergangenen Tagen mehrfach eindringlich dazu ermahnt hatte, etwas für ihre Image-Aufbesserung zu tun. Daß dies dermaßen eindrucksvoll gelang, lag nicht zuletzt an den Dortmundern, die nach einer 1:11-Punkteserie total einbrachen. War es die Schock-Reaktion darauf, daß Trainer Erich Ribbeck unter der Woche seinen Wechsel zu Bayer Leverkusen bekanntgegeben hatte? Präsident Reinhard Rauball zur WELT: „Das 0:5 war die Strafe dafür, daß einige in unserer Mannschaft glaubten, sie hätten das rettende Ufer bereits erreicht und brauchten nicht mehr zu kämpfen. Die Realität hat sie wieder eingeholt." Der Präsident wollte sich zur Trainerfrage nicht äußern: „Die Dinge sind im Fluß." Insider glauben, daß trotz Jürgen Sundermann und der DFB-Trainer Berti Vogts und Holger Osieck, die ins Gespräch gebracht wurden, Pal Csernai der große Favorit bleibt.





2. Liga

DW. Bonn

An der Spitze der Zweiten Liga trennte sich am 30. Spieltag die Spreu vom Weizen. Alemannia Aachen büßte durch eine 1:2-Niederlage in Nürnberg alle Chancen ein, einen der drei ersten Plätze zu erreichen. Kassel, Saarbrücken, Hannover und Nürnberg kämpfen um den direkten Aufstieg (Platz eins und zwei) und den dritten Platz, der zu einem Qualifikationsspiel gegen den drittletzten der Bundesliga führt.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Kassel – Solingen	6:0	(4:0)
Darmstadt – Homburg	1:1	(1:0)
Hannover – Wattenscheid	3:2	(2:0)
Nürnberg – Aachen	2:1	(1:0)
Duisburg – Oberhausen	2:1	(1:1)
Freiburg – St. Pauli	1:2	(1:0)
Hertha BSC – Ulm	5:1	(1:0)
Köln – BW Berlin	1:0	(1:0)
Saarbrücken – Bürstadt	1:0	(0:0)
Stuttgart – Offenbach	3:2	(1:1)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Kassel	30	18	6	6	63:39	42:18
2.Hannover	30	14	11	5	59:47	39:21
3.Saarbrücken	28	17	4	7	57:32	38:18
4.Nürnberg	28	16	4	8	47:35	36:20
5.Aachen	30	13	10	7	50:37	36:24
6.Wattenscheid	30	13	6	11	51:52	32:28
7.Hertha BSC	29	10	10	9	43:43	30:28
8.Solingen	29	13	3	13	48:58	29:29
9.Duisburg	30	10	9	11	48:47	29:31
10.Darmstadt	29	10	8	11	41:45	28:30
11.BW Berlin	30	10	8	12	51:47	28:32
12.Köln	30	11	6	13	42:52	28:32
13.Freiburg	30	9	9	12	33:39	27:33
14.Stuttgart	30	10	6	14	38:42	26:34
15.Offenbach	30	9	8	13	35:45	26:34
16.Oberhausen	29	9	7	13	51:55	25:33
17.Homburg	30	10	5	15	42:47	25:35
18.St. Pauli	30	9	7	14	43:52	25:35
19.Bürstadt	30	11	2	17	42:46	24:36
20.Ulm	30	5	9	16	37:61	19:41

DIE VORSCHAU

Dienstag, 23. April, 18.15 Uhr: Homburg – Köln, Kassel – Duisburg, Ulm – Saarbrücken; **19.30 Uhr:** Solingen – Stuttgart, Darmstadt – Freiburg; **20 Uhr:** Wattenscheid – Offenbach, Hertha BSC – Nürnberg, Aachen – BW Berlin, Hannover – Bürstadt, Oberhausen – St. Pauli; **Samstag, 27. April, 15.30 Uhr:** St. Pauli – Aachen, Freiburg – Kassel, Köln – Darmstadt, Saarbrücken – Solingen, BW Berlin – Wattenscheid, Duisburg – Hertha BSC, Offenbach – Ulm, Bürstadt – Oberhausen, Nürnberg – Hannover; **Sonntag, 28. April, 15 Uhr:** Stuttgart – Homburg.

MOTORSPORT / Neue Formel 3000 noch nicht in Schwung

Christian Danner: Technische Defekte vom Start bis ins Ziel

sid/dpa, Estoril

Als Christian Danner vor dem Kamin seines Hauses in Quinta de Marinha bei Estoril saß, zog noch einmal der dritte Lauf zur Formel-3000-Europameisterschaft an ihm vorbei. Sein neunter Platz, die technischen Probleme am March – vom Motor über die Reifen bis zu den Bremsen –, aber auch der ungefährdete Sieg des neuen EM-Spitzenreiters John Nielsen (Dänemark) auf Ralt vor den beiden March-Piloten Michel Fertè (Frankreich) und Gabriele Tarquini (Italien). Dann richtete der 27jährige Münchner den Blick nach vorn. „Neues Spiel, neues Glück am Nürburgring", sagte Danner und meinte den vierten EM-Lauf beim Eifelrennen am nächsten Wochenende.

Es war einfach der Wurm drin in diesem über 47 Runden (204,45 km) führenden Rahmenrennen beim Großen Preis von Portugal der Formel 1 – für Danner persönlich, aber auch für die Formel 3000. Nur 16 Autos dieser Nachfolgeserie der Formel 2 waren vor 10 000 Zuschauern am Start, viele der meist in England ansässigen Teams hatten den Weg nach Portugal gescheut. Sie werden erst auf dem Nürburgring wieder dabei sein.

Die aber, die nach Estoril gekommen waren, wurden vom Veranstalter wie Außenseiter behandelt. Bereits am Samstag abend, zweieinhalb Stunden nach dem Rennen, mußten sie ihre Sachen gepackt und das Fahrerlager wieder verlassen haben. Es war für das Formel-1-Rennen als Parkplatz eingeplant. Fahrer, Mechaniker und Teamchefs, die den Grand Prix besuchen wollten, mußten sich dafür Eintrittskarten kaufen. Zum Training am Freitag standen lediglich anderthalb Stunden zur Verfügung (Formel 1: fünf Stunden), unterbrochen von einer 45minütigen Pause, in der kaum Zeit für notwendige Änderungen war.

Ein Umstand, der besonders Danner zu schaffen machte. Durch einen Dreher nach nur sechs Trainingsrunden, bei dem Frontpartie und Radaufhängung seines Wagens beschädigt wurden, blieb ihm lediglich die zwölfte Startposition. Damit nicht genug: Beim Vorstart sprang der Motor nicht an, Danner mußte angeschoben werden.

Im Rennen schließlich mußte Danner hilflos mit ansehen, wie zuerst der Neuseeländer Mike Thackwell (Ralt), nach dessen Boxenstopp dann Nielsen, Fertè und Tarquini sich immer weiter aus seinem Blickfeld entfernten. „Mein Motor hatte zu wenig Leistung, die Reifen hafteten nicht richtig auf der Straße und zum Schluß wurden auch die Bremsen immer schwächer. Ich konnte das Pedal fast bis zum Boden durchdrükken", listete er die Mängel auf.

Fahrerisch zog sich Danner in dem eher langweiligen Rennen noch achtbar aus der Affäre, und sein March wies anschließend einige Kampfspuren auf. Der linke Frontflügel ähnelte einer lädierten Unterlippe, weil er einem Konkurrenten zu nahe gekommen war. An der rechten Wagenflanke hatte der Reifen eines Konkurrenten den Werbeaufkleber abradiert. Und dann noch dies: Fertè zeigte Danner beim Überholen einen Vogel, doch der konterte: „Den hätte der sich lieber selbst zeigen sollen, so bescheuert, wie der überholt hat."

Fünf Stunden nach Beendigung des Abschlußtrainings für den Großen Preis von Portugal, dem zweiten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor), wurde das Zakspeed-Team aus Niederzissen in der Eifel von den Sportkommissaren des Rennens mit 3000 Dollar bestraft. Der Grund: Nach einem Defekt (herausgesprungener Elektrohauptschalter) war der englische Fahrer Jonathan Palmer beim Abschlußtraining in der ersten Runde an der Strecke liegengeblieben.

Obwohl fremde Hilfe in diesem Fall verboten ist und auch nicht geleistet wurde, entschieden die Sportkommissare auf die Geldstrafe, weil einer der Mechaniker über die Leitplanke geklettert war und sich dem Rennwagen genähert hatte. „Ein Glück, daß wir so davongekommen sind", sagte Teamchef Erich Zakowski.

Als Erster war Palmer in das letzte und entscheidende Training gestartet, nach einem problemlosen Freitag voller Zuversicht. Als er jedoch schon nach dem ersten Umlauf fehlte, herrschte in der Zakspeed-Box zuerst leichte Konfusion. Niemand wußte, was passiert war. Dann kam über Funk die Meldung, Palmer sei neben der Strecke ausgerollt.

EISHOCKEY / Die Wandlung der deutschen Mannschaft

Böse Buben schlagen nicht mehr, sie spielen – erfolglos

sid, Prag

Xaver Unsinn machte gute Miene zum glücklosen Spiel. „Wenn die Fair-Play-Tabelle ausschlaggebend wäre, dann hätten wir wohl gute Chancen, Vize-Weltmeister zu werden." Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft hat bei der Weltmeisterschaft in Prag die ersten drei Spiele verloren – auch das gegen die CSSR mit 1:6 – nicht aber die Fassung. Hinter der ebenfalls noch punktlosen „DDR"-Auswahl rangiert die Mannschaft des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) mit insgesamt 22 Minuten auf Platz zwei der Strafbank-Statistik.

Mangelndes Engagement konnte man den Spielern um Kapitän Erich Kühnhackl auch im Spiel gegen die CSSR nicht vorwerfen. Viel mehr fehlte den Stürmern in den entscheidenden Phasen das Schußglück. Vor allem im zweiten und dritten Drittel, als die CSSR-Abwehr mächtig unter Druck geriet. Negativ wirkte sich auch aus, daß Marcus Kuhl Ende des ersten Drittels mit einer Innenbahndehnung ausfiel.

Unsinns Spieler präsentieren sich aber insgesamt bei diesem Weltmeisterschafts-Turnier als lammfromme Herde. Das Negativ-Bild von den Prügelknaben, denen gleich reihenweise die Sicherungen durchbrannten, hat sich verändert. Unsinn: „Wir haben der internationalen Fachwelt bewiesen, daß wir mit dem Schläger umzugehen wissen und nicht mit den Fäusten."

Bei der Weltmeisterschaft scheint sich die Rolle des Bundestrainers als Friedensrichter während der Meisterschaftssaison voll auszuzahlen. Negativ-Schlagzeilen gab es zwischen Dezember und März mehr als genug. Der folgenschwere Stockstich von Roy Roedger, der Schlagabtausch zwischen dem Rosenheimer Manfred Ahne und Landshuts Kapitän Alois Schloder, in Prag als Co-Kommentator des ZDF dabei. „Wenn man bedenkt, was in der Bundesliga los war, kann ich meinen Spielern nur ein großes Kompliment zollen", sagt Unsinn.

Mit rüden Verbal-Attacken hatte sich der tschechoslowakische Trainer Jozef Golonka aus Köln und Deutschland verabschiedet. Im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" schoß Golonka ganze Breitseiten ab. Von unsauberem Eishockey und Schlägertruppen war die Rede, und noch in Prag trieb es Unsinn die Zornesröte ins Gesicht. Was seiner gelungenen Umorientierung derzeit allerdings fehlt, ist ein Erfolgserlebnis.

Wenn in Prag ein Hauch von Wildwest die Eishockey-Arena durchzieht, so liegt das an den Kanadiern und Amerikanern. Am Samstag trafen sie im direkten Duell aufeinander, das die Amerikaner mit 4:3 für sich entscheiden konnten. Anfängliche Reserviertheit beim Publikum wich der Begeisterung für das körperbetonte nordamerikanische Spiel, wo Fausteinlagen alltäglich sind.

Die Profis aus Übersee sorgen mit ihrem gleichermaßen emotionsgeladenen wie intuitiven Eishockey für den Farbtupfer einer bislang gelungenen Veranstaltung. Ob sie sich am Ende gegen das schematische und wissenschaftliche Spiel der Tschechoslowaken und Sowjets durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Daß die Hierarchie wohl doch nicht durchbrochen wird, zeigte der 11:1-Sieg der UdSSR zum Auftakt gegen die USA, dem Olympiasieger von 1980. Ernsthafte Gegner werden wohl nur die Tschechoslowaken sein.

„Sie spielen zu Hause mindestens eine Klasse besser als in jedem anderen Land der Welt", wunderte sich der deutsche Nationalspieler Markus Kuhl nach der 1:6-Niederlage gegen den fünfmaligen Weltmeister. Xaver Unsinns Prognose von der schwersten Weltmeisterschaft der letzten Jahre scheint sich indes zu erfüllen. Aufsteiger USA verfügt ebenso wie die Finnen über ein starkes Team, die das Prestige-Duell gegen eine inzwischen zerstrittene schwedische Mannschaft glatt mit 5:0 gewannen. Und auch die „DDR" ist mit ihrem disziplinierten, taktisch klugen und schörkellosen Spiel ebenso zu beachten.

Von Langeweile, wie so oft in den vergangenen Jahren, ist noch keine Spur, auch wenn der Eishockey-Weltverband glaubte, überschwenglichen Torjubel verbieten zu müssen. Und die enthusiastischen Zuschauer in Prag bilden den gelungenen Rahmen. 120 000 Besucher sahen die ersten zwölf Begegnungen. Die Veranstalter rechnen mit der Rekordzahl von einer halben Million Zuschauer.

AMATEURBOXEN

Siegfried Schwing k. o., aber bei der EM ist er dabei

sid, Sindelfingen

K. o. – aber trotzdem für die Europameisterschaften Ende Mai in Budapest nominiert: Treffender als der Fall Schwing kann nichts unterstreichen, daß auch nach dem dritten Inter-Cup-Gesamtsieg der deutschen Amateurboxer in Sindelfingen vor Ungarn, Bulgarien und Uganda die Aussichten für die EM gering sind. „Daß einer nach einem Niederschlag zur Belohnung auch noch zur EM fahren darf, hat es noch nie gegeben", kritisierte Profi René Weller. Heftig wurde diskutiert, ob es aus gesundheitlichen Aspekten zu verantworten ist, den 23 Jahre alten Bantamgewichtler Siegfried Schwing nach der schweren Niederlage gegen John Siryа (Uganda) für die EM zu nominieren. Seine vierwöchige Schutzsperre, die ihm selbst Sparring untersagt, läuft nämlich erst am 17. Mai ab.

Drei Boxer unterstrichen mit Siegen in Sindelfingen ihre EM-Ambitionen: Alexander Künzler (22) im Weltergewicht, der nach einem schweren Niederschlag seinen Kampf gegen den Türken Vedat Önsoy noch aus dem Feuer riß. Sein Karlsruher Vereinskamerad Markus Bott („Zu 95 Prozent werde ich Europameister") im Halbschwergewicht, für den es nach dem Italia-Cup bereits der zweite Turniersieg dieses Jahres war. Und der Olympia-Dritte Manfred Zielonka (25) bei der direkten EM-Ausscheidung im Finale des Halbmittelgewichts gegen den talentierten Nobert Nieroba (20) aus Gelsenkirchen (3:2 Punkte).

Schwing und Freddy Tencer (Pforzheim) im Leichtgewicht sollen in Budapest lediglich internationale Erfahrung sammeln. Außerdem wurde noch Ulrich Junger aus Berlin (Halbwelter) nominiert, der in Sindelfingen das Finale erreichte, aber wegen einer Nasenverletzung geschont wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 21. Spieltag: Aue – Rostock 3:1, Chemie Leipzig – Riesa 2:0, Jena – Magdeburg 0:0, Frankfurt – Erfurt 2:2, Suhl – Brandenburg 1:1, Dynamo Berlin – Lok Leipzig 3:2, Dresden – Karl-Marx-Stadt 2:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 36:6, 2. Dresden 31:11, 3. Lok Leipzig 29:13, 4. Aue 26:16. – **Erste englische Division**, 36. Spieltag: Liverpool – Newcastle 3:1, Norwich – Leicester 1:3, Nottingham – Coventry 2:0, Queens Park – Arsenal 1:0, Southampton – Aston 2:0, Stoke – Everton 0:2, Sunderland – West Ham 0:1, Tottenham – Ipswich 2:3, Bromwich – Chelsea 0:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 77:36 Tore/75 Punkte, 2. Manchester United 67:37/65, 3. Tottenham 66:41/64, 4. Liverpool 52:26/60. – **WM-Qualifikation**, 2. Runde Concacaf (Nord- und Mittelamerika), Gruppe 2: Kanada – Guatemala 2:1. – Asien-Zone, Gruppe 1 A: Vereinigte Arabische Emirate – Saudi-Arabien 1:0. – Gruppe 2 A: Syrien – Nord-Jemen 3:0. – Gruppe 1 B: Irak – Jordanien 2:0. – Afrika-Zone, 2. Runde: Algerien – Angola 3:2. – **Amateur-Länderpokal**, Damen, Halbfinale: Rheinland – Württemberg 1:0, Niederrhein – Niedersachsen 2:0.

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in Prag: Schweden – Finnland 0:5, CSSR – Deutschland 6:1, UdSSR – „DDR" 6:0, Kanada – USA 3:4. – Tabellenspitze: 1. UdSSR 6:0, 2. CSSR 6:0, 3. Kanada 4:2, 4. USA 4:2, . . .7. Deutschland 0:6.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 22. Spieltag: Dankersen – Reinickendorf 19:22, Hofweier – Weiche-Handewitt 17:26, Großwallstadt – Gummersbach 12:13, Kiel – Essen 21:19, Hüttenberg – Lemgo 29:23. – **DM**, Damen, Halbfinal-Hinspiel: Oldenburg – Lützellinden 23:20. – **Westdeutsche Meisterschaft**, 2. Vorrundenspiel: Emsdetten – Hürth-Gleuel 28:21. – **DHB-Pokal**, Herren, zweite Runde, Gruppe Süd: Hemsbach – Pfullingen 21:20.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, Gruppe Nord: Mülheim – Hannover 0:0, RW Köln – Gladbach 1:0, SW Köln – Leverkusen 1:3, Club an der Alster – Großflottbek 3:2. – Gruppe Süd: München – Frankenthal 0:1, Rüsselsheim – Berliner HC 1:1, Stuttgart – Bad Dürkheim 1:0, Heidelberg – Limburg 1:1. – **Bundesliga**, Damen, Gruppe Nord: Uhlenhorst – Klipper Hamburg 0:3, BW Köln – Leverkusen 1:1, Düsseldorf – Krefeld 2:2. – Gruppe Süd: München Stuttgart 0:3, Brandenburg – Charlottenburg 5:0, Berliner HC – SC Frankfurt 0:0, Hanau – Eintr. Frankfurt 0:0.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Staffel Nord: Hannover – Celle/Wolfsburg 226,00:209,75, Weiskirchen – Bergisch-Gladbach 222,40:220,40. – Staffel Süd: Heilbronn/Neckarsulm – Herbolzheim 223,10:224,90, Oppau – Stuttgart 223,15:224,35, USC München – Bayern München 220,70:224,50.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 17. Spieltag: Düsseldorf – Saarbrücken 6:9, Jülich – Steinhagen 9:4, Grenzau – Bad Hamm 9:5, Reutlingen – Bayreuth 9:3. – **Damen**, 16. Spieltag: Donauwörth – Kleve 9:7, Frankfurt – Ahlem 9:2, Kiel – Rinteln 9:1, Stuttgart – Kleve 3:9, Kaiserberg – Ahlem 9:0.

VOLLEYBALL

Länderspiel der Herren in Heidelberg: Deutschland – Ungarn 1:3.

WASSERBALL

Bundesliga, 9. Spieltag: Offenbach – Duisburg 98 7:9, Spandau – Hamm 9:7, Hamburg – Hohenlimburg 10:10, Würzburg – Hannover-Linden 10:7, Düsseldorf – Cannstatt 9:12, ASC Duisburg – Esslingen 10:4.

TENNIS

Daviscup, erste Division, Nachholspiel, zweiter Spieltag: Chile – Schweden 1:2. – **Damenturnier** in Amelia Island/Florida, Einzel, Viertelfinale: Kohde (Deutschland) – Horvath (USA) 6:1, 7:5, Garrison (USA) – Graf (Deutschland) 6:7, 6:1, 6:2. – Halbfinale: Lloyd-Evert (USA) – Kohde 5:7, 6:3, 6:2. – Doppel, Viertelfinale: Garrison/McNeil (USA) – Bunge/Kohde (Deutschland) 6:4, 6:4.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Petit Carcon (R. Ulrich), 2. Nimblemoss, 3. Winnetou, Toto: 20/12, 17, 15, ZW: 312, DW: 940, 2. R.: 1. Gina (O. Schick), 2. Waldbuche, 3. Grazie, Toto: 260/42, 19, 20, ZW: 2380, DW: 12 144, 3. R.: 1. San Domingo (K. Woodburn), 2. Wennemar, 3. Norwin, Toto: 19/12, 12, 17, ZW: 36, DW: 280, 4. R.: 1. Twistqueen (R. Suerland), 2. Ankerspitze, 3. Guinea, Toto: 44/20, 26, 54, ZW: 460, DW: 8460, 5. R.: 1. Pilo (P. Remmert), 2. Agimo, 3. Liliom, Toto: 44/15, 19, 15, ZW: 572, DW: 1564, 6. R.: 1. Iberica (A. Tylicki), 2. Leraba, 3. Little Lady, Toto: 24/15, 17, 22, ZW: 164, DW: 1564, 7. R.: 1. Tukan (S. Klein), 2. Nicode, 3. Ramon, Toto: 176/46, 58, 26, ZW: 4256, DW: 31 108, 8. R.: 1. Fellini (St. Eccles), 2. Rouen, 3. Aralino, Toto: 104/22, 18, 17, ZW: 444, DW: 2436, 9. R.: 1. Saltano (G. Bocskai), 2. Hydros, 3. Santa Dominga, Toto: 32/22, 22, 26, ZW: 224, DW: 2532, 10. R.: 1. Soldanella (G. Bocskai), 2. Pedant, 3. Obelisk, Toto: 44/15, 13, 18, ZW: 200, DW: 1272.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 13, 19, 22, 28, 34, 40, Zusatzzahl: 25. – **Spiel 77**: 3 8 6 1 0 1 4. – **Toto, Elferwette**: 2, 0, 1, 1, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 1. (Ohne Gewähr).

SPRINGREITEN / WELT-Interview mit Bundestrainer Schridde zum Debakel der deutschen Stars

„Schleichender Verfall? Keiner sagt mehr, daß er lieber für Moos statt für Deutschland reitet . . ."

Von H. SCHIMMÖLLER

Beim Weltcup-Finale der Springreiter in Berlin durften die Deutschen die 70 000 Schweizer Franken und den bereitstehenden schwedischen Wagen (Volvo) für die Gewinner der drei Prüfungen nur aus der Ferne betrachten. Zum Gewinnen waren sie zu schwach. Gestern, beim letzten und entscheidenden Springen (Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest), war nur noch Peter Luther mit dem zehnjährigen Holsteiner Wallach Lucky dabei. Ausgerechnet Michael Rüping, der nach dem Zeitspringen am Freitag noch chancenreich im Wettbewerb war, erlaubte sich mit seinem zehnjährigen Hengst Caletto einen Abwurf. Gar keine Rolle spielten wiederum Fritz Ligges mit Ramzes und Franke Sloothaak mit Warkant. Paul Schockemöhle verzichtete gestern auf einen Start: „Ich habe Deister durcheinandergebracht, das Pferd muß Ruhe haben." In Berlin wurden immer mehr Stimmen laut, die auch Bundestrainer Hermann Schridde zu den „Verlierern von Berlin" (Deutsche Presse-Agentur) rechnen. Genüßlich wurde jene Episode erzählt, bei der ein Journalist in der Abreitehalle Schridde interviewen wollte und Paul Schockemöhle, längst nicht mehr nur der heimliche Chef der Truppe, den Bundestrainer, der zu diesem Gespräch auch bereit war, so beschied: „Du bleibst hier." Die WELT sprach mit Hermann Schridde.

WELT: Was sagt denn der Bundestrainer zum Weltcup-Finale?

Schridde: Ausgezeichneter Sport, eine Superatmosphäre, einfach ein Top-Ereignis.

WELT: Sie dürfen dabei nur nicht an die deutschen Reiter denken . . .

Schridde: Das stimmt, für uns lief es in Berlin nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben. Aber das berechtigt doch nicht, jetzt alles zu vergessen.

WELT: Was beispielsweise?

Schridde: Nun, wir haben immerhin sechs Reiter ins Finale gebracht und dann ist es ja auch etwas unglücklich gelaufen. Schewes Pferd war krank, Luther mußte mit seinem Zweitpferd starten und hat sich dann gegen meinen Rat zunächst für das falsche entschieden. Bei Ligges wußte man, daß Ramzes nicht schnell gehen kann, und Sloothaak hat eben kein Superpferd. Wir wußten doch, daß allenfalls Rüping oder Paul Schockemöhle vorne hätten mitmischen können.

WELT: So schwach wie in Berlin war Paul Schockemöhle noch nie . . .

Schridde: Rüping haben dumme Fehler rausgeworfen und Paul hatte geglaubt, das Zeitspringen gewinnen zu können. Deshalb hat er alles riskiert, obwohl ich ihm geraten hatte, nur einen Platz unter den ersten Fünf anzustreben, daß hätte für den Gesamtsieg immer noch gereicht.

WELT: Zwei falsche Entscheidungen gegen Ihren Rat – was tun Sie da?

Schridde: Nun, letztlich muß immer das Gefühl des Reiters den Ausschlag geben. Und Paul Schockemöhle ist doch mit den Konzepten, die er sich bisher zurechtlegte, wirklich nicht schlecht gefahren.

WELT: Aber es muß doch Gründe geben. Oder sind die deutschen Reiter wirklich träge und faul geworden?

Schridde: Ach, diese Kritiken von Dressur-Olympiasieger Klimke oder Alwin Schockemöhle stimmen doch nicht. Wir waren nahezu jeden Morgen um sechs in der Halle zum Training, und wir sind sogar der Meinung, daß die Reiter heute solider als früher leben. Und daß alle ihre besten Pferde verkaufen, um ihren Wagenpark aufzubessern, sehe ich auch nicht. Paul fährt einen Volvo, Luther einen normalen Diesel, keiner außer Gerd Wiltfang fährt einen Luxuswagen – und der verkauft ihn alle halbe Jahre, weil er daran verdient.

WELT: Aber neue, junge Pferde hat keiner nach oben gebracht.

Schridde: Wenn das so einfach wäre. Auch Winkler und Alwin Schockemöhle haben das früher nicht geschafft. Gute Pferde findet man nicht in Massen auf der Weide.

WELT: Oder es liegt an denen, die suchen. Wiltfang oder Paul Schokkemöhle kann es doch egal sein, ob sie siegen oder nicht. Sie haben ihre Pferdchen doch im trockenen, können auch so am Handel genug verdienen.

Schridde: Es ist doch legitim, daß jemand an seine Versorgung denkt, wenn er älter wird. Aber Paul Schockemöhle hätte sicher besser ausgesehen, wenn er nicht immer noch so überaus ehrgeizig wäre.

WELT: Dennoch: Die Briten, die den angeblich so souveränen Amerikanern so eingeheizt haben, gehen viel bissiger, entschlossener in den Parcours.

Schridde: Die englischen Jockeys leben ja auch nur von dem Preisgeld, das sie gewinnen.

WELT: Was will denn der Bundestrainer gegen den schleichenden Verfall machen?

Schridde: Was heißt schleichender Verfall. Wir haben den amtierenden Weltmeister, wir haben seit meinem Amtsantritt drei Europameisterschaften und 23 Nationenpreise gewonnen . . .

WELT: . . . aber dennoch keine Schlagzeilen gemacht.

Schridde: Nein, es gab ja auch seit 1981 keine Skandale mehr – außer daß einige Reiter die Frauen getauscht haben. Aber keiner hat mehr gesagt, daß er lieber für Moos statt für Deutschland reitet, bei der Hymne nichts mehr empfindet.

WELT: Aber auch keine positiven Schlagzeilen. Etwa die, daß – außer jetzt Schewe – ein neuer Mann nach vorne geritten wäre.

Schridde: Noch nie war es für die jungen Leute so leicht, ins Team zu kommen. Ein paar gute Resultate und sie bekommen von mir ihre Chance. Das Problem ist die Trainerfrage, da hapert es. Wir haben zwar im Leistungszentrum Warendorf pro Jahr jetzt 300 Reiter mit 600 Pferden zu Lehrgängen, 1979 waren es nur 50 Reiter und 180 Pferde. Aber uns fehlt, daß sich auch die Spitzenreiter um den Nachwuchs kümmern, wie etwa in den USA. Aber das soll jetzt anders werden, es wird für die Spitzenleute eine Art Pflichtausbildung geben, die diese in die Lage versetzt, mit dem Nachwuchs zu arbeiten. Das hat uns früher umheimlich geholfen. Ich selbst habe beispielsweise neun Jahre bei Winkler trainiert.

WELT: Und wann sollen sich dann wieder Erfolge einstellen?

Schridde: Das weiß ich nicht. Wenn es mal ein Talent gibt, dann können wir doch schon bald sicher sein, daß es für uns verloren ist, wenn es mit der Berufsausbildung beginnt.

WELT: Also möchten Sie lieber in den USA Bundestrainer sein?

Schridde: Ich fühle mich hier ganz wohl. Gehen Sie doch mal nach nebenan in die Halle und sehen beim Training zu. Dann werden Sie merken, daß die Amerikaner auch keinen Deut anders arbeiten als wir hier. Da kann man doch nicht einfach sagen, unser ganzes System wär eine einzige Scheiße.

MARATHONLAUF

Carlos Lopes im Alleingang zur Weltbestzeit

CURT MORELL, **Rotterdam**

So schnell hatte noch niemand zuvor die 42,195 km des klassischen Marathonlaufs zurückgelegt: Nach 2:07:11 Stunden war der portugiesische Olympiasieger Carlos Lopes im Ziel des Marathonlaufs von Rotterdam – nach einem Sololauf auf den letzten 20 Kilometern. Um 54 Sekunden verbesserte Lopes die alte Weltbestleistung des Engländers Steve Jones, der gestern in London als Sieger 2:08:19 erreichte.

„Wäre auf der zweiten Hälfte des Rennens noch Konkurrenz dagewesen, ich hätte noch schneller sein können", sagte Lopes. Aber 22 Kilometer ganz allein? „Ich bin es daheim gewöhnt, allein zu laufen. Ich trainiere schließlich immer allein." Erklärungen eines 38jährigen Langstrekkenläufers, der seit 20 Jahren aktiv ist und zum Ende der Saison zurücktreten wird. Lopes war früher Schafhirt, jetzt besitzt er ein Sportartikelgeschäft.

In London gab es dafür eine Weltbestzeit der Frauen. Ingrid Kristiansen aus Norwegen war mit 2:21:06 Stunden um 1:22 Minuten schneller als Joan Benoit (USA) 1983 beim Boston Marathon. Für ihren Triumph kassierte die Norwegerin sage und schreibe 225 000 Mark: 150 000 Rekordprämie, 45 000 Mark für den Sieg, 30 000 Mark für den Streckenrekord.

Der Deutsche Christoph Herle überraschte in London mit einem vierten Platz und einer deutschen Bestzeit von 2:09:25 (bisher Ralf Salzmann, 2:11:21). „Das ist eine tolle Sache. Ich habe schon vorher geglaubt, daß er unter 2:10 laufen kann. Er hat in diesem Jahr seine Grundschnelligkeit erheblich verbessert", sagte Marathon-Bundestrainer Wilfried Aufenanger. Vor Herle lagen außer dem Sieger noch Spedding (England/2:08:33) und Hutton (Schottland/2:09:15).

GALOPP

Neuer Erfolg für Stute der Baronin von Oppenheim

KLAUS GÖNTZSCHE, **Köln**

Vor einer Woche hat die Stute Angelita aus dem Gestüt Schlenderhan den Düsseldorfer Stutenpreis überlegen gewonnen. Am Samstag ging die Erfolgsserie der Pferdedamen aus dem Privatgestüt der Baronin Gabrielle von Oppenheim aus Bergheim weiter: Auf der Kölner Galopprennbahn siegte Iberica mit Jockey Georg Bocskai vor Leraba aus dem Gestüt Fährhof mit Andreas Tylicki. Ebenso wie Angelita (mit Gay Mecene) hat auch Iberica einen ausländischen Hengst als Erzeuger: Den 13jährigen Green Dancer, an dem Schlenderhan bis zu seiner Übersiedlung in die USA einen Anteil besaß.

Diskussionsthema Nummer eins in Köln war allerdings der Fall der Stute Padang. Nach dem Sieg am 30. März 1985 in Düsseldorf wurden in der Urinprobe der Fährhofer Stute Spuren des unerlaubten schmerzstillenden Mittel Naproxen festgestellt, deshalb ließ Trainer Jentzsch Padang am Samstag im Stall. Heinz H. Faßbender, der Vorsitzende des Galopper-Renngerichts und Vorstandsmitglied des Kölner Rennvereins, interpretierte den entsprechenden Paragraphen der Rennordnung anders als Generalsekretär Hans-Heinrich von Loeper, auf dessen Initiative Padang am Samstag nicht lief. Im Paragraphen 305a der Rennordnung heißt es unter anderem: „Ein Pferd, bei dem durch Untersuchung ein schmerzstillendes Mittel festgestellt worden ist, wird für einen Zeitraum von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Analysenberichts von der Teilnahme an Rennen ausgeschlossen." Der endgültige Bericht wird erst morgen aus dem Institut im englischen Newmarket erwartet, der die Analyse von Professor Donike aus Köln bestätigen soll. Faßbender: „Erst von diesem Zeitpunkt an wäre Padang gesperrt worden, sie hätte in Köln laufen dürfen, ohne später disqualifiziert zu werden."

HANDBALL / Entscheidung in der Bundesliga am nächsten Wochenende?

Kiel: Auf die Minute topfit ins Spiel Gummersbach: Angst vor sich selbst?

DW. **Bonn**

Plötzlich ist die ganze lange Saison unbedeutend geworden, wurde sie auf acht Tage oder zwei Spiele reduziert. An zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden kann die Arbeit einer ganzen Saison zur Nebensächlichkeit mit ungeahnten Ergebnissen verkehrt werden. Die Handball-Bundesliga erlebt ihre dramatischste Entscheidung.

Die Meisterschaftskarten sind seit Wochen an drei Vereine verteilt, die Trümpfe wechseln wöchentlich. Die meisten Asse scheint der THW Kiel in seinen Reihen zu haben, denn seine Spieler gewannen jetzt das erste von zwei entscheidenden Spielen. Mit 21:19 wurde der große Favorit TuSeM Essen, dessen Titel-Hoffnungen damit fast auf den Nullpunkt gesunken sind, besiegt.

Die Entscheidung wird am nächsten Wochenende fallen, wenn der Dritte im Bunde, der VfL Gummersbach, den THW Kiel erwartet. Gummersbach wahrte seine Titelchance durch einen knappen 13:12-Sieg beim Tabellenvierten TV Großwallstadt. Kiel und Gummersbach an der Tabellenspitze, getrennt nur durch die Winzigkeit eines Punktes – das hatte vor Saisonbeginn niemand erwartet. Leidtragender dieser Konstellation ist der TuSeM Essen, der noch vor drei Wochen den Rivalen Gummersbach regelrecht deklassiert hatte. Wie im Vorjahr, als die Essener erst am letzten Spieltag das entscheidende Spiel um die Meisterschaft verloren, scheinen sie erneut an ihrer Nervenschwäche zu scheitern. „Meine Mannschaft kann unter Belastung nie ihre volle Leistungsstärke bringen", verzweifelt Trainer Petre Ivanescu, vor Jahren mit dem VfL Gummersbach immerhin Europapokalsieger.

In der ausverkauften Kieler Ostseehalle stand er mit seiner Mannschaft am Samstag auf verlorenem Posten. 20 000 Zuschauer wollten den THW Kiel unterstützen, doch nur 7000 konnten in der Halle dabeisein. Rund 500 Fans warteten vergeblich vor den Toren – oder zahlten Schwarzmarktpreise bis zu 200 Mark.

„Wir haben uns auf diese beiden Spiele gezielt vorbereitet", sagte der isländische Trainer Johann Ingi Gunnarsson später. „Deshalb waren wir auf die Minute topfit." Im Gegensatz zu seinem Kollegen Ivanescu war es Gunnarsson gelungen, seine Mannschaft physisch und psychisch optimal vorzubereiten. Gunnarsson, einige Jahre lang Assistenztrainer der polnischen Nationalmannschaft, ist darin absoluter Experte. Er besitzt nicht nur das nötige Fachwissen, sondern studiert in Kiel noch Psychologie und kann seine Spieler deshalb umfassend betreuen.

Außerdem steht mit dem ehemaligen polnischen Nationalspieler Parek Panas ein Mann in der Mannschaft, der die Ideen des Trainers auf dem Feld nicht nur umsetzt, sondern noch weiterentwickelt. Zwar warf er in dieser Saison erst rund fünfzig Tore, doch es sind psychologisch wichtige Treffer. Gegen Essen traf er gleich zu Beginn zweimal aus der zweiten Reihe, überraschte den sonst so souveränen Nationalmannschafts-Torwart Stefan Hecker und verunsicherte ihn für den Rest des Spiels.

Nicht erst seit Samstag wird Panas in Kiel auf Händen getragen. Doch ob er noch eine dritte Saison anhängen wird, will er erst in einigen Wochen entscheiden. Sicher ist allerdings, daß er den Kielern als Trainer erhalten bleibt. „Ich bin jetzt ein Kieler", hat der Pole schon mehrfach gesagt, seit er mit seiner Familie in Schleswig-Holstein heimisch wurde. Als Jugendtrainer, einer von vier hauptamtlichen, ist er in das langfristige Konzept des Vereins eingebunden, der in Kiel eine ähnliche Handball-Hochburg aufbauen will, wie es sie früher *in Gummersbach und danach in* Großwallstadt gab.

Ein Sieg am Samstag (19.30 Uhr) in Gummersbach ist deshalb unabdingbare Voraussetzung und durchaus möglich, auch wenn der Gummersbacher Obman Eugen Haas selbstbewußt orakelt: „Jetzt haben wir die beste Titelchance." Nach schwachem Saisonstart hat sich Gummersbach vor allem aufgrund seiner erstaunlichen Auswärtsbilanz nach oben gespielt: 18:4 Punkte, nur das Spiel in Essen verloren – das gab es selbst zu den Zeiten nicht, als der Klub noch mit Erhard Wunderlich mit großem Vorsprung Meister wurde.

Um nicht so kurz vor dem Ziel noch zu stolpern, verzichtet Gummersbach auf viel Geld und spielt in der nur 2300 Zuschauer fassenden Halle in Gummersbach statt in der Dortmunder Westfalenhalle.

Der finanzielle Verzicht hat einen Grund: Seit Gründung der eingleisigen Bundesliga 1977 hat der THW Kiel in Gummersbach nie gewonnen. Torwart Andreas Thiel, der seiner Mannschaft mit drei parierten Siebenmetern den knappen Sieg in Großwallstadt und damit die Meisterschaftshoffnungen rettete, fürchtet denn auch weniger den Gegner als die eigenen Mitspieler: „Nachdem es bei uns in dieser Saison überraschend gut lief, haben jetzt wohl einige Angst vor der eigenen Courage bekommen."

SPORTBUND

Keine Zustimmung für die Leitsätze zum Spitzensport

dpa, **Frankfurt**

Die künftige Förderung des Hochleistungssports in Deutschland bleibt umstritten. Das Präsidium des Deutschen Sportbundes (DSB) verweigerte den vom Bundesausschuß Leistungssport (BAL) vorgelegten „Leitsätze für den Spitzensport" seine Zu*stimmung*. Kritische Anmerkungen zu dem Entwurf, der eine neue Kraftanstrengung im Hinblick auf die Olympischen Spiele in Calgary und Seoul 1988 beinhaltet, kamen auch von der Bundesregierung.

Die Verwirklichung der Leitsätze würde auf eine Professionalisierung des deutschen Hochleistungssports hinauslaufen. Die wichtigsten Vorhaben: Weitere Konzentration der Mittel und Möglichkeiten auf olympische Sportarten; verstärkter Einsatz von Trainern, hauptamtliches Management, Mediziner und Wissenschaftler; Verbesserung des sozialen Umfeldes der Athleten mit Übernahme von Gehalts- und Ausbildungskosten; Bildung sogenannter Olympia-Stützpunkte als „zentrale Kommunikationsstellen für alle beteiligten Athleten, Trainer, Betreuer und Funktionäre".

Für Erich Schaible, Hauptabteilungsleiter Sport im Bundesinnenministerium, wären solche Olympia-Stützpunkte „ein Schritt zurück". Immerhin habe sich erwiesen, daß das bereits bestehende „unglaubliche Stützpunktnetz" nicht ausreichend genützt worden sei. Schaible: „Ich kann nicht sehen, wie die Olympia-Stützpunkte realisiert werden sollen." in diesem Jahr fließen dem Leistungssport aus dem Innenministerium 53 Millionen Mark zu.

Eine siebenköpfige Kommission wird am 7. Mai einen überarbeiteten Entwurf vorlegen.

SPORT-NACHRICHTEN

Chelsea: Elektro-Zaun

London (sid) – Der englische Fußballklub FC Chelsea London will in seinem Stadion einen drei Meter hohen Elektro-Zaun gegen Rowdies installieren. Bei Politikern und Polizei-Führern stieß das Vorhaben auf Ablehnung.

Sieg mit Bellmann

Tauberbischofsheim (sid) – Durch einen 7:5-Sieg gegen Frankreich gewannen die deutschen Degenfechter zum siebenten Mal das Sieben-Nationen-Turnier in Tauberbischofsheim. Für den verletzten Alexander Pusch startete der Leverkusener Fünfkämpfer Achim Bellmann.

Bykowa über 1,98 Meter

Taschkent (sid) – Die sowjetische Hochsprung-Weltmeisterin Tamara Bykowa gewann in Taschkent mit 1,98 m. Um die 26jährige hatte es Gerüchte gegeben, sie sei Anfang des Jahres aus politischen Gründen für die großen Hallen-Veranstaltungen gesperrt worden.

Kuba: Baseballer in USA

Albany (UPI) – Nach einer Pause von 26 Jahren wird es vom 3. bis 11. August in Albany (USA) bei der Junioren-Weltmeisterschaft im Baseball wieder sportlichen Kontakt zwischen USA und Kuba in den USA geben. Ursprünglich sollte Amateur-Weltmeister Kuba schon 1984 in Los Angeles spielen, aber der Olympia-Boykott verhinderte die Demonstration.

Langer übernahm Führung

Hilton Head Island (UPI) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) hat bei den mit 400 000 Dollar dotierten Sea Pines Heritage Golf Classics in Hilton Head Island (US-Bundesstaat South Carolina) in der 3. Runde die Führung übernommen. Mit 203 Schlägen führt Langer vor den Amerikanern Edwards (204), Mize und Wadkins (je 205).

Jubiläumsspiel gewonnen

Kopenhagen (sid) – Die Handball-Weltauswahl gewann in Kopenhagen das Jubiläumsspiel zum 50jährigen Bestehen des dänischen Verbandes gegen Dänemark mit 26:23 (13:11). Von den beiden deutschen Spielern Erhard Wunderlich (Milbertshofen) und Meffle (Hofweier) überzeugte Wunderlich als Anspielstation und Regisseur.

Zwei Ausländer pro Verein

Bern (dpa) – In der Schweizer Fußball-Nationalliga dürfen von der nächsten Saison an zwei Ausländer pro Verein eingesetzt werden. Die Neuregelung gilt zunächst für drei Jahre.

Neuberger nicht dabei

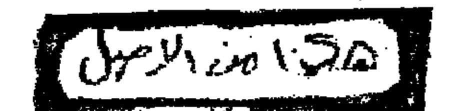
Frankfurt (sid) – Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), wird nicht zum Pokalfinale am 26. Mai nach Berlin reisen. Neuberger muß Termine als Organisationschef der nächsten Weltmeisterschaft wahrnehmen. In Berlin wird Neuberger von Vize-Präsident Otto Andres (Frankfurt) vertreten.

Amateure werden teurer

Frankfurt (dpa) – Mit Beginn der neuen Saison müssen die Fußball-Bundesligaklubs 33 000 Mark (bisher: 30 000 Mark) bezahlen, wenn sie einen Spieler aus der Amateurliga verpflichten. Zweitliga-Vereine zahlen statt 24 000 dann 25 000 Mark.

Notprogramm

Wien (dpa) – Um sich auf das Qualifikationsspiel zur Fußball-WM gegen Holland (1. Mai) vorzubereiten, hat der österreichische Fußballbund die Meisterschaftsrunde vom 27. April auf den 21. Mai verschoben.



Pankraz, der Horch und der Windkanal

In „M", dem vom Münchner BMW-Museum herausgegebenen „Magazin der mobilen Generation", findet Pankraz eine säuerliche Philippika auf die Autos der dreißiger Jahre, die von den Oldtimer-Sammlern bekanntlich besonders geschätzt werden. „Zu laut, zu eng, zu kleine Fenster", heißt es da, „mit einem unmöglichen Fahrwerk gesegnet und praktisch ohne Bremsen." Demgegenüber seien die heutigen Autos doch wahre Wunder nicht nur an Technik, sondern auch an Eleganz. „Da in den Design-Abteilungen ebenfalls Kreative sitzen, braucht einem vor einer Uniformität der Automobile nicht bange zu sein. Noch immer kann man ... einen BMW sehr wohl von einem Mercedes oder von einem Audi unterscheiden."

Die Leute sind bescheiden geworden. Das pure Unterscheiden-Können gilt ihnen schon als Merkmal von Eleganz. Aber das ist frommer Selbstbetrug. Gewisse Spitzenmarken mögen noch voneinander unterscheidbar sein, und alle miteinander mögen sie den „Klassikern" der dreißiger Jahre technisch haushoch überlegen sein, doch in puncto Eleganz kann ein BMW von heute nie und nimmer mit einem BMW 326 von 1936 konkurrieren. Und neben den Superschönheiten von damals, etwa einem Horch 853 mit einer Karosserie von Erdmann & Rossi oder einem Delahaye 135, karossiert von Chapron, wirken auch die aufwendigsten Luxusgefährte unserer Tage wie grobe Parvenüs.

Es kommt eben auf gewisse Design-Merkmale an, die unter den Vorgegebenheiten der modernen Fahrzeugtechnik einfach nicht mehr zu realisieren sind: die schlanke, spitz nach vorn zulaufende Motorhaube, der leicht und lässig zurückgelehnte Kühler, die anmutig geschwungenen Kotflügel, die sich farblich wunderbar dezent von der übrigen Karosserie abheben und deren Schwingung extra noch einmal von speziellen Farblinien nachgezogen wird ... Das ist die wahre „Erlesenheit", und Eleganz bedeutet ja nichts anderes als eben Erlesenheit.

Diese Eleganz war übrigens auch bei den Modellen der dreißiger Jahre die große Ausnahme. Natürlich konnten nur Wagen der gehobenen Klasse elegant sein; die Kleinen, die die Merkmale der Eleganz nachahmten, wirkten schnell lächerlich. Und von den „Gehobenen" wiederum erreichten nur diejenigen wirkliche Eleganz, die darauf verzichteten, ihre „Power" unbedingt vorzeigen zu wollen. Zum Beispiel hat es nie einen ohne alle Abstriche eleganten Mercedes gegeben; selbst die berühmten 540er Kabrioletts aus der Sindelfinger Karosserie-Werkstatt zeigten noch zuviel aufdringliche „Power" und Bulligkeit, rochen ein bißchen nach Sport, Schweiß und Talkum. Ähnlich die britischen Autos aus dieser Zeit: Entweder waren sie einfach sportlich, oder sie waren gravitätisch, altmodisch, allzu herrschaftlich aufgerichtet.

Eleganz, so lernen wir beim Vergleich eines deutschen Horch mit einem britischen Rolls oder Daimler, ist der deutlich zurückgenommene Reichtum, ist Dezenz, Verbindlichkeit, Gediegenheit, was soviel wie „Gedecktheit" heißt. Der elegante Herr oder die elegante Dame stechen allenfalls hervor durch ihre betonte Unauffälligkeit. Eine „elegante Lösung" in der Technik oder in der Mathematik ist eine Lösung, deren sensationelle Originalität man leicht übersieht. Die Anstrengung zur Mühelosigkeit – so könnte man Eleganz wohl definieren. Oder, mehr vom Äußeren her betrachtet: das Sicheinschmiegen ohne Anpassung.

Deshalb ist ja die Eleganz im modernen Design auch so selten geworden. „M", das „Magazin der mobilen Gesellschaft", möchte uns einreden, daß das Sichanpassen an die Strömungsvorschriften des Windkanals die wahre Eleganz hervorbringe, daß ein strömungsgünstiger Sportwagenentwurf von Pininfarina oder Bertone allemal eleganter sei als die „Pseudolinien" von Chapron oder Erdmann & Rossi. Aber was im Windkanal herauskommt, sind bloße Nützlichkeits- und Benzinspar-Monster, an der Front lachhaft abgerundet wie ein Babykopf, hinten keilförmig aufgesperrt und brutal „abgerissen" – Technik pur, der Blick in den Orkus bloßer Notwendigkeiten, den uns die Eleganz gerade ersparen will.

Sicherlich hat ein Horch 853 einen beklagenswert schlechten Luftwiderstandsbeiwert, und sein Kurvenverhalten ist, an modernen Erwartungen gemessen, erchreckend. Doch seine ganze äußere Erscheinung spielt souverän über derlei Mängel hinweg. Er paßt sich nicht an, trägt indessen seine mühevolle Unangepaßtheit mit einer derartigen Nonchalance, daß man den Eindruck erhält, hier – und nicht bei den angepaßten Technikknüppeln – sei die wahre Mühelosigkeit. Eleganz erzeugt die Illusion, daß die Ingredienzien der Schönheit, Anmut, Lässigkeit, Schlankheit, feines Rankenwerk, gleichzeitig auch die Ingredienzien der Nützlichkeit und Notwendigkeit seien. Das moderne Design hingegen will uns die Gleichung suggerieren, daß Nützlichkeit schlichtweg identisch mit Schönheit sei.

Eine solche Gleichung geht nirgends auf, Schönheit und Nützlichkeit sind nicht identisch. Sie sollten es aber sein, d. h. die Welt wäre angenehmer, wenn diese Identität vorhanden wäre. Indem die Eleganz so tut, „als ob" die Identität möglich sei, bedient sie ein utopisches Bedürfnis, das sie aber im selben Atemzug desavouiert und ironisch bricht. Denn sie *spielt* ja nur Identität, und sie spielt sie mit großem Einsatz von Mühe, Raffinesse und deklamatorischem Aufwand.

Etwas von dieser großartigen „mise en scène" weht uns an, wenn wir auf der Autobahn plötzlich im Strom der aktuellen Gebrauchskarossen einen Horch 853, Delahaye 135 oder BMW 326 auftauchen sehen. Nicht nur Oldtimerherzen schlagen dann höher, sondern die Herzen all derer, die sich mit der Welt der bloßen Nützlichkeit nicht abfinden, sondern sie in eine Welt der Schönheit und Freiheit verwandeln möchten.

Pankraz

Faszinierendes Erzählkino: David Leans „Reise nach Indien" nach dem Roman von E. M. Forster

Nie können sich Ost und West begegnen

Sein Name weckt noch immer Erinnerungen an großes episches Kino. Dabei hat er seit 15 Jahren keinen Film mehr gedreht. Aber „Lawrence von Arabien", „Doktor Schiwago", „Ryans Tochter" und „Die Brücke am Kwai" machten David Lean, den „Grand Old Man" des englischen Kinos, bereits zu Lebzeiten zu einer Legende, die man nicht so schnell vergißt. Jetzt hat sich der 77jährige Regisseur ein fulminantes Comeback bereitet. Sein neuer Film „Reise nach Indien", nach Edward M. Forsters Roman „Passage to India", ist derzeit nicht nur in England, sondern auch in Amerika ein Riesenerfolg, und zwar völlig zu Recht. Schon lange nicht mehr sah man einen derart gelungenen, einen derart anspruchsvollen und gleichzeitig doch auch unterhaltsamen Film.

Er ist das Ergebnis einer langen Sehnsucht. Nicht weniger als ein Vierteljahrhundert trug sich Lean mit der Idee, den Forster-Roman auf die Leinwand zu bringen. Doch der 1970 verstorbene Schriftsteller hatte sich einer Verfilmung lebenslang widersetzt. Erst 1980 gelang es Leans Produzenten Brabourne endlich, mit Forsters Nachlaßverwaltern einig zu werden.

Buch und Film spielen im britisch beherrschten Indien des Jahres 1924. Zwei fremde Welten prallen aufeinander. Von Anfang an betont der Film diese Gegensätzlichkeit in stark kontrastierenden, wenngleich durch die weiche Schnittechnik Leans eng miteinander verwobenen Bildern. Wenn sich der Vorhang hebt, fällt der Blick auf indische Tapisserien in rotgoldenen Tönen – Farben, die den Film weitgehend beherrschen werden. Götterfiguren mit unergründlichen Augen geben in einem Dickicht aus Schlingpflanzen Rätsel auf. Doch schon das nächste Bild zeigt ganz prosaisch jede Menge schwarze Regenschirme. Eilige Passanten im Londoner Hafen halten sie steif gegen den Sturm.

Mrs. Moore, Mutter des Richters und Kolonialbeamten Ronny Heaslop, und die junge Adela Quested, die dessen Frau werden soll, schiffen sich zu ihrer Reise nach Indien ein. Ehe wir uns versehen, sind wir wieder in einem Hafen, dem von Bombay. Scharen von Indern drängeln sich im bunten Durcheinander. Doch dazwischen, wiederum in schärfsten Kontrast, die weißen Gesichter der Lords und Ladies vom britische Empfangskomitee.

Der Balanceakt des Dr. Aziz: Victor Banerjee in David Leans Film „Reise nach Indien"
FOTO: NEUE CONSTANTIN FILM

Per Eisenbahn geht's nach Chandrapure, wo die beiden Damen in die englische Kolonie eingeführt werden. Diese ist von Lean auf subtil satirische Weise so englisch wie nur möglich gezeichnet. Da gibt es Golf und Fünf-Uhr-Tees, Bridge und Dinner-Parties, kalte Höflichkeit, selbstbewußte Ladies mit Blumen am Hut, Lords mit Monokel, Melone und unbeweglicher Miene. Und jeden Tag mindestens einmal „God Save Our Queen". Die Engländer sind unter sich, mit den Indern pflegen sie keinerlei gesellschaftlichen Umgang. „Wir sind hier", sagt Heaslop, „um Recht zu sprechen und den Frieden zu bewahren."

Das reicht den beiden frisch angekommenen Damen nun freilich keineswegs. Sie wollen das „wirkliche Indien" kennenlernen. Der junge indische Arzt, Doktor Aziz, hilft ihnen dabei. Er macht mit ihnen eine Landpartie zu den heiligen Höhlen von Marabar, ein aufwendiges Unternehmen mit viel Dienerschaft und einem prächtig geschmückten Elefanten.

Wiederum geht es quer durchs Land mit der Eisenbahn, die im Film mindestens so häufig vorkommt wie die Regenschirme und der Vollmond über dem Ganges. Es gibt auf dieser Fahrt sogar ein paar Slapstick-Einlagen, etwa wenn Dr. Aziz hoch über einem Aquädukt auf dem Dach des fahrenden Zuges Douglas-Fairbanks-Posen ausprobiert.

Aber die Exkursion endet fatal. Adela Quested, die in den Höhlen angesichts üppiger Kopulationsdarstellungen an den Wänden einer Halluzination erliegt, dreht durch und – klagt Aziz der versuchten Vergewaltigung an. Es wird ihm der Prozeß gemacht. Erst im letzten Augenblick entlastet ihn Adela, was zwar zum Freispruch von Aziz, aber auch zur Auflösung ihrer Verlobung führt. Die alte Mrs. Moore jedoch, großartig verkörpert von Peggy Ashcroft, verläßt das Land, angewidert von der Heuchelei ihrer Landsleute, und stirbt einen einsamen Tod auf See.

Im Grunde ist David Leans Film eine bittere, unerbittliche Paraphrase auf das bekannte Motto Rudyard Kiplings: „Und Ost bleibt Ost, und West bleibt West, nie werden sich beide begegnen ..." Vor allem in der Person des Dr. Aziz spiegelt sich das ab, der beide Kultursphären erfassen will und eben dadurch beide verliert, im Niemandsland zwischen Ost und West zerrieben wird.

In der Präsentation der sechs Hauptfiguren hat der Regisseur ein enormes Gespür für Schauspieler entfaltet. Die junge Judy Davis ist die prüde, unattraktive Adela Quested, die an der Sinnlichkeit Indiens tragikomisch scheitert. Nigel Havers als Richter Heaslop ist der typisch englische Verwaltungsbeamte, scharf abgehoben von James Fox als Lehrer Richard Fielding, der in sich alle noblen Eigenschaften, die man den Engländern nachzusagen pflegt, vereinigt, sie aber nirgendwo recht bewähren kann. Der indische Schauspieler Victor Banerjee als Aziz liefert in seiner Mischung aus Stolz und Unterwürfigkeit ein beklemmendes Porträt indischer Mentalität ab. Peggy Ashcroft als Mrs. Moore aber gebührt die Palme unter den Schauspielern. Zu Recht wurde sie für diese Leistung mit dem Oscar geehrt.

Nicht wiederzuerkennen ist Sir Alec Guiness als weiser, alter Brahmane Godbole. Er kann in die Zukunft sehen, weigert sich aber – der Hindu-Philosophie entsprechend –, dem Schicksal ins Handwerk zu pfuschen. Er hüllt sich in beredtes Schweigen, was dem überwiegend melancholisch getönten Film ein paar vergnügliche Pointen aufsetzt.

„Reise nach Indien" ist ein Meisterwerk voller Altersweisheit. Es dauert über drei Stunden und wird an keinem Punkt langatmig oder flach. In seinen hinreißenden Bildern, die bis ins kleinste Detail ausgeklügelt sind, verrät sich immer wieder das ungebrochene filmdramaturgische Ingenium des David Lean. Sollte dieser Film sein letzter sein, er wäre ein eindrucksvolles Vermächtnis.

DORIS BLUM

Trojahns neue Sinfonie

Musik wie mit dem Silberstift

Was musikalisch vor gar nicht zu langer Zeit noch unter dem Schlagwort der „Neuen Einfachheit" rangierte, hat sich längst differenziert und kompliziert. Von Einfachheit kann weit und breit nicht mehr die Rede sein, eher schon von einer „Neuen Prächtigkeit", die den alten Schönheitsappell der Musik nicht länger meidet, wenn sie ihn auch oft noch wie mit geschlossenem Mund vor sich hinsummt.



Berlin hat seine 3. Sinfonie uraufgeführt: Manfred Trojahn
FOTO: CHRISTA KUJATH

Manfred Trojahns 3. Sinfonie ist ein Stück dieser Art. Es ist geistvoll, raffiniert und leise. Es trägt sich mit Entschlossenheit aufs dezenteste vor. Es schlägt nicht auf die Pauke des Neuen. Es flüstert von ihm. Und wenn man dabei den Eindruck gewinnt, das Ganze sei gar nicht so neu (womit man vielleicht sogar recht hat), so ist dem Komponisten sicherlich auch dieser Eindruck willkommen. Aus dem keuchenden Wettlauf um die Krone im musikalischen Modernismus ist man heraus, jeder läuft für sich allein und nicht länger in gegenseitig hilfreichen Grüppchen.

Trojahns 3. Sinfonie, vom Radio-Symphonie-Orchester Berlin unter John Carewe, sachkundig und feinnervig einspringend für den erkrankten Riccardo Chailly uraufgeführt, ist ein stilles, verhaltenes Stück von 20 Minuten Spieldauer. Es gliedert sich in vier Sätze, die bruchlos ineinander übergehen. Eine instrumentale Gesangsszene macht den Beginn. Zwei Nachtstücke rahmen danach einen knappen, kräftigen Saltarello. Der Schluß verliert sich in Stille.

Mit leisen, geheimnisvollen Bläserrufen beginnt Trojahn. Doch entwikkelt sich bei aller Zartheit der Faktur bald Dichte und gewinnt vielfarbig sprühenden Klang. Trojahn hat ein feines Ohr für Valeurs. Er hat Geschmack. Er liebt die klangliche Ziselierung. Er schreibt Silberstiftmusik. Er horcht in sein Stück hinein, läßt die Solo-Oboe verschwenderisch singen (Günther Passin bläst sie herrlich) und mischt sich ein Orchesterkolorit zusammen von vibrierender Eigenart.

Lebenssattere Töne schlägt einzig der Saltarello an, ein kraftvoll durchstrukturiertes, attackierendes Stück. Doch von Ferne ruft schon verstohlen, beinahe sehnsuchtsvoll das romantische Horn zum Anfang zurück. Auch am zweiten Nocturne Trojahns hat die École de Paris offenkundig Pate gestanden. Trojahns 3. Sinfonie gibt sich feinschmeckerisch als Menü in vier Gängen der hohen Orchester-Cuisine.

KLAUS GEITEL

Uraufführung: Goehrs Oper „Die Wiedertäufer"

Die Sonne der Wahrheit

Zehn Jahre hat der britische Komponist Alexander Goehr gebraucht, um seine Oper „Die Wiedertäufer" fertigzubekommen. Nun wurde sie im Duisburger Haus der Deutschen Oper am Rhein endlich uraufgeführt. Man hätte es besser gelassen.

Eine so lange Entstehungszeit deutet nichts Gutes an: Zehn Jahre für eine Oper signalisieren weniger Gründlichkeit als Schöpfernöte und Entstehungskrämpfe. An denen muß Goehr schwer gelitten haben. Denn was nun herauskam, das hatte nicht nur einen anderen Titel als das einstens geplante Werk, das noch „Sehet die Sonne" heißen sollte, es war auch ziemlich genau das Gegenteil von dem, was es einmal sein sollte.

Wer sich damals die Wiedertäufer als Opernstoff aussuchte, der muß quasi-religiöse Weltverbesserungs-Utopien mit sich herumgetragen haben. Und in der Tat schwebte Goehr eine Oper in der Nachfolge von Schönbergs „Moses und Aron" vor, jedoch mit einer weniger sperrigen Musik. Goehr ließ den Namen Eisler fallen. Mit einem Wort: Die Sonne, die man in seiner Oper sehen sollte, hätte ziemlich rot geschienen.

Aus Goehrs Biographie ist das auch verständlich. Er war gerade ein paar Monate alt, als sich die Familie 1933 von Berlin nach London in Sicherheit brachte. Der Vater war in Berlin Schüler und Mitarbeiter Arnold Schönbergs gewesen. Mit dessen Theorien und Werken wie auch denen seiner Adepten wuchs Goehr jr. auf, eine ideale Voraussetzung, in den musikalisch-akademischen Circuit der britischen Universitäten einzusteigen, die nach Jahrzehnten der Isolation und Muffigkeit nach einer neuen Musik nur so lechzten.

In der Tat gehört Alexander Goehr zu den Mandarinen des britischen Musiklebens, und es ist wohl nicht unbedingt sein Œuvre, das ihm seine zahlreichen Ämter und Stellungen eingetragen hat. Auch sein Opern-Erstling, „Arden muß sterben", in Hamburg uraufgeführt, konnte sich nicht durchsetzen. Goehrs Leistungen als Lehrer, Verwalter und Anreger im Rundfunk wie im kulturpolitischen Raum mögen größer sein.

Seine Ämter haben ihn aber sicher auch empfindlicher werden lassen gegen politische Parolen und wohlfeile Versprechungen. Die Sympathie, die er anfangs noch mit seinen Wiedertäufern empfunden haben muß, schlug immer weiter um ins Gegenteil. Aus der Legende von den frühen Sozialrevolutionären wurde wieder die historische Wahrheit: die Münsteraner Wiedertäufer als eine Horde von religiösen Fanatikern, die, geführt von den halbirren Demagogen Johann Matthys und Jan Bockelson, im Namen Gottes plündern und schänden, die das Hab und Gut ihrer neuen Jünger einsacken und Armut predigen, damit der Sektenführer in Saus und Braus leben kann, die das Volk entzweien und in einen Krieg stürzen, damit Bedrohung von außen die Herrschaft im Lande festigt.

Auf diese Art und Weise werden Goehrs „Wiedertäufer" ein vom Inhalt her durchaus aktuelles Stück, bei dem man sich aussuchen darf, ob es mehr mit dem Perser Khomeini zu tun hat oder mit obskuren Gurus in der westlichen Welt. Mag der Stoff also seine interessanten Aspekte haben, so vermißt man die bei Goehrs Formen. Das geht beim hölzernen Libretto los, erstreckt sich aber auch auf eine seltsam orientierungslose Musiksprache. Goehr wollte irgendwo an das halbreligiöse, barocke Drama oder Oratorium anschließen, aber was dabei herauskommt, klingt doch allenfalls nach Hindemith oder im besseren Fall noch nach Max Reger, wenn nicht gerade das Vibraphon störend dazwischenklimpert oder das Saxophon herumbluest, was nun weder zu den Widertäufern noch zu einer heutigen Oper paßt.

Das hat so alles weder musikalischen Sinn noch Verstand noch irgendeinen opernhaften Reiz. Aber vielleicht muß man Goehr auch zugutehalten, daß der Regisseur Bohumil Herlischka rund 50 Minuten Musik gestrichen, den Rest auch noch umgestellt hat, so daß – nach des Komponisten Klage – musikalische Entwicklungen durchschnitten und verkehrt wurden.

Solch ein brutaler Eingriff ist auszumachen bei der Vision des Kindes Christian (Koloratursopran Celina Lindsley), das in ekstatischer Verzückung Gott in der hell leuchtenden Sonne zu sehen vermeint und mit eben dieser Vision einen Großteil der Münsteraner zu den Wiedertäufern bekehrt. In der Duisburger Aufführung wird überhaupt nicht einsichtig, warum die Westfalen scharenweise zu den neuen Herren überlaufen, die Vision folgt erst nach (!) dem Tod des Kindes, dessen Verklärung sich Mutter und Johannes Frau einbilden.

Die Aufführung in der Regie von Herlischka und einer Ausstattung von Ruodi Barth erinnerte szenisch über weite Strecken an Striesesche Schmiere, Hiroshi Wakasugi dirigierte, der Chordirektor zählte laut vernehmlich aus der Gasse, und ein Dutzend Sänger mit bemerkenswert welken Stimmen hatte die undankbare Aufgabe, Goehrs Noten auswendig zu lernen.

REINHARD BEUTH

„Familie Schroffenstein" in Frankfurt und Kassel

Köpfe am Kronleuchter

Kleist hat für sein erstes Stück, die Rittertragödie „Die Familie Schroffenstein", hemmungslos die Weltliteratur geplündert. Doch er packt mit sicherem Griff nur das Allerbeste: Tristan, Romeo und Julia, Lear. Was allerdings fehlt, ist das Gespür für die Wirkung der Bühneneffekte. Am schlimmsten mißrät ihm das Schlußbild: Der Familienkonflikt im Hause Schroffenstein erreicht seinen Höhepunkt und Abschluß in einem nachgerade lächerlichen Blutgericht, bei dem die beiden Familienoberhäupter – zudem aus Versehen – die eigenen Kinder erschlagen. Seit seiner Uraufführung im Jahre 1804 gilt das Stück als unspielbar.

Kurz nacheinander versuchten sich nun gleich zwei deutsche Theater – mit völlig konträren Lesarten – an dem heiklen Drama. H. Dieter Jendreyko brachte am Schauspielhaus Frankfurt ein aktionsgeladenes Ritterspektakel mit sperrigen Schwertern und klappernden Rüstungen auf die Bühne, während Valentin Jeker am Hessischen Staatstheater in Kassel die Handlung ins frühe 19. Jahrhundert verlegte und Bürger, nicht Ritter über einander herfallen ließ.

In Frankfurt wird ein vorsichtiger historischer Realismus gepflegt: Die eigenwilligen Frisuren etwa mit ihren kühnen Kahlstellen und sauber ausrasierten Halbglatzen sind bis in die Renaissance hinein auf Tafelbildern gang und gäbe. Die Bühne ist handfest bestückt: Aus dem Schnürboden niederfahrende Holzbohlen können sowohl eine Kirche wie ein Wald und am Ende sogar, schräg gestellt, die Minnegrotte sein. Wenn's brenzlig wird, rauscht elektronische Musik aus dem Lautsprecher. So skizziert Jendreyko flott und im allgemeinen zuverlässig das Geschehen.

Und doch rettet ihn das redliche Verfahren nicht. Wo nur hübsch ordentlich ein Bild an das andere gereiht wird, wo es am Mut zu einer eigenen, den Text durchdringenden Sicht fehlt, plumpst man natürlich über jeden Fallstrick, den der Autor, ohne es zu wollen, geknüpft hat. Auch in Frankfurt bedroht daher angesichts der Inflation an Verwechslungsmorden und den darob anhebenden Wehklagen im Halbdunkel der Höhle das Gelächter des Publikums den Schlußspurt. Aber: die junge Susanna Kraus als Agnes. Wie die vor lauter Liebesglück nicht nur sich, sondern auch den eigentlichen Anlaß ihres Gefühlsüberschwanges, ihren Geliebten selber, ganz und gar vergißt, wie sie läuft, tanzt und jubiliert, das ist schon eine Freude. Gelungene Figurenstudien aber ebenso von ihren Mitspielern.

Ganz anders die Kasseler: Sie haben ein klares Konzept, aber nicht die Schauspieler, die ihm Überzeugungskraft verleihen könnten. Die Szene ist ein Bürgersalon. Man trägt hochgeschlossene, schwarze Kleider und Hemden mit Vatermörderkragen. Doch das feine Benehmen ist hier nicht zu Hause. Da wird schon mal ein geköpfter Sendbote in den Kronleuchter gehängt, zum Nachtisch fuchtelt man bedrohlich mit geladenen Flinten herum, und jeder Spaziergang droht zugleich in einem Waffengang zu geraten. Unter der Maske des gesitteten Bürgers, so versucht Regisseur Jeker zu demonstrieren, lauert der Raubritter.

Der Gedanke ist nicht gerade neu – aber er hätte zumindest zu einem diskutablen Abend führen können, wenn Jeker nicht der Verführung erlegen wäre, Karikaturen statt Menschen auf die Bühne zu stellen. In Kassel wird gebrüllt, gewütet und gerankt, daß es stellenweise kaum zu ertragen ist. Bemerkenswert jedoch auch hier die (Neben-)Figuren: Sigi Schwientek z. B. spielt den Johann als spillerigen, rührend ungeschickten Clown wie aus der Muppet-Show. Da ist endlich einmal mehr als nur armerudemdes Fortissimo. Doch sonst versinken in Kassel Stück und Stückdeutung unter heillosem Gepolter.

JENS FREDERIKSEN

KULTURNOTIZEN

Ernst Bär, der ehemalige Direktor der Bregenzer Festspiele, wurde von einem Gericht in Österreich in den meisten Punkten der gegen ihn erhobenen Anklage (Veruntreuung von rund 700 000 Mark) freigesprochen.

Am 4. Lyrikertreffen in Münster vom 15. bis 20. Mai wollen 19 Autoren, darunter Sarah Kirsch und Günter Kunert, teilnehmen.

Günter Könemann, Generalintendant des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, wurde für weitere sieben Jahre (bis 1994) auf seinem Posten bestätigt.

Eine Stelle für Museumspädagogik ist an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Univeristät Köln eingerichtet worden.

Der Münchener Autor und Amtsrichter Herbert Rosendorfer ist der Träger des mit 10 000 Mark dotierten diesjährigen Sigi-Sommer-Literaturpreises.

JOURNAL

Karajan dirigiert Messe im Petersdom

AFP, Rom

Herbert von Karajan dirigiert am 29. Juni bei einem von Papst Johannes Paul II. im Petersdom zelebrierten Hochamt eine Aufführung der Krönungsmesse von Wolfgang Amadeus Mozart. Erstmals seit Papst Pius X. (gestorben 1914), der den Einsatz eines vollständigen Orchesters in der Vatikanskirche untersagt hatte, werden bei dieser Gelegenheit im Petersdom wieder alle sinfonischen Instrumente erklingen. Die Feier wird vom mexikanischen Fernsehsender Televisa, der die Senderechte erworben hat, direkt übertragen.

Europäische Glaskünstler zeigen ihre Arbeiten

DW. Coburg

217 Künstler aus 20 europäischen Ländern dürfen sich nach der Auswahl durch eine internationale Jury am diesjährigen „2. Coburger Glaspreis für moderne Glasgestaltung in Europa" beteiligen. Die Mehrzahl von ihnen nimmt an dem Coburger Wettbewerb zum ersten Mal teil. 556 ihrer Arbeiten werden in einer Sonderschau in den Kunstsammlungen der Veste Coburg vom 14. Juli bis 13. Oktober zu sehen sein. Am Eröffnungstag der Ausstellung werden die Preisträger des Wettbewerbs bekanntgegeben und die Preise verliehen.

Wieder Maskenball in der Pariser Oper

AFP, Paris

Zum ersten Mal seit 99 Jahren findet am 30. Mai wieder ein Maskenball an der Pariser Oper statt. Die 1991 Eintrittskarten zu dem Ereignis der Saison, die zwischen umgerechnet 170 bis 850 Mark kosteten, sind seit Wochen ausverkauft. Gegeben wird stilgerecht Verdis „Maskenball", dann soupieren die maskierten Gäste, anschließend wird in den Gängen und auf den Stockwerken der Oper getanzt. Der Erlös der Veranstaltung geht an das französisch-israelische Krebsforschungsprojekt Pasteur-Weizman.

Filmfestival bekommt mehr Unterstützung

dpa, San Sebastian

Das Filmfestival in San Sebastian, das in den letzten Jahren seinen internationalen Rang eingebüßt hat, will nach den Worten seiner Organisatoren „ein für alle Mal die unsichere Situation" überwinden. Die Zuschüsse der Stadt und der baskischen Regionalregierung werden in diesem Jahr auf 80 Millionen Peseten, rund 1,5 Millionen Mark, verdoppelt. Das 33. Filmfestival von San Sebastian wird vom 19. bis 28. September 18 Filme aus aller Welt im Wettbewerb zeigen. Im Mittelpunkt sollen wieder die „Jungfilmer" stehen.

Sommertanztheater in der Wachsfabrik

C. W. Köln

Das erste Sommertanztheater im Theaterraum der Wachsfabrik in Köln-Rodenkirchen beginnt am 7. Mai mit dem Ballett „Ich tanze mit dir in den Himmel hinein" von Jochen Ulrich, der damit ein Porträt des Tanz-Forums in Form einer lockeren Skizze zusammengestellt hat. Vom 13. bis 15. Mai stellen junge Choreographen eigene Tanzstücke vor. Bis Mitte Juni bietet das Programm dann Gastspiele unter anderem von Sankai Juku aus Japan, von Ratikko aus Finnland und dem Tanz-Forum der Oper der Stadt Köln mit zwei Balletten.

Hallen für neue Kunst wieder geöffnet

DW. Schaffhausen

Ab 2. Mai sind die Hallen für neue Kunst in Schaffhausen wieder regelmäßig geöffnet, und zwar in diesem Sommer täglich außer montags. Die Sammlung der Schweizer Migros umfaßt vor allem Spitzenwerke der Conceptual-art und der Minimal-art, im einzelnen Werk-Installationen von Carl Andre, Joseph Beuys, Donald Judd, Jannis Kounellis, Sol LeWitt, Richard Long, Robert Mangold, Mario Merz, Bruce Nauman, Robert Ryman und Lawrence Weiner.

Deutsches Museum mit neuer Eisenbahnhalle

dpa, München

Das Deutsche Museum in München bekommt eine vollkommen neugestaltete Eisenbahnhalle. Nach über einem Jahr Bauarbeiten wird die Eisenbahnabteilung am 8. Mai wieder ihre Tore öffnen. Die gänzlich modernisierte und erweiterte verkehrshistorische Ausstellung zeigt u. a. die größte bayerische Schnellzugdampflokomotive, die erste elektrische Lokomotive, eine große diesel-hydraulische Lok sowie das erste Magnetschwebefahrzeug. Neben diesen Superlativen stehen aber auch Alltäglichkeiten von historischer Bedeutung: Signale, Gleisbaumaschinen und alte Dokumente aus der Eisenbahngeschichte.

Die Königin zur letzten Ruhe ins Pantheon

ROLF GÖRTZ, Madrid

Eugenia Victoria von Battenberg, 25 Jahre lang bis zum Sturz der Monarchie im Jahre 1931 Königin von Spanien und Großmutter des jetzigen Königs Juan Carlos I., wird am Montag auf dem Friedhof Bois de Voux in Lausanne exhumiert.

Ihr Sohn Don Juan de Borbon y Battenberg wird seine vor 16 Jahren im Exil gestorbene Mutter zusammen mit den Überresten seiner beiden in Lausanne beerdigten Brüder, Jaime und Gonzalo, im Flugzeug nach Madrid überführen, wo sie nach einem feierlichen Gottesdienst am Donnerstag im Pudridero, der „Fäulniskammer" des Escorial beigesetzt werden. Ein dritter Sohn, der 1938 in Miami bei einem Autounfall ums Leben gekommene Alfonso, wird ebenfalls zur gleichen Zeit nach Madrid geflogen.

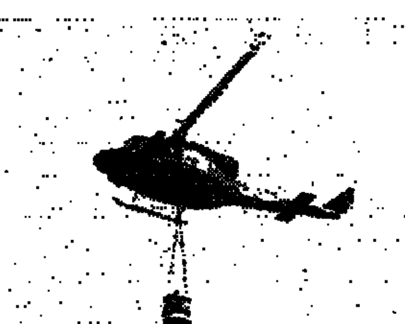
Aber nur Eugenia Victoria wird in das Pantheon überführt, wo die spanischen Könige seit Jahrhunderten mit ihren Frauen in dunklen Marmorsärgen zwischen roten Marmorsäulen ruhen. Die Königinnen aber nur, sofern sie die Dynastie durch ihre Söhne fortsetzten. Schlichtere Angehörigen des Königshauses kommen in weniger stilvolle Grabkammern.

Königin Eugenia Victoria, genannt Ena, eine Enkelin der britischen Königin Victoria, wurde am 27. Oktober 1887 in Schloß Balmoral in Schottland geboren. Ihr Vater Heinrich von Battenberg war ein Sohn des Fürsten Alexander von Hessen-Darmstadt, ihre Mutter Beatrix von Sachsen-Coburg-Gotha, die Lieblingstochter der britischen Herrscherin. Der Name Ena beruht auf einem Fehler im Register von Balmoral.

Unmittelbar nach ihrer Trauung mit dem spanischen König Alfonso III. im Jahre 1906 warf ein Anarchist eine Bombe auf die Hochzeitskutsche. Das Königspaar blieb unverletzt, aber zwanzig Menschen, Polizisten, Soldaten und Zuschauer starben. 1931 folgte die schöne Engländerin ihrem Mann ins Exil, zuerst nach Paris, dann nach Rom und nach dem Tode Alfonsos im Jahre 1941 nach Lausanne.

Erst 1968 kehrte die 80jährige kurz nach Madrid zurück – als Taufpatin des Kronprinzen Felipe. Zehntausende flankierten damals ihren Weg vom Flughafen zum Palast. (SAD)

Grenzwald '85 – Erstmals probten zwei Bundesländer gemeinsam die Waldbrandbekämpfung



In Kanada entwickelt und auch in Deutschland bei der Brandbekämpfung nicht mehr wegzudenken: der Hubschrauber als fliegende Feuerwehr. Hoch auf loderten die Flammen (rechts) bei der größten Brandbekämpfungs-Übung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. FOTOS: DPA



Mit Spaten, Funk und Helikopter gegen die Flammen

Von TORSTEN W. KRAUEL

Äste und Fichtenwipfel, herabgerissen von den letzten Winterstürmen, türmen sich neben der Straße im Unterholz. Ein Streichholz nur, der Gedanke kommt einem schon während der Fahrt durch das Areal der Waldbrandübung „Grenzwald '85", und alles würde lichterloh brennen. Plötzlich liegt ein blutverschmierter Mensch auf der Straße und daneben ein Bus im Graben. Ein Unfall? Nein, die Übung. Die Drehbuchmeldung: „10 Uhr 45, Schulbus auf L 11 verunglückt".

Dreißig „Verunglückte". Im Inferno des seit Oktober ausgearbeiteten Drehbuches der ersten länderübergreifenden Katastrophenschutz-Vollübung der Bundesrepublik Deutschland wären sie nur eine winzige Beigabe gewesen. So winzig, wie die fast dreitausend Mann und 260 Fahrzeuge von Bord des Luftbeobachters „Kater-15" wirken: Auf dreißig Quadratkilometer in der Eifel verteilt sieht ihr Kampf verzweifelt aus. Lautlos, so beschleicht es den Beobachter im Motorlärm in fast tausend Meter Höhe, greift die Katastrophe dort um sich. Rote, blaue und grüne Fahrzeuge stehen scheinbar ineinander verkeilt und sinnlos auf Schneisen und Waldwegen. Gleich feinen, weißen Wurzelfäden von Schimmelpilzen durchziehen Schläuche überall Rodungsflächen und Wälder, gelbe Punkte bewegen sich wie Käfer zwischen dünnen Wasserfontänen: Die meist Freiwilligen Feuerwehrmänner mit gelben Schutzhelmen geben ihr Bestes.

Vor sieben Stunden, um 3 Uhr 55 nachts, gab der Kreisbrandmeister des Kreises Euskirchen Katastrophenalarm. Seitdem ging es Schlag auf Schlag. Bis hin nach Gummersbach setzten sich Feuerwehrzüge in Bewegung. Um halb acht Uhr begann das koordinierte Zusammenwirken der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen: Das „Feuer" scherte sich nicht um den komplizierten Grenzverlauf. Von Kompetenzgerangel ist im schnarrenden, piependen, knarrenden UKW-Funkverkehr nichts zu spüren. Reibungslos unterstellten sich die Bundesländer ihre Verbände zwischen dem pfälzischen Schwiefelnfenn und dem westfälischen Kronenburger Wald.

Die Hubschrauber kommen. Um halb zehn Uhr vormittags schweben mit heulenden Turbinen über dem Kronenburger Stausee unter pfälzischem Kommando zwei gewaltige CH-53-Hubschrauber und drei Bell-Helikopter. Ihr Rotorsturm peitscht Wellen auf den Wasserspiegel und den Schaulustigen Gischt ins Gesicht. An Trossen schleppen sie Löschbehälter mit 1200 oder 5000 Liter Wasser zur Brandstelle, stürmen im Tiefflug bis dicht vor die Wand aus Fichten und Feuer und leeren im Hochziehen „Smokey", den Löschbehälter, in das Ziel.

Schon im leichten Brandqualm der Übungsfeuer aber sind die Helikopter von Bord der Cessna nur äußerst schwer auszumachen. Später räumt Pilot Werner Hessel vom Hubschrauberregiment 35 ein: „Im Qualm eines echten Höhenwaldbrandes würde die Lage schwierig. Man fliegt nämlich nach Sicht, und wird von einem Polizeihubschrauber dirigiert."

Lufteinsätze, bestätigt Innenminister Kurt Böckmann aus Mainz, können bodengebundene Einsätze nicht ersetzen. Dort aber wird Schwerstarbeit geleistet. Schwere Wasserwerfer mit Reichweiten von 80 Metern nehmen an der Landstraße 17 die Baumkronen gegen das gefürchtete Wipfelfeuer unter Wasser, dessen heranrasenden und überspringenden Flammen 1976 in Niedersachsen fünf Feuerwehrmänner zum Opfer fielen. Die Helfer aus dem Erftkreis lagern in der Mittagssonne und schauen der „Transall" nach, die gerade 12 000 Liter Wasser auf einmal von Köln-Wahn zum nahen Schiewelnfenn transportiert. Das rauschende Naß kommt wie ein Gewitterguß hernieder, erschlägt die Flammen und verschlägt den Atem.

Glücklicherweise aber ist alles nur eine Übung. Und deshalb haben die Feuerwehrmannen an der L 17 die mehr als zwanzig schnaubenden und zischenden Rohre zu einem guten Teil in die Astgabeln geklemmt. Pro Minute jagen planmäßig 4 000 Liter Wasser aus den Mündungen. Die Helfer haben ihre Ruhe verdient.

Taktik und Tricks bei der Waldbrandbekämpfung

Ein flammender Waldbrand, ein sogenanntes Vollfeuer, benötigt etwa fünf Liter pro Quadratmeter zur Eindämmung. Das bedeutet bei einem Feuersaum von nur einem Kilometer Länge und einer Tiefe von hundert Metern den Transport von bereits 500 000 Liter Wasser in kürzester Zeit. Dafür allein würden 250 der üblichen Tankfahrzeuge mit 2000 Litern Inhalt benötigt – das Areal von „Grenzwald '85" aber war bei gleicher Fahrzeugzahl dreißigmal so groß.

Große Bedeutung kommt daher dem schwerpunktmäßig entlastenden Lufteinsatz und feuerhemmenden Retardants zu. Das sind chemische Wasserbeimengungen, die nach Verdunstung des Löschwassers nichtentflammbare graphitähnliche Kohle und Wasserdampf in der Zellulose der Baumstämme entstehen lassen. Zusätzlich wird das Wasser eingedickt, um dessen frühzeitige Zerstäubung in den Heißluftströmen über den Brandherden zu verhindern. Das Lufttransportgeschwader in Wunstorf verfügt über zwei Löschsätze; fünf wären nach der bisherigen Erfahrung nötig. twk

Alpenverein wagt apokalyptische Vorhersage

dpa, München

Der Bergwald stirbt. Wenn der Waldverlust in den nächsten zehn Jahren wie bisher fortschreitet, sind fast jede zweite Ortschaft des bayerischen Alpenraumes und etwa 370 Kilometer des Straßennetzes unmittelbar durch Steinschlag, Lawinen und Überschwemmungen bedroht. Das ist das Ergebnis einer Studie über die Entwicklung der Waldschäden in den Alpen, die der Deutsche Alpenverein (DAV) am Wochenende in München vorgelegt hat. Nach der Studie werden die gelichteten Wälder demnächst nicht mehr in der Lage sein, die Wassermassen aufzufangen. Dann werde das Erdreich absacken und unter anderem die Speicherseen auffüllen – mit der Folge, daß gewaltige Überschwemmungen drohten. Auf einer „Katastrophenkarte" haben die Experten des DAV die Folgen bildlich dargestellt. Lawinenabgänge und Überschwemmungen bedrohen vor allem Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald, Oberstdorf sowie alle Ansiedlungen in den Haupttälern von Iller, Lech, Loisach, Isar, Inn und Saalach. Straßen wie die Inntal-Autobahn oder die Bundesstraße 2 drohen unpassierbar zu werden.

Warnsignale?

dpa, Peking

Chinesische Experten sehen in den jüngsten Erdbeben in den Provinzen Sichuan und Yunnan Warnsignale für mögliche weitere schwere Beben. Das sagte gestern in Peking der stellvertretende Minister für Städtebau und Umweltschutz, Dai Nianci. Die Erdstöße, die am Donnerstag die Provinz Yunnan bis zu einer Stärke von 6,3 heimgesuchten, hatten 22 Todesopfer gefordert.

Beinahe-Kollision

AFP, Ancona

127 Insassen einer Linienmaschine der italienischen Fluggesellschaft Alitalia sind offenbar am Samstag abend nur knapp einer Katastrophe entgangen. Nach Angaben des Piloten wäre die Alitalia-Maschine während ihres Landemanövers fast von einem „Tornado"-Jagdbomber der italienischen Luftwaffe gestreift worden. Ein Sprecher der Luftwaffe in Brescia räumte ein, daß sich die beiden Maschinen wegen eines Irrtums möglicherweise auf gleicher Position befunden hätten.

Tödliche Fracht

SAD, Paris

Die Leichen von 28 jungen Prostituierten wurden in einem Schiffs-Container auf der Karibik-Insel Saint-Thomas im Archipel der Jungferninseln entdeckt. Die Frauen stammten aus der Dominikanischen Republik. Sie waren auf dem Transport in dem versiegelten Container erstickt. Neben den Leichen hockten 40 noch junge Mädchen, wie Vieh zusammengepfercht. „Frauenhandel ist in der Karibik nichts Neues. Gewöhnlich kommt alle 14 Tage eine Ladung mit jungen ‚Sklavinnen' in Saint-Thomas an", berichtete der Korrespondent des Pariser „Le Matin" am Wochenende.

Kino in Flammen

rtr, Manila

Bei einem Brand in einem vollbesetzten Kino in der philippinischen Kleinstadt Tabaco in der Provinz Albay sind mindestens 44 Menschen, zumeist Jugendliche, ums Leben gekommen. Die Stadt liegt rund 350 Kilometer südöstlich von Manila.

Ferraris gefälscht

dpa, Cuneo

Ein ungewöhnlicher Erfolg gelang der Polizei im norditalienischen Cuneo, als sie eine Mechanikerwerkstatt aushob. In ihr hatten Vater und Sohn Giordanengo in jahrelanger Feinarbeit etwa 50 Ferrari GS Baujahr 1962 nachgebaut. Die Fahrzeuge mit dem Markenzeichen des renommierten italienischen Autorennstalls wurden über die Schweiz und Frankreich zum Stückpreis von 500 000 Mark verkauft.

ZU GUTER LETZT

„Medizinstudenten protestieren gegen Durchfallquote." Es stand in der WELT.

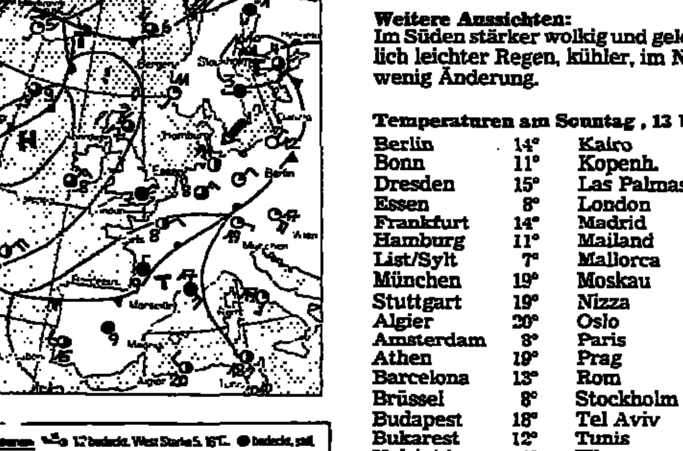
LEUTE HEUTE

Gehaltvoll

Barry Diller, Vorsitzender der Film-Produktionsgesellschaft „Paramount", einer Filiale des Konzerns „Gulf and Western", versteuerte 1984 ein Einkommen von 3,41 Millionen Dollar und war damit der Spitzenverdiener der US-Topmanager. Das Pikante daran: er machte damit fast doppelt so viel Geld wie sein Boß **Marty Davis**, der Präsident der „Gulf and Western". An Nummer 2 lag **Thomas O'Malley**, stellvertretender Vorsitzender der New Yorker Finanz-Gesellschaft „Phibro-Salomon" mit 2,514 Millionen Dollar. Dank Prämien überflügelte auch er damit den Chef der Gesellschaft, **John Gutfreund**, der 2,339 Millionen Dollar kassierte.

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Eine von Südwestfrankreich bis nach Ostpreußen verlaufende Luftmassengrenze trennt Warmluft in Süddeutschland von kühler Meeresluft im Norden.



Vorhersage für Montag:
In ganz Deutschland heiter bis wolkig, im Küstenbereich vereinzelt Schauer, sonst niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen im Norden 10 bis 15, im Süden 15 bis 20 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Dienstag 8 bis 4 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Im Süden stärker wolkig und gelegentlich leichter Regen, kühler, im Norden wenig Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	14°	Kairo	25°
Bonn	11°	Kopenh.	9°
Dresden	15°	Las Palmas	20°
Essen	8°	London	7°
Frankfurt	14°	Madrid	9°
Hamburg	11°	Mailand	15°
List/Sylt	7°	Mallorca	16°
München	19°	Moskau	13°
Stuttgart	19°	Nizza	16°
Algier	20°	Oslo	7°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	19°	Prag	15°
Barcelona	13°	Rom	17°
Brüssel	8°	Stockholm	3°
Budapest	18°	Tel Aviv	25°
Bukarest	12°	Tunis	18°
Helsinki	4°	Wien	17°
Istanbul	14°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 6.11 Uhr, Untergang: 20.31 Uhr; **Mondaufgang**: 7.24 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit leeren Händen kehrten 64 Mann nach Hause zurück

Schiffbrüchige von Neufundland in Hamburg eingetroffen

PETER ZERBE, Hamburg

Bei einer Schiffskollision zwischen den beiden deutschen Schwesterschiffen „Wesermünde" und „Johann Dietrich Broelemann" vor der Küste von Neufundland mußte die „Johann Dietrich Broelemann" nach achtstündigem Kampf aufgegeben werden. Alle 64 Besatzungsmitglieder wurden gerettet.

Nach Aussagen von Kapitän Hans Brehmer ereignete sich das Unglück in der Nacht zum Mittwoch bei dichtem Nebel, Treibeis und rauher See. Der 5000 Tonnen große, moderne Fischereidampfer war von der gleich großen „Wesermünde" mit ihrem für den Eisgang verstärkten Bug zwischen Schornstein und Brücke gerammt worden.

Während die „Wesermünde" nur leicht beschädigt wurde, klaffte im Maschinenraum der „Johann Dietrich Broelemann" ein „absolut tödliches Leck, größer als eine Tür", wie der Kapitän des untergegangenen Fangfabrikschiffes formulierte.

Der größte Teil der Besatzung wurde sofort mit Schlauchbooten auf das Schwesterschiff evakuiert. 18 Mann versuchten, das angeschlagene Schiff zu retten. Doch war „der Druck des hereinschießenden Wassers so stark, daß wir uns dem Leck nur auf drei bis vier Meter nähern konnten". Kapitän Brehmer, nach drei Tagen ohne Schlaf sichtlich mitgenommen, schilderte Freitag abend bei seiner Ankunft auf dem Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel den dramatischen Kampf um die Rettung seines Fangschiffes.

Alle Versuche, den vollgelaufenen Maschinenraum mit Schotten abzudichten, schlugen fehl. „Irgend etwas im Schiff war zerbrochen", ergänzte der Erste Steuermann den Bericht seines Kapitäns. Als auch ein Versuch, Pumpen vom 250 Seemeilen entfernten St. Johns an der Ostküste Neufundlands mit einem Hubschrauber einzufliegen, wegen schlechten Wetters scheiterte, war das Schiff verloren.

Mit der „Johann Dietrich Broelemann" versank nicht nur eins der drei modernen Fangfabrikschiffe der Reederei Hanseatische Hochseefischerei in Bremerhaven in den Fluten des Atlantiks, gleichzeitig gingen auch 80 Arbeitsplätze für Hochseefischer verloren. „Wir können die Leute nicht auf unsere verbleibenden Schiffe umverteilen", sagte der Einsatzleiter der Flotte, Günter Ohlrogge.

Die ganze Mannschaft machte bei ihrer Ankunft einen erschöpften Eindruck. Unrasiert und überwiegend in Öljacken gekleidet kamen die meisten Seeleute mit leeren Händen, allenfalls mit einer Plastiktüte unter dem Arm aus dem Flugzeug. Bei der schnellen Räumung des Fangfabrikschiffs hatten nur wenige das Allernötigste retten können.

27 Mann der Besatzung des gesunkenen Schiffs sind Portugiesen. Auf sie wartete das erste ordentliche Bett nach der Katastrophe im Hamburger Seemannsheim. Sie befinden sich inzwischen auf dem Weg in ihre Heimat. Die meisten Deutschen waren unmittelbar nach ihrer Ankunft vom Flughafen aus zu ihren Familien nach Bremerhaven weitergefahren.

Der Abhängige ist ein Schauspieler erster Klasse

In Köln trafen sich 6000 „Anonyme Alkoholiker"

dpa, Köln

„Ich bin Karl, ich bin Alkoholiker." – Der sich so vorstellt, hat bereits seit Jahren keinen Tropfen Alkohol mehr angerührt. Denn mit diesem Satz, dem Eingeständnis seiner Machtlosigkeit gegenüber dem Alkohol, begann für ihn ein ganz neues Leben. Seine Nüchternheit sei ein „Geschenk", das er zum größten Teil der Selbsthilfegemeinschaft der „Anonymen Alkoholiker" verdanke, sagt er. „Ohne die Gruppe wäre ich nicht mehr am Leben." Das war auf einem deutschsprachigen Treffen der vor 50 Jahren gegründeten Organisation am Wochenende in Köln unter den rund 6 000 Teilnehmern immer wieder zu hören.

So unterschiedlich die Schicksale der AA-Mitglieder auch sind, sie verbindet die Lebensaufgabe, „miteinander ihre Erfahrung, Kraft und Hoffnung zu teilen, um ihr gemeinsames Problem zu lösen und anderen zur Genesung vom Alkoholismus zu verhelfen".

„Auf einmal war ich wieder wer – auch ohne Alkohol", erzählt eine Alkoholikerin. „Ich mußte nicht mehr trinken, ich lernte meine Probleme nicht mehr zu verdrängen". „Oft half es schon, einfach in den Arm genommen zu werden", so andere.

So meinte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, der das Treffen „nur als Johannes" besuchte, auch andere könnten vom Lebensprogramm der AA lernen – „mit der Umarmung der Liebe, nicht mit dem Zeigefinger der Belehrung". Mehr als Leistungsfähigkeit sei die Bereitschaft zur Hilfe gefragt.

Die meisten kamen in eine AA-Gruppe, als sie völlig am Ende waren. Leicht ist es ihnen nicht gefallen. „Der Abhängige ist ein Schauspieler erster Klasse", erzählte einer, der 15 Jahre lang getrunken und sich selbst und seine Umwelt belogen hat. Das Bekenntnis, Alkoholiker zu sein und sein Leben nicht mehr meistern zu können, die totale Kapitulation ist schwer. Diese Erfahrung haben alle machen müssen. Der eine kam zu den AA, als „mich keiner mehr haben wollte und ich mich selbst nicht mehr ertragen konnte", ein anderer „war ganz allein, kein Mensch half mir noch". Seine Frau habe sich geweigert, weiter für ihn zu lügen und habe gesagt: „Trink dich doch tot". Sie habe ihn nicht mehr versorgt, wenn er volltrunken war und sich nicht mehr helfen konnte. Damit habe sie ihm eigentlich das Leben gerettet, sagt er heute. Denn das war für ihn der Anstoß zur Kapitulation.

30 Jahre hatte ein anderer getrunken. Für ihn ist es wie ein Wunder, daß er nun schon seit Jahren „trokken" ist. Die Versuchungen eines Rückfalls kommen vor allem in der ersten Zeit häufig. Dafür gibt es ein dichtes Netz von Telefonleitungen weltweit. „Heb den Telefonhörer, bevor du das erste Glas hebst", ist eine Maxime der AA. Tag und Nacht und überall auf der Welt ist für jeden ein „AA-Freund" erreichbar, wenn er in Schwierigkeitn ist und den Drang nach der Flasche verspürt. Auch in den Kölner Messehallen brauchte niemand allein zu sein: Es gab ein Marathon-Meeting, in dem viele Themen besprochen wurden, aber jedes persönliche Problem Vorrang hatte.

